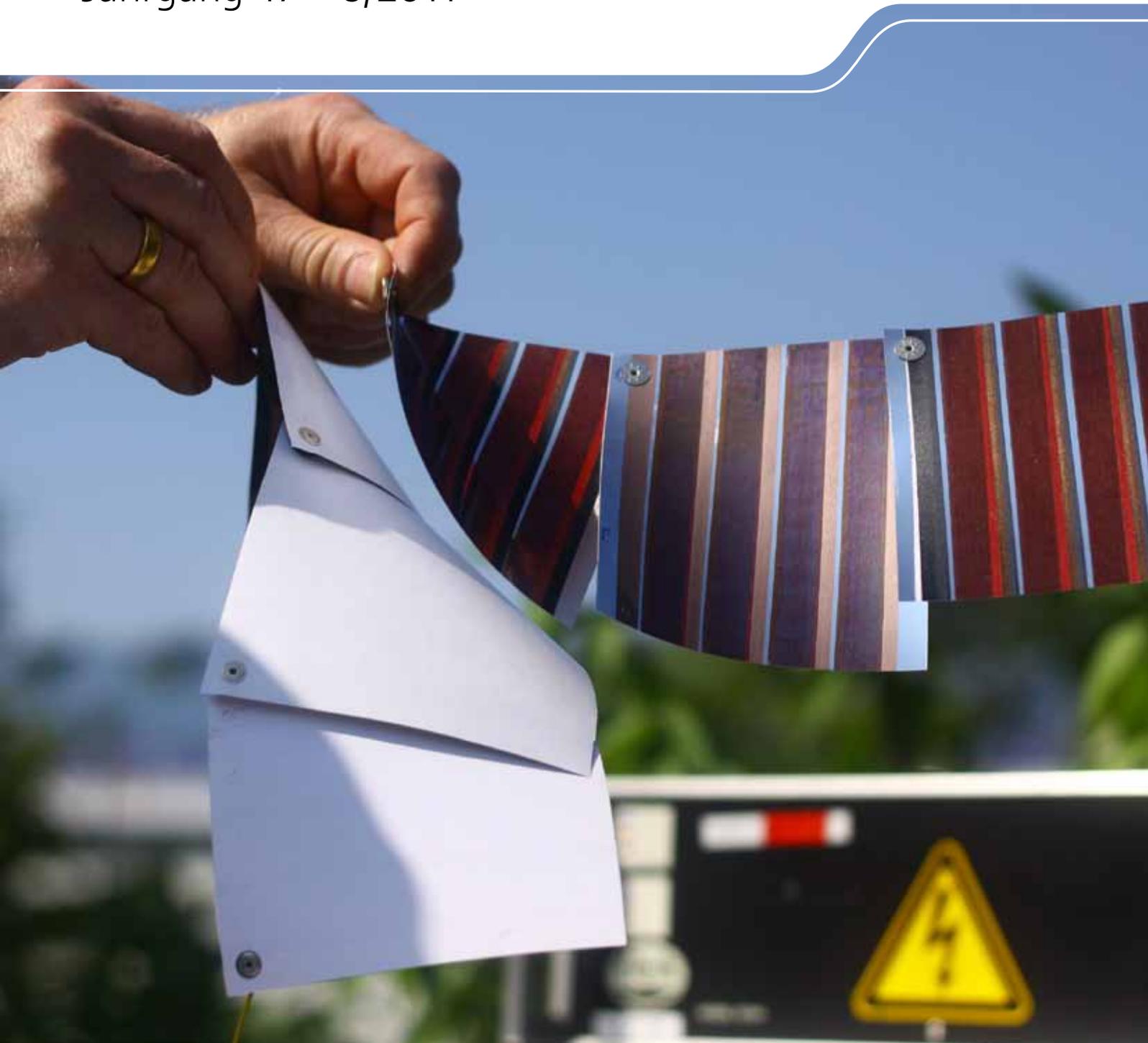




# Statistik in Sachsen

Jahrgang 17 - 3/2011



# Inhaltsverzeichnis

<b>Wirtschaftsentwicklung 2010 in Sachsen</b>	<b>2</b>
Leonore Hesse, Carola Hoffmann, Heike Matticz, Andreas Oettel, Wolf-Dietmar Speich, Roman Straube	
<b>Das Verarbeitende Gewerbe Sachsens 2010</b>	<b>16</b>
Jürgen Stelzner	
<b>2. Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen bis zum Schuljahr 2030/31</b>	<b>23</b>
Janika Weigel, Andreas Valley, Birgit Scheibe	
<b>Justizvollzug im Freistaat Sachsen – Entwicklung und ausgewählte Indikatoren</b>	<b>32</b>
Felicitas Klemm	
<b>Erhebung über private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2010</b>	<b>36</b>
Marcel Goldmann, Bettina Koreng	
<b>Gesundheitsausgaben in Sachsen 2009 – aktuelle Rechnungsergebnisse</b>	<b>40</b>
Kristina Richter	
<b>Das Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG) im Freistaat Sachsen</b>	<b>46</b>
Dieter Beier	
<b>Der Wohnungsbestand in Sachsen im Jahr 2010</b>	<b>51</b>
Brigitta Töpfer	
<b>Gewerbezahlung 1849 in Sachsen – Struktur der Wirtschaft (Teil 2)</b>	<b>53</b>
Andreas Oettel	
<b>Neues aus Sachsen</b>	<b>64</b>
<b>Sächsischer Zahlenspiegel</b>	<b>66</b>

# Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

das dritte Heft unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ in diesem Jahr bietet wieder zahlreiche Beiträge aus verschiedenen Gebieten der amtlichen Statistik.

Der Schwerpunkt in dieser Ausgabe liegt auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung in Sachsen. Im ersten Beitrag wird von den Autoren aus dem Referat Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Landesamtes die regelmäßige jährliche Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen fortgesetzt. Dabei ist festzustellen, dass sich die sächsische Wirtschaft 2010 langsam von den Folgen der Wirtschaftskrise des Vorjahres erholt hat. Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes 2010 enthält der zweite Beitrag.

Weitere interessante Informationen bietet das vorliegende Heft zu folgenden Themenfeldern:

- Die 2. Schüler- und Absolventenprognose informiert über die zu erwartenden Schüler- und Absolventenzahlen an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Sachsen bis zum Jahr 2030/31.
- Die Auswertung der Statistiken zum Strafvollzug liefert Daten zum Justizvollzug in Sachsen.
- Die Nutzung von Computern, Internet und Mobiltelefonen hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. So besaßen Anfang 2010 über 72 Prozent der sächsischen Haushalte einen Computer. Diese Angabe stammt aus der Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, über deren Rechtsgrundlagen, die Erhebungsmethodik und ausgewählte Ergebnisse berichtet wird.
- Die Inhalte werden ergänzt durch Beiträge zu den Themen Gemeindefinanzen, Wohnungsbestand sowie zur Gesundheitsausgabenrechnung in Sachsen.

Abgerundet wird der Inhalt mit der Fortsetzung einer Reihe von historischen Beiträgen zur Gewerbezahlung in Sachsen in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum wissenswerte Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de).

Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578/ 33 1913).

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

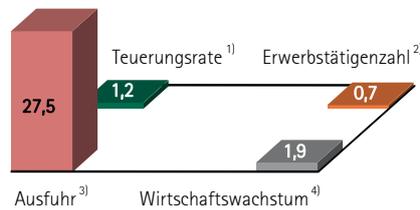
# Wirtschaftsentwicklung 2010 in Sachsen\*)

## Vorbemerkungen

Die regelmäßige jährliche Betrachtung der Entwicklung der sächsischen Wirtschaft in dieser Zeitschrift wird mit diesem Beitrag fortgesetzt. [1] Neben Ergebnissen der regionalen Gesamtrechnungen<sup>1)</sup> fußt die Darstellung auf Daten aus verschiedenen Fachstatistiken und wird durch Angaben der Bundesagentur für Arbeit ergänzt. Weiterführende und zum Teil detailliertere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Struktur in Sachsen hält der aktuelle Jahreswirtschaftsbericht in seinem umfangreichen Tabellenteil zu einer Vielzahl an gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Themenfeldern bereit. [2]

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die sächsische Wirtschaft 2010 langsam von der Wirtschaftskrise des vorangegangenen Jahres erholte. Der preisbereinigte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr betrug 1,9 Prozent. Die Wirtschaftsleistung in Höhe von 95 Milliarden € wurde von 1,95 Millionen Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt) erbracht, 0,7 Prozent mehr als im Vorjahr (vgl. Abb. 1). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen) nahm hingegen um 2,9 Prozent zu, was auch auf die kontinuierlich verminderte Inanspruchnahme von Kurzarbeit mit Zunahme der wirtschaftlichen Belegung zurückzuführen ist. Ferner sank die Zahl der Arbeitslosen spürbar. Allerdings lag die Jahresteuerrate 2010 mit 1,2 Prozent deutlich über der von 2009, als mit 0,4 Prozent der niedrigste Stand seit 1999 verzeichnet worden war. Mit einem Exportwert von knapp 25 Milliarden € wurde nicht nur eine Steigerung um mehr als ein Viertel gegenüber dem Krisenjahr 2009 erreicht, es konnten auch die bisher höchsten Ausfuhrwerte der Jahre 2007 und 2008 noch übertroffen werden (vgl. Abb. 1 und Abb. 9).

Abb. 1 Eckdaten der Wirtschaft Sachsens 2010 in Prozent



- 1) Jahresdurchschnitt
- 2) Veränderungsrate gegenüber 2009, Basis: Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort - Berechnungsstand: 1. Fortschreibung
- 3) Veränderungsrate gegenüber 2009
- 4) preisbereinigte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 2009; Berechnungsstand: Februar 2011 (VGR des Bundes)

## Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Nach einer Stagnation im Jahr 2008 und einer Schrumpfung um 3,4 Prozent im Jahr 2009 nahm das sächsische Bruttoinlandsprodukt (Summe der in Sachsen produzierten Waren und Dienstleistungen) im Jahr 2010 – nach dem gegenwärtigen Berechnungsstand – preisbereinigt um 1,9 Prozent zu. Damit war auch in Sachsen eine Erholung der Wirtschaft von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu verzeichnen, wobei die Erholung unter dem Bundesergebnis von 3,6 Prozent blieb. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch der Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen im Jahr 2009 dem absoluten Betrag nach kleiner als im gesamtdeutschen Maßstab (4,7 Prozent) bzw. in den meisten anderen Ländern gewesen war. Dass das sächsische Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2010 im Vorjahresvergleich sogar um preisbereinigt 2,3 Prozent gestiegen war, ist vorrangig auf einen Basiseffekt zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2009 lag ein Minus von mehr als fünf Prozent vor. [5] Die Wirtschaftsleistung (in jeweiligen Preisen) im Jahr 2010 betrug 95 Milliarden €. Damit wurde das Niveau von 2008 bereits geringfügig überschritten (vgl. Abb. 2). Der

Anteil Sachsens am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) betrug 3,8 Prozent, war jedoch aufgrund des im Vergleich zum Bundeswert auch nominal unterdurchschnittlichen Wachstums geringer als im Vorjahr.

Im Vergleich mit dem Mittel der fünf neuen Länder von 2,0 Prozent war der preisbereinigte Anstieg des sächsischen Bruttoinlandsprodukts mit 1,9 Prozent ebenfalls geringer. Für die alten Länder (ohne Berlin) wurde ein reales Plus von 3,9 Prozent ausgewiesen. Beim Vergleich dieser Veränderungsdaten muss berücksichtigt werden, dass die westdeutsche Wirtschaft 2009 stärker von der Krise betroffen war, als die der fünf neuen Länder. Letztlich schrumpfte jedoch damals die Wirtschaftsleistung in allen Ländern. Die Spanne der preisbereinigten Veränderungsdaten reichte von minus 0,5 Prozent in Berlin bis zu minus 7,4 Prozent im Saarland. Dagegen war 2010 in allen Ländern ein Anziehen der Wirtschaftsentwicklung festzustellen, wobei sich die Wachstumsraten zwischen 0,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und 5,5 Prozent in Baden-Württemberg bewegten.

Für 2011 wird in allen Vorhersagen von einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs ausgegangen. Anfang April prognostizierten Konjunkturforscher für das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt einen preisbereinigten Zuwachs von 2,8 Prozent, darunter für die neuen Länder (ohne Berlin)

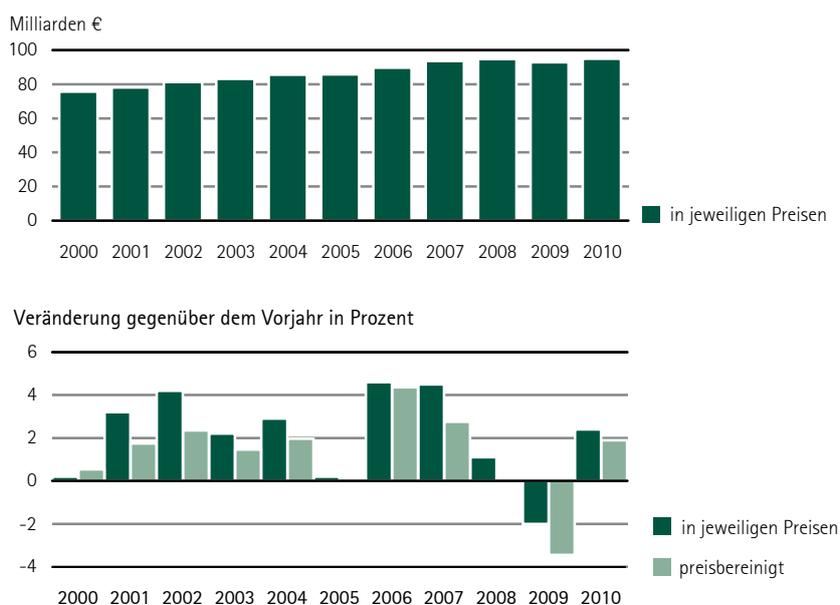
\*) Anmerkung der Redaktion: Die Darstellung der Wirtschaftsentwicklung fußt auf den Daten, die bis Ende Mai 2011 verfügbar waren. Später eingegangene Korrekturen konnten in der Regel aus redaktionellen Gründen nicht berücksichtigt werden.

1) Die Ergebnisse der regionalen Gesamtrechnungen für die Jahre bis 2009 fußen auf dem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2010, die Daten für 2010 entsprechen dem Berechnungsstand Februar 2011. Die unterschiedlichen Berechnungsstände sind Folge der verschiedenen Berechnungsphasen (vgl. [3]). Ab dem Berichtsjahr 2009 erfolgt die Veröffentlichung erster BIP-Daten (1. Fortschreibung) jeweils erst Ende März des Folgejahres. Für diesen neuen Veröffentlichungstermin sprechen verschiedene methodische und datenbedingte Gründe (vgl. [4]).

von 2,0 Prozent. [6] Dabei gingen die Forscher davon aus, dass – trotz der Natur- und Reaktorkatastrophe in Japan – der weltwirtschaftliche Aufschwung grundsätzlich anhält und demzufolge auch die deutsche Wirtschaft davon profitiert. Der Aufschwung im Inland wird dabei sowohl von der Auslandnachfrage als auch von der Binnenkonjunktur getragen, wobei eine allmähliche Verschiebung der Antriebskräfte hin zu letzterer zu erwarten ist. Auch die Bundesregierung schätzte zu diesem Zeitpunkt ein, dass 2011 die stärksten Impulse von der Binnennachfrage kommen werden. In ihrer Frühjahrsprojektion wird ein reales Wirtschaftswachstum von 2,6 Prozent erwartet. [7] Damit wurde die zu Jahresbeginn veröffentlichte Projektion von 2,3 Prozent geringfügig erhöht. [8] Tatsächlich stieg die gesamtdeutsche Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2011 preis- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorjahresquartal um 5,2 Prozent und damit so stark wie noch nie seit der deutschen Vereinigung. [9] Gegenüber dem Vorquartal lag preis-, saison- und kalenderbereinigt ein 1,5-prozentiges Plus vor. Damit konnte das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 bereits wieder überschritten werden. Nach Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums gewinnt der Aufschwung immer mehr an Breite und Stabilität. [10] Für Sachsen wurde von den Konjunkturforschern des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, zu Jahresbeginn 2011 ein um 2,1 Prozent höheres Bruttoinlandsprodukt vorausgesagt. [11]

**Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe**  
Nach der Schrumpfung der Bruttowertschöpfung des sächsischen Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe in den Jahren 2008/2009 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise nahm die Wirtschaftsleistung 2010 preisbereinigt um 8,3 Prozent zu (vgl. Tab. 1). Der Wachstumsbeitrag<sup>2)</sup> dieses Bereichs zur realen sächsischen Gesamtentwicklung betrug 1,54 Prozentpunkte. Im **Verarbeitenden Gewerbe** betrug der preisbereinigte Zuwachs der Bruttowertschöpfung sogar fast ein Zehntel (9,8 Prozent), nachdem in diesem Bereich 2009 der massivste Einbruch in Sachsen verzeichnet werden musste. Der Beitrag dieses Bereichs zur Wirtschaftsentwicklung lag jetzt bei 1,44 Prozentpunkten. Bundesweit nahm die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 2010 real mit 11,3 Prozent stärker zu als in Sachsen, wobei die Entwicklung in den alten Ländern (ohne Berlin) mit 11,6 Prozent etwas dynamischer verlief als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 10,3 Prozent. 2009 war der Einbruch in den alten Ländern dafür deutlich stärker gewesen als im Osten Deutschlands.

**Abb. 2 Bruttoinlandsprodukt 2000 bis 2010<sup>1)</sup>**



1) Berechnungsstand: Jahre 2000 bis 2009 - August 2010, Jahr 2010 - Februar 2011 (VGR des Bundes)

Trotz des Wachstums im Jahr 2010 unterschritt die Wertschöpfung des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes (in jeweiligen Preisen) mit 15,2 Milliarden € noch deutlich die Niveaus der Jahre 2008 mit 16,7 Milliarden € und 2007 mit 17,5 Milliarden €.

**Verarbeitendes Gewerbe<sup>3)</sup>**

2010 betrug der Gesamtumsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit 20 und mehr tätigen Personen 54,4 Milliarden €. Damit ist er im Vergleich zu 2009 um 12,4 Prozent bzw. 6,0 Milliarden € gestiegen. Nach dem krisenbedingten Rückgang 2009 ist das ein Beleg für den konjunkturellen Aufschwung.

Der Auslandsumsatz stieg 2010 um 18,3 Prozent, der Inlandsumsatz um 12,4 Prozent. Der Auslandsumsatz des Jahres 2010 mit 18,9 Milliarden € lag um reichlich 700 Millionen € unter dem Betrag des „Vorkrisenjahres“ 2008.<sup>4)</sup> Der Inlandsumsatz von 35,5 Milliarden € verfehlte den Wert von 2008 um knapp zwei Milliarden €.

Die sieben umsatzstärksten Industriebereiche zeigt Abbildung 3. Sie erbrachten zusammen gut 70 Prozent des Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe. Einen besonders hohen prozentualen als auch absoluten Zuwachs zeigte der Umsatz 2010 im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 28,7 Prozent bzw. über drei Milliarden €. Hier war jedoch auch der Umsatz 2009 drastisch zurückgegangen.

Die Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe, das Verhältnis von Auslandsumsatz zu Gesamtumsatz, erreichte 2010 einen Wert von

34,8 Prozent und damit wieder das Niveau des Jahres 2008.

Im ersten Quartal 2011 setzte sich das Umsatzwachstum fort. Der Gesamtumsatz – hier der Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen – lag um 16,8 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Dabei war der Auslandsumsatz mit rund einem Fünftel stärker gestiegen als der Inlandsumsatz mit rund 15 Prozent. [12]

**Baugewerbe**

Das Baugewerbe ist einer von drei sächsischen Wirtschaftsbereichen, für die 2010 kein preisbereinigter Wertschöpfungszuwachs ausgewiesen wird (vgl. Tab. 1). Nach einem Jahr der Stagnation setzte sich 2010 mit 0,8 Prozent ein bereits 2008 zu verzeichnender leichter realer Rückgang der Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorjahr fort. Daher trug dieser Bereich mit minus 0,05 Prozentpunkten zur Gesamtentwicklung der sächsischen Wirtschaft bei. Dagegen nahm im gesamtdeutschen Maßstab 2010 die Wertschöpfung des Baugewerbes erstmals seit langem wieder zu, wobei der preisbereinigte Anstieg bei 1,7 Prozent lag.

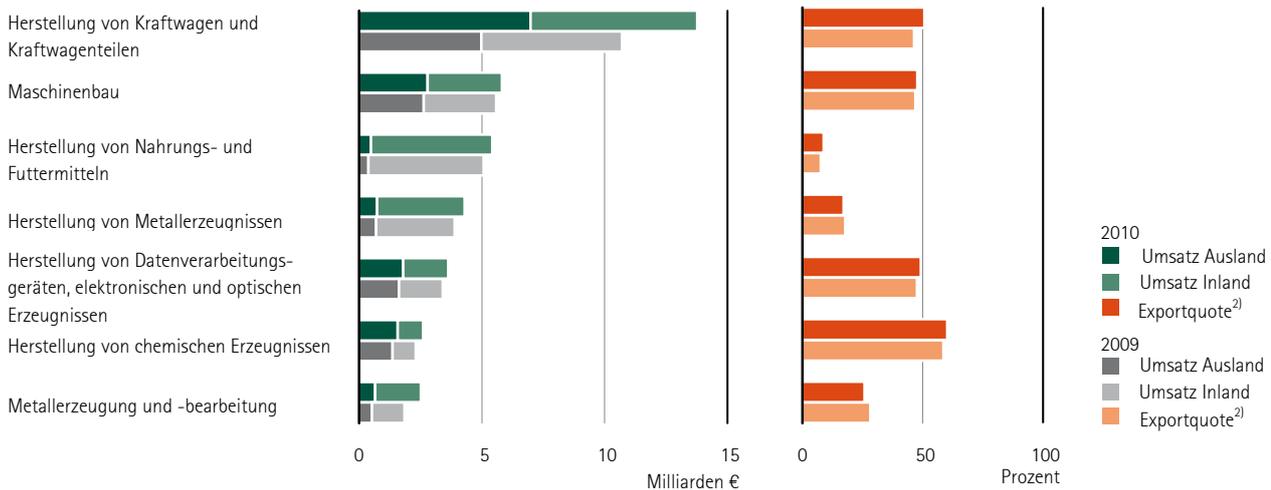
Die Umsätze im Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe (jeweils nur Betriebe mit in der

2) Den Wachstumsbeitrag (oder Beitrag des Bereichs zur Wirtschaftsentwicklung) erhält man, indem die preisbereinigte Veränderung der Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftsbereichs bzw. der Nettogütersteuern mit dem entsprechenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr (in jeweiligen Preisen) multipliziert wird.

3) einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

4) Vergleiche zu den Jahren vor 2008 sind nicht möglich, da entsprechende Rückrechnungen der statistischen Daten von der WZ 2003 auf die WZ 2008 für diesen Berichtsbereich nicht vorliegen.

Abb. 3 Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2009 und 2010 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>



1) Zusammenfassende Ergebnisse auf Basis der Angaben im Monats- und Jahresbericht für Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen  
 2) Anteil des Auslandsatzes am Gesamtumsatz

Regel 20 und mehr tätigen Personen) stiegen 2010 gegenüber dem Vorjahr an. Im **Bauhauptgewerbe** lag der Gesamtumsatz mit 3 704 Millionen € um 4,2 Prozent über dem Vorjahreswert. Die positive Umsatzentwicklung war gleichermaßen im Hochbau als auch Tiefbau zu beobachten. Im Hochbau lag der baugewerbliche Umsatz 2010 bei 1 554 Millionen € und damit um 3,2 Prozent höher als 2009. Im Tiefbau erreichte er 2 104 Millionen €, 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Umsatzsteigerung im Hochbau wurde allein vom Wirtschaftshochbau getragen. Dessen baugewerblicher Umsatz stieg um 7,1 Prozent, während im Wohnungsbau der Umsatz um 1,8 Prozent und im öffentlichen Hochbau um

3,1 Prozent zurückging. Im Tiefbau verzeichnete der Wirtschaftstiefbau ein Umsatzplus von 17,4 Prozent und der öffentliche Tiefbau von 1,3 Prozent. Im Straßenbau war der Umsatz dagegen um 7,0 Prozent zurückgegangen. Zusammenfassend ergibt sich daraus, dass 2010 der Umsatzanstieg im Bauhauptgewerbe ausschließlich vom Wirtschaftsbau getragen wurde.

Im **Ausbaugewerbe** lag der Gesamtumsatz (der Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen) 2010 bei 2 018 Millionen €, 1,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Erstmals seit zehn Jahren wurde die Zwei-Milliarden-Euro-Marke überschritten. Das Jahr 2010 war auch das fünfte Jahr in Folge, in dem der

Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe nominal gestiegen ist.

Im ersten Quartal 2011 lag der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe um gut ein Drittel über dem entsprechenden Vorjahreswert. Das ist einerseits ein gewisser Basiseffekt (im ersten Quartal 2010 hatte der Umsatz infolge der kalten Witterung sehr niedrig gelegen), aber andererseits auch Ausdruck der anziehenden Konjunktur.

Die Summe der Auftragseingänge war in den ersten drei Monaten 2011 um 5,6 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Auch der Auftragsbestand lag Ende März 2011 um rund ein Fünftel über dem Stand von Ende 2010. [13, 14]

Tab. 1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche<sup>1)</sup>

Merkmal Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt, verkettet			
	2010			2009	2010		2009	
	absolut	Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
	Mill. €	%		2000 = 100	%			
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	94 992	x	2,4	-2,0	113,9	1,9	-3,4	
<b>Bruttowertschöpfung<sup>2)</sup></b>	85 148	100	2,7	-2,4	115,6	2,2	-4,0	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	829	1,0	14,3	-14,8	101,3	-1,5	7,9	
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	18 871	22,2	9,9	-14,6	141,8	8,3	-15,2	
darunter Verarbeitendes Gewerbe	15 179	17,8	11,5	-18,6	148,6	9,8	-17,8	
Baugewerbe	5 460	6,4	-1,9	4,7	68,6	-0,8	0,2	
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	12 889	15,1	0,7	-2,1	111,0	1,8	-3,2	
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	23 644	27,8	0,6	0,6	133,0	1,1	-1,1	
Öffentliche und private Dienstleister	23 454	27,5	1,5	4,3	102,3	-0,1	1,1	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1) Berechnungsstand: Jahr 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011 (VGR des Bundes)

2) Bruttowertschöpfung = Bruttoinlandsprodukt ./. Gütersteuern + Gütersubventionen

## Dienstleistungsbereiche

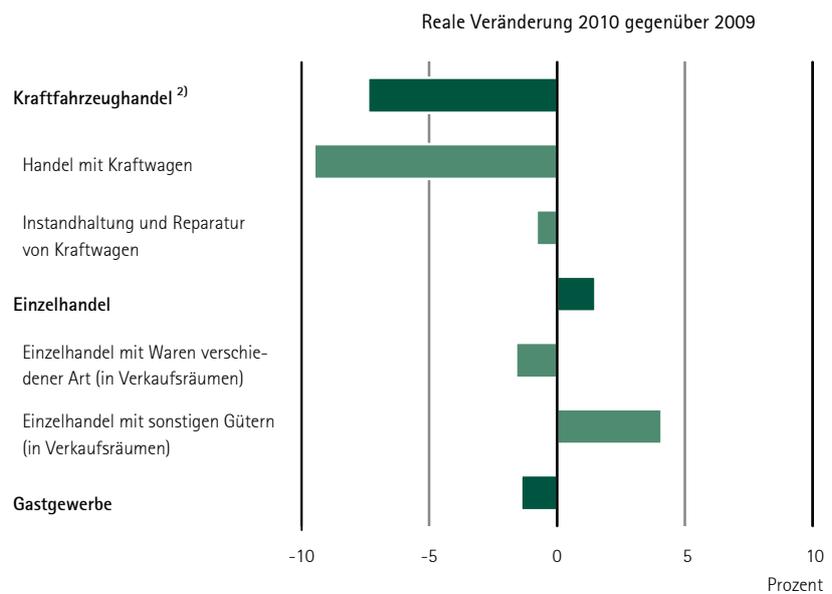
In den Dienstleistungsbereichen zusammen nahm 2010 in Sachsen die Wertschöpfung wieder zu. Mit einem preisbereinigten Zuwachs von 0,8 Prozent verlief die Entwicklung hier jedoch nicht so dynamisch wie im Bundesmittel mit 2,3 Prozent, wobei auch der Rückgang 2009 dem absoluten Betrag nach weniger stark als im Bundesmaßstab gewesen war. Im Handel, Gastgewerbe und Verkehr betrug das Plus 1,8 Prozent und im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 1,1 Prozent (vgl. Tab. 1). In beiden Wirtschaftsbereichen blieb die Wertschöpfungszunahme hinter der gesamtdeutschen realen Entwicklung mit 3,2 Prozent bzw. 1,9 Prozent zurück. Die Wachstumsbeiträge dieser Wirtschaftsbereiche zur sächsischen Gesamtentwicklung betragen 0,25 Prozentpunkte bzw. 0,29 Prozentpunkte.

Im Unterschied zu den vorstehend angeführten Dienstleistungsbereichen stagnierte die Bruttowertschöpfung der Öffentlichen und privaten Dienstleister 2010, nachdem im Krisenjahr 2009 real noch ein gut einprozentiger Anstieg vorgelegen hatte (vgl. Tab. 1). Der Beitrag zur Gesamtentwicklung war damit äußerst minimal. Im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) war hier ebenfalls eine Stagnation zu verzeichnen, im gesamtdeutschen Maßstab betrug das reale Wertschöpfungsplus 2,1 Prozent.

## Einzelhandel, Kraftfahrzeughandel sowie Gastgewerbe

Der Aufschwung im sächsischen Einzelhandel hat sich im Jahr 2010 nach vorläufigen Angaben abgeschwächt (vgl. Abb. 4). Nominal, d. h. in jeweiligen Preisen, betrug der Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahr 2,4 Prozent. Real, also unter Ausschaltung von Preisveränderungen, war es ein Plus von 1,6 Prozent. Einen siebenprozentigen Umsatzrückgang (nominal: 6,8 Prozent; real: 7,4 Prozent) im Jahresvergleich 2010/2009 wies dagegen der Bereich „Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ auf. Während im Handel mit Kraftwagen ein gut neunprozentiges Minus verzeichnet wurde, stand bei der Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen nur ein nahezu einprozentiges Minus zu Buche. 2009 war in Folge der „Umweltprämie“ noch ein deutlicher Umsatzzuwachs im Handel mit Kraftwagen zu verzeichnen gewesen. [15] Im ersten Quartal 2011 lagen die Umsatzzahlen des Einzelhandels nahezu auf dem Niveau des Vorjahreszeitraumes (nominal: 1,4 Prozent und real 0,1 Prozent höher). Der Bereich „Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraft-

Abb. 4 Umsatz im Binnenhandel und im Gastgewerbe 2010<sup>1)</sup>



1) Basis: Messzahlen (2005 = 100); Datenstand zum Berichtsmonat Dezember 2010

2) Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

fahrzeugen“ indes setzte deutlich mehr um als im Vorjahr (nominal: 15,3 Prozent; real: 14,6 Prozent).

Im Gastgewerbe zeigt sich folgendes Bild: Im Jahresvergleich 2010 zu 2009 stieg der Umsatz in Sachsen zwar nominal um 1,3 Prozent, real entsprach dies aber einem Rückgang von 1,4 Prozent. Im ersten Quartal 2011 wurde gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal ein Plus von 1,7 Prozent ausgewiesen, real waren dies 0,6 Prozent.

## Land- und Forstwirtschaft; Fischerei

Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) schrumpfte in Sachsen 2010 real die Wertschöpfung um 1,5 Prozent, nachdem sie im Jahr zuvor deutlich gestiegen war (vgl. Tab. 1). In diesem Wirtschaftsbereich haben die Witterungsverhältnisse einen großen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung, so dass hier von Jahr zu Jahr große Sprünge nicht untypisch sind. Da der Wertschöpfungsanteil (in jeweiligen Preisen) lediglich ein Prozent beträgt, bestimmt die Veränderung in diesem Bereich das sächsische Gesamtergebnis nur minimal.

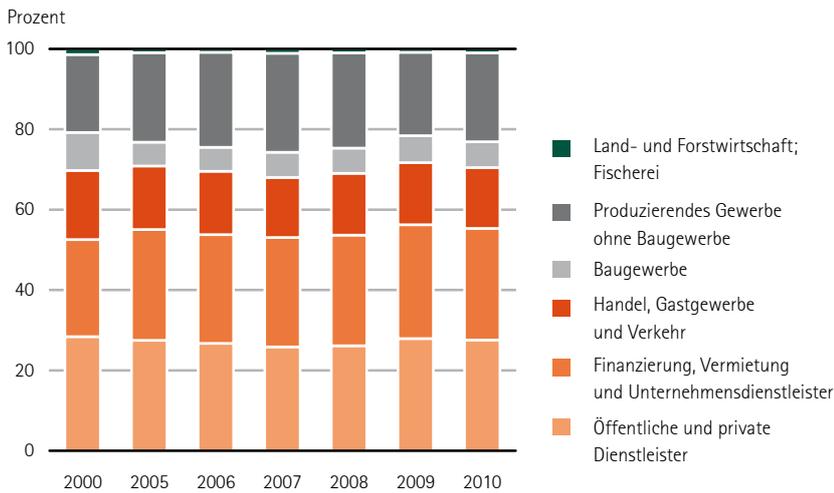
## Gesamtentwicklung und Veränderung der Wirtschaftsstruktur

Der preisbereinigte Anstieg der gesamten Bruttowertschöpfung in Sachsen war 2010 mit 2,2 Prozent größer als der des Bruttoinlandsprodukts. Die Differenz von 0,3 Prozentpunkten resultiert aus der Entwicklung der Position „Nettogütersteuer“ (Gütersteuern minus Gütersubventionen). Dem aktuellen Berechnungsstand nach wird hier eine einprozentige Verminderung ausgewiesen.

Im Jahr 2010 gab es erneut eine deutliche Veränderung der sächsischen Wirtschaftsstruktur, gemessen anhand der Anteile der einzelnen Bereiche an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. Während bereits im Krisenjahr 2009 die Entwicklungen der einzelnen Bereiche zu spürbaren Anteilsverschiebungen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung führten, verlief die Entwicklung 2010 grundsätzlich wieder entgegengesetzt. Allerdings ist die sächsische Wirtschaftsstruktur 2010 nicht identisch mit der von 2008 (vgl. Abb. 5).

Der Aufschwung im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe führte wieder zu einer Zunahme des Anteils dieses Bereichs an der gesamten Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) um 1,5 Prozentpunkte auf 22,2 Prozent. Damit wurde allerdings erst der Stand von 2005 fast wieder erreicht. Im Verarbeitenden Gewerbe, wo der Wertschöpfungsanteil zunächst von 19,7 Prozent (2008) auf 16,4 Prozent (2009) gesunken war, lag er 2010 bei 17,8 Prozent. Allerdings war er damit noch geringer als im Jahr 2004. Abgesehen vom Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) nahm der Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) in allen anderen Bereichen 2010 ab. Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wies 2010 mit 27,8 Prozent den höchsten Bruttowertschöpfungsanteil auf, gefolgt vom Bereich Öffentliche und private Dienstleister mit 27,5 Prozent. Der Wertschöpfungsanteil des Bereichs Handel, Gastgewerbe und Verkehr verminderte sich auf 15,1 Prozent. Dies ist Folge seines unterdurchschnittlichen Wachstums im Jahr

Abb. 5 Bruttowertschöpfung<sup>1)</sup> 2000, 2005 bis 2010 nach Wirtschaftsbereichen<sup>2)</sup>



1) in jeweiligen Preisen

2) Berechnungsstand: Jahre 2000 bis 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011 (VGR des Bundes)

2010. Der Rückgang im Baugewerbe führte auch zu einem um 0,3 Prozentpunkte geringeren Wertschöpfungsanteil von nunmehr 6,4 Prozent.

Der seit vielen Jahren zu verzeichnende Prozess der schrittweisen Angleichung der sächsischen Wirtschaftsstruktur an die in Westdeutschland war im Krisenjahr 2009 durch die spürbaren Einschnitte in der Wirtschaftsentwicklung überlagert worden, die letztlich im gesamtdeutschen Maßstab zu massiven Strukturverschiebungen führten. Mit dem Aufschwung im Jahr 2010 stieg der Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe und darunter des Verarbeitenden Gewerbes auch in den alten Ländern (ohne Berlin) deutlich, ohne den Stand von 2008 wieder zu erreichen. Dagegen war der Anteil des Dienstleistungssektors nun wieder geringer als im Vorjahr. Insgesamt wurde der Prozess der Angleichung der Wirtschaftsstruktur auch im Jahr 2010 von den aktuellen Entwicklungen überlagert. Somit ist festzuhalten, dass der Wertschöpfungsanteil sowohl des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe als auch des Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen weiterhin geringer ist als in Westdeutschland (alte Länder [ohne Berlin]: 24,5 Prozent bzw. 21,6 Prozent). Die gleiche Aussage trifft auch auf den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister zu (30,9 Prozent). Auf Ursachen für diesen Unterschied wurde in früheren Aufsätzen eingegangen. [16] Diese Aussagen sind grundsätzlich weiter gültig. Zudem war der Wertschöpfungsanteil in Sachsen auch im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 15,1 Prozent weiterhin deutlich niedriger als in den alten Ländern (ohne Berlin) mit 17,4 Prozent. Dagegen weisen die Bereiche Öffentliche und

private Dienstleister und Baugewerbe in Sachsen immer noch deutlich höhere Wertschöpfungsanteile auf als in den alten Ländern (ohne Berlin). Auch in der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) ist der relative Leistungsbeitrag in Sachsen noch 0,2 Prozentpunkte größer.

### Erwerbstätigkeit und Verdienste

#### Entspannung am Arbeitsmarkt – Erwerbstätigenzahl stieg um knapp 14 000 Personen

Im Jahresdurchschnitt 2010 hatten 1 951 000 Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Sachsen. Diesem Fortschreibungsergebnis zufolge stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu 2009 um 0,7 Prozent bzw. knapp 14 000 Personen. Damit wurde nach der Einbuße im Krisenjahr 2009 fast wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht (vgl. Abb. 6). Der Zuwachs an Erwerbstätigen betrug sowohl bei den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen als auch bei den Arbeitnehmern 0,7 Prozent. Er betraf mit einem Anstieg um 1 400 Personen die Selbstständigen bzw. mit 12 400 Personen die Gruppe der Arbeitnehmer. Innerhalb dieser Gruppe stieg die Zahl der Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte um 1,2 Prozent bzw. knapp 18 000 Personen, d. h. von der Erholung am Arbeitsmarkt profitierten insbesondere sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Gegensatz dazu verringerte sich die Zahl der marginal Beschäftigten weiter und zwar im Vergleich zum Jahr 2009 um 2,2 Prozent bzw. 5 300 Personen. Als marginal Beschäftigte zählen neben den geringfügig entlohnten und kurzfristig Beschäftigten

auch Personen in Arbeitsgelegenheiten, so genannten Ein-Euro-Jobs. Bis 2006 nahm die Bedeutung dieser Form der Erwerbstätigkeit kontinuierlich zu, wobei sich ab 2005 die Reformen am Arbeitsmarkt mit dem verstärkten Einsatz von Personen in Ein-Euro-Jobs besonders auswirkten. Im Jahr 2010 betrug der Anteil der marginal Beschäftigten an den Arbeitnehmern in Sachsen 13,9 Prozent. Der höchste Anteil wurde 2006 mit 15,3 Prozent festgestellt.

Deutschlandweit stieg 2010 die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Jahr 2009 um 0,5 Prozent bzw. 212 000 Personen. Die Betrachtung der Großraumregionen zeigt in den alten Ländern (ohne Berlin) ebenfalls einen Anstieg um 0,5 Prozent. In den neuen Ländern (ohne Berlin) betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 0,6 Prozent. Die Veränderungsdaten bewegten sich in den einzelnen Ländern zwischen einem Anstieg um 1,0 Prozent in Berlin und Brandenburg sowie einem Rückgang um 0,4 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Zuwachs bei der Zahl der Erwerbstätigen 2010 im Vergleich zum Vorjahr erreichte in Sachsen insbesondere die Dienstleistungsbranche. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wurde ein Zugang in Höhe von 4,0 Prozent bzw. knapp 13 000 Erwerbstätigen festgestellt. Zu diesem Wirtschaftszweig zählen auch die Beschäftigten, die im Rahmen der Überlassung von Arbeitskräften (Zeitarbeit) ihrer Erwerbstätigkeit in anderen Wirtschaftsbereichen nachgingen. Diese Branche erlebte nach dem Einbruch ab Herbst 2008 im Jahr 2010 eine besonders deutliche Belebung. Außerdem stieg die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber 2009 im Bereich der Öffentlichen und privaten Dienstleister um 0,3 Prozent bzw. 1 700 Personen an. Die positiven Impulse innerhalb dieses Bereichs gingen ausschließlich vom Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen aus. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes wies nur das Baugewerbe ein Plus an Erwerbstätigen auf und zwar in Höhe von 2,2 Prozent bzw. knapp 3 500 Personen. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde auch 2010 ein Verlust an Arbeitsplätzen festgestellt. Hier ging die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 Prozent oder rund 2 500 Personen zurück. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr gab es mit 0,2 Prozent einen geringfügigen Rückgang an Erwerbstätigen im Vergleich zu 2009. Ebenfalls einen Rückgang verzeichnete der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei). Hier sank die Zahl der Erwerbstätigen um 2,0 Prozent bzw. rund 800 Personen.

Mit dem Rückgang der Erwerbstätigenzahl im Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich

der Anteil dieses Bereiches an der Gesamtwirtschaft 2010 auf 17,3 Prozent. Auf das Produzierende Gewerbe insgesamt entfiel ein Anteil von 26,5 Prozent, der sich nur geringfügig verändert hat. Der Anteil des Baugewerbes an allen Erwerbstätigen in Sachsen stieg leicht auf 8,2 Prozent. Dieser Anteil lag auch im Jahr 2010 noch immer deutlich über dem in der gesamten Bundesrepublik von 5,5 Prozent (vgl. Abb. 7) und war auch etwas höher als in den fünf neuen Ländern. 2010 hatten im Dienstleistungssektor 71,5 Prozent der Erwerbstätigen in Sachsen ihren Arbeitsplatz. Gemessen an allen Erwerbstätigen entfielen auf den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr 22,5 Prozent und auf den Bereich Öffentliche und private Dienstleister 31,6 Prozent. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister waren zuletzt 17,3 Prozent aller Erwerbstätigen in Sachsen beschäftigt.

In einigen Wirtschaftsbereichen sind die Unterschiede zwischen dem Erwerbstätigenanteil und dem weiter oben betrachteten Wertschöpfungsanteil nicht unerheblich. Diese Strukturunterschiede zwischen beiden Aggregaten spiegeln sich letztlich in den unterschiedlichen Produktivitätszahlen der einzelnen Wirtschaftsbereiche wieder.

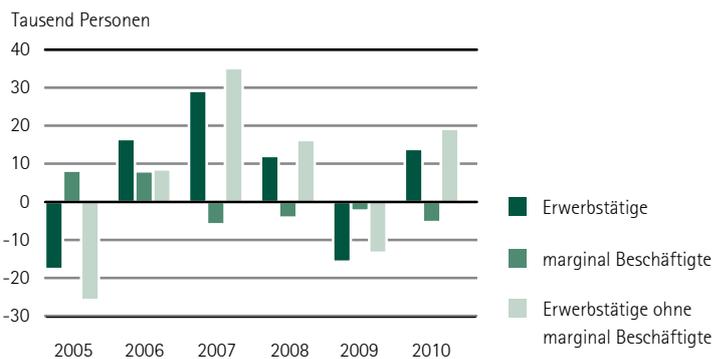
Im Jahr 2009 standen den 1 937 000 Personen, die in Sachsen ihrer Erwerbstätigkeit nachgingen, rund 1 986 200 erwerbstätige Inländer gegenüber. Damit ergab sich auch aktuell ein Auspendlerüberschuss, denn die Zahl der erwerbstätigen Personen mit Wohnort in Sachsen überstieg die Zahl der Erwerbstätigen, die – unabhängig von ihrem jeweiligen Wohnort – ihren Arbeitsplatz in Sachsen hatten. Der Pendlersaldo (Auspendlerüberschuss) betrug 2009 rund 49 200 Personen.

### Pro-Kopf-Arbeitszeit der Erwerbstätigen erhöhte sich 2010 auf 1 465 Stunden

Von den rund 1 951 000 Erwerbstätigen in Sachsen wurden 2010 knapp 2,9 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Damit nahm das Arbeitsvolumen gegenüber dem Vorjahr um reichlich 80 Millionen Stunden bzw. 2,9 Prozent zu und erreichte in etwa wieder das Vorkrisenniveau. Zu einen wurde diese Entwicklung durch eine gestiegene Zahl an Erwerbstätigen begünstigt, zum anderen aber auch durch eine deutlich reduzierte Nutzung von Kurzarbeit. Darüber hinaus standen 2010 zwei Arbeitstage mehr zur Verfügung als im Jahr 2009. In den beiden Großraumregionen (jeweils ohne Berlin) sowie in Deutschland insgesamt fiel der Zuwachs mit 2,6 Prozent niedriger als in Sachsen aus.

Das Arbeitsvolumen umfasst die Gesamtzahl der während eines Berichtszeitraumes am jeweiligen Arbeitsort von den Erwerbstätigen

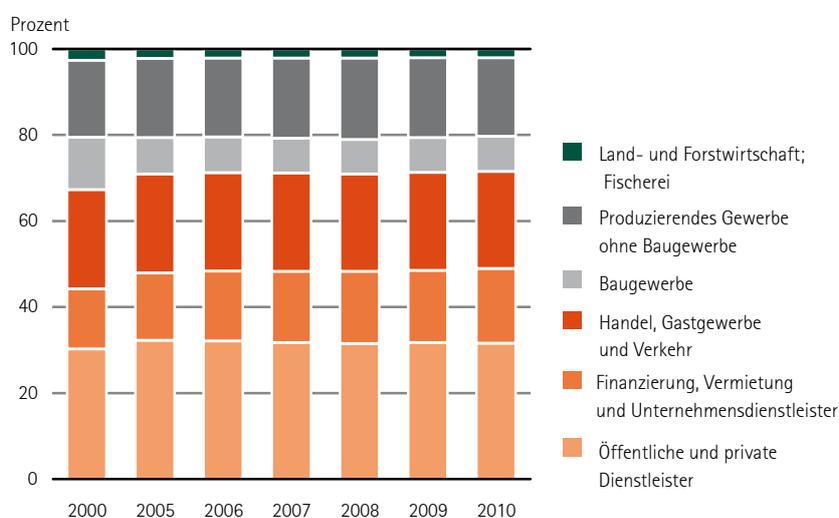
**Abb. 6 Erwerbstätige<sup>1)</sup> 2005 bis 2010<sup>2)</sup>**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort (ab 2007 vorläufig)

2) Jahr 2010 – Ergebnisse der 1. Fortschreibung

**Abb. 7 Erwerbstätige<sup>1)</sup> 2000, 2005 bis 2010<sup>2)</sup> nach Wirtschaftsbereichen**



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort (ab 2007 vorläufig)

2) Jahr 2010 – Ergebnisse der 1. Fortschreibung

gen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden – ungeachtet der Intensität und Qualität ihrer Arbeit. Die Ergebnisse für Deutschland fußen auf Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), die vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) entsprechend regionalisiert werden.

Im Jahr 2010 lag die geleistete Arbeitszeit eines Erwerbstätigen in Sachsen im Durchschnitt bei 1 465 Stunden. Das waren 31 Stunden bzw. 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Mittel der fünf neuen Länder fiel der entsprechende Wert mit 1 471 Stunden geringfügig höher aus, im Mittel der alten Länder (ohne Berlin) mit 1 408 Stunden dagegen deutlich niedriger. Für Deutschland insgesamt ergab sich pro Erwerbstätigen 2010 eine durchschnittliche geleistete Arbeitszeit von 1 419 Stunden. Dabei reichte die Spanne von 1 391 Stunden je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen

bis 1 482 Stunden je Erwerbstätigen in Thüringen. Hauptursache für die beträchtliche Abweichung von mehr als 90 Stunden sind die Unterschiede in den tariflich vereinbarten Arbeitszeiten der Arbeitnehmer, individuelle Arbeitszeitregelungen (Voll- oder Teilzeitschäftigung) sowie die variierenden Wirtschaftsstrukturen in Ost und West.

Im Vergleich zum Jahr 2000 hat die mittlere Pro-Kopf-Arbeitszeit eines Erwerbstätigen in Sachsen – bei fünf Werktagen mehr – um 86 Stunden bzw. 5,6 Prozent abgenommen. Während die Zahl der Erwerbstätigen nur um 1,1 Prozent rückläufig war, verringerte sich das Arbeitsvolumen sogar um 6,6 Prozent. In dieser Entwicklung kommt neben der Veränderung des Beschäftigungstrends hin zu mehr Teilzeittätigkeit vor allem auch der verstärkte Zuwachs bei den marginal Beschäftigten bis 2006 (vgl. Abb. 6) zum Ausdruck. Innerhalb der sächsischen Wirtschaft arbeitete ein Erwerbstätiger 2010 im Baugewerbe mit

1 701 Stunden am längsten. Dagegen war im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit durchschnittlich 1 406 Stunden die niedrigste Pro-Kopf-Arbeitszeit zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr nahm ihr Umfang in allen Wirtschaftszweigen zu, darunter in der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), im Baugewerbe und in den drei Dienstleistungsbereichen unterdurchschnittlich. Im Verarbeitenden Gewerbe lag der Zuwachs dagegen bei deutlichen 6,1 Prozent bzw. 89 Stunden auf zuletzt 1 554 Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Hier dürfte dies einmal mehr auf die verstärkte Reduktion der Kurzarbeiter zurückzuführen sein.

### Verdienste je Arbeitnehmer 2010 in allen Wirtschaftsbereichen angestiegen

Der Wert der in Sachsen gezahlten Bruttolöhne und -gehälter – eine Teilmenge des Arbeitnehmerentgelts – erreichte 2010 mit mehr als 40,7 Milliarden € einen neuerlichen Höchststand. Gegenüber dem Vorjahr lag der Zuwachs bei 3,3 Prozent. Damit verdiente jeder Arbeitnehmer in Sachsen brutto, d. h. vor Abzug der Lohnsteuern und Sozialbeiträge, im Durchschnitt 23 465 €. Das waren 584 € bzw. 2,6 Prozent mehr als 2009. Im Vergleich zum Jahre 2000 lag der Zuwachs sogar bei über einem Sechstel (17,2 Prozent). Dabei waren 2010 in allen Wirtschaftsbereichen höhere Pro-Kopf-Verdienste als in den vorangegangenen Jahren zu verzeichnen (vgl. Abb. 8). Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe lag ihr Wert 2010 mit 27 972 € je Arbeitnehmer am höchsten. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug 4,9 Prozent. Im darunter befindlichen Verarbeitenden Gewerbe erhöhten sich die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sogar um 5,0 Prozent auf 27 183 €. Damit waren hier im Vorjahresvergleich nicht nur die stärksten relativen Veränderungen sondern auch die deutlichsten absoluten Zuwächse um jeweils rund 1 300 € je Arbeitnehmer zu verzeichnen. Im Baugewerbe verdiente ein Arbeitnehmer 2010 lediglich 21 281 €, 0,4 Prozent mehr als 2009. Innerhalb des Dienstleistungssektors fiel der Pro-Kopf-Verdienst bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern mit 25 709 € im Jahre 2010 erneut am höchsten aus. Die prozentuale Steigerung um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr war gleichermaßen auch für den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr charakteristisch, wo der Verdienst aber nur 18 342 € je Arbeitnehmer betrug. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wurden 2010 Bruttolöhne und -gehälter im Wert von 22 500 € je Arbeitnehmer gezahlt. Binnen Jahresfrist entsprach dies einer Zunahme um 3,2 Prozent. Dabei reichte 2010 der Pro-Kopf-Verdienst bei

den Öffentlichen und privaten Dienstleistern mit 98,3 Prozent schon nahezu vollständig an das bundesdeutsche Durchschnittsniveau heran, während im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 72,9 Prozent bzw. im Verarbeitenden Gewerbe mit 71,7 Prozent noch die größten Angleichungsrückstände bestanden.

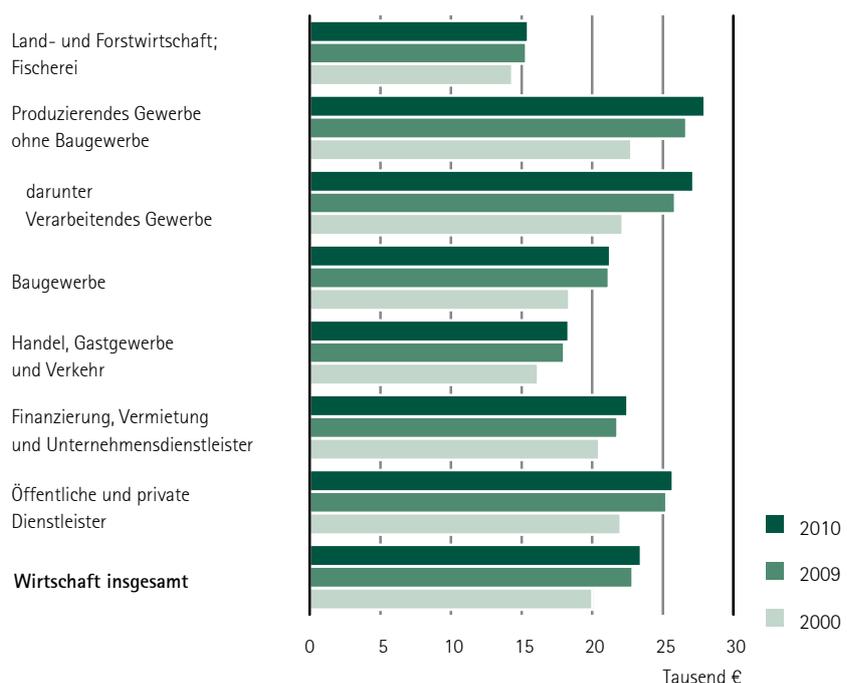
In den neuen Ländern (ohne Berlin) lag der mittlere Bruttojahresverdienst je Arbeitnehmer 2010 mit 23 211 € zwar 2,2 Prozent höher als im Vorjahr, aber dennoch unter jenem in Sachsen. In den alten Ländern (ohne Berlin) betrug er 29 202 €, 2,3 Prozent mehr als 2009. Im bundesdeutschen Durchschnitt verdiente ein Arbeitnehmer 2010 mit 28 293 € ebenfalls 2,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Durch die geringere Steigerung im Vergleich zu Sachsen verringerte sich der Abstand zwischen beiden Bruttoverdienstangaben auf 17,1 Prozent im Jahr 2010 und betrug so noch rund 4 800 €.

Der Bruttostundenverdienst eines Arbeitnehmers in Sachsen, der sich aus der Relation von Bruttolöhnen und -gehältern zu tatsächlich geleisteter Arbeitszeit ergibt, lag 2010 bei 16,86 € und damit lediglich zwei Cent bzw. 0,1 Prozent höher als im Jahr zuvor. Niedriger fiel er in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit durchschnittlich 16,58 € je Arbeitnehmerstunde aus, um rund ein Viertel höher dagegen sowohl im Mittel der alten Länder (ohne Berlin) mit 21,99 € als auch im Bundesdurchschnitt mit 21,12 € je geleisteter Arbeitsstunde. Im Gegensatz zur Situation in Sachsen

zeigte sich gegenüber 2009 aber in allen drei Fällen ein minimaler Rückgang um einen Cent. Insofern erhöhte sich der Angleichungsstand zwischen Sachsen und Deutschland im Jahre 2010 auf 79,8 Prozent geringfügig weiter. Im Vergleich zu den Pro-Kopf-Jahresverdiensten, bei denen bereits ein Angleichungsstand von 82,9 Prozent erreicht ist, ergab sich bei den Pro-Kopf-Stundenverdiensten somit ein um 3,1 Prozentpunkte größerer Abstand.

Innerhalb der sächsischen Wirtschaft zeigten die Bruttostundenverdienste 2010 gegenüber 2009 zwischen Produzierendem Gewerbe und den Dienstleistungsbereichen eine gegensätzliche Entwicklung. Der höchste Wert war mit 18,71 € je Arbeitnehmerstunde im Bereich Öffentliche und private Dienstleister zu verzeichnen. Dies kam binnen Jahresfrist einer Steigerung um 0,6 Prozent gleich. Auch in den beiden anderen Dienstleistungsbereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit 16,98 € sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 14,08 € waren gegenüber 2009 moderate Zuwächse um 0,8 bzw. 0,1 Prozent zu verzeichnen. Dagegen verdiente man 2010 für die geleistete Arbeitsstunde im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 18,47 € 1,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Darunter wird die Entwicklung insbesondere durch das Verarbeitende Gewerbe bestimmt. Hier lag der entsprechende Wert zuletzt bei 17,97 €, 1,3 Prozent niedriger als 2009. Dabei dürfte die – im Gegensatz zu den personenbezogenen Angaben – rückläufige Entwicklung auch auf

**Abb. 8 Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 2000, 2009 und 2010 nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>**



1) Berechnungsstand: Jahre 2000 und 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011 (VGR des Bundes)

der mittlerweile wieder stark verminderten Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelung beruhen [17], die das tatsächlich geleistete Arbeitsvolumen entsprechend stark ansteigen lässt. Im Baugewerbe wurden 13,81 € je Arbeitnehmerstunde im Jahr 2010 gezahlt, 0,3 Prozent weniger als 2009. Im Hinblick auf den Angleichungsstand an das durchschnittliche bundesdeutsche Verdienstniveau bewegten sich die Abweichungen von 6,7 Prozentpunkten im Bereich Öffentliche und private Dienstleister bis zu 32,8 Prozentpunkten im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe bzw. 34,2 Prozentpunkten im Verarbeitenden Gewerbe.

Die im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) gezahlten Bruttolöhne und -gehälter erreichten 2010 mit 15 468 € je Arbeitnehmer bzw. 10,01 € je geleisteter Arbeitnehmerstunde einmal mehr den mit Abstand niedrigsten Stand innerhalb der sächsischen Wirtschaft. Während der Pro-Kopf-Verdienst gegenüber 2009 um 0,8 Prozent zunahm, war beim Bruttostundenverdienst ein Rückgang um 0,7 Prozent festzustellen. Dabei war jedoch sowohl für die personenbezogenen als auch für die zeitbezogenen Angaben ein überdurchschnittlicher Angleichungsstand an die bundesdeutschen Verdienstverhältnisse charakteristisch.

### Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Erholung zeigte 2010 deutliche Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt waren in Sachsen 253 135 Arbeitslose registriert und somit 8,9 Prozent weniger als 2009 (vgl. Tab. 2). Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, ist um reichlich einen Prozentpunkt auf 11,8 Prozent gesunken. Dabei verringerte sich die Quote der Frauen auf 11,5 Prozent und die der Männer auf 12,1 Prozent. Im ostdeutschen Durchschnitt war die Arbeitslosenquote mit 12,0 Prozent leicht höher als in Sachsen. Deutlich niedriger lag jedoch das bundesdeutsche Mittel mit 7,7 Prozent.

In den ersten Monaten 2011 bewegte sich die Arbeitslosenzahl in Sachsen ebenfalls unter ihrem Vorjahresniveau. So waren im April insgesamt 240 355 Arbeitslose registriert, 11,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 11,3 Prozent.

Nach Altersgruppen betrachtet zeigte sich, dass die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen mit 17,6 Prozent besonders deutlich gesunken ist. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag mit 10,8 Prozent um einen Prozentpunkt unter der Gesamtarbeitslosenquote. In der Gruppe der 25- bis unter 55-Jährigen ging die Arbeitslosenzahl um 10,3 Prozent zurück.

Um 2,0 Prozent erhöht hat sich indes die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 55 Jahren und mehr. Dass sich gleichzeitig die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe auf 15,2 Prozent verringerte, beruht darauf, dass die Zahl der Erwerbspersonen dieser Altersgruppe stärker gestiegen ist als die der Arbeitslosen. Bei der Interpretation der Arbeitslosenzahl der über 55-Jährigen sind die Ende 2007 ausgelaufenen Regelungen des § 428 SGB III zu beachten. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet hatten, Arbeitslosengeld unter erleichterten Bedingungen in Anspruch nehmen und wur-

den dann nicht mehr als Arbeitslose gezählt. Der Zahl von 253 135 Arbeitslosen standen 2010 im Jahresdurchschnitt 15 457 gemeldete Arbeitsstellen gegenüber. Das heißt, bei einem Rückgang der Arbeitslosenzahl hat sich das Angebot ungenügender Stellen des sogenannten ersten Arbeitsmarktes um 17,9 Prozent erhöht.

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit hat sich nach dem Krisenjahr 2009 im Verlauf des Jahres 2010 kontinuierlich verringert. Während im Januar noch über 60 000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen waren, lag ihre Zahl im Oktober bei knapp 13 000. Daneben trug

Tab. 2 Arbeitsmarkt<sup>1)</sup>

Merkmal	2010	2009	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2010	2009
			%	
<b>Arbeitslose (Personen)</b>	<b>253 135</b>	<b>277 730</b>	<b>-8,9</b>	<b>-0,4</b>
und zwar				
Frauen	116 549	128 132	-9,0	-8,3
Männer	136 586	149 598	-8,7	7,6
im Alter von unter 20 Jahren	3 354	4 323	-22,4	-15,0
im Alter von unter 25 Jahren	25 961	31 495	-17,6	-1,4
im Alter von 50 Jahren und mehr	86 952	89 597	-3,0	3,2
im Alter von 55 Jahren und mehr	51 900	50 880	2,0	16,0
Ausländer	9 628	9 892	-2,7	-1,4
<b>Arbeitslosenquote (Prozent)<sup>2)</sup></b>	<b>11,8</b>	<b>12,9</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
Frauen	11,5	12,5	x	x
Männer	12,1	13,2	x	x
im Alter von unter 20 Jahren	5,3	6,0	x	x
im Alter von unter 25 Jahren	10,8	12,5	x	x
im Alter von 50 Jahren und mehr	14,2	14,8	x	x
im Alter von 55 Jahren und mehr	15,2	15,7	x	x
Ausländer	23,9	24,5	x	x
<b>Gemeldete Arbeitsstellen (Anzahl)</b>	<b>15 457</b>	<b>13 107</b>	<b>17,9</b>	<b>-15,6</b>
<b>Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente</b>				
Berufliche Weiterbildung	13 495	13 342	1,1	32,2
Förderung abhängiger Beschäftigung	22 892	24 296	-5,8	13,3
darunter				
Eingliederungszuschüsse (einschl. § 421f,p SGB III)	15 616	17 596	-11,3	9,0
Eingliederungszuschüsse für schwerbehinderte Menschen (einschl. § 421f SGB III)	1 331	1 288	3,4	-4,3
Förderung der Selbstständigkeit	9 625	10 692	-10,0	-32,6
darunter Gründungszuschuss	8 565	8 337	2,7	-0,5
Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II	31 588	32 627	-3,2	1,0
darunter Variante: Mehraufwand ("Ein-Euro-Jobs")	23 791	26 383	-9,8	-11,6

1) Jahresdurchschnittsangaben; Stand: Mai 2011

2) Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig u. geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante)

Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit (BA)

auch der Einsatz weiterer arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei. An Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nahmen 2010 im Mittel 13 495 Personen und somit 1,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor teil. Verminderte Fallzahlen wurden indes bei der Förderung abhängiger Beschäftigung verzeichnet, hier lag eine Abnahme um 5,8 Prozent auf 22 892 Fälle vor. Die zahlenmäßig stärkste Rolle spielten dabei die Eingliederungszuschüsse. Dieses Instrument unterstützt die Eingliederung von Arbeitnehmern mit Vermittlungshemmnissen. Das heißt, nach § 217 SGB III können Arbeitgeber, welche Arbeitnehmer beschäftigen, deren Vermittlung wegen in ihrer Person liegenden Umständen erschwert ist, Zuschüsse zu den Arbeitsentgelten erhalten. Leistungen zur Förderung der Selbstständigkeit erhielten 2010 im Jahresdurchschnitt 9 625 Personen, ein Zehntel weniger als 2009. Dieser Rückgang ist u. a. auf den Wegfall des Existenzgründungszuschusses zurückzuführen, mit dem im Vorjahr noch 977 Personen gefördert wurden. Bei den Gründungszuschüssen, auf die mit 8 565 Personen der größte Teil der Maßnahmen zu Förderung der Selbstständigkeit entfiel, war ein Anstieg um 2,7 Prozent zu verzeichnen. In Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten 2010 im Vergleich zu 2009 um 3,2 Prozent auf 31 588 Personen. Den zahlenmäßig stärksten Platz nahmen hier mit 23 791 Fällen die Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante (sogenannte Ein-Euro-Jobs) ein.

### Produktivität

Die Produktivität, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen, betrug im Jahr 2010 in Sachsen 48 696 € (vgl. Tab. 3). Im Vergleich dazu lag das Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) bei 49 904 €. Beide Werte sind größer als die Angaben für 2009. Nach dem gegenwärtigen Berechnungsstand wurden 2009 in der sächsischen Wirtschaft fast 81 Prozent des gesamtdeutschen Produktivitätsniveaus erreicht. Dagegen betrug der Angleichungsstand 2010 – wie 2008, trotz der o. g. Niveauerhöhung – wieder nur knapp 79 Prozent. Die langfristige Entwicklung wird auch hier von den aktuellen Veränderungen bei der gesamtwirtschaftlichen Leistung und der Erwerbstätigenzahl infolge der Wirtschaftskrise und des sich anschließenden Aufschwungs überlagert. Ähnlich verhält sich die Situation im Mittel der fünf neuen Länder, wo der Angleichungsstand nach einer längeren Phase der Stagnation auf einem Niveau von rund 80 Prozent im Jahr 2009 dann auf 82 Prozent stieg und 2010 wieder knapp 81 Prozent betrug. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Angleichungsprozess in den kommenden Jahren darstellen wird.

Der **Produktivitätsindex**<sup>5)</sup> nahm 2010 in Sachsen im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent zu (vgl. Tab. 3). In den beiden Vorjahren war seine Entwicklung rückläufig. Im bundesdeutschen Mittel nahm der Produktivitätsindex 2010 sogar um gut drei Prozent zu, im Durchschnitt der fünf neuen Länder gab es eine 1,5-prozentige Erhöhung.

### Stundenproduktivität

Der Quotient aus dem Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) und den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Arbeitsvolumen) – die Stundenproduktivität – stellt ein weiteres Produktivitätsmaß dar. Mit der in den letzten Jahren verstärkt zu verzeichnenden zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (Stichworte: Teilzeittätigkeit bzw. marginale Beschäftigung) gewinnt dieses Produktivitätsmaß zunehmend an Bedeutung. Im Unterschied zur Pro-Kopf-Produktivität wird bei dieser Maßzahl der unterschiedliche Arbeitseinsatz der Erwerbstätigen berücksichtigt. Gerade bei den 2009/10 als Folge der Wirtschaftskrise bzw. des sich anschließenden Aufschwungs auseinanderklaffenden Entwicklungen von Erwerbstätigenzahl und tatsächlich geleistetem Arbeitsvolumen ist dies ein nicht zu unterschätzender Tatbestand bei der Produktivitätsmessung.

Je geleisteter Arbeitsstunde wurde 2010 in Sachsen eine gesamtwirtschaftliche Leistung in Höhe von 33,24 € erbracht (vgl. Tab. 3). Damit war die Stundenproduktivität der sächsischen Wirtschaft erneut etwas niedriger als das Mittel der fünf neuen Länder mit 33,94 €. Die gesamtdeutsche Stundenproduktivität betrug 43,51 €. Während die Daten für Sach-

5) Der Produktivitätsindex berücksichtigt auch die Preisveränderungen. Er ist seinerseits der Quotient aus zwei Indizes: Im Zähler steht die preisbereinigte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche (Kettenindizes) und im Nenner bei der Pro-Kopf-Produktivität die Entwicklung der Erwerbstätigen als Index (vgl. auch [2, S. 18-21]).

Tab. 3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen und je Erwerbstätigenstunde nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>

Merkmal Wirtschaftsbereich	Je Erwerbstätigen				Je Erwerbstätigenstunde			
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt, verkettet			in jeweiligen Preisen	preisbereinigt, verkettet		
		2010	2009			2010	2009	
	absolut	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		absolut	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	€	2000 = 100	%		€	2000 = 100	%	
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>48 696</b>	<b>115,14</b>	<b>1,2</b>	<b>-2,7</b>	<b>33,24</b>	<b>121,91</b>	<b>-1,0</b>	<b>-0,3</b>
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>43 650</b>	<b>116,81</b>	<b>1,5</b>	<b>-3,3</b>	<b>29,80</b>	<b>123,69</b>	<b>-0,7</b>	<b>-0,9</b>
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	20 670	133,69	0,4	10,6	12,78	138,24	-0,6	13,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	52 861	139,84	9,1	-12,8	34,05	145,90	3,1	-6,8
darunter Verarbeitendes Gewerbe	45 064	144,03	10,6	-15,3	29,00	150,56	4,3	-9,1
Baugewerbe	34 222	103,12	-3,0	0,1	20,12	99,82	-3,9	0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	29 304	115,23	2,0	-2,6	20,84	125,91	0,6	-0,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	69 906	108,04	-2,7	-0,6	49,39	115,42	-4,3	1,0
Öffentliche und private Dienstleister	38 077	98,90	-0,3	1,1	26,95	104,38	-1,7	2,0

1) Berechnungsstand: Jahr 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011 (VGR des Bundes)

sen unter denen von 2009 lagen, war dies sowohl im Mittel der fünf neuen Länder als auch im Bundesdurchschnitt nicht der Fall. Zurückzuführen ist dies auf unterschiedliche regionale Entwicklungen der Angaben im Zähler und im Nenner dieses Quotienten. Obwohl in Sachsen damit zuletzt gut 76 Prozent des bundesdeutschen Wertes erreicht wurden, war die Angleichung bei dieser Kennzahl noch nicht so weit fortgeschritten wie beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Der entsprechende **Produktivitätsindex**<sup>6)</sup> nahm in Sachsen 2010 gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent ab, nachdem auch für die beiden Vorjahre jeweils ein geringer Rückgang vorlag. Im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) lag ebenfalls zum dritten Mal in Folge eine Verminderung vor. Dagegen stieg er im Bundesdurchschnitt 2010 um ein Prozent.

Gegenüber dem Jahr 2000 betrug 2010 die Gesamtentwicklung der Stundenproduktivität in Sachsen knapp 22 Prozent, im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) nahezu 20 Prozent. Im gesamtdeutschen Maßstab erhöhte sie sich dagegen nur um gut neun Prozent. Diese Entwicklungsangaben zur Stundenproduktivität liegen deutlich über denen der Pro-Kopf-Produktivität, gemessen mit Hilfe des entsprechenden Produktivitätsindex. Dessen Gesamtentwicklung seit 2000 betrug in Sachsen rund 15 Prozent, in den fünf neuen Ländern reichlich zwölf Prozent und im Bundesmittel lediglich gut fünf Prozent.

### Produktivität in den Wirtschaftsbereichen

Die absolut höchste Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen innerhalb der sächsischen Wirtschaft konnte mit 69 906 € auch 2010 wieder im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister festgestellt werden (vgl. Tab. 3). Dieser Wert entspricht allerdings nur 73 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus. Die geringste Produktivität wurde erneut in der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) mit 20 670 € je Erwerbstätigen verzeichnet. Dies bedeutet hier jedoch fast 90 Prozent Angleichung an den Bundesdurchschnitt. Bei der Produktivität im Bereich Öffentliche und private Dienstleister wurde dabei sogar noch ein geringfügig höherer Angleichungsstand erreicht. Im Verarbeitenden Gewerbe betrug 2010 die Pro-Kopf-Leistung 45 064 €. Mit 71 Prozent war in diesem Wirtschaftsbereich der gegenwärtig geringste Angleichungsstand an das gesamtdeutsche Produktivitätsniveau festzustellen. Die Werte sind Resultat sehr unterschiedlicher Entwicklungen der Ausgangsdaten für diese Produktivitätszahl in

den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes war 2010 beispielsweise eine außerordentlich kräftige Steigerung des Produktivitätsindex zu verzeichnen und zwar um mehr als ein Zehntel. Die Produktivitätszunahme gegenüber dem Jahr 2000 betrug 44 Prozent. Im Vergleich zur Entwicklung in den anderen Wirtschaftsbereichen war dies die deutlichste Zunahme (vgl. Tab. 3). Im Jahr 2010 gab es allerdings auch Wirtschaftsbereiche, in denen rückläufige Entwicklungen des Produktivitätsindex im Vorjahresvergleich vorlagen. Dies betraf das Baugewerbe sowie die Dienstleistungsreiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie Öffentliche und private Dienstleister.

Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wies 2010 mit 49,39 € auch die höchste *Stundenproduktivität* auf. Dies entspricht gut 74 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus, womit der Angleichungsprozess hier geringfügig weiter fortgeschritten ist als bei der Pro-Kopf-Produktivität. In der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) konnte 2010 eine Stundenproduktivität erreicht werden, die zwar fast 96 Prozent des bundesdeutschen Mittels entspricht, je geleisteter Arbeitsstunde wurden hier allerdings lediglich 12,78 € erwirtschaftet. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr konnten mit 20,84 € je geleisteter Arbeitsstunde – im Prinzip analog zur Pro-Kopf-Produktivität – gut 76 Prozent des gesamtdeutschen Produktivitätsniveaus erreicht werden. In allen anderen Wirtschaftsbereichen war der Angleichungsstand bei der Stundenproduktivität geringer als bei der Pro-Kopf-Produktivität.

Die entsprechenden **Indizes der Stundenproduktivität der einzelnen Wirtschaftsbereiche** wiesen im Jahr 2010 entweder deutlich geringere Steigerungen oder dem absoluten Betrag nach größere Rückgänge auf wie die Indizes, die auf Basis der Erwerbstätigenentwicklung bestimmt wurden (vgl. Tab. 3). Hier spiegeln sich die unterschiedlichen Entwicklungen von geleisteten Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen) und Erwerbstätigenzahl in den Bereichen wider. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) kam es sogar zu einem Vorzeichenwechsel. Bei der Einschätzung dieser Entwicklungen im Jahr 2010 muss berücksichtigt werden, dass sich im Krisenjahr 2009 in allen Bereichen die Entwicklungen beim Index der Stundenproduktivität günstiger darstellten als beim Index der Pro-Kopf-Produktivität. Beispielsweise betrug der Rückgang der Stundenproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe nur 9,1 Prozent, der der Pro-Kopf-Produktivität dagegen 15,3 Prozent. Auch

gegenüber dem Jahr 2000 entwickelte sich der Index der Stundenproduktivität in allen Bereichen – mit Ausnahme des Baugewerbes – insgesamt dynamischer als dies beim Index der Pro-Kopf-Produktivität der Fall ist. Diese Daten verdeutlichen einmal mehr, dass eine Produktivitätsmessung auf der Basis von Pro-Kopf-Angaben allein nicht ausreichend ist, um die Wirtschaftsentwicklung zu analysieren.

### Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten sind – neben den Produktivitätsangaben und den Informationen zu den Lohnkosten bzw. den Verdiensten – ein wichtiger Indikator zur Betrachtung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen bzw. Wirtschaftsbereichen. Mit dieser Kennzahl werden die Lohnkosten in Relation zur Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit gesetzt.<sup>7)</sup> Grundsätzlich gilt, je günstiger das Verhältnis der Kosten des Arbeitseinsatzes zur Produktivität ausfällt, d. h. je niedriger der Lohnkostendruck ist, desto mehr gewinnt die Region bzw. der Wirtschaftsbereich für künftige Investoren an Attraktivität. Bei der Beurteilung der Daten ist jedoch zu berücksichtigen, dass in hochentwickelten Volkswirtschaften generell ein hohes Lohnstückkostenniveau vorliegt.

Der **Lohnstückkostenindex**<sup>8)</sup> wies im Jahr 2010 für Sachsen einen Anstieg von 1,3 Prozent auf. Auch für die neuen Länder (ohne Berlin) wurde 2010 mit 0,7 Prozent ein leichtes Plus ausgewiesen. Dagegen verringerte sich dieser Index im bundesdeutschen Mittel um 0,9 Prozent. In Sachsen gab es bereits 2008 und 2009 eine Zunahme, so dass sich die in der Tendenz rückläufige Entwicklung aus den Jahren zuvor erneut nicht fortsetzte. Außerdem konnte 2010 mit einem Index von 100,8 der Wert aus dem Jahr 2000 (=100) erstmals überschritten werden. Der gesamt-

6) Vgl. Fußnote 5) Im Unterschied zum dort angeführten Produktivitätsindex steht beim Index der Stundenproduktivität im Nenner die Entwicklung der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen als Index (vgl. auch [2, S. 154]).

7) Die nachfolgend verwendeten Angaben zu den Lohnstückkosten fußen auf dem so genannten Personenkonzept: Quotient aus Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) im Zähler und Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen (Produktivität) im Nenner. Daneben gibt es das Stundenkonzept, bei dem mit Angaben zu den Lohnkosten bzw. zur Produktivität auf der Basis von Daten zu den geleisteten Arbeitsstunden gearbeitet wird (vgl. auch [2, S. 154]).

8) Der Lohnstückkostenindex berücksichtigt die Preisveränderungen. Er ist seinerseits der Quotient aus zwei Indizes: Im Zähler steht die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten (Index) und im Nenner die preisbereinigte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (bzw. der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche) je Erwerbstätigen als Index (Personenkonzept). Beim Stundenkonzept wird im Nenner auf den Index der preisbereinigten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (bzw. der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche) je geleisteter Arbeitsstunde zurückgegriffen (vgl. auch [2, S. 155]).

deutsche Lohnstückkostenindex stand – trotz der Verminderung am aktuellen Rand – dagegen 2010 bei 106,0.

Die gesamtwirtschaftlichen **Lohnstückkosten** Sachsens (*Personenkonzept*) lagen im Jahr 2010 mit 59,4 Prozent weiterhin geringfügig über dem bundesdeutschen Mittel von 56,6 Prozent. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Prozess der Angleichung der Lohnkosten an das gesamtdeutsche Niveau mit 82,8 Prozent gegenwärtig weiter fortgeschritten ist als bei der Produktivität mit knapp 79 Prozent. Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, sind allerdings im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 66,1 Prozent die Lohnstückkosten auch 2010 in Sachsen – trotz unterschiedlich starker Auswirkungen von Wirtschaftskrise und anschließendem Aufschwung – weiterhin geringer als im gesamtdeutschen Durchschnitt mit 68,9 Prozent. In diesem Bereich wird die Entwicklung maßgeblich vom Verarbeitenden Gewerbe bestimmt. Allerdings lagen dessen Lohnstückkosten 2010 in Sachsen mit 74,7 Prozent erstmals seit längerem geringfügig über dem deutschen Mittel von 74,0 Prozent. Auch wenn am aktuellen Rand im Verarbeitenden Gewerbe für die Produktivität im Vergleich zu den Lohnkosten ein minimal geringerer Angleichungsstand an die gesamtdeutschen Werte ausgewiesen wird, ist – mit Blick auf die vorangegangenen sieben Jahre – eine Standortattraktivität Sachsens durchaus noch gegeben.

Eine Betrachtung der Lohnstückkosten nach dem **Stundenkonzept** führt grundsätzlich zu keinen anderen Aussagen. Für die Gesamtwirtschaft wies dieser Lohnstückkostenindex im Jahr 2010 für Sachsen einen Anstieg von 1,1 Prozent auf, wobei auch hier das dritte Jahr in Folge eine Zunahme vorlag. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten

Sachsens (*Stundenkonzept*) lagen im Jahr 2010 mit 62,5 Prozent weiterhin geringfügig über dem bundesdeutschen Mittel von 59,9 Prozent, da auch hier der Prozess der Angleichung der Lohnkosten an das gesamtdeutsche Niveau mit knapp 80 Prozent gegenwärtig weiter fortgeschritten ist als bei der Stundenproduktivität mit gut 76 Prozent. Für den Bereich des sächsischen Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe wurden 2010 mit 67,8 Prozent ebenfalls geringere Lohnstückkosten als im gesamtdeutschen Durchschnitt mit 70,3 Prozent ausgewiesen.

### Außenhandel<sup>9)</sup>

#### Ausfuhr

Die Ausfuhr (Spezialhandel) aus Sachsen erreichte im Jahr 2010 einen Gesamtwert von 24,9 Milliarden € (vgl. Tab. 4). Damit wurde nicht nur das Ergebnis des Krisenjahres 2009 um 27,5 Prozent überschritten. Es konnte der höchste Ausfuhrwert für Sachsen bisher verzeichnet werden (vgl. Abb. 9). Bundesweit wurde das stärkste Ausfuhrplus seit der Ölkrise notiert: Die Exporte stiegen 2010 um 19,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist allerdings zu beachten, dass 2010 die Ausfuhrpreise um durchschnittlich 3,4 Prozent gestiegen sind (2009: -2,2 Prozent). [18] Zu Jahresbeginn 2011 legten die sächsischen Exporte weiter zu. Mit 7,1 Milliarden € war deren Wert im ersten Quartal 2011 um 34,7 Prozent höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Den größten Teil der Ausfuhr bildeten auch im Jahr 2010 die Güter der gewerblichen Wirtschaft. Hier lag ein Plus von 25,8 Prozent auf 23,2 Milliarden € vor. Darunter waren Enderzeugnisse im Wert von 19,5 Milliarden €. Den höchsten Stellenwert hatten dabei – wie

bereits in den Vorjahren – die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus mit 9,6 Milliarden €. Im Vergleich zu 2009 waren das fast zwei Drittel mehr.

Mit Blick auf die wichtigsten Handelspartner zeigt sich exportseitig folgendes Bild. Das Gros der sächsischen Lieferungen ging 2010 mit 2,3 Milliarden € nach China. Der Zuwachs im Vergleich zu 2009 lag bei überdurchschnittlichen 71,2 Prozent. Als weitere bedeutende Exportpartner folgten die USA mit 1,9 Milliarden € und Frankreich mit 1,5 Milliarden €. Der Vorjahresvergleich ergab für die USA ein Plus von 67,2 Prozent. Der Wert der nach Frankreich ausgeführten Waren stieg um 26,8 Prozent. Bei den Exporten in alle genannten Länder dominierten die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus.

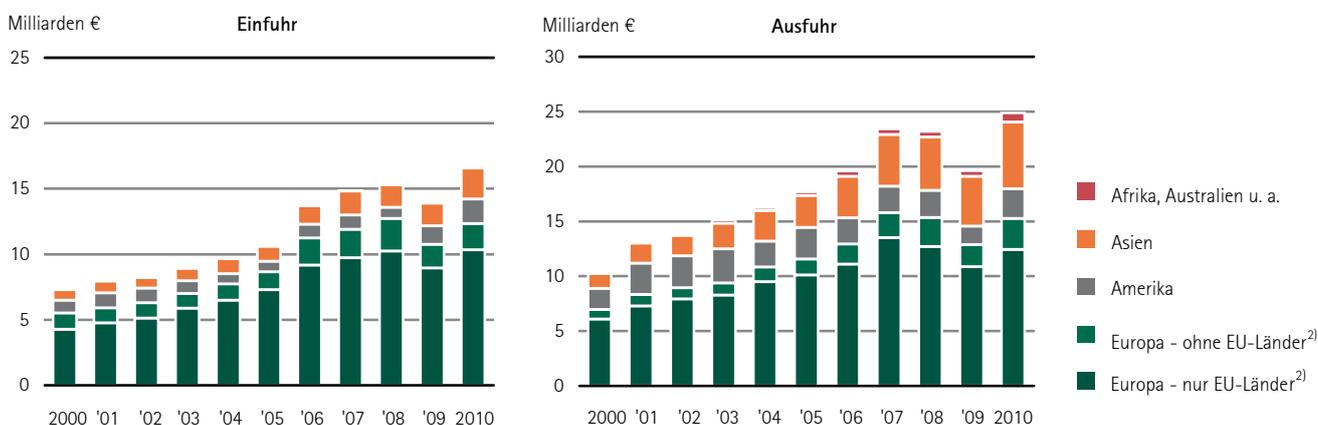
#### Einfuhr

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Sachsen erhöhte sich 2010 gegenüber dem Vorjahr um 22,6 Prozent auf 16,7 Milliarden €. Auch die Einfuhr erreichte damit den bisher höchsten Wert für Sachsen (vgl. Tab. 4 und Abb. 9). Hier sei darauf hingewiesen, dass die Einfuhrpreise nach einem Rückgang 2009 um 8,6 Prozent im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 7,8 Prozent gestiegen sind. [18] Im ersten Quartal 2011 lagen die Importe mit einem Wert von 5,1 Milliarden € um 46,2 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Die Güter der gewerblichen Wirtschaft stellten im Jahr 2010 mit 14,5 Milliarden € den Hauptteil der sächsischen Importe dar. Darunter waren die Enderzeugnisse mit 10,3 Milliarden € die wertmäßig stärkste Gruppe. Hervorzuheben sind dabei wie bei der Ausfuhr die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus mit einem Wert von 3,2 Milliarden €, 3,6 Prozent

9) Alle Angaben zum Außenhandel sind vorläufig.

Abb. 9 Außenhandel 2000 bis 2010 nach Kontinenten<sup>1)</sup>



1) Jahr 2010 – vorläufige Ergebnisse  
2) EU-Länder – Beitrittsländer Stand 2010

Tab. 4 Außenhandel <sup>1)</sup>

Merkmal	2010	2009	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2010	2009
	Mill. €		%	
<b>Ausfuhr (Spezialhandel) <sup>2)</sup></b>	<b>24 873</b>	<b>19 501</b>	<b>27,5</b>	<b>-15,9</b>
<b>nach Warengruppen</b>				
Ernährungswirtschaft	886	839	5,6	-8,1
Gewerbliche Wirtschaft	23 214	18 457	25,8	-16,1
darunter Enderzeugnisse	19 498	15 251	27,8	-14,6
darunter				
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	9 595	5 819	64,9	-17,6
Erzeugnisse des Maschinenbaus	3 015	2 854	5,6	-23,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	2 880	2 650	8,7	-18,4
<b>nach Ländern</b>				
EU-Länder <sup>3)</sup>	12 438	10 749	15,7	-15,2
darunter				
Frankreich	1 514	1 194	26,8	-9,7
Italien	1 369	1 227	11,6	-11,0
Polen	1 350	1 200	12,5	-19,1
Tschechische Republik	1 181	987	19,7	-21,5
Volksrepublik China	2 303	1 345	71,2	4,5
Vereinigte Staaten	1 875	1 122	67,2	-34,2
Russische Föderation	718	520	38,0	-41,3
<b>Einfuhr (Generalhandel) <sup>2)</sup></b>	<b>16 685</b>	<b>13 605</b>	<b>22,6</b>	<b>-11,6</b>
<b>nach Warengruppen</b>				
Ernährungswirtschaft	934	936	-0,3	-11,0
Gewerbliche Wirtschaft	14 506	12 264	18,3	-11,2
darunter				
Rohstoffe	1 102	1 085	1,6	-20,9
darunter Erdöl und Erdgas	943	954	-1,2	-22,8
Enderzeugnisse	10 279	8 663	18,7	-3,4
darunter				
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	3 173	3 061	3,6	2,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 618	1 246	29,8	-10,7
Erzeugnisse des Maschinenbaus	2 033	1 382	47,1	-22,3
<b>nach Ländern</b>				
EU-Länder <sup>3)</sup>	10 343	8 577	20,6	-16,3
darunter				
Tschechische Republik	2 643	2 638	0,2	0,9
Österreich	1 080	804	34,3	-2,9
Polen	1 020	936	9,1	-27,0
Frankreich	946	710	33,1	-36,8
Vereinigte Staaten	1 612	1 249	29,0	91,2
Russische Föderation	1 271	1 177	8,0	-30,9
Volksrepublik China	627	524	19,6	-12,1

1) 2010 vorläufige Angaben

2) einschließlich Rückwaren, Ersatzlieferungen und nicht aufgliederbarer Handelswaren

3) EU-Länder – Beitrittsländer Stand 2010

mehr als im Vorjahr. Dem folgten Erzeugnisse des Maschinenbaus mit 2,0 Milliarden €. Hier stieg die Einfuhr deutlich um 47,1 Prozent. Bei den elektrotechnischen Erzeugnissen mit

rund 1,6 Milliarden € erhöhte sich die Einfuhr im Vorjahresvergleich um 29,8 Prozent. Wichtigstes Herkunftsland sächsischer Importe war erneut die Tschechische Republik

mit 2,6 Milliarden €. Verglichen mit dem Vorjahr lag hier nur ein leichter Zuwachs von 0,2 Prozent vor. Sachsen bezog auch 2010 aus seinem Nachbarland in erster Linie Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus. In der Rangliste der wichtigsten Einfuhrpartner folgte die USA mit Lieferungen im Wert von 1,6 Milliarden €, 29,0 Prozent mehr als 2009. Dazu trug u. a. die Einfuhr von Luftfahrzeugen im Wert von rund 0,8 Milliarden € bei. Platz drei unter den Ursprungsländern belegte die Russische Föderation mit einem Warenwert von 1,3 Milliarden €. Hier war verglichen mit dem Vorjahr ein Plus von 8,0 Prozent zu verzeichnen. An der Spitze der Einfuhrgüter standen dabei Erdöl und Erdgas.

### Preisentwicklung

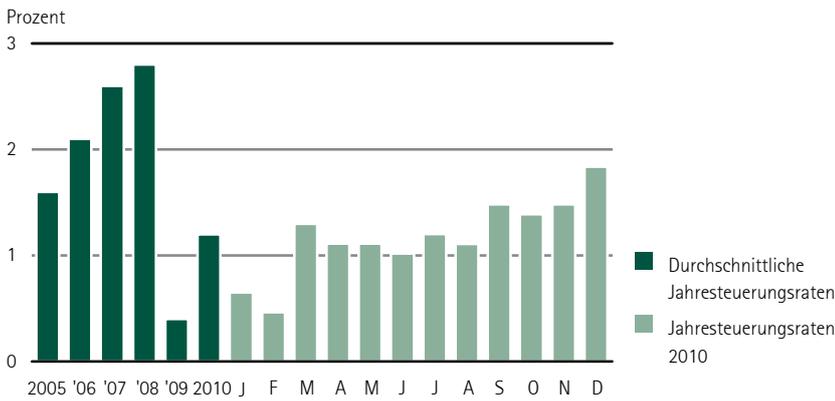
#### Verbraucherpreise

Im Jahr 2010 betrug die durchschnittliche Jahresteuierung in Sachsen 1,2 Prozent. Sie war damit dreimal so hoch wie 2009, lag aber deutlich unter dem für 2008 ausgewiesenen Wert von 2,8 Prozent (vgl. Abb. 10). Somit entsprach die Entwicklung in Sachsen dem gesamtdeutschen Trend.

Im Verlauf des Jahres 2010 hat sich die Teuerungsrate in Sachsen mit steigender Tendenz entwickelt – sie kletterte von 0,7 Prozent im Januar auf 1,8 Prozent im Dezember. Auch in den ersten vier Monaten 2011 zog die Teuerung weiter an. Im April wurde mit 2,5 Prozent die kräftigste Jahresteuierungsrate seit Oktober 2008 (2,7 Prozent) verzeichnet.

Innerhalb der Gütergruppen vollzogen sich 2010 markante Entwicklungen in den Bereichen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“, „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ sowie „Verkehr“. Hier wechselten die Jahresteuierungsraten jeweils aus dem negativen in den positiven Wertebereich, d. h. es waren zuletzt Preissteigerungen zu verzeichnen (vgl. Abb. 11). Nachdem das Preisniveau bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken 2009 um 1,2 Prozent gesunken war, stand 2010 eine Teuerung von 1,6 Prozent zu Buche. So mussten die Verbraucher beispielsweise für Obst 4,7 Prozent und für Gemüse 7,1 Prozent mehr bezahlen. Einen großen Beitrag an der Inflationsrate 2010 hatte der Teilindex „Verkehr“, welcher sich um 3,6 Prozent erhöhte, obgleich er 2009 noch um 1,8 Prozent gefallen war. Deutlich teurer wurden dabei mit 11,2 Prozent die Kraftstoffe. In der Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ – der Bereich, welcher mit dem höchsten Wägungsanteil in den Gesamtindex eingeht – stieg das Preisniveau 2010 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent (2009: -0,1 Prozent). Ein enormer

Abb. 10 Teuerungsraten 2005 bis 2010



Anstieg wurde mit 22,5 Prozent bei Heizöl verzeichnet.

Verbraucherfreundlich zeigt sich dagegen bereits über einen längeren Zeitraum der Bereich „Nachrichtenübermittlung“ mit deutlichen Preissenkungen für die Konsumenten – 2010 lag hier das Preisniveau um 2,0 Prozent unter dem des Vorjahres.

**Baupreise**

Die Baupreise in Sachsen erhöhten sich im Jahresmittel 2010 bei nahezu allen Bauwerksarten (vgl. Tab. 5). Der Neubau von Wohngebäuden verteuerte sich im Jahresdurchschnitt 2010 gegenüber 2009 um 1,1 Prozent. Ebenfalls ist ein Anstieg des Preisniveaus bei

Bürogebäuden um 1,6 Prozent, bei gewerblichen Betriebsgebäuden um 1,2 Prozent, bei Brücken im Straßenbau um 0,6 Prozent sowie bei Ortskanälen um 1,5 Prozent zu verzeichnen. Nur im Straßenbau lagen die Preise im Jahresdurchschnitt 2010 0,3 Prozent unter dem Vorjahreswert.

**Gewerbeanzeigen und Insolvenzen**

**Gewerbeanzeigen**

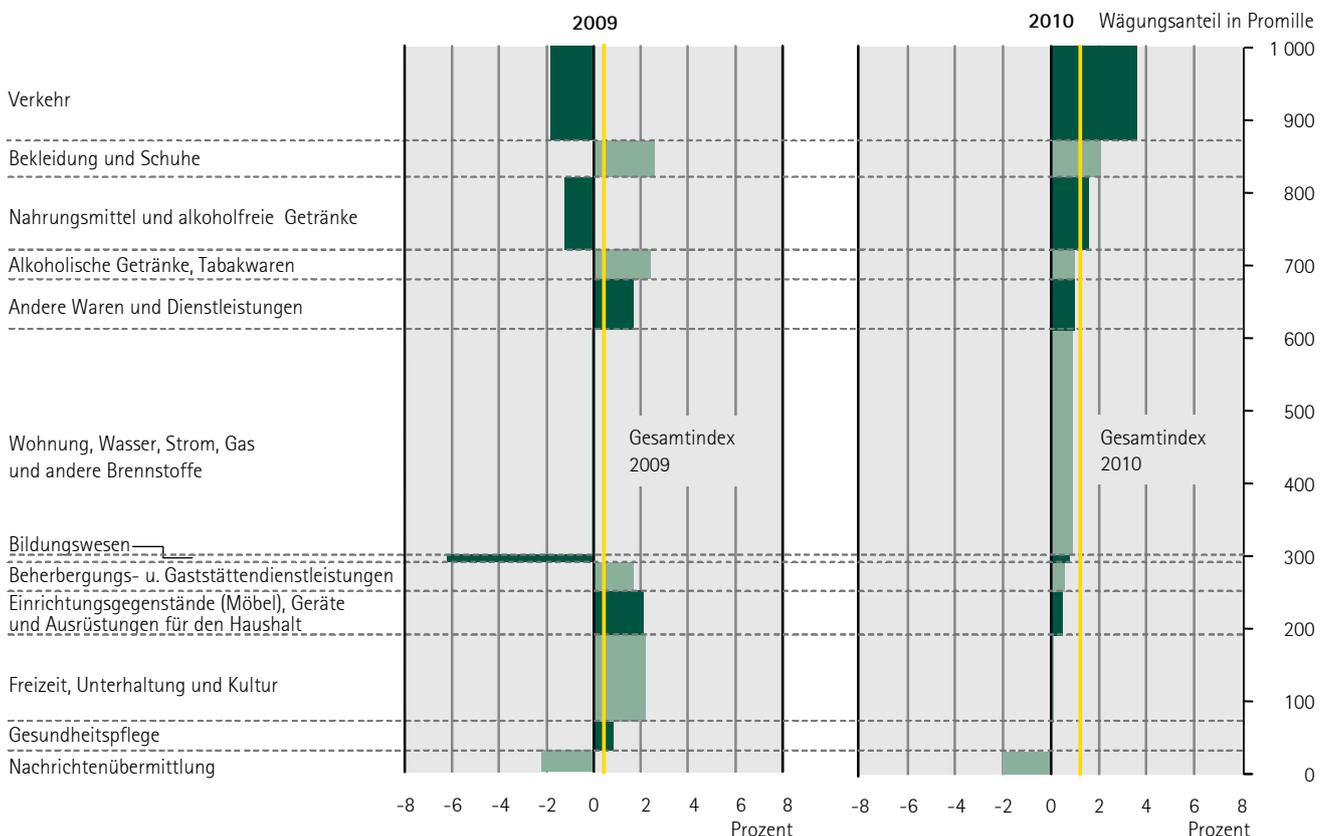
Bei den sächsischen Gewerbeämtern erfolgten im Jahr 2010 insgesamt 38 200 *Gewerbeanmeldungen* und 34 661 *Gewerbeabmeldungen*. Sowohl bei den An- als auch den

Abmeldungen bedeutete dies ein gut einprozentiges Minus im Vergleich zu 2009. Im Jahr 2010 betrafen fast 79 Prozent der Meldungen Einzelunternehmen und 12 Prozent GmbHs. Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, verzeichnete der Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit 23 Prozent der Gewerbeanmeldungen und 27 Prozent der Gewerbeabmeldungen erneut die jeweils höchsten Fallzahlen. Das *Verhältnis der An- und Abmeldungen* insgesamt zueinander blieb mit 100 zu 91 gegenüber dem Vorjahr unverändert, wobei es hier große Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gibt.

**Insolvenzen**

Im Jahr 2010 wurden in Sachsen insgesamt 8 712 Insolvenzverfahren gemeldet, dies waren 81 Verfahren bzw. 0,9 Prozent mehr als 2009. Dabei erhöhte sich die Verfahrenszahl für Private Personen und Nachlässe um 4,6 Prozent auf 6 699 Fälle, während sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 11,8 Prozent auf 1 713 Fälle verringerte. Unter den Wirtschaftsbereichen war die stärkste Abnahme im Baugewerbe zu verzeichnen. 340 der insolventen Unternehmen hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt in dieser Branche, gut ein Viertel weniger als ein Jahr zuvor. Höhere Insolvenzzahlen als 2009 wurden indes im Bereich „Erbringung

Abb. 11 Verbraucherpreisindex (2005=100) – Jahresteuerraten 2009 und 2010 nach Hauptgruppen



Tab. 5 Preisindizes für Bauwerke (Neubau) <sup>1)</sup>

Merkmal	2010	2009	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2010	2009
	2005 = 100		%	
Wohngebäude	114,1	112,9	1,1	0,9
Rohbauarbeiten	112,6	111,8	0,7	-0,3
Ausbauarbeiten	115,5	113,7	1,6	1,8
Bürogebäude	115,6	113,8	1,6	1,4
Gewerbliche Betriebsgebäude	116,1	114,7	1,2	1,1
Straßenbau	116,1	116,5	-0,3	1,1
Brücken im Straßenbau	114,0	113,3	0,6	-0,7
Ortskanäle	115,8	114,1	1,5	1,8

1) Jahresdurchschnittsangaben

von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" verzeichnet. Hier lag eine Zunahme um 2,5 Prozent auf 167 Fälle vor.

Leonore Hesse, Dipl.-Ökon., Referentin Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit

Carola Hoffmann, Dipl.-Math., Referentin Wirtschaftsbeobachtung, Konjunkturanalyse und Arbeitsmarkt

Heike Matticzki, Dipl.-Ökon., Fachverantwortliche Wirtschaftsbeobachtung, Konjunkturanalyse und Arbeitsmarkt

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Roman Straube, Dipl.-Volksw., Wissenschaftlicher Mitarbeiter Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Zuletzt: Hesse, L., C. Hoffmann, H. Matticzki, A. Oettel u. W.-D. Speich: Wirtschaftsentwicklung 2009 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 3/2010, S. 2 - 15.
- [2] Wirtschaft in Sachsen. Ergebnisse der amtlichen Statistik 2010. Statistischer Bericht, Z I 2 - j/10, Kamenz 2011.
- [3] Speich, W.-D.: Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? In: Statistik in Sachsen, 1/2009, S. 7 - 14.
- [4] Erläuterungen und Veröffentlichungstermine für Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttowertschöpfung (BWS). Unter: [http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis\\_VGR/xplan\\_BIP.asp](http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/xplan_BIP.asp).
- [5] Pressemitteilungen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 24. September 2009 bzw. 2010, jeweils zur Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr.
- [6] Aufschwung setzt sich fort - Europäische Schuldenkrise noch ungelöst. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011. In: ifo Schnelldienst, 8/2011, S. 1ff.
- [7] Pressemitteilung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie „Dynamisches Wachstum stärkt Kaufkraft und Arbeitsmarkt“ vom 14. April 2011. Unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=386598.html>.
- [8] Deutschland im Aufschwung - den Wohlstand von morgen sichern. Jahreswirtschaftsbericht 2011 der Bundesregierung. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.), Berlin 2011, hier S. 7.
- [9] Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes vom 13. und 24. Mai 2011 zur Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 2011. Unter: [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/05/PD11\\_\\_188\\_\\_811,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/05/PD11__188__811,templateId=renderPrint.psml) [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/05/PD11\\_\\_197\\_\\_811,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/05/PD11__197__811,templateId=renderPrint.psml)

[10] Pressemitteilung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie „Deutsche Wirtschaft in glänzender Verfassung“ vom 24. Mai 2011. Unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=391188.html>

[11] ifo Pressemitteilung vom 17. Januar 2011: Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2010/2011. Unter: [http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/data/forecasts/forecasts\\_container/C\\_kprog20101214/kprogost-20110117-PM.pdf](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/data/forecasts/forecasts_container/C_kprog20101214/kprogost-20110117-PM.pdf).

[12] Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 30. Mai 2011 „Sachsens Industrie im März 2011“. Unter: <http://www.statistik.sachsen.de/html/15736.htm>

[13] Oettel, A.: Das Baugewerbe in Sachsen 2010. In: Statistik in Sachsen, 2/2011, S. 10 - 17.

[14] Branchenreport Baugewerbe in Sachsen 1990 bis 2009. Sonderheft 2/2010, Kamenz 2010; Branchenreport Baugewerbe 2010. Tabellenband. Statistischer Bericht, Kamenz 2011

[15] Hild, R.: Automobilindustrie: Starkes Wachstum mit günstiger Perspektive. In: ifo Schnelldienst, 6/2011, S. 36 ff.

[16] Groß, B., C. Hoffmann u. W.-D. Speich: Wirtschaftsentwicklung 2001 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1-2/2002, S. 1-19, hier S. 5 f.

[17] Vgl. [2], S. 32

[18] Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zu den Außenhandelspreisen vom 28. April 2011. Unter: [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/04/PD11\\_\\_165\\_\\_614,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/04/PD11__165__614,templateId=renderPrint.psml)

# Das Verarbeitende Gewerbe<sup>1)</sup> Sachsens 2010

## Vorbemerkungen

Im Blickpunkt dieser Betrachtungen steht der Teil der sächsischen Wirtschaft, der traditionell als Industrie bezeichnet wird. Er umfasst die Abschnitte B (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) und C (Verarbeitendes Gewerbe) der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). [1]

Die Befragung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes erfolgt im Rahmen des „Monatsberichtes für Betriebe“ (Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen) [2] sowie im Rahmen des „Jahresberichtes für Betriebe“ (Betriebe mit im Allgemeinen 20 bis 49 tätigen Personen). [3] Die aus beiden Erhebungen zum Jahresergebnis für die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes zusammengeführten Angaben dienen einerseits zur mittelfristigen

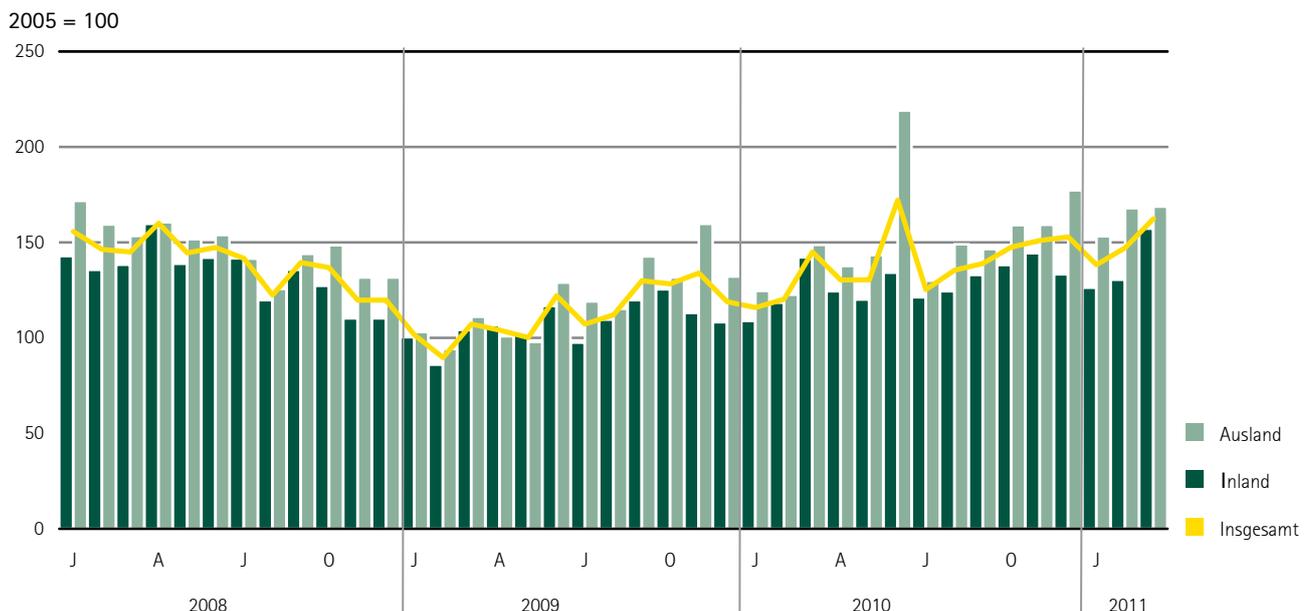
Beurteilung der konjunkturellen Lage, decken andererseits aber ebenso den Informationsbedarf zu den strukturellen Veränderungen (regional sowie sektoral). Die für Vergleichszwecke in der Struktur der WZ 2008 ausgewiesenen Ergebnisse mit Bezug auf das Jahr 2008 stützen sich auf Angaben aus dem Jahr 2008, die nach der alten Wirtschaftszweikklassifikation (WZ 2003) erhoben und weitgehend maschinell auf die neuen Strukturen der WZ 2008 umgesetzt wurden und können in Fällen, wo eine Umsetzung alter Codes in neue Codes nur eingeschränkt möglich war, mit Unschärfen behaftet sein.

Die Angaben beziehen sich, wenn nicht gesondert Bezug auf Monatsdaten genommen wird, auf Jahreswerte der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen<sup>2)</sup>.

Rechtsgrundlagen der Erhebungen sind das Bundesstatistikgesetz (BStatG) [4] sowie das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG). [5]

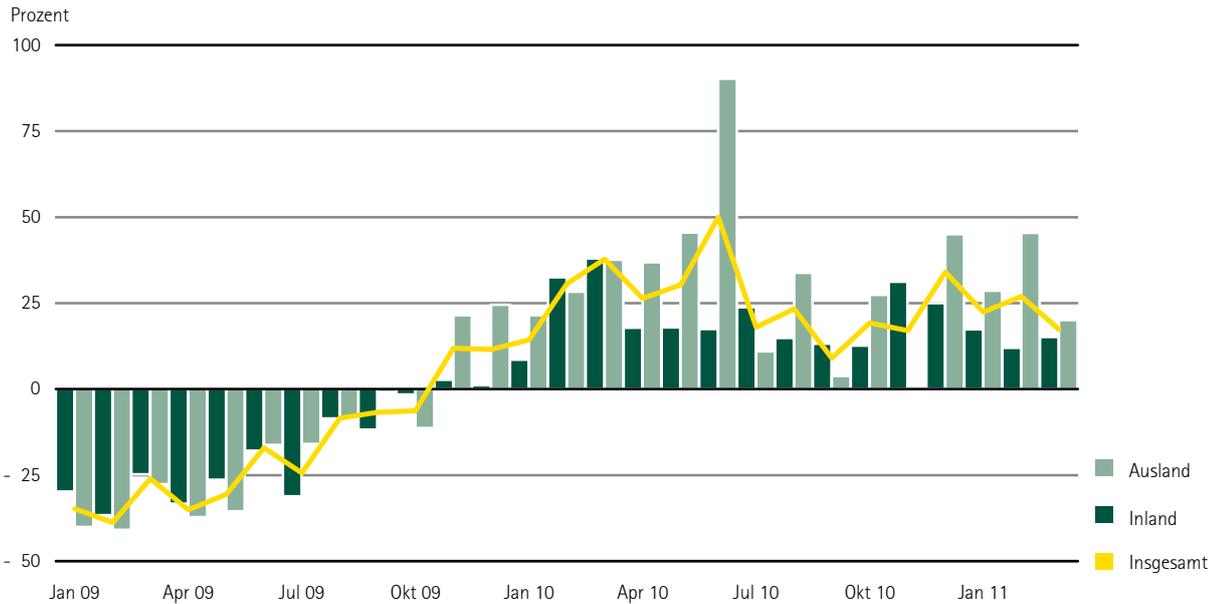
- 1) Wenn nicht ausdrücklich zwischen den Abschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ unterschieden wird, schließt der Gebrauch der Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ den Sektor „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ mit ein.
- 2) Im Rahmen der Betriebserhebungen des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes werden in der Regel Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen befragt. Das heißt, im Falle von Einbetriebsunternehmen haben die befragten Betriebe eine Mindestgröße von 20 tätigen Personen. Ausnahmen gibt es nur in einigen wenigen Wirtschaftszweigen (vgl. dazu [3]). Im Falle von Mehrbetriebsunternehmen gilt die Abschneidegrenze von 20 tätigen Personen für das Unternehmen insgesamt, so dass deren Betriebe weniger als 20 tätige Personen haben können. Die große Zahl der kleineren Einbetriebsunternehmen mit weniger als 20 tätigen Personen ist in diese Statistiken nicht einbezogen.

Abb.1 Auftragseingang<sup>1)</sup> im Verarbeitenden Gewerbe Januar 2008 bis März 2011 (Wertindex 2005 = 100)



1) preisbereinigte und kalendermonatliche Darstellung

**Abb. 2 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe Januar 2009 bis März 2011**  
Veränderung zum Vorjahresmonat



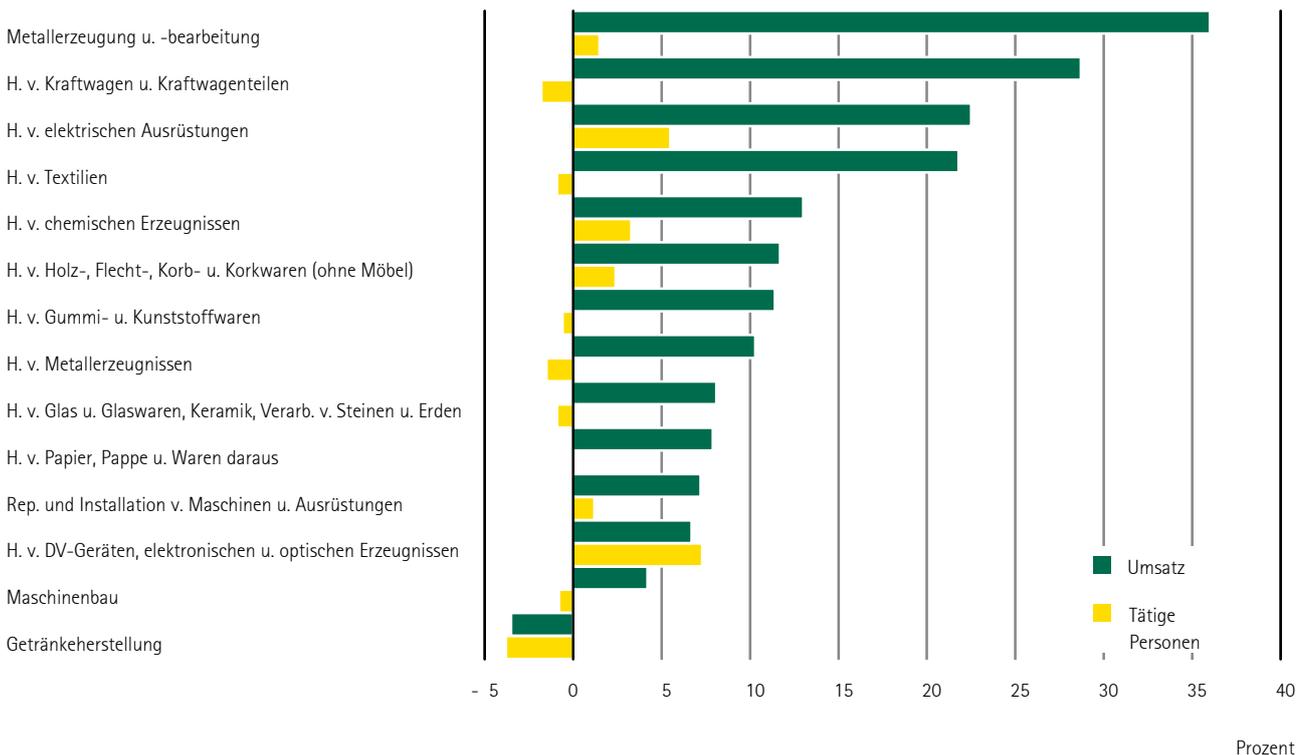
**Entwicklung im Jahr 2010 geprägt durch Belebung der Nachfrage aus dem Ausland**

Die nachfolgende einleitende Betrachtung zum konjunkturellen Aufschwung im Nachkrisenjahr 2010 anhand der unterjährigen Entwicklung beim Auftragseingang bezieht sich auf Angaben der Betriebe aus dem Monatsberichts-kreis (Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen).

Bereits ausgangs des Jahres 2009 waren in der sächsischen Industrie erste Hinweise auf eine recht schnelle Bewältigung des krisenbedingten konjunkturellen Abschwunges zu erkennen. Die beginnende wirtschaftliche Erholung spiegelte sich insbesondere in einer spürbaren Belebung der Auslandsnachfrage wider. So waren bei der Betrachtung der Entwicklung der Order aus dem Ausland

schon im November und Dezember 2009 erste Anzeichen einer nachhaltigen Belebung nicht zu übersehen. Diese Entwicklung beim Auftragseingang setzte sich im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 recht dynamisch fort und stabilisierte sich im Verlauf des zweiten Halbjahres auf einem Niveau vergleichbar mit dem vor dem wirtschaftlichen Abschwung (vgl. Abb. 1 und Abb. 2).

**Abb. 3 Tätige Personen und Umsatz in ausgewählten Branchen der sächsischen Industrie 2010**  
Veränderung gegenüber 2009



Tab. 1 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2010

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
					insgesamt	Inland	Ausland
		Anzahl	Millionen €				
05	Kohlenbergbau	2	.	.	.	.	.
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	77	.	.	.	.	.
<b>B</b>	<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>79</b>	<b>3 315</b>	<b>123</b>	<b>711</b>	<b>683</b>	<b>28</b>
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	317	16 832	328	5 432	4 951	481
11	Getränkeherstellung	25	2 162	69	861	.	.
12	Tabakverarbeitung	1	.	.	.	.	.
13	H. v. Textilien	110	8 119	163	977	663	315
14	H. v. Bekleidung	36	.	.	.	.	.
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	8	.	.	.	.	.
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	84	4 442	86	1 027	681	346
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	61	6 364	181	1 483	852	631
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	73	5 912	152	693	556	138
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	62	8 014	295	2 615	1 040	1 576
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	20	2 765	103	591	.	.
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	155	11 803	272	1 743	1 388	355
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	224	11 234	292	1 769	1 406	363
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	69	9 447	285	2 527	1 874	653
25	H. v. Metallerzeugnissen	533	36 047	872	4 308	3 571	736
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	103	14 609	522	3 646	1 850	1 796
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	135	12 839	356	1 883	1 273	610
28	Maschinenbau	360	34 634	1 099	5 835	3 045	2 790
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	111	24 642	876	13 785	6 798	6 987
30	Sonstiger Fahrzeugbau	17	4 761	183	820	589	231
31	H. v. Möbeln	58	3 661	78	459	354	105
32	H. v. sonst. Waren	119	6 102	124	558	421	138
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	174	9 528	317	1 327	1 126	201
<b>C</b>	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>2 855</b>	<b>236 879</b>	<b>6 717</b>	<b>53 712</b>	<b>34 800</b>	<b>18 912</b>
	<b>Insgesamt</b>	<b>2 934</b>	<b>240 194</b>	<b>6 840</b>	<b>54 423</b>	<b>35 483</b>	<b>18 940</b>

1) Stand Ende September

Die Auftragseingänge der sächsischen Betriebe stiegen im Vergleich zum Jahr 2009 nominal um 29,7 Prozent (2009 gegenüber 2008: -21,7 Prozent). Während die Bestellungen aus dem Inland im Jahresdurchschnitt 2010 um gut ein Fünftel (22,5 Prozent) zunahm (2009: -22,6 Prozent), belebte sich die Nachfrage aus dem Ausland deutlich kräftiger und legte im Jahresdurchschnitt nominal um 38,2 Prozent (2009: -20,7 Prozent) zu. Insgesamt kamen 49,0 Prozent des Auftragsvolumens im Jahr 2010 aus dem Ausland (2008: 45,4 Prozent, 2009: 46,0 Prozent).

### Industrie mit zweistelligem Umsatzplus gegenüber 2009

Nach dem krisenbedingten allgemeinen Abschwung im Jahr 2009 fasste die wirtschaftliche Entwicklung auch in Sachsen recht schnell wieder Tritt. Mit einem Um-

satzzuwachs um 12,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr partizipierte auch die sächsische Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) erkennbar an der im Jahr 2010 festzustellenden konjunkturellen Belebung. Von den 2 934 berichtspflichtigen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes Sachsens wurde im Jahr 2010 ein Gesamtumsatz in Höhe von 54,4 Milliarden € erwirtschaftet. Damit wurden Waren und Leistungen im Wert von fast 6,0 Milliarden € mehr umgesetzt als im Krisenjahr 2009. Im selben Zeitraum konnten die Geschäfte im Inland um 9,4 Prozent ausgeweitet werden. Beim Export wuchsen die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr sogar um 18,3 Prozent an.

### Belebung fast ausnahmslos über alle Branchen hinweg feststellbar

Mit Ausnahme der Bereiche Herstellung von Möbeln (-3,8 Prozent) und Getränkeherstellung (-3,5 Prozent), für die beim Vorjahresvergleich ein leichtes Umsatzminus konstatiert werden musste, konnte von den übrigen Wirtschaftszweigen ein mehr oder weniger deutlicher Umsatzzuwachs gegenüber 2009 erwirtschaftet werden. Während Branchen wie Metallerzeugung und -bearbeitung (36,0 Prozent), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (28,7 Prozent), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (22,5 Prozent) sowie Herstellung von Textilien (21,8 Prozent) im Jahr 2010 recht kräftigen Aufwind verspürten und die aus dem Krisenjahr 2009 zu Buche stehende Umsatzkennzahlen deutlich übertreffen konnten, vollzog sich die wirtschaftliche Belebung in anderen Branchen weniger intensiv (vgl. Tab. 1, Tab. 2 und Abb. 3).

Tab. 2 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens – Veränderungen gegenüber 2009 (in Prozent)

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
					insgesamt	Inland	Ausland
05	Kohlenbergbau	-	.	.	.	.	.
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	-	.	.	.	.	.
<b>B</b>	<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>-</b>	<b>1,7</b>	<b>5,7</b>	<b>5,7</b>	<b>6,0</b>	<b>-1,6</b>
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	0,6	2,0	1,7	6,9	5,4	24,6
11	Getränkeherstellung	-3,8	-3,1	-2,8	-3,5	.	.
12	Tabakverarbeitung	-	.	.	.	.	.
13	H. v. Textilien	-0,9	3,8	6,6	21,8	19,0	27,9
14	H. v. Bekleidung	-5,3	.	.	.	.	.
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	14,3	.	.	.	.	.
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	2,4	3,7	4,5	11,7	7,1	22,1
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	-	3,4	6,5	7,9	4,1	13,4
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	-2,7	2,5	1,3	4,4	6,6	-3,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3,3	3,1	1,4	13,0	8,8	16,0
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	25,0	16,4	26,7	5,5	.	.
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	-0,6	5,2	7,4	11,4	15,2	-1,4
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	-0,9	1,0	3,9	8,1	6,5	14,8
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	1,5	0,4	6,2	36,0	40,7	24,2
25	H. v. Metallerzeugnissen	-1,5	1,7	5,5	10,3	11,2	6,0
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	7,3	7,2	13,3	6,7	3,5	10,3
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	5,5	7,0	8,8	22,5	17,0	35,8
28	Maschinenbau	-0,8	0,4	3,0	4,2	2,7	6,0
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	-1,8	2,0	9,9	28,7	18,5	40,5
30	Sonstiger Fahrzeugbau	13,3	.	.	.	.	.
31	H. v. Möbeln	-6,5	-2,7	-1,1	-3,8	-4,9	0,2
32	H. v. sonst. Waren	13,3	0,9	-0,5	1,4	-1,5	11,7
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	1,2	-0,3	-1,2	7,2	6,5	11,6
<b>C</b>	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>0,6</b>	<b>2,2</b>	<b>5,2</b>	<b>12,5</b>	<b>9,5</b>	<b>18,3</b>
	<b>Insgesamt</b>	<b>0,6</b>	<b>2,2</b>	<b>5,2</b>	<b>12,4</b>	<b>9,4</b>	<b>18,3</b>

1) Stand Ende September

### Die fünf führenden Wirtschaftszweige in Sachsen

Der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erwies sich mit einem Jahresumsatz von reichlich 13,8 Milliarden € auch 2010 als umsatzstärkste Industriebranche Sachsens. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen konnten Erzeugnisse im Wert von fast 3,1 Milliarden € bzw. 28,7 Prozent mehr umsetzen als im Jahr zuvor und steuerten damit mehr als ein Viertel (25,3 Prozent) zum Industrieumsatz Sachsens bei (2009: 22,1 Prozent). Insbesondere das Geschäft der Sparte mit ausländischen Kunden entwickelte sich sehr dynamisch. Der Umfang der Exporte fiel um gut zwei Fünftel (40,5 Prozent) umfangreicher aus als im Jahr zuvor. Der Anteil der Branche an den Exporten der sächsischen Industrie, der im Vorjahr 31,1 Prozent ausmachte, erhöhte sich 2010 damit spürbar um 5,8 Prozentpunkte. Mit deutlichem Abstand zum Spitzenreiter

belegte der Maschinenbau mit einem Jahresumsatzergebnis von knapp 5,8 Milliarden € Rang zwei bei dieser Betrachtung. Die Maschinen- und Anlagenbauer, die im Jahr 2009 durch die krisenbedingt verhaltenere Investitionsbereitschaft anderer Branchen besonders vom wirtschaftlichen Abschwung betroffen waren, partizipierten vorerst nur moderat an der wirtschaftlichen Belebung. Mit einem Umsatzzuwachs von 237 Millionen € bzw. 4,2 Prozent konnte die Branche ihre Platzierung aus dem Vorjahr jedoch verteidigen und steuerte 2010 einen Anteil von 10,7 Prozent zum sächsischen Industrieumsatz bei (2009: 11,6 Prozent). Mit Geschäften im Wert von rund 5,4 Milliarden € beanspruchte der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln den dritten Rang für sich und blieb damit weiter auf Tuchfühlung zum Zweitplatzierten. Der Anteil dieser Branche am Industrieumsatz belief sich auf 10,0 Prozent (2009: 10,5 Prozent). Von den Betrieben im

Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen wurde ein Jahresergebnis von gut 4,3 Milliarden € erwirtschaftet, fast 402 Millionen € mehr als im Jahr zuvor. Die Branche konnte gegenüber 2009 ein Umsatzplus von 10,3 Prozent verbuchen und steuerte damit einen Anteil von 7,9 Prozent zum Industrieumsatz bei, 0,2 Prozentpunkte weniger als noch vor Jahresfrist. Platz fünf belegte mit rund 3,6 Milliarden € der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen. Der Wirtschaftszweig, der in den beiden zurückliegenden Jahren durch das wirtschaftliche Aus eines potentiellen Herstellers elektronischer Bauelemente ins Blickfeld geraten war, erwies sich auch 2010 als schwieriges Geschäftsfeld. Trotz einer moderaten Umsatzsteigerung von 230 Millionen € verringerte sich der Anteil der Branche am Industrieumsatz Sachsens im Jahr 2010 auf 6,7 Prozent (2009: 7,1 Prozent). Gemessen am erwirtschafteten Gesamtumsatz

bleibt die Branche aber auch weiterhin eine der tragenden Säulen der sächsischen Industrie. Im Jahr 2010 wurden von den fünf genannten Wirtschaftszweigen gut drei Fünftel (60,6 Prozent) des Umsatzes der sächsischen Industrie erwirtschaftet. 2009 waren es 59,3 Prozent (vgl. Abb. 4).

### Aufwind aus Geschäften mit dem Ausland

Die von den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden realisierten Exporte erreichten eine Größenordnung von rund 18,9 Milliarden € (2009: 16,0 Milliarden €). Von Januar bis Dezember 2010 wurden von der sächsischen Industrie damit Waren im Wert von fast 2,9 Milliarden € bzw. 18,3 Prozent mehr exportiert als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die beim Auslandsgeschäft bereits ausgangs 2009 erkennbare Belebung setzte sich 2010 nachhaltig fort. Die Entwicklung war dabei maßgeblich durch das Geschehen im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen bestimmt. Der Umfang der Geschäfte mit ausländischen Kunden konnte hier im Vergleich zum Vorjahr um beachtliche 2,0 Milliarden € ausgeweitet werden. Ein nominal ansehnliches Plus von 217 Millionen € wurde beim Exportgeschäft auch für den Bereich Herstellung chemischer Erzeugnisse ermittelt. Aber auch in anderen Wirtschaftszweigen, wie u. a. der Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, dem Maschinenbau oder der Metallherzeugung und -bearbeitung gewannen die Exporte gegenüber 2009 monetär wieder deutlich an Umfang. Ein leichter Rückgang beim Geschäft mit ausländischen Kunden musste für den Bereich Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfälti-

gung bespielter Tonträger usw. (-3,6 Prozent), für den Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (-1,6 Prozent) sowie für den Bereich Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (-1,4 Prozent) festgestellt werden. (vgl. Tab. 2)

Die insgesamt schwungvollere Entwicklung beim Auslandsgeschäft führte dazu, dass sich die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) gegenüber dem Vorjahreswert um 1,7 Prozentpunkte erhöhte. Sie lag im Jahr 2010 bei 34,8 Prozent.

### Fahrzeugbau auch 2010 mit umfangreichsten Exporten

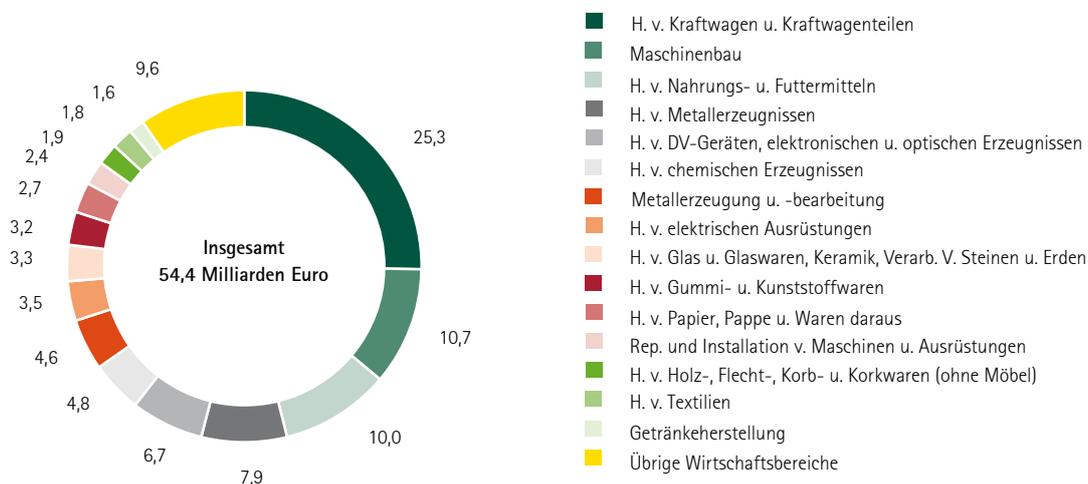
Am dynamischsten entwickelte sich das Auslandsgeschäft im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Die Branche erwies sich einmal mehr als Konjunkturlokomotive und behauptete mit Exporten im Umfang von nahezu 7,0 Milliarden € (2009: 5,0 Milliarden €) unangefochten die Position als Flaggschiff der sächsischen Industrie. Als Zweitplatzierte realisierte der Maschinenbau Geschäfte mit ausländischen Kunden im Wert von annähernd 2,8 Milliarden € (2009: 2,6 Milliarden €). Auch im Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen gewann das Auslandsgeschäft wieder spürbar an Kraft. Mit Geschäften im Umfang von nahezu 1,8 Milliarden € exportierte die Branche wieder erkennbar mehr als im Jahr zuvor (2009: 1,6 Milliarden €) und konnte sich damit als Drittplatzierter bei dieser Betrachtung behaupten. Wie im Jahr zuvor belegte der Bereich Herstellung chemischer Erzeugnisse mit Exporten im Wert von 1,6 Milliarden € (2009: 1,4 Milliarden €) den vierten Rang. Mit etwas Abstand folgten auf den Plätzen fünf bis sieben der Bereich Herstellung von Metall-

erzeugnissen, von dem Waren im Wert von rund 736 Millionen € (2009: 695 Millionen €) im Ausland abgesetzt werden konnten, der Bereich Metallherzeugung und -bearbeitung mit Exporten im Wert von rund 653 Millionen € (2009: 526 Millionen €) sowie der Bereich Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus mit rund 631 Millionen € (2009: 556 Millionen €). Von den genannten sieben Wirtschaftszweigen wurden damit vier Fünftel des 2010 von der sächsischen Industrie mit dem Ausland getätigten Geschäftsvolumens realisiert (vgl. Tab. 1).

### Aufschwung führt zu moderatem Beschäftigungszuwachs

Die aus der Belebung beim Auftragseingang erwachsenden Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung führten im Verlauf des Jahres auch zu einer Umkehr bei der Entwicklung der Beschäftigungssituation. Mit 240 194 Beschäftigten lag die Zahl der in sächsischen Industriebetrieben tätigen Personen Ende September 2010 um rund 5 200 Personen (2,2 Prozent) höher als vor Jahresfrist. Die wirtschaftliche Belebung machte sich, wenn auch bislang nicht branchenübergreifend, damit auch in einer insgesamt positiven Beschäftigungsentwicklung bemerkbar. Mit rund 36 050 Beschäftigten erwies sich der Bereich Herstellung von Metallherzeugnissen auch im Jahr 2010 als Wirtschaftszweig mit dem umfangreichsten Personalstock. In dieser Branche sind damit 15,0 Prozent (2009: 15,1 Prozent) der in der Industrie tätigen Personen beschäftigt. Rang zwei behauptete der Maschinenbau mit 34 650 Beschäftigten, das entspricht einem Beschäftigtenanteil von 14,4 Prozent (2009: 14,7 Prozent). Auf den Plätzen drei bis fünf folgen der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwa-

Abb. 4 Branchenstruktur der sächsischen Industrie nach Umsatzanteilen im Jahr 2010 in Prozent



Tab. 3 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Deutschlands 2010

Bundesland Deutschland	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
				insgesamt	Inland	Ausland
				Millionen €		
Anzahl						
Baden-Württemberg	8 047	1 154 981	50 033	272 873	136 666	136 207
Bayern	7 134	1 138 089	48 083	309 984	150 761	159 223
Berlin	728	89 957	3 901	23 811	12 840	10 971
Brandenburg	1 099	91 479	2 823	22 511	16 776	5 735
Bremen	286	49 044	2 310	21 186	9 630	11 556
Hamburg	459	81 089	4 288	73 497	56 378	17 119
Hessen	2 819	385 330	16 422	99 934	51 436	48 499
Mecklenburg-Vorpommern	700	56 205	1 410	11 870	8 922	2 948
Niedersachsen	3 691	490 154	19 717	168 949	94 843	74 106
Nordrhein-Westfalen	9 570	1 170 672	48 346	315 395	184 141	131 254
Rheinland-Pfalz	2 196	275 006	11 157	78 879	39 303	39 576
Saarland	499	90 861	3 498	23 669	12 091	11 579
<b>Sachsen</b>	<b>2 934</b>	<b>240 194</b>	<b>6 840</b>	<b>54 423</b>	<b>35 483</b>	<b>18 940</b>
Sachsen-Anhalt	1 465	126 747	3 604	38 052	28 033	10 019
Schleswig-Holstein	1 243	118 762	4 600	31 557	18 929	12 628
Thüringen	1 817	157 043	4 181	29 001	20 440	8 560
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>44 687</b>	<b>5 715 613</b>	<b>231 212</b>	<b>1 575 593</b>	<b>876 672</b>	<b>698 921</b>

1) Stand Ende September

2) Abweichungen zwischen der Summe der Länder und Deutschland durch Rundungen bedingt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.1

genten mit 24 650 Beschäftigten (Anteil: 10,3 Prozent), der Bereich Herstellung von Nahrung- und Futtermitteln mit 16 850 Beschäftigten (Anteil: 7,0 Prozent) sowie der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit 14 600 Beschäftigten (Anteil: 6,1 Prozent). Insbesondere in diesem Wirtschaftszweig nahm 2010 die Zahl der Beschäftigten infol-

Tab. 4 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Deutschlands – Veränderungen gegenüber 2009 (in Prozent)

Bundesland Deutschland	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
				insgesamt	Inland	Ausland
Baden-Württemberg	-0,7	-0,4	3,4	16,7	10,4	23,9
Bayern	-2,2	0,1	2,9	13,3	7,5	19,2
Berlin	-1,2	2,4	3,4	4,6	2,3	7,5
Brandenburg	-	1,3	3,9	11,5	7,6	24,7
Bremen	-3,4	-3,2	2,7	22,4	7,8	38,0
Hamburg	-0,6	-2,0	-0,1	37,5	46,8	13,8
Hessen	0,3	0,2	2,2	13,4	10,4	16,8
Mecklenburg-Vorpommern	-2,9	0,9	1,1	4,3	5,6	0,5
Niedersachsen	-0,5	-0,2	1,5	10,2	1,2	24,4
Nordrhein-Westfalen	-2,7	-1,9	1,1	12,6	10,1	16,2
Rheinland-Pfalz	0,5	0,0	0,4	18,5	10,5	27,6
Saarland	-1,0	-0,8	7,9	15,5	11,8	19,6
<b>Sachsen</b>	<b>0,6</b>	<b>2,2</b>	<b>5,2</b>	<b>12,4</b>	<b>9,4</b>	<b>18,3</b>
Sachsen-Anhalt	1,4	2,1	5,5	17,6	17,6	17,3
Schleswig-Holstein	-1,4	-2,6	-2,1	6,0	9,1	1,6
Thüringen	-1,1	1,8	6,1	15,0	12,9	20,4
<b>Deutschland</b>	<b>-1,2</b>	<b>-0,3</b>	<b>2,4</b>	<b>14,4</b>	<b>10,5</b>	<b>19,8</b>

1) Stand Ende September

2) Abweichungen zwischen der Summe der Länder und Deutschland durch Rundungen bedingt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.1

ge der wachsenden Anzahl von Arbeitsplätzen in artverwandten Technologiebereichen wieder erkennbar zu (2009: 13 650 Beschäftigte / Anteil: 5,8 Prozent).

Jeder Zweite (52,8 Prozent) der in der sächsischen Industrie tätigen Personen ging 2010 einer Beschäftigung in einem Betrieb der genannten fünf Wirtschaftszweige nach (vgl. Tab. 1 und Abb. 2).

### Höhere Aufwendungen für Lohn und Gehalt sind Indikator für wirtschaftliche Belebung

Im Jahr 2010 betrug die Summe der bezahlten Entgelte [2], [3] reichlich 6,8 Milliarden € (2009: reichlich 6,5 Milliarden €). Die Aufwendungen der Unternehmen für Lohn und Gehalt stiegen damit in Jahresfrist um fast 300 Millionen € bzw. um 5,2 Prozent. Die Aufwärtsentwicklung bei dieser Kennzahl kann einerseits mit einer aus der wirtschaftlichen Belebung ableitbaren verhalteneren Inanspruchnahme von arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsmaßnahmen (Kurzarbeitergeldregelung) sowie mit der Umsetzung der Ergebnisse tarifpolitischer Verhandlungen begründet werden, ist andererseits aber ebenso auf die in ausgewählten Branchen festgestellte wieder angewachsene Personalausstattung zurückzuführen.

Das durchschnittlich bezahlte Entgelt je Beschäftigter betrug im Jahr 2010 rund 28 500 € (2009: 27 700 €) und lag damit um 2,9 Pro-

zent über dem für das Vorjahr ausgewiesenen Niveau. Die ermittelten Durchschnittswerte weisen branchenspezifisch deutliche Unterschiede auf. Zu den Branchen, in denen überdurchschnittlich gut bezahlt wird, zählen u. a. der Sonstige Fahrzeugbau mit 38 450 €, der Bereich Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen mit 37 350 €, der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit 36 800 €, der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit 35 750 € sowie der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 35 550 €.

Zu den Bereichen der sächsischen Industrie mit den weniger guten Verdienstmöglichkeiten zählen der Bereich Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel) mit rund 19 300 € sowie der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 19 450 €. Am unteren Ende der Verdienstskaala finden sich darüber hinaus auch Wirtschaftsbereiche wie Herstellung von Textilien mit 20 050 €, Herstellung sonstiger Waren mit 20 350 € oder der Bereich Herstellung von Möbeln mit 21 250 €.

### Sachsen und die anderen Bundesländer

Betrachtet man die Umsatzentwicklung gegenüber 2009 in den einzelnen Bundesländern, kann festgestellt werden, dass in Sachsen mit 12,4 Prozent der Umsatzzuwachs unter dem für Deutschland ermittelten Durchschnittswert von 14,4 Prozent blieb (vgl. Tab. 3 und Tab. 4).

Im Jahr 2010 wurde von sächsischen Betrieben wie im Jahr zuvor ein Anteil von 3,5 Prozent zum Gesamtumsatz der deutschen Industrie beigesteuert. Auch der Anteil am Export belief sich unverändert auf 2,7 Prozent. Damit konnte Sachsen im Jahr 2010 jedoch seine Position beim Ranking zwischen den Bundesländern festigen und behauptete zugleich auch seine führende Rolle unter den neuen Bundesländern.

Ausgenommen Berlin erzielte Sachsen unter den neuen Bundesländern die höchste Exportquote (34,8 Prozent), liegt damit jedoch nach wie vor deutlich unter dem über alle Bundesländer hinweg für Deutschland ermittelten Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz von 44,4 Prozent (vgl. Tab. 5).

### Ausblick auf 2011

Nach Ablauf des ersten Quartals 2011 weisen viele Indikatoren auf eine sich fortsetzende nachhaltige konjunkturelle Belebung in der Industrie hin. Die Entwicklung beim Auftragseingang, die sich auch in den ersten drei Monaten des Jahres 2011 als stabil erweist,

das Auslandsgeschäft, das beflügelt durch den moderaten Wechselkurs des Euro zum Dollar weiter an Kraft und Stabilität gewinnt, der in Erwartungen eines sich fortsetzenden Aufschwungs wieder wachsende Personalbedarf in den Betrieben, lassen die Wirtschaftsforschungsinstitute und -verbände für die Industrie zuversichtlich bis ins zweite Halbjahr 2011 blicken. Bleiben diese günstigen Perspektiven in den nächsten Monaten erhalten, könnte sich dies im weiteren Verlauf des Jahres auch in einer erhöhten Investitionsbereitschaft der Unternehmen und damit auch in einem spürbaren Anziehen der Binnennachfrage bemerkbar machen.

Jürgen Stelzner, Dipl.-Ing., Referent Produzierendes Gewerbe

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
- [2] Allgemeine Hinweise und ausführliche Erläuterungen zum Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Internes Arbeitsmaterial.
- [3] Allgemeine Hinweise und ausführliche Erläuterungen zum Jahresbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Internes Arbeitsmaterial.
- [4] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249).
- [5] Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550).
- [6] Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen 2010, Statistischer Bericht, E I 3 – j/10, Kamenz, Mai 2011.
- [7] Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2010. Statistisches Bundesamt, Jahresbericht für Betriebe 2010 – Arbeitsunterlage, Wiesbaden April 2011.

Tab. 5 Umsatzanteile und Exportquote nach Bundesländern 2010

Bundesland Deutschland	Umsatz		Export- quote
	insges.	Ausland	
	%		
Baden-Württemberg	17,3	19,5	49,9
Bayern	19,7	22,8	51,4
Berlin	1,5	1,6	46,1
Brandenburg	1,4	0,8	25,5
Bremen	1,3	1,7	54,5
Hamburg	4,7	2,4	23,3
Hessen	6,3	6,9	48,5
Mecklenburg- Vorpommern	0,8	0,4	24,8
Niedersachsen	10,7	10,6	43,9
Nordrhein-Westfalen	20,0	18,8	41,6
Rheinland-Pfalz	5,0	5,7	50,2
Saarland	1,5	1,7	48,9
<b>Sachsen</b>	<b>3,5</b>	<b>2,7</b>	<b>34,8</b>
Sachsen-Anhalt	2,4	1,4	26,3
Schleswig-Holstein	2,0	1,8	40,0
Thüringen	1,8	1,2	29,5
<b>Deutschland</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>44,4</b>

## 2. Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen bis zum Schuljahr 2030/31

### Vorbemerkung

Im Statistischen Landesamt wurde 2011 die 2. Schüler- und Absolventenprognose für den Freistaat Sachsen berechnet. Die Prognose stellt die Entwicklung der Schüler bis zum Schuljahr 2030/31 bzw. der Absolventen/Abgänger bis zum Jahr 2031 dar.

### Methodik

Die 2. Schüler- und Absolventenprognose setzt in großen Teilen auf den Erfahrungen der 1. auf, wobei bewährte Verfahren und Methoden weiter angewandt beziehungsweise verfeinert wurden, und teilweise eine vollständige neue Modellierung erfolgte. Basis der 2. Schüler- und Absolventenprognose ist die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose (5. RBP) sowie als Basisjahr das Schuljahr 2010/11 der amtlichen Schulstatistik. Grundlage für die Berechnung von Übergängen und weiteren benötigten Quoten ist der Übergang aus dem Schuljahr 2009/10 in das Basisjahr 2010/11. Da die vorliegende Prognose beide Varianten der 5. RBP berücksichtigt, entsteht ein Korridor, in dem sich die zu erwartenden Schülerzahlen voraussichtlich bewegen werden. Die Variante 1 (V1) stellt dabei die obere und Variante 2 (V2) die untere Variante dar. Wie bereits in der 1. Schüler- und Absolventenprognose handelt es sich um eine Status-quo-Prognose. Das heißt, hauptsächlich ist das letzte Basisjahr ausschlaggebend für alle Berechnungen, äußere Faktoren bleiben unberücksichtigt.

Im Rahmen der Prognose für die **allgemeinbildenden Schulen** wird weiterhin die Komponentenfortschreibung verwendet. Für jede Klassenstufe wird eine Fortschreibung der anzunehmenden Entwicklung über den gesamten Prognosezeitraum vorgenommen. Hierbei stellen die Wiederholer, die Zu- und Abwanderung aus anderen Gebieten, die Wechsler von und an andere Schularten sowie die Abgänger die einzelnen Veränderungseinflüsse dar. Einflüsse,

die in der Vergangenheit nur sehr sporadisch mit sehr kleinen Ausprägungen auftraten, wurden nicht berücksichtigt. Besonderheiten der einzelnen Schularten, wie die Leserechtschreib-Klassen oder das Dehnungsjahr in Förderschulen, welche zu einer individuellen Verlängerung der Schuldurchlaufzeit führen, wurden mitmodelliert.

Die Vorausberechnung der Schulanfängerzahlen erfolgt auf der Grundlage der Geburtenzahlen, welche in die schulpflichtigen Altersgruppen fallen. Hier erfolgt die Auswertung monatsgenau für den Zeitraum, in dem die konkreten Geburtsdaten aus der Bevölkerungsfortschreibung noch vorliegen, und über eine Geburtenverteilungsschätzung der vorhergesagten Geburtenzahlen aus der 5. RBP in den reinen Prognosejahren. Berücksichtigt werden zudem die zu erwartenden Anteile an Rückstellungen und die dadurch verspätet eingeschulerten Kinder sowie die vorzeitig und freiwillig eingeschulerten Kinder, die noch nicht der Schulpflicht unterliegen. Die dabei entstehenden Schulanfänger werden per Quotierung auf alle in Frage kommenden Schularten verteilt.

Die meisten Komponenten werden mit Hilfe von Analysen des Schuljahres 2009/10 und des Basisjahres 2010/11 bestimmt, bei unsicherer Datenlage oder stark abweichenden Zahlen wurde hilfsweise die Entwicklung ab dem Schuljahr 2005/06 betrachtet. Dies umfasst hauptsächlich die Quoten für die Wiederholer, die Verteilung der Übergänger aus den Grundschulen in weiterführende Schulen sowie die Abgänger in den höheren Klassenstufen. Die Zu- und Abwanderung von Schülern wird durch die 5. RBP vorgegeben. Vorausgesetzt wird hierbei, dass die Wanderungsgewinne und -verluste sich normalverteilt über sämtliche Schularten erstrecken. Zusätzlich wird angenommen, dass bis zum Erreichen des 16. Lebensjahres eine Schulpflicht besteht und zwischen 16 und 19 Jahren nur der Anteil an Wanderungsgewinnen und -verlusten noch eine Schule besucht,

wie er auch für die Bevölkerungsjahrgänge in Sachsen typisch ist.

Die Zahl der Schulentlassenen wird analog bestimmt. In den in Frage kommenden Klassen wird im Rahmen der Komponentenfortschreibung der Teil an Schülern bestimmt, der die Schule dauerhaft verlässt. Aufgrund der Quoten aus dem Basisjahr werden die Schulentlassenen auf die voraussichtlichen Abschlussarten verteilt, wobei auch Zusatzqualifikationen berücksichtigt werden.

Für die **berufsbildenden Schulen** wurde aufgrund der geringeren Prognosequalität in der 1. Schüler- und Absolventenprognose ein neues Prognosemodell verwendet. In der Analyse der zur Verfügung stehenden Daten zeigte sich, dass ein Übergangsmodell, wie es das Komponentenmodell darstellt, aufgrund unzureichender Daten nicht mit hinreichender Belastbarkeit realisierbar ist. Hauptsächlich die fehlenden Daten zu tatsächlichen Übergängen, Abbrüchen oder Ausbildungswechsellern verhindern die belastbare Komponentenfortschreibung der Ausbildungsjahre.

Allerdings zeigte sich, dass unabhängig von äußeren Einflüssen immer ein vergleichbarer Teil eines Geburtsjahrgangs eine bestimmte berufsbildende Schule besucht. Daher wurde für diese Schulen ein Besuchsquotenmodell verwendet, um die zu erwartenden Schülerzahlen zu bestimmen. Grundlage dafür sind die aus Vergangenheitsdaten bestimmten Trendfunktionen, die mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate ermittelt wurden und die für jede Schulart eine eigene Altersstruktur liefern.

Bei den Absolventen der berufsbildenden Schulen ist das Bild ähnlich unbestimmt. Der Besetzungsumfang eines Ausbildungsjahrs lässt nicht direkt auf die Zahl der zu erwartenden Absolventen und Abgänger schließen. Hilfsweise wurde hier wiederum auf den Anteil am Gesamtjahrgang zurückgegriffen, der in der Betrachtung der Daten der Schulstatistik der letzten 10 Jahre hinreichend stabil ist.

## Regionalisierung

Mit der 2. Schüler- und Absolventenprognose liegen erstmals Daten auch auf der **Ebene der Kreisfreien Städte und Landkreise** vor. Die Regionalisierung der voraussichtlichen Schüler- und Absolventenzahlen bietet umfangreiche zusätzliche Möglichkeiten in der Auswertung und Analyse, war jedoch mit zahlreichen Problemen behaftet.

Da keine Individualdaten der Schüler statistisch erfasst werden, sondern nur aggregierte Daten verfügbar sind, ist es nicht möglich, **Schülerbewegungen zwischen dem eigenen Wohnort und dem besuchten Schulstandort** sichtbar zu machen. Durch die Struktur des vorhandenen Schulnetzes kommt es spätestens nach dem Grundschulbesuch zu kreisübergreifenden Wanderungen der Schüler. Ohne die Möglichkeit, diese Bewegungen in der Vergangenheit nachzuvollziehen, kann dieser Effekt natürlich nicht in der Prognose berücksichtigt werden. Als Konsequenz daraus sind Prognosedaten auf der Ebene der Kreisfreien Städte und Landkreise lediglich potentielle Schüler. Das heißt, diese Menge an Schülern wird in der betrachteten Gebietseinheit erwartet und sollte eigentlich auch dort eine Schule besuchen. Aufgrund des vorhandenen Schulnetzes und den fehlenden Angaben zu den Schülerwanderungen wird die tatsächliche Zahl der Schüler höher oder niedriger als die prognostizierte Zahl ausfallen.

**Vergleiche von Daten aus der amtlichen Schulstatistik mit vorausgerechneten Daten** sollten daher die verfügbaren Schulplatzangebote als auch die Verteilung mit in die Be-

trachtung einbeziehen. Für die berufsbildenden Schulen tritt der Wanderungseffekt ebenfalls ein, wenn auch in einem geringeren Umfang, da ein Großteil der Schüler bereits volljährig ist und gegebenenfalls über einen eigenen, selbstbestimmbaren Wohnsitz verfügt.

Eine weitere Besonderheit der Regionalisierung sind **besondere Schultypen**, die nicht in allen betrachteten Regionen zu finden sind. Das betrifft die Waldorfschulen, die in Sachsen nur in den Kreisfreien Städten existieren, und die Förderschulen. Für die Waldorfschulen sollten die Vorhersagen trotz ihrer geringen Zügigkeit (hauptsächlich aufgrund des höheren Aufwandes, den potentielle Besucher einer solchen Schule betreiben) belastbar sein. Förderschulen hingegen sind ohne weitere Analysetätigkeit nicht sinnvoll auf der Ebene der Kreisfreien Städte und Landkreise abzubilden. Durch den teilweise vorliegenden Internatscharakter dieser Schulen und der Zentralisierung von Förderschultypen nach Standorten geht ein Großteil des Zusammenhangs zwischen Wohnort und Schulstandort völlig verloren, dazu kommt die Unbestimmtheit der tatsächlichen Verweildauer an vorübergehend besuchten Fördereinrichtungen (Lernförderung, sprachliche Entwicklung), aus denen der Schüler gegebenenfalls an eine andere allgemeinbildende Schule wechselt.

## Inhalt

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse zur Entwicklung der Schüler und Absolventen an allgemeinbildenden Schulen, an Schulen des

zweiten Bildungsweges sowie berufsbildenden Schulen (einschließlich berufsbildender Förderschulen) vorgestellt. Neben den Ergebnissen für den Freistaat Sachsen werden auch Entwicklungen für die Kreisfreien Städte und Landkreise beschrieben.

## Bevölkerung und Bildungsbeteiligung

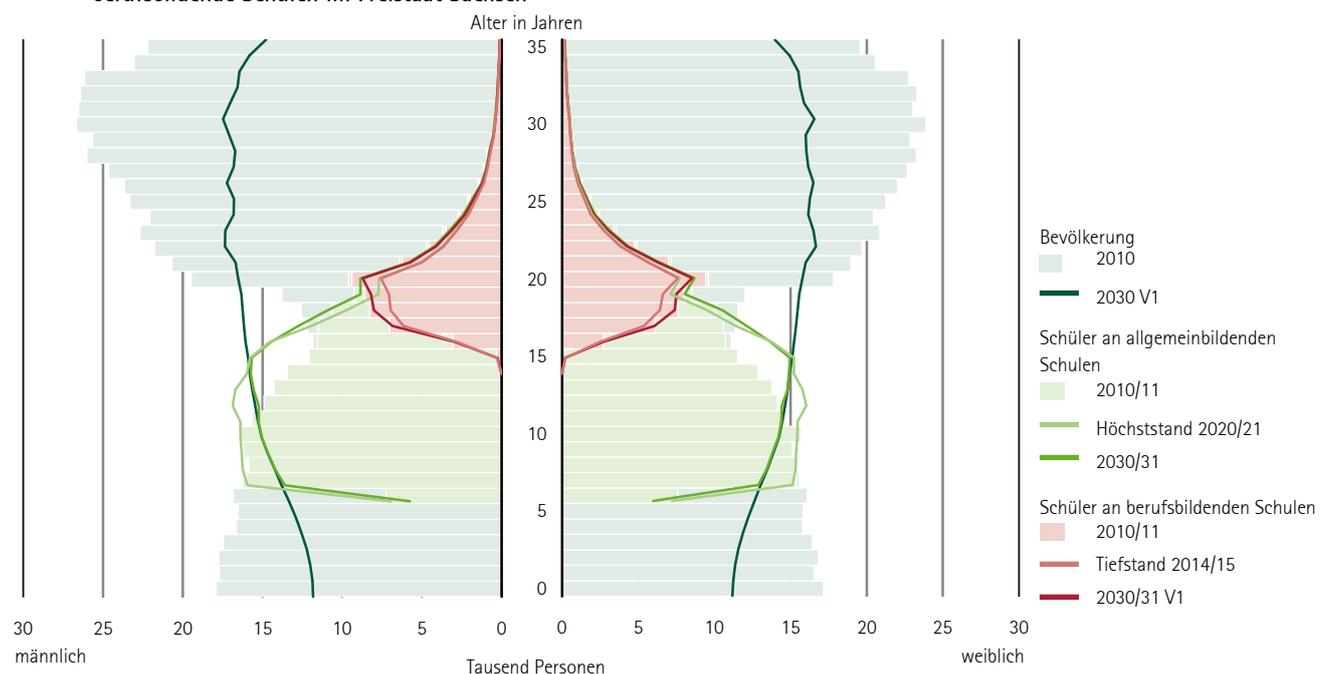
Die Bevölkerung Sachsens wird bis 2030 um etwa 12 bis 17 Prozent auf 3,5 bis 3,6 Millionen sinken (2010: 4 149 477) (vgl. Abb. 1). Die Schüler und Absolventen allgemeinbildender und berufsbildender Schulen befinden sich zum größten Teil im Alter von 5 bis 35 Jahren. Aufgrund des Geburtenrückgangs nach 1990 wird diese Altersgruppe bis 2030 um 23 bis 30 Prozent auf 874 000 bis 964 000 zurückgehen (2010: 1 255 768).

Die Ausnahme bildet die Altersgruppe der 12- bis 19-Jährigen, diese erfährt eine Zunahme um 7 bis 18 Prozent. Hier wirkt sich der Geburtenknick nach der Wiedervereinigung, der gegenwärtig in dieser Altersgruppe angekommen ist und sehr niedrige Schülerzahlen verursacht, aus.

Die Zahl der 5- bis 11-Jährigen wird zwischen 13 und 24 Prozent sinken. Bei den 20- bis 35-Jährigen ist der Rückgang mit 37 bis 42 Prozent gegenüber 2010 am ausgeprägtesten. [1]

Die Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen wirkt sich entsprechend auf die Schüler- und Absolventenzahlen in den verschiedenen Schularten aus.

Abb. 1 Bevölkerung und Schüler 2010/11 und 2030/31, Höchststand allgemeinbildende Schulen und Tiefstand berufsbildende Schulen im Freistaat Sachsen



## Zunächst mehr Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Sachsen

Die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen in **Deutschland** nimmt im Vergleich zum Jahr 2010 (8,8 Millionen) bis 2025 konstant ab auf insgesamt 7,3 Millionen. [2]

In Sachsen verläuft die Entwicklung etwas anders. Zu Beginn des Schuljahres 2010/11 lernten an **sächsischen allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges** 311 993 Schüler. Die Schülerzahlen werden in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Bis 2030/31 wird in V1 der Höchststand mit 346 000 Schülern in den Schuljahren 2016/17 bis 2020/21 erwartet, danach erfolgt bis 2030/31 ein Rückgang auf 324 000. In V2 werden für das Schuljahr 2016/17 mit etwa 338 000 die meisten Schüler prognostiziert. Nach einem kontinuierlichen Rückgang werden es bis 2030/31 in dieser Variante nur noch 285 000 sein.

Im Schuljahr 2010/11 besuchten in Sachsen 286 579 Schüler **öffentliche allgemeinbildende Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges** und 25 414 Schüler **freie Schulen**. 2030/31 werden an öffentlichen Schulen voraussichtlich 259 000 bis 294 000 Schüler lernen und an freien Schulen 27 000 bis 30 000.

## Schulanfängerzahlen in Sachsen steigen bis 2014

Verglichen mit 2010/11 (32 310) steigt die Zahl der Schulanfänger in Sachsen bis 2014 in beiden Varianten um 4 Prozent auf 34 000. Danach geht die Zahl der Einschulungen bis 2030/31 zurück, in V1 um etwa ein Viertel auf 26 000 und in V2 etwas stärker um etwa ein Drittel auf 23 000. Die Anzahl der Schulanfänger im Jahr 2030 nach V2 wäre noch kleiner als die im Jahr 2001/02. Mit 23 587 Schulanfängern war das der bisherige Tiefstand nach der Wiedervereinigung.

Während die Schulanfängerzahlen in den Landkreisen des Freistaates im Prognosezeitraum gleichbleiben bzw. einen Verlust bis 2030/31 im Vergleich zu 2010/11 (durchschnittlich 31 bis 38 Prozent) zu verzeichnen haben, bilden die Kreisfreien Städte Dresden und Leipzig mit einer positiven Entwicklung eine Ausnahme. Nach V2 erhöhen sich die Schulanfängerzahlen hier bis 2016/17 um 17 und 15 Prozent und nach V1 bis 2025/26 um 25 und 22 Prozent. In V1 werden es 2030/31 in Dresden und Leipzig mehr Schulanfänger (13 und 14 Prozent) als 2010/11 sein, nach V2 etwas weniger (etwa 5 Prozent). In der Kreisfreien Stadt Chemnitz beträgt der Anstieg bis 2014/15 etwa 5 bis 6 Prozent. 2030/31 werden es hier 13 bis 24 Prozent weniger Schulanfänger sein als 2010/11.

In Sachsen zeichnen sich in der Entwicklung

Tab. 1 Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Freistaat Sachsen in ausgewählten Schuljahren nach Kreisfreien Städten und Landkreisen (in 1 000)

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	2011/12	2015/16	2020/21	2025/26	2030/31
<b>Variante 1</b>					
Chemnitz, Stadt	17,0	19,0	19,8	19,8	19,1
Erzgebirgskreis	28,9	29,5	28,3	26,0	23,3
Mittelsachsen	25,5	26,2	25,5	24,0	21,8
Vogtlandkreis	18,1	18,2	17,2	16,0	14,5
Zwickau	25,6	26,1	24,9	23,4	21,5
<b>Direktionsbezirk Chemnitz</b>	<b>115,1</b>	<b>119,0</b>	<b>115,7</b>	<b>109,3</b>	<b>100,3</b>
Dresden, Stadt	39,7	46,6	51,9	55,5	56,4
Bautzen	25,8	26,7	25,6	23,8	21,3
Görlitz	21,4	21,4	19,9	18,3	16,8
Meißen	20,5	21,8	21,4	20,5	19,3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20,9	22,4	22,4	21,9	20,9
<b>Direktionsbezirk Dresden</b>	<b>128,4</b>	<b>138,9</b>	<b>141,1</b>	<b>139,9</b>	<b>134,8</b>
Leipzig, Stadt	36,9	43,2	47,8	50,7	51,9
Leipzig	21,4	22,4	22,0	21,3	20,0
Nordsachsen	16,4	16,8	16,3	15,7	14,6
<b>Direktionsbezirk Leipzig</b>	<b>74,7</b>	<b>82,4</b>	<b>86,0</b>	<b>87,7</b>	<b>86,5</b>
<b>Sachsen</b>	<b>318,2</b>	<b>340,3</b>	<b>342,9</b>	<b>336,9</b>	<b>321,6</b>
<b>Variante 2</b>					
Chemnitz, Stadt	16,9	18,5	19,0	18,3	16,6
Erzgebirgskreis	28,8	29,2	27,8	24,8	21,2
Mittelsachsen	25,4	26,0	25,2	23,0	19,8
Vogtlandkreis	18,0	17,8	16,5	14,9	13,1
Zwickau	25,5	25,7	24,3	22,1	19,3
<b>Direktionsbezirk Chemnitz</b>	<b>114,6</b>	<b>117,2</b>	<b>112,8</b>	<b>103,1</b>	<b>90,0</b>
Dresden, Stadt	39,5	45,6	49,9	50,8	47,7
Bautzen	25,7	26,3	24,9	22,4	19,4
Görlitz	21,3	20,9	19,3	17,2	14,9
Meißen	20,4	21,5	20,9	19,4	17,2
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20,8	22,0	21,8	20,6	18,6
<b>Direktionsbezirk Dresden</b>	<b>127,7</b>	<b>136,2</b>	<b>136,8</b>	<b>130,4</b>	<b>117,9</b>
Leipzig, Stadt	36,7	42,2	46,2	46,8	44,0
Leipzig	21,3	21,9	21,2	19,8	17,7
Nordsachsen	16,3	16,3	15,6	14,5	12,9
<b>Direktionsbezirk Leipzig</b>	<b>74,2</b>	<b>80,4</b>	<b>82,9</b>	<b>81,1</b>	<b>74,6</b>
<b>Sachsen</b>	<b>316,6</b>	<b>333,8</b>	<b>332,5</b>	<b>314,6</b>	<b>282,5</b>

sowohl für die Schulanfänger- als auch für die Schülerzahlen regionale Unterschiede vor allem zwischen Kreisfreien Städte und Landkreisen ab (vgl. Tab. 1, Abb. 2).

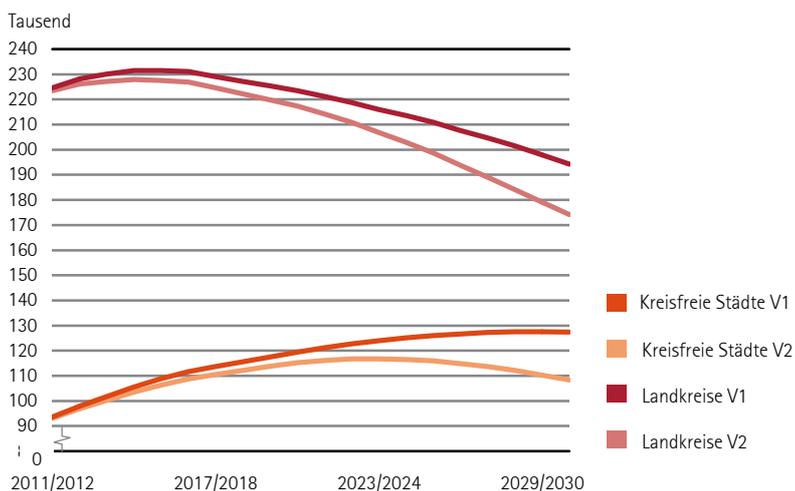
Im Vergleich zu 2011/12 ist bis 2030/31 in den **Landkreisen** mit einem Rückgang der Schülerzahlen zu rechnen. Die Verluste sind prozentual betrachtet jedoch unterschiedlich stark. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge fällt der Rückgang am geringsten aus (0,1 bis 11 Prozent). Die Landkreise Görlitz (22 bis 30 Prozent) und Vogtlandkreis (20 bis

27 Prozent) sind am stärksten vom Rückgang der Schülerzahlen betroffen.

Obwohl bis 2030/31 weniger Schüler vorhanden sein werden, erfahren die einzelnen Landkreise in den kommenden Jahren noch einen leichten Zuwachs der Schülerzahlen (0 bis 6 (V2) bzw. ein bis 8 Prozent (V1)). Am längsten wird der Anstieg in den Landkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Leipzig und Meißen anhalten, hier wird mit steigenden Zahlen bis 2016/17 gerechnet.

Der Höchststand der Schülerzahl an allge-

Abb. 2 Schüler an allgemeinbildenden Schulen 2011/12 bis 2030/31



meinbildenden Schulen wird hingegen für die **Kreisfreien Städte** Dresden und Leipzig erst gegen Ende des Prognosezeitraumes erreicht. So werden in Dresden bis 2024/25 (V2) bzw. 2029/30 (V1) 29 bis 42 Prozent und in Leipzig bis 2024/25 bzw. 2030/31 etwa 28 bis 41 Prozent mehr Schüler als 2011 erwartet. In der Kreisfreien Stadt Chemnitz weicht die Entwicklung der Schülerzahlen von der der anderen etwas ab. Der Höchststand wird 2020/21 bzw. 2022/23 mit einer Steigerung um 13 bis 17 Prozent erreicht. Im Vergleich zu 2011/12 werden bis 2030/31 etwa 12 Prozent mehr (V1) bzw. 2 Prozent weniger (V2) Schüler in Chemnitz erwartet.

### Höchststand der Grundschülerzahlen 2016/17

Die Schülerzahlen an den Grundschulen in **Sachsen** werden in beiden Varianten ihren Höchststand im Schuljahr 2016/17 erreichen. Bis dahin werden 3 bis 4 Prozent mehr Schüler an Grundschulen (126 000 bis 127 000) erwartet als 2010/11 (121 863). Der darauffolgende Rückgang der Schülerzahlen ist nach V2 ausgeprägter (26 Prozent auf 94 000) als nach V1 (15 Prozent auf 107 000). Im Vergleich zu den anderen Schularten verzeichnen die Grundschulen die größten Verluste (vgl. Abb. 3).

Die Grundschülerzahlen in den **Kreisfreien Städten** Dresden und Leipzig erfahren bis 2030/31 in beiden Varianten eine positive Entwicklung (jeweils 3 (V2) bis 24 Prozent (V1)). Bis zum Höchststand verglichen mit 2011/12 steigt die Zahl der Schüler um 19 Prozent bis 2021/22 (V2) in beiden Städten und nach V1 um 29 Prozent bis 2025/26 in Dresden sowie um 28 Prozent bis 2027/28 in Leipzig.

In der Kreisfreien Stadt Chemnitz verringert sich die Zahl der Grundschüler bis 2030/31 um 4 bis 16 Prozent. Der Höchststand an

Schülerzahlen ist hier 2016/17 mit einem Zuwachs von 8 bis 11 Prozent im Vergleich zu 2011/12 erreicht.

Die Zahl der Grundschüler wird bis zu den Schuljahren 2014/15 bis 2016/17 nur in den **Landkreisen** Leipzig, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Mittelsachsen, Meißen und Bautzen geringfügig ansteigen (maximal ein Prozent), alle anderen Landkreise verzeichnen konstant rückläufige Grundschülerzahlen. Damit werden die Grundschulen in allen Landkreisen 2030/31 voraussichtlich zwischen 16 und 31 Prozent (V1) bzw. 26 bis 37 Prozent (V2) weniger Schüler als 2011/12 haben (vgl. Abb. 4).

### Steigende Schülerzahlen an Mittelschulen bis 2020/21

Die Mittelschulen in **Sachsen** erreichen ihre höchsten Schülerzahlen in beiden Varianten im gleichen Jahr. So steigt die Zahl von 2010/11 (84 405) um 13 bis 16 Prozent auf 95 000 bis 98 000 bis zum Schuljahr 2020/21. Anschließend werden es bis 2030/31 wieder

4 bis 13 Prozent weniger Mittelschüler mit 83 000 bis 94 000.

In den **Kreisfreien Städten** Leipzig und Dresden wächst die Zahl der potentiellen Mittelschüler nach V1 bis 2030/31 (um 50 und 53 Prozent) im Vergleich zu 2011/12. Nach V2 ist der Höchststand bereits 2024/25 (Zuwachs um 35 und 36 Prozent) erreicht. 2030/31 werden in dieser Variante in Leipzig und Dresden 30 und 31 Prozent mehr Schüler sein als 2011/12. In Chemnitz ist der Höchststand schon 2020/21 (V2) bzw. 2022/23 (V1) erreicht mit einem Zuwachs um 17 bis 22 Prozent. Bis 2030/31 werden 5 bis 20 Prozent mehr Schüler erwartet als 2011/12.

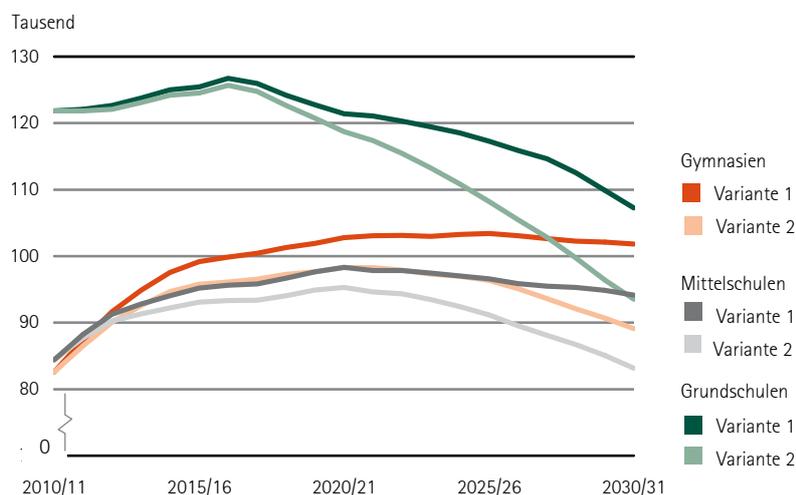
Den größten Zuwachs an Mittelschülerzahlen werden voraussichtlich die **Landkreise** Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bis 2020/21 (10 und 13 Prozent) und Meißen bis 2019/20 (V2) bzw. 2020/21 (V1) (10 bzw. 11 Prozent) erfahren. Insgesamt werden es bis 2030/31 unter V1 im Landkreis Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge etwas mehr Schüler (2 und 8 Prozent) und nach V2 leicht weniger Schüler (8 und 3 Prozent) sein als 2011/12.

Den höchsten Rückgang der Mittelschülerzahlen verzeichnen der Vogtlandkreis und Landkreis Görlitz. Hier wurde zu Beginn des Prognosezeitraumes ein Stagnieren der Mittelschülerzahlen vorausberechnet (nur 0 bis 2 Prozent Zuwachs). Bis 2030/31 werden im Vogtlandkreis 17 bis 24 und im Landkreis Görlitz 19 bis 28 Prozent weniger Schüler als 2011 prognostiziert.

### 19 bis 25 Prozent mehr Schüler an Gymnasien bis 2020/21

An den Gymnasien in **Sachsen** werden bis 2020/21 etwa 19 bzw. bis 2021/22 25 Prozent mehr Schüler als 2010/11 (82 571) erwartet. In V1 bleibt die Zahl der Schüler voraussichtlich bei etwa 103 000 bis zum Schuljahr 2027/28 gleich. Danach werden es bis 2030/31 ge-

Abb. 3 Schüler 2010/11 bis 2030/31 nach ausgewählten Schularten



ringfügig weniger Gymnasiasten (ein Prozent auf 102 000). In V2 wird schon nach 2022/23 (98 000) ein Rückgang der Schülerzahlen erwartet; bis 2030/31 um 9 Prozent auf 89 000 Gymnasiasten.

Voraussichtlich wird die Zahl der Gymnasiasten in den **Kreisfreien Städten** ansteigen. Bis zum Höchststand 2023/24 bzw. 2025/26 wächst die Zahl der Schüler in Chemnitz zwischen 23 und 32 Prozent, bis 2030/31 werden es immer noch 15 bis 31 Prozent mehr Schüler sein als 2011/12. In Dresden und Leipzig steigen die Zahlen nach V1 noch bis 2030/31 und nach V2 bis 2026/27 und 2025/26. Dann werden in Dresden zwischen 45 und 66 Prozent mehr Gymnasiasten erwartet als 2011/12 und in Leipzig zwischen 43 und 61 Prozent.

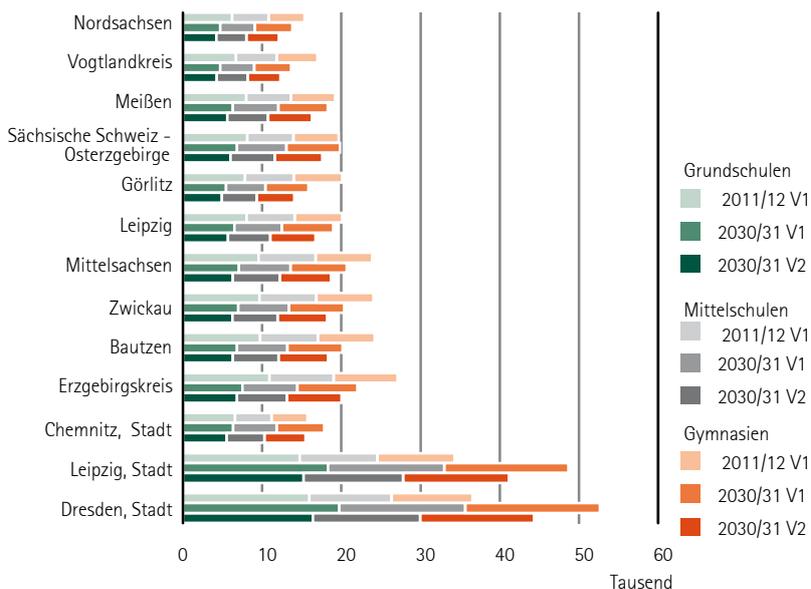
Für die Gymnasien sieht die Entwicklung der Schülerzahl auch in den einzelnen **Landkreisen** etwas positiver aus, da die durch das Geburtstief geringer besetzten Jahrgänge die Gymnasien später verlassen als die Mittelschulen. Mit dem höchsten Stand ist im Landkreis Görlitz (3 bis 5 Prozent) und im Vogtlandkreis (5 bis 6 Prozent) bis 2014/15 zu rechnen. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge werden bis 2020/21 (V2) bzw. 2025/26 (V1) etwa 16 bis 20 Prozent und im Landkreis Meißen bis 2020/21 etwa 14 bis 18 Prozent mehr Schüler an Gymnasien lernen. Für die übrigen Landkreise steigen die Schülerzahlen nach V1 bis 2020/21 zwischen 8 und 13 Prozent und nach V2 bis maximal 2016/17 zwischen 6 bis 8 Prozent. Nach Erreichen des jeweiligen Höchststandes der Schüler in Gymnasien wird mit einem Rückgang bis 2030/31 in allen Landkreisen gerechnet. Mehr Gymnasiasten wird es im Schuljahr 2030/31 im Vergleich zu 2011/12 nach V1 in den Landkreisen Leipzig (8 Prozent), Nordsachsen (4 Prozent) und Meißen (12 Prozent) geben. Auch der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge verzeichnet einen Zuwachs an Gymnasiasten um 6 (V2) bis 19 Prozent (V1). Im Landkreis Görlitz (12 bis 22 Prozent) und Vogtlandkreis (9 bis 18 Prozent) ist der Rückgang am größten. Die übrigen Landkreise werden 2030/31 ca. 1 bis 6 (V1) bzw. 9 bis 15 Prozent (V2) weniger Schüler als 2011/12 haben.

### Tiefstand der Zahl der Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges ist 2011 erreicht

In **Deutschland** wird die Zahl der Absolventen/Abgänger bis 2020 stetig zurückgehen auf dann 788 000 (2004: 904 000, 2009: 894 000). [3]

2010 verließen in **Sachsen** 23 938 Absolventen und Abgänger die allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungs-

**Abb. 4 Schüler an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2011/12 und 2030/31 nach ausgewählten Schularten, Landkreisen und Kreisfreien Städten**

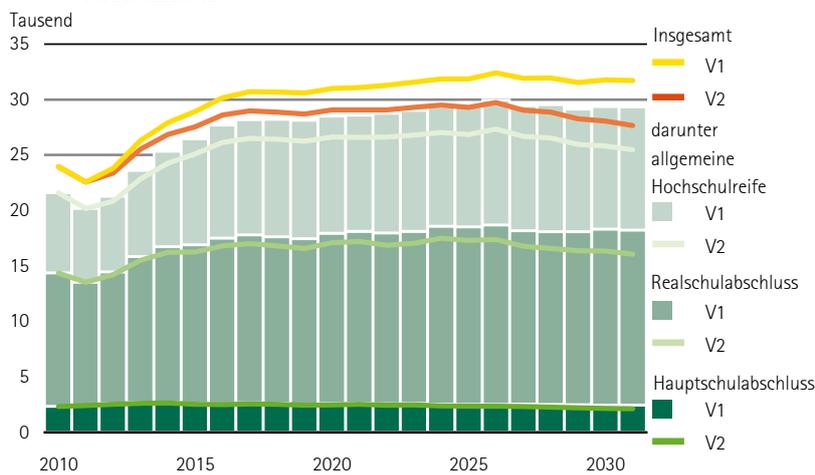


weges. Für 2011 wird mit knapp 23 000 der tiefste Stand seit 2001 (61 479) erwartet. Nach beiden Varianten werden die Absolventen-/Abgängerzahlen relativ schnell bis 2017 auf voraussichtlich 29 000 bis 31 000 steigen. Bis 2031 schwanken sie um dieses Niveau mit einem Höchststand ca. 2026 mit 30 000 bis 32 000 (vgl. Abb. 5).

Von den knapp 24 000 Absolventen/Abgängern 2010 beendeten 1 252 ihre Schulzeit an einer Schule in **freier** und 22 686 an einer Schule in **öffentlicher Trägerschaft**. 2031 wird von 2 700 bis 3 200 an freien Schulen und 24 000 bis 28 000 Absolventen/Abgängern an öffentlichen Schulen ausgegangen. Alle **Kreisfreien Städte und Landkreise** werden nach V1 bis 2031 mehr Absolventen/Abgänger haben als 2011. Der Höchststand an Absolventen/Abgängern liegt jedoch im

Verlauf des Prognosezeitraumes zwischen 2016 (Vogtlandkreis, Landkreise Erzgebirgskreis und Görlitz) und 2026 (Kreisfreie Stadt Chemnitz, Landkreise Leipzig, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Meißen und Mittelsachsen). In den Kreisfreien Städten Dresden und Leipzig steigen die Absolventen/Abgänger bis 2031. Nach V2 wird der höchste Stand der Absolventen/Abgängerzahlen bei den meisten Kreisen ein paar Jahre eher sein als in V1. Auch nach V2 werden es 2031, außer im Erzgebirgskreis, Vogtlandkreis und Landkreis Görlitz, mehr Absolventen/Abgänger sein als 2011, jedoch ist der Anstieg bis dahin nicht so stark. Die Absolventen-/Abgängerzahlen in den einzelnen Abschlussarten werden sich voraussichtlich unterschiedlich entwickeln. Vor allem die Zahl der Absolventen mit allgemeiner

**Abb. 5 Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges 2010 bis 2031 nach ausgewählten Abschlussarten**



Hochschulreife und mit Realschulabschluss wird von dem allgemeinen Anstieg der Absolventen profitieren.

### Abgängerzahlen nahezu unverändert

Für die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss ist zu beachten, dass darunter auch die Abgänger von Förderschulen zählen, die grundsätzlich nicht den Abschluss als Ziel haben. Insgesamt wird sich die Zahl der Abgänger in **Sachsen** nur wenig verändern. 2010 verließen 2 341 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Die Zahl steigt in beiden Varianten voraussichtlich bis 2013 auf 2 700. Bis 2030 werden es wieder etwas weniger Abgänger sein (2 200 (V2) bis 2 400 (V1)).

### Absolventen mit Hauptschulabschluss – Höchststand 2014

Die Zahl der Absolventen mit Hauptschulabschluss in **Sachsen** entwickelt sich ähnlich wie die der Abgänger: sie erreicht ihren Höchststand 2014 mit 2 600 bzw. 2 700 (2010: 2 341). Nach V1 schwankt diese Zahl bis 2023 zwischen 2 600 und 2 700 und geht dann bis 2031 leicht zurück auf 2 500. In V2 werden die Absolventenzahlen bis 2023 voraussichtlich zwischen 2 500 und 2 600 liegen und dann bis 2031 um 13 Prozent auf 2 100 Absolventen sinken.

### Absolventen mit Realschulabschluss – Höchststand 2024 bis 2026 erwartet

Der Tiefstand des bisherigen Abwärtstrends der Zahl der Realschulabschlüsse in **Sachsen** wird 2011 sein (2010: 12 034). Anschließend steigt diese bis 2024 bzw. 2026 um 36 bis 46 Prozent auf 15 000 bis 16 000. Danach wird in V1 damit gerechnet, dass die Zahl der Absolventen mit Realschulabschluss bis 2031 auf diesem Niveau verweilt, in V2 schwankt sie zwischen 14 000 und 15 000.

### Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife – voraussichtlicher Anstieg bis 2031

Der Tiefstand an Absolventen in **Sachsen**, welche die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, wird 2011 (V1) bzw. 2012 (V2) mit weniger als 7 000 Absolventen erreicht (2010: 7 222). Danach werden die Absolventenzahlen nach V1 bis 2031 konstant ansteigen. Die Zahl der Absolventen wird bis zum Höchststand 2028 voraussichtlich um die Hälfte bis knapp drei Viertel wachsen. 2031 wird es in Sachsen noch zwischen 42 (dann 9 000) und 67 Prozent (dann 11 000) mehr Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife geben als zum jeweiligen Tiefstand.

### Sinkende Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen noch bis 2014/15

Im Vergleich zu 2010/11 (2,7 Millionen) sinkt die Zahl der Schüler an berufsbildenden Schulen in **Deutschland** bis 2025 auf 2,2 Millionen Schüler. [4]

In Sachsen lernten zu Beginn des Schuljahres 2010/11 an den berufsbildenden Schulen 123 727 Schüler. Die Schülerzahlen werden an diesen Schulen noch bis 2014/15 um 17 bis 20 Prozent auf 99 000 bzw. 102 000 sinken. Verglichen mit diesem Tiefstand ist nach V1 bis 2025/26 wieder mit 12 Prozent mehr Schülern zu rechnen. In den Schuljahren 2025/26 bis 2030/31 wird von etwa 114 000 bis 115 000 ausgegangen. In V2 wird der höchste Stand in den Schuljahren 2024/25 bis 2027/28 erreicht. Das würde einer Zunahme von 8 Prozent auf 107 000 entsprechen. Danach werden es wieder etwas weniger Schüler an berufsbildenden Schulen in Sachsen (vgl. Tab. 2).

Im Schuljahr 2010/11 lernten 28 von 100 Schülern an berufsbildenden Schulen in **freier Trägerschaft** – insgesamt 34 355. An **öffentlichen Schulen** lernten insgesamt 89 372 Schüler. Bis 2030 wird sich das Verhältnis der Schülerzahlen von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft etwas zu Gunsten der öffentlichen verändern.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Entwicklung der Schülerzahlen berufsbildender Schulen zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen berufsqualifizierenden und studienqualifizierenden Schulen.

### 2030/31 weniger Schüler an berufsqualifizierenden Schulen als 2010/11

Die Zahl der Schüler an berufsqualifizierenden Schulen **Sachsens** (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen, berufsvorbereitende Maßnahmen) wird bis 2014/15 noch um weitere 19 bis 22 Prozent auf 86 000 bis 89 000 zurückgehen (2010/11: 110 493). Danach ist bis 2027/28 in V1 ein Anstieg um 11 Prozent auf 99 000 zu verzeichnen. Bis 2030/31 werden die Schülerzahlen in dieser Variante zwischen 98 000 und 99 000 liegen. In V2 werden die Schülerzahlen zunächst um 7 Prozent auf 92 000 Schüler in den Schuljahren 2024/25 bis 2027/28 ansteigen und danach bis 2030/31 auf 90 000 zurückgehen.

### Berufsschulen – weiterer Rückgang bis 2014/15 erwartet

An Berufsschulen lernten zu Beginn des Schuljahres 2010/11 insgesamt 66 237 Schüler. Bis 2014/15 werden die Schülerzahlen um rund ein Fünftel auf dann 51 000 bis 52 000 zurückgehen. Danach erfährt die Schülerzahl einen Zuwachs bis 2026/27 bzw. 2027/28 zwischen 12 bis 16 Prozent auf 57 000 bzw. 61 000 Schüler (vgl. Abb. 6).

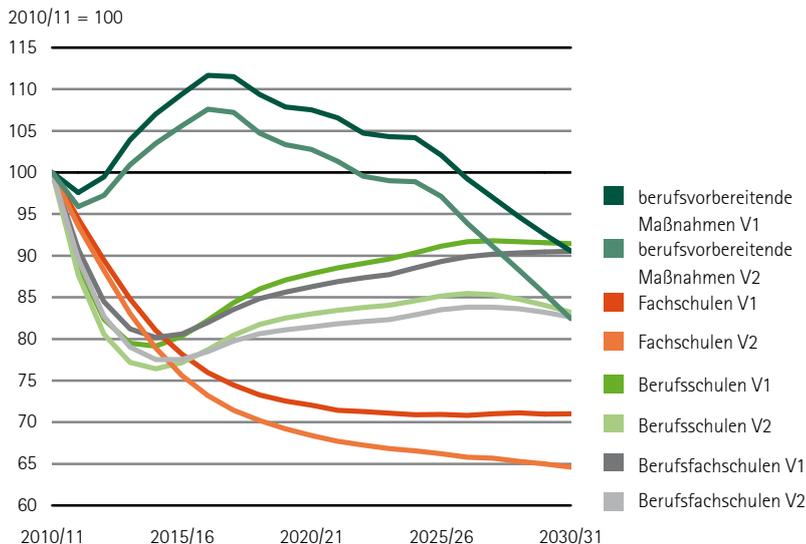
### Berufsfachschulen – Tiefstand 2014/15 – 2015/16

Der Tiefstand der Zahl der Schüler an Berufsfachschulen wird voraussichtlich 2014/15 bzw. 2015/16 erreicht. Bis dahin nimmt diese um ein Fünftel ab auf 21 000 bis 22 000 Schüler (2010/11: 27 385). Nach V1 steigt die Zahl danach wieder bis 2030/31 um 13

Tab. 2 Schüler an berufsbildenden Schulen im Freistaat Sachsen in ausgewählten Schuljahren (in 1 000)

Schulart	2010/11	2015/16	2020/21	2025/26	2030/31
<b>Variante 1</b>					
<b>Insgesamt</b>	<b>123,7</b>	<b>103,5</b>	<b>110,7</b>	<b>114,2</b>	<b>114,3</b>
Berufsschulen	66,3	53,3	58,3	60,5	60,7
Berufsfachschulen	27,4	22,1	23,6	24,5	24,8
Fachschulen	11,4	8,9	8,2	8,1	8,1
berufsvorbereitende Maßnahmen	5,4	5,9	5,8	5,5	4,9
Fachoberschulen	6,8	6,2	6,9	7,4	7,5
Berufliche Gymnasien	6,4	7,1	7,9	8,4	8,3
<b>Variante 2</b>					
<b>Insgesamt</b>	<b>123,7</b>	<b>99,5</b>	<b>104,7</b>	<b>106,9</b>	<b>104,0</b>
Berufsschulen	66,3	51,2	55,1	56,5	55,2
Berufsfachschulen	27,4	21,2	22,3	22,9	22,6
Fachschulen	11,4	8,6	7,8	7,6	7,4
berufsvorbereitende Maßnahmen	6,8	5,7	5,5	5,2	4,4
Fachoberschulen	6,4	6,0	6,5	6,9	6,8
Berufliche Gymnasien	5,4	6,8	7,5	7,9	7,6

**Abb. 6 Schüler an berufsqualifizierenden Schulen in den Schuljahren 2010/11 bis 2030/31**



Prozent auf 25 000 Schüler, nach V2 nur bis 2027/28 um 8 Prozent auf 23 000.

**Fachschulen – Rückgang bis mindestens 2026/27**

Die Fachschulen verzeichnen verglichen mit 2010/11 (11 407) nach V1 noch bis 2026/27 sinkende Schülerzahlen. Ausgegangen wird von 29 Prozent auf 8 000. Nach V2 würden die Schülerzahlen sogar während des ganzen Prognosezeitraumes bis 2030/31 sinken. Dann werden 35 Prozent weniger Schüler (dann 7 000) als 2010/11 erwartet.

**Berufsvorbereitende Maßnahmen – Anstieg bis 2016/17**

Im Vergleich zu 2010/11 (5 374) werden bis zum Höchststand 2016/17 zwischen 8 bis 12 Prozent mehr Schüler (dann 6 000) in berufsvorbereitenden Maßnahmen sein. Danach wird diese Zahl voraussichtlich um 19 bis 23 Prozent sinken auf 4 000 bis 5 000 Schüler in 2030/31.

Für alle Kreisfreien Städte und Landkreise gilt: in dem Zeitraum 2011/12 bis 2030/31 wird die Schülerzahl an berufsqualifizierenden Schulen nur minimalen Schwankungen unterliegen. In den meisten **Landkreisen** werden 2030/31 weniger Schüler an berufsqualifizierenden Schulen lernen als 2011/12. Nur die **Kreisfreien Städte** Dresden (20 000 auf 22 000 bis 24 000) und Leipzig (18 000 auf maximal 19 000) und der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (3 700 auf maximal 4 100) können bis zum Jahr 2030/31 eine Zunahme an Schülern im Vergleich zu 2011/12 verzeichnen.

**2030/31 mehr Schüler an studienqualifizierenden Schulen als 2010/11**

Bis 2012/13 wird die Zahl der Schüler an studienqualifizierenden Schulen (Fachoberschulen, Berufliche Gymnasien) noch um 9 bis 11 Prozent von 13 234 in 2010/11 auf 12 000 sinken. Danach nimmt sie bis zum Schuljahr 2024/25 zu auf 15 000 bzw. 16 000 und bleibt bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf diesem Niveau.

**Fachoberschule – Anstieg nach 2013/14**

Nach dem Tiefstand der Zahl der Schüler an Fachoberschulen im Jahr 2013/14 mit 6 000 Schülern (2010/11: 6 793), werden nach V1 bis 2030/31 wieder ein Viertel mehr Schüler die Fachoberschule besuchen (dann 7 500). Nach V2 erfolgt der Anstieg der Schülerzahlen nur bis 2026/27 um ein Fünftel auf 7 000 Schüler. Anschließend bleibt die Zahl der Schüler bis 2030/31 in etwa auf diesem Niveau (vgl. Abb. 7).

**Berufliche Gymnasien – Zuwachs nach 2012/13**

Im Vergleich zum Beginn des Schuljahres 2010/11 sinkt die Zahl der Schüler an Beruflichen Gymnasien bis 2011/12 um 7 Prozent auf 6 000, nach V2 bis 2012/13 um 9 Prozent auf knapp 6 000. Danach ist hier mit einem starken Anstieg zu rechnen, nach V2 bis 2025/26 um 35 Prozent auf knapp 8 000 und nach V1 bis 2026/27 um 40 Prozent auf reichlich 8 000 Schüler. Danach wird die Zahl der Schüler an Beruflichen Gymnasien wieder leicht abnehmen.

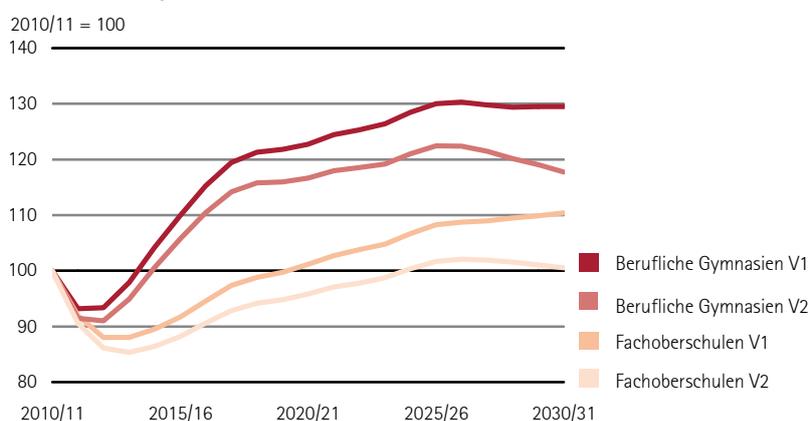
In allen **Kreisfreien Städten und Landkreisen** wird der Tiefstand der Schülerzahlen an studienqualifizierenden Schulen in V1 2012/13 erreicht. Anschließend erfolgt eine positive Entwicklung bis zum Ende des Prognosezeitraumes. Verglichen mit 2011/12 werden die Schülerzahlen in V2 im Erzgebirgs-kreis, Vogtlandkreis und Landkreis Görlitz bis 2030/31 leicht sinken.

**Anstieg der Zahl der Absolventen/Abgänger an berufsbildenden Schulen ab 2014**

Die Zahl der Absolventen/Abgänger an berufsbildenden Schulen in **Deutschland** wird bis 2013 auf 1,03 Millionen sinken (2009: 1,17 Millionen). In den Jahren 2014 bis 2017 verharrt diese Zahl in etwa auf diesem Niveau und ist danach weiter rückläufig (2020: 971 000). [5]

Die Zahl der Absolventen und Abgänger an berufsbildenden Schulen in **Sachsen** wird bis 2014 auf 37 000 bzw. 38 000 sinken (2000: 59 143). Von 2016 bis 2024 ist in V1 ein Anstieg auf 42 000 zu erwarten, danach bleibt die Zahl der Absolventen/Abgänger auf diesem Niveau. In V2 steigen die Absolventen-/Abgängerzahlen von 2017 bis 2026 auf etwa 40 000 und sinken bis 2031 wieder auf etwa 38 000 (vgl. Abb. 8).

**Abb. 7 Schüler an studienqualifizierenden Schulen in den Schuljahren 2010/11 bis 2030/31**



Nach dem jeweiligen Tiefstand in den Jahren 2014 bis 2015 steigen die Absolventen-/Abgängerzahlen in den **Landkreisen** bis 2031 wieder an. Im Vergleich zu 2011 werden 2031 in allen Landkreisen, mit Ausnahme vom Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit einer leichten Zunahme in V1, weniger Absolventen/Abgänger sein.

In beiden Varianten werden es 2031 in der **Kreisfreien Stadt** Dresden voraussichtlich mehr Absolventen/Abgänger an berufsbildenden Schulen sein als 2011. In V1 bleibt die Zahl der Absolventen/Abgänger in der Kreisfreien Stadt Leipzig in etwa gleich, in V2 sinkt sie etwas. In der Kreisfreien Stadt Chemnitz wird es nach beiden Varianten 2031 weniger Absolventen/Abgänger an berufsbildenden Schulen geben als 2011.

### Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife

Die Zahl der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife an berufsbildenden Schulen in **Sachsen** erreicht ihren Tiefstand bereits 2012 mit etwa 1 800 (letzter Höchststand 2009: 2 685). Bis 2023 steigt sie auf etwa 2 500 an und bleibt danach auf diesem Niveau (V1). In V2 wurde der Höchststand mit 2 400 Absolventen für die Jahre 2025 bis 2029 errechnet.

### Absolventen mit Fachhochschulreife

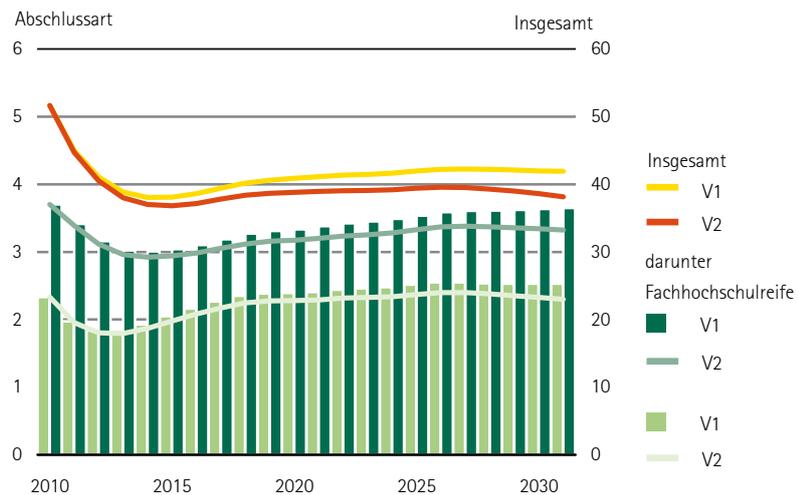
In **Sachsen** erreicht die Zahl der Absolventen mit Fachhochschulreife ihren Tiefstand 2014 mit etwa 3 000 Absolventen (letzter Höchststand 2005: 3 963) und ihren Höchststand voraussichtlich 2026 bzw. 2031 mit 3 400 bzw. 3 700.

### Zusammenfassung

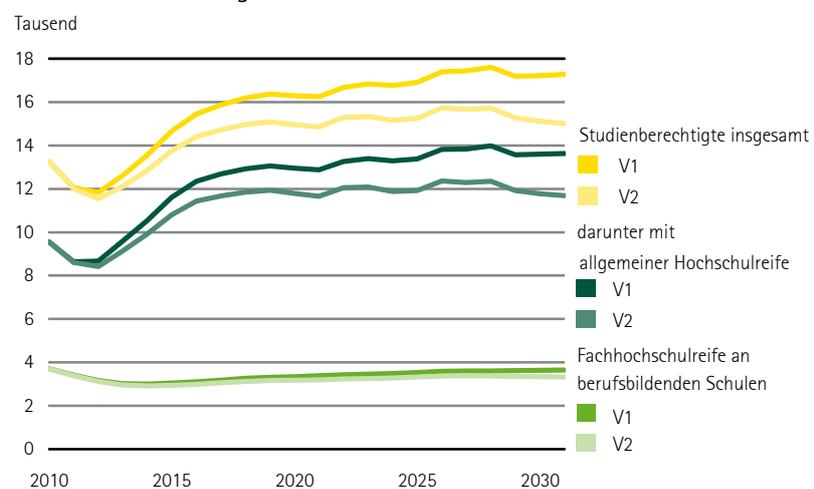
Zu Beginn des Schuljahres 2030/31 werden in Sachsen mit 23 000 bis 26 000 noch weniger **Schulanfänger** als zum bisherigen Tiefstand nach der Wiedervereinigung 2001/02 erwartet. Verglichen mit 2010 (32 310) wird die Zahl der Schulanfänger 2030/31 voraussichtlich um 18 bis 29 Prozent zurückgehen.

Im Vergleich zu 2010/11 (311 993) werden 2030/31 nach V1 bis zu 4 Prozent (324 000) mehr **Schüler** an Sachsens **allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges** lernen. In V2 wird die Schülerzahl voraussichtlich um bis zu 9 Prozent auf 285 000 sinken. Im Jahr 2010 verließen 23 938 **Absolventen/Abgänger** die allgemeinbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges. 2031 werden es voraussichtlich 16 bis 32 Prozent mehr Absolventen/Abgänger sein (28 000 bis 32 000). An **berufsbildenden Schulen** werden ver-

**Abb. 8 Absolventen/Abgänger an berufsbildenden Schulen 2010 bis 2031 nach ausgewählten Abschlussarten (in 1 000)**



**Abb. 9 Studienberechtigte 2010 bis 2031**



glichen mit 2010/11 (123 727) 2030/31 voraussichtlich 8 bis 16 Prozent weniger **Schüler** lernen. Das wären dann zwischen 104 000 und 114 000 Schüler. Auch die Zahl der **Absolventen/Abgänger** an berufsbildenden Schulen verringert sich verglichen mit 2010 (51 642). Es werden 2030/31 mit 38 000 bis 42 000 Absolventen/Abgänger zwischen 19 und 26 Prozent weniger die berufsbildenden Schulen verlassen.

2010 verließen in Sachsen 13 257 Jugendliche eine allgemein- oder berufsbildende Schule bzw. Schule des zweiten Bildungsweges mit **Studienberechtigung**. Im Vergleich zu 2010 wird die Absolventenzahl mit Studienberechtigung bis 2012 um 11 bis 13 Prozent auf weniger als 12 000 sinken. In diesen Absolventenjahrgängen befinden sich dann die geburtenschwachen Jahrgänge. Danach erfährt diese Gruppe wieder eine sehr positive Entwicklung. Bis 2026 (V2) bzw. 2028 (V1) steigt die Zahl auf 16 000 bis rund 18 000, das sind dann etwa ein Drittel bis die Hälfte mehr Absolventen als 2012. Bis 2031 bleibt die Zahl

der Absolventen mit Studienberechtigung nach V1 bei ungefähr 17 000, nach V2 würde sie leicht auf 15 000 sinken (vgl. Abb. 9). Im Vergleich zu 2010 (9 555) werden 2031 mehr Absolventen die Schule mit **allgemeiner Hochschulreife** verlassen (12 000 bis 14 000). Die Zahl der Absolventen mit **Fachhochschulreife** wird von 3 702 im Jahr 2010 leicht sinken auf 3 300 bis knapp 3 700 im Jahr 2031.

Bedingt durch das Herauswachsen der geburtenschwachen Jahrgänge wird es ab 2015 bis zum Ende des Prognosezeitraumes wieder mehr Studienberechtigte unter den Absolventen geben.

Janika Weigel, Dipl.-Soziologin, Sachbearbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte  
 Andreas Valley, Dipl.-Wirtschaftsinformatiker, Sachbearbeiter Analyse Bevölkerung, Haushalte  
 Birgit Scheibe, Dipl.-Ökonomin, Referatsleiterin, Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

## Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Für ausführlichere Informationen dazu siehe Sonderheft 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025 oder <http://www.statistik.sachsen.de/bev-prog/>
- [2] Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, S. 313. sowie Statistisches Bundesamt (o. J.): Allgemeinbildende Schulen. Schüler/innen nach Schularten. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Schulen/Tabellen/Content75/AllgemeinbildendeSchulenSchulartenSchueler,templateld=renderPrint.psm1> [Eingesehen am 7.7.2011]
- [3] Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 173 (Januar 2005): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2003 bis 2020, S. 65. sowie Statistisches Bundesamt (o. J.): Allgemeinbildende Schulen. Absolventen/Abgänger nach Abschlussarten. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Schulen/Tabellen/Content100/AllgemeinbildendeSchulenAbschlussart,templateld=renderPrint.psm1> [Eingesehen am 7.7.2011]
- [4] Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, S. 313. sowie Statistisches Bundesamt (o. J.): Berufliche Schulen. Schüler/innen nach Schularten. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Schulen/Tabellen/Content75/BeruflicheSchulenSchulartSchueler,templateld=renderPrint.psm1> [Eingesehen am 7.7.2011]
- [5] Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 173 (Januar 2005): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2003 bis 2020, S. 80. sowie Statistisches Bundesamt (o. J.): Berufliche Schulen. Absolventen/Abgänger nach Abschlussarten. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Schulen/Tabellen/Content100/BeruflicheSchulenAbschlussart,templateld=renderPrint.psm1> [Eingesehen am 7.7.2011]

# Justizvollzug im Freistaat Sachsen – Entwicklung und ausgewählte Indikatoren

## Vorbemerkungen

Aufmerksamkeit erfährt der sächsische Justizvollzug oft nur über die Berichterstattung in den Medien bei spektakulären Einzelfällen wie die Misshandlung eines Jugendstrafgefangenen durch Mitgefangene. Ein wirklichkeitsgetreues Abbild der Entwicklung und Kennzeichen vermitteln jedoch die Auswertungen der Statistiken des Strafvollzugs. So sind z. B. rückläufige Gefangenenzahlen in Sachsen zu verzeichnen.

Für alle Einrichtungen des sächsischen Justizvollzuges werden monatlich Eckzahlen zur Belegungsfähigkeit und aktuellen Belegsituation erhoben. Bundesweit liegen dreimal jährlich (Ende März, August und November) die Ergebnisse der Erhebung „Bestand der Gefangenen und Verwahrten in den deutschen Justizvollzugsanstalten“ vor. Auf der Grundlage dieser Daten werden im folgenden Beitrag Entwicklungen und ausgewählte Indikatoren des Justizvollzuges betrachtet. Außerdem wird auf rechtliche Regelungen, deren Veränderungen in Deutschland und in Sachsen sowie auf die Aufgaben und Zuständigkeit des sächsischen Justizvollzugs eingegangen.

## Neue rechtliche Grundlagen: Unterschiede in der Praxis des Strafvollzuges in den Bundesländern

Der Strafvollzug in Deutschland ist seit der Föderalismusreform im September 2006 in die Gesetzgebungskompetenz der Länder gefallen. Einzelne Bundesländer haben bereits eigene Strafvollzugsgesetze erlassen, die in ihrem Geltungsbereich dem ansonsten weiter geltenden Bundesrecht vorgehen. Soweit aber verfahrens- bzw. gerichtsverfassungsrechtliche Fragen betroffen sind, ist die Kompetenz beim Bund geblieben. Damit hat die Föderalismusreform im Strafvollzug zu beträchtlicher juristischer Komplexität und auch Verwirrung geführt. Es gibt nun deutli-

che Unterschiede in der Praxis des Strafvollzugs zwischen den Bundesländern. So hängt z. B. vom Wohnsitz in Deutschland ab, ob der Gefangene bessere oder schlechtere Haftbedingungen vorfindet. [1]

Alle Bundesländer haben auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 2006 umfassende gesetzliche Regelungen für den Jugendstrafvollzug erlassen. Das Sächsische Jugendstrafvollzugsgesetz trat am 1. Januar 2008 in Kraft. [2] Für den Erwachsenenstrafvollzug gilt in Sachsen weiterhin das Strafvollzugsgesetz des Bundes (StVollzG). [3] Außerdem wurde in Sachsen ein Untersuchungshaftvollzugsgesetz am 14. Dezember 2010 zur Regelung der Vollzugsfragen erlassen. [4]

## Aufgaben des Strafvollzugs

Die wichtigste gesetzliche Grundlage in Sachsen ist das Strafvollzugsgesetz des Bundes, da bisher noch kein eigenes Landesgesetz erlassen wurde. Im § 2 des Gesetzes wird als Aufgabe die Resozialisierung der Gefangenen bestimmt. Die Gefangenen sollen befähigt werden, nach der Entlassung ein Leben in sozialer Verantwortung und ohne Straftaten zu führen. Der Strafvollzug dient aber auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. Dieses Vollzugsziel ist sinngemäß auch im neuen Sächsischen Jugendstrafvollzugsgesetz formuliert. Von großer Bedeutung für den Strafvollzug sind die Gefangenenarbeit, berufliche und schulische Ausbildung, Lockerungen des Vollzuges, sozialtherapeutische Behandlung und das ehrenamtliche Engagement in allen Bereichen der Gesellschaft.

## Unterbringung der Gefangenen in Sachsen

Die Verwaltungsvorschrift über den Vollstreckungsplan für den Freistaat Sachsen

(VwV-Vollstreckungsplan) regelt die Zuständigkeiten der Justizvollzugsanstalten für den Vollzug von Untersuchungshaft, Freiheitsstrafe, Jugendstrafe, Sicherungsverwahrung, Abschiebungshaft und anderer Haftarten. [5] Gefangene mit besonderem Behandlungsbedarf (Frauen, Ersttäter, Gefangene mit langen Freiheitsstrafen von über fünf Jahren, sozialtherapeutisch zu behandelnde Gefangene, Jugendstrafgefangene) werden zentral in Vollzugsanstalten untergebracht, die die erforderlichen therapeutischen Maßnahmen zielgerichtet leisten können. Dagegen werden zur Erleichterung ihrer Wiedereingliederung und des Gebots der heimatnahen Unterbringung die anderen Gefangenen so dezentral wie möglich untergebracht. Das betrifft männliche erwachsene Gefangene mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren, Gefangene in Untersuchungshaft oder im offenen Vollzug. Die Untersuchungshaft an männlichen Untersuchungsgefangenen wird in den Justizvollzugsanstalten Görlitz, Dresden, Leipzig und Zwickau vollzogen.

Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Waldheim ist laut Vollstreckungsplan zuständig für den geschlossenen Vollzug der Freiheitsstrafe männlicher Strafgefangener aus allen Landgerichtsbezirken mit Freiheitsstrafen über zwei Jahren, die sich erstmals in Straftat befinden. Diese Ersttäter werden hierbei von hafterfahrenen Strafgefangenen getrennt untergebracht. Das Konzept des Ersttätervollzugs verbessert die Resozialisierungschancen der Gefangenen und ihre Integration in den Vollzugsalltag. Es wurde in Sachsen 2003 als bundesweit einmaliges Projekt eingeführt.

Der Vollzug der Jugendstrafe erfolgt im Wesentlichen für die männlichen Gefangenen in der Jugendstrafanstalt Regis-Breitingen. Für die weiblichen Jugendstrafgefangenen ist die JVA Chemnitz zuständig. Andere weibliche Gefangene werden neben der JVA Chemnitz

in den Justizvollzugsanstalten Dresden und Leipzig mit Krankenhaus untergebracht.

In der JVA Chemnitz wird auch der zentrale Justizvollzug für Frauen im Rahmen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen vollzogen. Das mitteldeutsche Vollzugskonzept für Frauen geht von einer differenzierten Unterbringung und vielfältigen Behandlungs-, Arbeits- sowie Ausbildungsangeboten aus. So stehen z. B. fünf Haftplätze in einer offenen Mutter-Kind-Station zur Verfügung. [6] Ebenso kooperieren die drei mitteldeutschen Länder bei der Sicherungsverwahrung von Männern. Sicherungsverwahrung muss von der Strafhaft räumlich getrennt vollzogen werden, entweder in einer eigenen Anstalt oder in separaten Abteilungen einer Justizvollzugsanstalt. Sicherungsverwahrte der mitteldeutschen Länder werden seit 2009 in der neuen JVA Burg in Sachsen-Anhalt untergebracht.

### Gut 3 500 Gefangene in sächsischen Justizvollzugsanstalten

Am Stichtag 31. März 2011 waren in den zehn sächsischen Justizvollzugsanstalten 3 555 Personen inhaftiert, darunter 330 Frauen. Damit waren 91 Prozent der Gefangenen Männer. 151 bzw. 46 Prozent der Frauen im sächsischen Justizvollzug waren aus Thüringen oder Sachsen-Anhalt.

59 Prozent der Gesamtinsassen befanden sich in Einzelunterbringung und 41 Prozent in gemeinschaftlicher Unterbringung (vgl. Tab. 1).

458 Personen waren in Untersuchungshaft. 2 640 verbüßten eine Freiheitsstrafe, 351 eine Jugendstrafe und 105 Personen befanden sich in sonstiger Freiheitsentziehung (Zivil- oder Abschiebungshaft) (vgl. Tab. 2). 99 Personen wurden in einer für Sozialtherapie zuständigen Vollzugsanstalt behandelt. Eine Person befand sich in Sicherungsverwahrung. Das ist eine Maßregel der Besserung und Sicherung, deren Dauer unbefristet ist. Sie dient dazu, die Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern zu schützen. Der Vollzug der Sicherungsverwahrung schließt sich immer an die Verbüßung einer Freiheitsstrafe an. Wie bereits oben erwähnt, werden diese Verwahrten in der Regel in Sachsen-Anhalt untergebracht.

### Sieben Prozent der Gefangenen im offenen Vollzug

Im offenen Vollzug soll den Gefangenen durch gelockerte Beaufsichtigung oder Beschäftigung außerhalb der Anstalt die Resozialisierung in die Gesellschaft erleichtert

Tab. 1 Belegungsfähigkeit, Belegung und Auslastung<sup>1)</sup> der Justizvollzugsanstalten im Freistaat Sachsen 1995 und 2000 bis 2011

Jahr	Anstalten	Belegungsfähigkeit			Belegung			Auslastung in %
		insgesamt	davon in		insgesamt	davon in		
			Einzel-	gemeinsamer		Einzel-	gemeinsamer	
1995	12	3 115	1 402	1 713	3 324	1 107	2 217	107
2000	12	3 826	1 303	2 523	4 721	723	3 998	123
2001	11	4 312	2 020	2 292	4 738	1 323	3 415	110
2002	10	4 348	1 900	2 448	4 444	1 196	3 248	102
2003	10	4 165	1 922	2 243	4 310	1 402	2 908	103
2004	10	4 178	2 041	2 137	4 368	1 442	2 926	105
2005	10	4 197	2 120	2 077	4 307	1 634	2 673	103
2006	10	4 258	2 130	2 128	4 199	1 497	2 702	99
2007	10	4 307	2 136	2 171	3 922	1 423	2 499	91
2008	10	4 225	2 280	1 945	3 710	1 872	1 838	88
2009	10	4 075	2 481	1 594	3 632	2 092	1 540	89
2010	10	3 840	2 483	1 357	3 489	2 125	1 364	91
2011	10	3 723	2 446	1 277	3 555	2 105	1 450	95

1) jeweils am 31. März und ohne vorübergehend Abwesende

Tab. 2 Gefangene<sup>1)</sup> und Sicherungsverwahrte im Freistaat Sachsen 1995 und 2000 bis 2011 nach Art des Vollzugs

Jahr	Insgesamt	Untersuchungshaftvollzug	Strafvollzug			Sicherungsverwahrung	Sonstige Freiheitsentziehung
			insgesamt	davon			
				Freiheitsstrafvollzug	Jugendstrafvollzug		
1995	3 324	1 338	1 763	1 509	254	-	223
2000	4 721	1 178	3 276	2 572	704	-	267
2001	4 738	1 127	3 361	2 675	686	-	250
2002	4 444	985	3 283	2 637	646	-	176
2003	4 310	862	3 279	2 675	604	-	169
2004	4 368	738	3 468	2 885	583	-	162
2005	4 307	627	3 509	2 903	606	1	170
2006	4 199	565	3 504	2 961	543	2	128
2007	3 922	496	3 292	2 830	462	7	127
2008	3 710	491	3 042	2 640	402	10	167
2009	3 632	472	3 038	2 658	380	11	111
2010	3 489	406	2 982	2 628	354	5	96
2011	3 555	458	2 991	2 640	351	1	105

1) jeweils am 31. März und ohne vorübergehend Abwesende

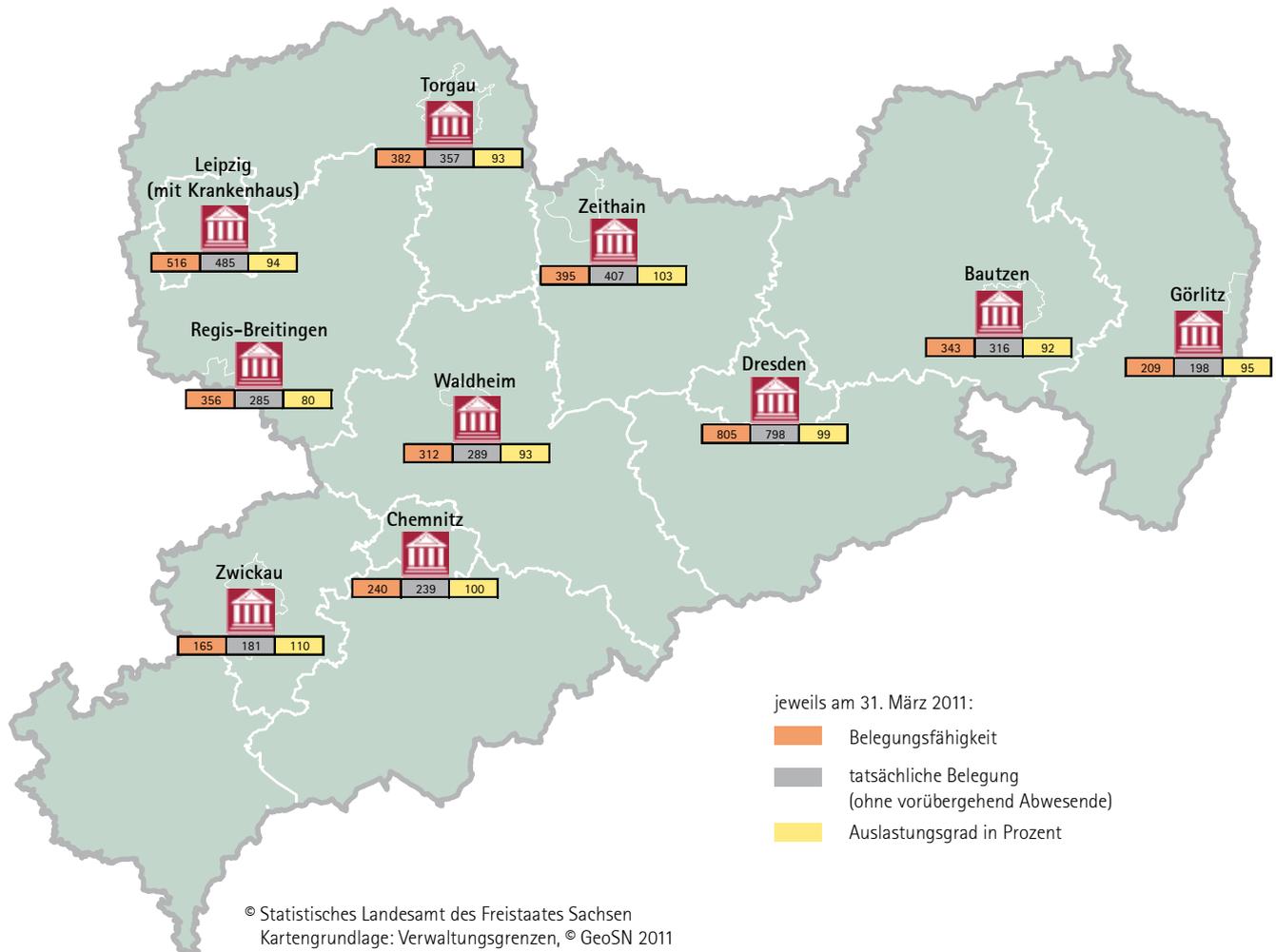
werden, ohne dass dabei der Schutz der Allgemeinheit in den Hintergrund tritt. Fluchtgefahr oder erneute Straffälligkeit muss während des offenen Vollzugs nahezu ausgeschlossen werden können. Die Kriterien zur Entscheidung, ob einem Gefangenen die Fähigkeit zur Einhaltung der Regeln zugetraut wird, sind je nach Bundesland unterschiedlich festgelegt.

Am 31. März 2011 verbüßten 246 Gefangene ihre Strafe im offenen Vollzug. Das wa-

ren sieben Prozent der Gesamtinsassen. Von 351 im Jugendstrafvollzug untergebrachten Personen befanden sich 17 bzw. fünf Prozent im offenen Vollzug.

Ende November 2010 betrug der Gefangenanteil im offenen Vollzug insgesamt in Sachsen sieben Prozent. Damit lag der bundesweite Vergleichswert von 13 Prozent zu diesem Zeitpunkt deutlich über dem sächsischen Niveau. Ebenfalls lag der Anteil der im offenen Jugendstrafvollzug Untergebrach-

Abb. 1 Justizvollzugsanstalten im Freistaat Sachsen  
Gebietsstand: 01. Januar 2011



ten in Deutschland Ende November 2010 mit vier Prozentpunkten über dem von Sachsen.

### Seit 2001 Rückgang der Gefangenen um ein Viertel

Anfang der 1990er Jahre waren die Justizvollzugsanstalten aufgrund von Amnestien stark unterbelegt. Von 1992 bis 2001 stieg die Zahl der Gefangenen kontinuierlich um fast das Vierfache auf gut 4 700. Damit hatte sie ihren bisherigen Höchststand nach der politischen Wende erreicht. Im anschließenden Zeitraum bis 2010 ist ein Rückgang um mehr als ein Viertel auf etwas unterhalb der 3 500-Marke zu verzeichnen. Ende März 2011 war die Gefangenenzahl wieder leicht über diese Marke gestiegen (vgl. Tab. 1)

### Starke Abnahme des Anteils der Untersuchungsgefangenen

Auch die Gefangenenbelegung nach Vollzugsarten änderte sich seit Mitte der 1990er Jahre deutlich. Insbesondere ist ein starker

Abwärtstrend bei der Untersuchungshaft auffällig. 1995 waren 40 Prozent aller Gefangenen in Untersuchungshaft. In den Jahren von 1995 bis 2010 nahm der Anteil der Untersuchungsgefangenen kontinuierlich um insgesamt 28 Prozentpunkte auf zwölf Prozent ab. Ende März 2011 befanden sich nach einem leichten Anstieg der absoluten Zahl der Untersuchungsgefangenen 13 Prozent in Untersuchungshaft.

Außerdem verbüßten zu diesem Zeitpunkt 74 Prozent der Gefangenen ihre Freiheitsstrafe im Erwachsenenstrafvollzug. Jeder zehnte Gefangene war im Jugendstrafvollzug. In sonstiger Freiheitsentziehung waren drei Prozent. Dagegen war Ende März 1995 der Anteil der Gefangenen im Erwachsenenstrafvollzug nur 45 Prozent und im Jugendstrafvollzug acht Prozent. Sieben Prozent befanden sich damals in sonstiger Freiheitsentziehung (vgl. Tab. 2)

### Sächsische Justizvollzugsanstalten sind durchschnittlich voll ausgelastet, aber nicht überbelegt

Ende März 2011 gab es in den zehn sächsischen Justizvollzugsanstalten insgesamt 3 723 Haftplätze, davon 3 349 für Männer und 374 für Frauen. Die Haftplätze waren damit am Erhebungsstichtag 2011 insgesamt in Sachsen zu 95 Prozent, für Männer zu 96 Prozent und für Frauen zu 88 Prozent ausgelastet. Bei der Auslastungsberechnung wird das Verhältnis von tatsächlicher Belegung zur Anzahl der Haftplätze (Belegungsfähigkeit) gebildet. Den geringsten Auslastungsgrad verzeichnete die Jugendstrafanstalt Regis-Breitungen mit 80 Prozent, den höchsten die Justizvollzugsanstalt Zwickau mit 110 Prozent (vgl. Abb. 1) Zwischen 1995 und 2005 ergab sich auch für Sachsen insgesamt ein Auslastungsgrad von über 100 Prozent. Im Jahr 2000 wurde sogar eine rechnerische Überbelegung von 23 Prozent verzeichnet. Mit den Anstaltsschließungen in Stollberg, Plauen und Chemnitz-Kaßberg fielen viele Haftplätze weg. Durch den Neubau

einer großen Justizvollzugsanstalt in Dresden und der Jugendstrafanstalt in Regis-Breitlingen und umfangreichen Sanierungsmaßnahmen wie z. B. in Leipzig und Görlitz wurden vorerst ausreichend Haftplätze geschaffen. Gleichzeitig hat sich in den letzten zehn Jahren die Auslastung der Anstalten auch durch den Rückgang der Gefangenenzahlen wieder etwas entspannt.

### Abgeltung von Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit wird unterstützt

Ein erhöhter Bedarf an Haftplätzen wird in Sachsen durch das Programm „Schwitzen statt Sitzen“ vermieden. Anstelle einer Ersatzfreiheitsstrafe kann eine gemeinnützige Arbeit geleistet werden. Es zielt auf Straftäter, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden. Zahlt ein Verurteilter die Geldstrafe nicht, so kann an die Stelle der Geldstrafe die Ersatzfreiheitsstrafe treten. Er muss dann seine Geldstrafe in der Vollzugsanstalt „absitzen“ oder im Rahmen des oben genannten Programms abarbeiten. Aber auch nach Haftantritt können noch weitere Hafttage durch Arbeit vermieden werden. Damit wird der Justizhaushalt erheblich entlastet. [7]

Ende März 2011 waren es 267 Personen, die diese Möglichkeit der Haftvermeidung oder Haftverkürzung nicht oder nur teilweise nutzten. Seit 1995 belief sich diese Zahl jährlich zwischen 200 bis 300 Personen.

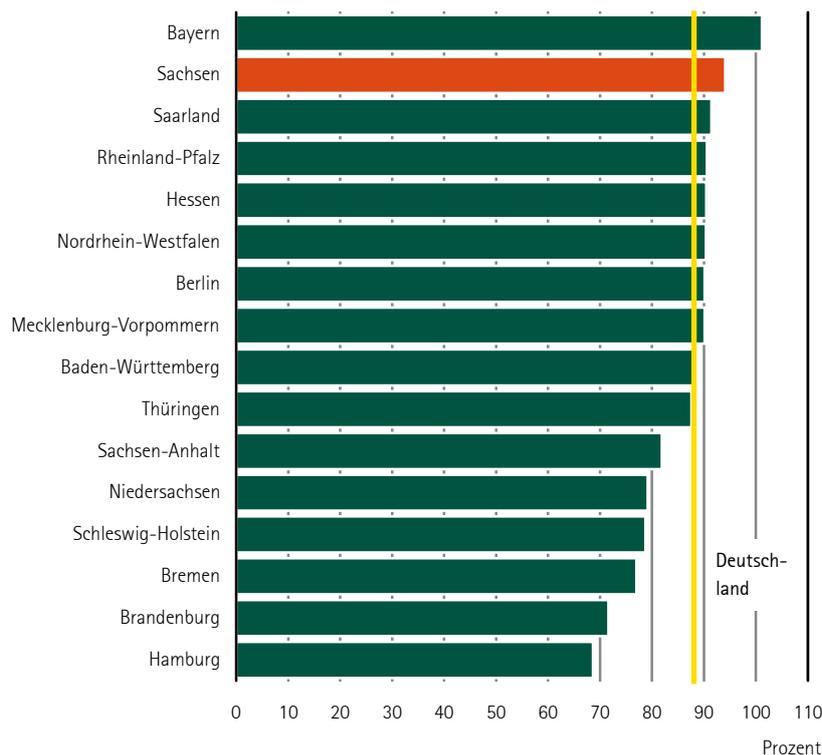
### Sachsen an zweiter Stelle beim Ländervergleich des Auslastungsgrades

In Deutschland wurden in 185 Vollzugsanstalten Ende November 2010 insgesamt knapp 78 000 Haftplätze und 69 400 Gefangene registriert. Die Kapazität der deutschen Justizvollzugsanstalten war damit am Erhebungstichtag zu 89 Prozent ausgelastet. Mit einem landesdurchschnittlichen Auslastungsgrad der Justizvollzugsanstalten von 101 Prozent wies Bayern den höchsten Wert aus, gefolgt von Sachsen mit 94 Prozent. Die niedrigsten Werte verzeichneten Hamburg mit 69 Prozent und Brandenburg mit 72 Prozent. (vgl. Abb. 2)

### Ausblick

Auf Grund der Bevölkerungsentwicklung in Sachsen wird für das Jahr 2016 eine Gefangenzahl von ca. 3 450 prognostiziert. [8] Bei einem Auslastungsgrad von 90 Prozent besteht damit ein Bedarf von etwa 3 800 Haftplätzen. In den nächsten Jahren ist die Schließung der JVA Zeithain und Zwickau vorgesehen. Als Ersatz für die veralteten Einrichtungen haben Thüringen und

Abb. 2 Kapazitätenauslastung<sup>1)</sup> in Justizvollzugsanstalten am 30. November 2010 nach Bundesländern



1) ohne vorübergehend Anwesende

Sachsen den Neubau einer gemeinsamen JVA zwischen Ostthüringen und Westsachsen geplant. Außerdem wollen Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen ihre Kräfte im Jugendstrafvollzug bündeln. Künftig sollen die schulische und berufliche Qualifikation sowie die Therapieangebote in den Vollzugsanstalten stärker aufeinander abgestimmt werden. [9]

Felicitas Klemm, Dipl.-Ing.,  
Referentin Analyse Bildung, Kultur, Rechtspflege

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Dünkel, F.: Strafvollzug in Deutschland – rechtstatsächliche Befunde, In: APuZ, 7/2010, S. 7-14.
- [2] Sächsisches Gesetz über den Vollzug der Jugendstrafe (Sächsisches Jugendstrafvollzugsgesetz – SächsJStVollzG) vom 12. Dezember 2007 (SächsGVBl. S. 558), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 431)
- [3] Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz – StVollzG) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 581, 2088), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2274, 2278)

- [4] Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft im Freistaat Sachsen (Sächsisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz – SächsUHft-VollzG) vom 14. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 414)

- [5] [http://www.justiz.sachsen.de/jsarb/download/Vollstreckungsplan\\_Freistaat\\_Sachsen.pdf](http://www.justiz.sachsen.de/jsarb/download/Vollstreckungsplan_Freistaat_Sachsen.pdf)

- [6] Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa vom 3. Mai 2010, <http://www.justiz.sachsen.de/smj/content/1662.php>,

- [7] Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa vom 27. März 2009, <http://www.justiz.sachsen.de/smj/content/1392.php>

- [8] Strukturpolitische Entscheidungen im Rahmen der Staatsmodernisierung, <http://www.moderneverwaltung.sachsen.de/19378.htm>,

- [9] Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa vom 21. Oktober 2010, <http://www.justiz.sachsen.de/smj/content/2097.php>,

- [10] Strafvollzug im Freistaat Sachsen 2010, Statistischer Bericht B VI 6 – j/10, Kamenz 2010

- [11] Justiz auf einen Blick, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

# Erhebung über private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2010

## Vorbemerkungen

Informations- und Kommunikationstechnologien prägen die Entwicklung der Gesellschaft in besonderem Maße. Die Nutzung von Computern, Internet und Mobiltelefonen hat sich kontinuierlich erhöht und gehört seit Jahren zum Alltagsleben.

Mit der Befragung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Erhebung) werden Daten zur Ausstattung und zur Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in Privathaushalten erhoben. [1] Nachfolgend wird die Erhebung näher vorgestellt und es werden ausgewählte Ergebnisse für den Freistaat Sachsen präsentiert.

## IKT – ein Überblick

Die IKT-Erhebung ist eine jährlich durchgeführte Quotenstichprobe privater Haushalte. Folgende Fragestellungen stehen u. a. im Blickpunkt:

- Wie hoch ist der Ausstattungsgrad der Bevölkerung mit modernen Informa-

tions- und Kommunikationstechnologien, z. B. Internet und stationäre oder mobile Computer (Laptop/ Notebook)?

- Für welche Zwecke und wie häufig werden Computer und Internet genutzt?

Die IKT-Erhebung wird seit 2002 jährlich in allen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) als methodisch harmonisierte Befragung durchgeführt. Dadurch wird es möglich, Veränderungen und Entwicklungen über einen längeren Zeitraum aufzuzeigen und europaweit Vergleichswerte zu ermitteln. [1, 2, 3]

## Rechtsgrundlagen

Die IKT-Erhebung wurde im Zeitraum von 2002 bis 2005 in Deutschland als eigenständige **Testerhebung** mit einem geringen Stichprobenumfang von ca. 4 000 Privathaushalten nach § 7 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) durchgeführt. Seit 2006 gilt für die Befragung als nationale Rechtsgrundlage das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz (InfoGesStatG). Als europäische

Rechtsgrundlage gelten die Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (VO (EG) Nr. 808/ 2004) sowie die Verordnungen zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 für die jeweilige jährliche Erhebung. Der zeitliche Rahmen der Erhebung war zunächst auf fünf Jahre bis 2010 befristet. Eine Fristverlängerung um weitere zehn Jahre erfolgte jedoch bereits im September 2009. [1]

## Erhebungsmethodik

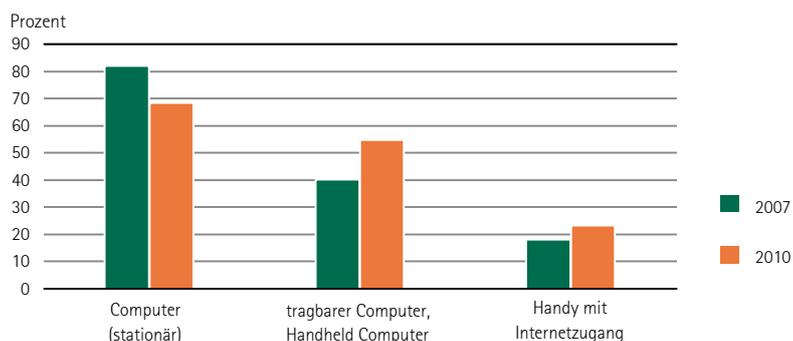
Allgemeines Ziel des Erhebungsdesigns ist die Sicherstellung der europäischen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die IKT-Erhebung wird postalisch mit freiwilliger Auskunftserteilung durchgeführt. Die Werbung der Haushalte, der Versand und Einzug sowie die Prüfung der Erhebungsunterlagen und die anschließende Datenerfassung erfolgt durch die Statistischen Ämter der Länder. Die angeworbenen Haushalte werden größtenteils aus der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (DSP)<sup>1)</sup> gewonnen. Für die Teilnahme an der IKT-Erhebung wird den Privathaushalten eine Aufwandsentschädigung gezahlt.

Bei der IKT-Erhebung kommen **zwei** Erhebungsunterlagen zum Einsatz. Neben dem Haushaltsfragebogen ist ein Personenfragebogen von jeder zum Haushalt gehörenden Person ab zehn Jahren auszufüllen. [1, 2, 4]

Die Quotenvorgaben für die IKT-Erhebung 2010 wurden vom Statistischen Bundesamt aus dem Mikrozensus 2008 abgeleitet. Der Stichprobenumfang von 12 000 Haushalten (seit 2006) wurde proportional auf die Bundesländer aufgeteilt. 2010 wurden in Sachsen 1 249 Personen in 663 Privathaushalten befragt.

1) Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (DSP) ist eine Auswahlgrundlage für freiwillige Erhebungen von Haushalten und Personen in der amtlichen Statistik. Sie enthält Privathaushalte, die sich bei der Entlassung aus der Auskunftspflicht des Mikrozensus (nach vier Jahren Befragung) zur regelmäßigen Teilnahme an freiwilligen Erhebungen bereit erklärt haben.

Abb. 1 Ausgewählte verwendete Geräte privater Haushalte in Sachsen für den Internetzugang<sup>1)</sup>, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 und 2010



1) Prozentanteil bezieht sich auf Haushalte mit Internetzugang

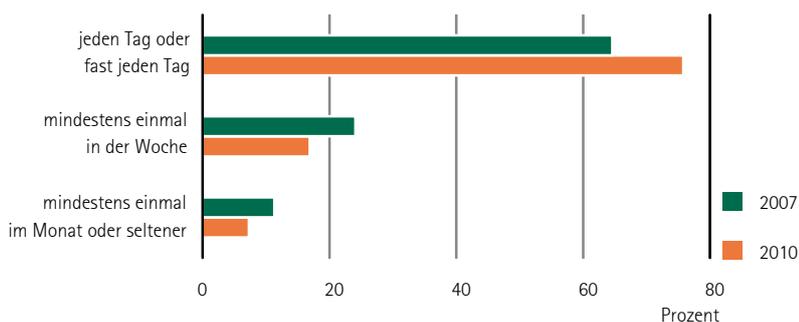
**Tab. 1 Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien in Sachsen und Deutschland, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 und 2010**

Merkmal	Sachsen		Deutschland	
	2007	2010	2007	2010
<b>Haushalte insgesamt (1 000)</b>	<b>2 161</b>	<b>2 184</b>	<b>38 896</b>	<b>39 581</b>
	<b>Prozent</b>			
Haushalte mit Computer (stationäre Computer, Laptop, Notebook, Netbook, PDA) <sup>1)</sup>	67,1	72,4	72,7	79,9
Haushalte ohne Computer (stationäre Computer, Laptop, Notebook, Netbook, PDA) <sup>1)</sup>	32,9	27,6	27,3	20,1
Haushalte mit Internetzugang <sup>1)</sup>	59,1	70,0	64,9	76,7
Haushalte ohne Internetzugang <sup>1)</sup>	40,9	30,0	35,1	23,3
<b>Verwendete Geräte für den Internetzugang<sup>2)</sup></b>				
und zwar				
Computer (stationär)	81,9	68,3	83,1	71,6
Tragbarer Computer (Laptop/ Notebook), Handheld Computer (Palmtop, PDA)	40,3	54,7	40,6	60,8
Handy mit Internetzugang	(18,0)	23,2	14,6	24,1
<b>Breitbandanschluss vorhanden<sup>2)</sup></b>				
Ja	53,4	84,4	69,4	90,9
Nein	38,8	/	26,1	5,5
<b>Arten von Internetzugang<sup>2)</sup></b>				
und zwar				
DSL-Anschluss	45,6	64,2	66,2	77,6
Anderer Breitbandanschluss	/	34,3	6,2	27,3
Analoges Modem oder ISDN-Modem/ ISDN-Karte	45,3	(11,2)	40,7	6,8

1) Prozentanteil bezieht sich auf alle Haushalte

2) Prozentanteil bezieht sich auf Haushalte mit Internetzugang

**Abb. 2 Durchschnittliche Computernutzung<sup>1)</sup> von Personen in Sachsen, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 und 2010**



1) Prozentanteil bezieht sich auf Personen, die den Computer im Berichtszeitraum genutzt haben

Zur Aufteilung des Stichprobenumfanges wurden die Quotierungsmerkmale Bundesland, Haushaltstyp, soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers sowie das Haushaltsnettoeinkommen genutzt. Die Stichprobenergebnisse wurden an den Daten des Mikrozensus 2009 getrennt für Haushalte und Personen hochgerechnet und an die gemeinsame Randverteilung mehrerer Merkmale angepasst.

Für die Anpassung auf Haushaltsebene kamen nachfolgend aufgeführte Merkmale zur Anwendung:

- Haushaltstyp
- Haushaltsgröße
- Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers
- Haushaltsnettoeinkommensklasse
- Raumordnungsregion
- Bundesland

Die Anpassung auf Personenebene erfolgte durch die Merkmale:

- Alter
- Geschlecht
- Bildung
- Soziale Stellung
- Haushaltstyp
- Bundesland [1, 2]

### Ergebnisdarstellung

Im Folgenden werden aktuelle Ergebnisse aus der IKT-Erhebung 2010 vorgestellt und mit dem Jahr 2007 verglichen. Alle dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf das erste Quartal des jeweiligen Kalenderjahres. Bei den Ergebnissen zur **Computer- und Internetnutzung** liegen ausschließlich Daten von Haushalten bzw. Personen zugrunde, die über einen Computer und Internetzugang verfügten.

### 72 Prozent der sächsischen Privathaushalte besitzen einen Computer

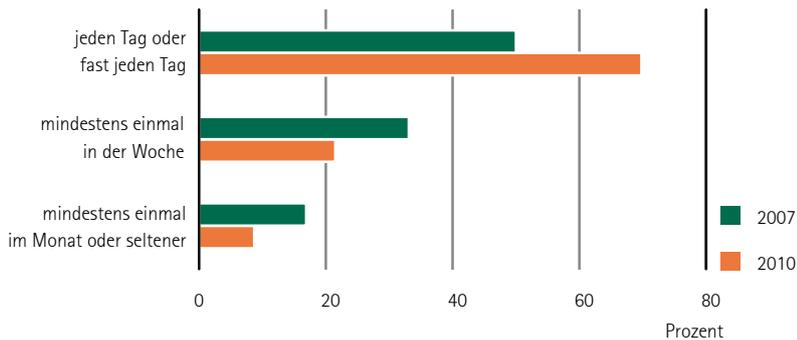
Immer mehr private Haushalte im Freistaat sind mit einem Computer ausgestattet. So ist deren Anteil im Jahr 2010 auf 72,4 Prozent gestiegen, drei Jahre zuvor waren es noch 67,1 Prozent und damit 5,3 Prozentpunkte weniger. Sachsen lag jedoch weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt von 79,9 Prozent (2007: 72,7 Prozent).

Nicht nur die Ausstattung mit Computern hat zugenommen, sondern auch deren Nutzung: Von den Personen, die den Computer im Berichtszeitraum nutzten, waren drei Viertel jeden Tag oder fast jeden Tag am Computer tätig. Dabei lag die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen (88,3 Prozent) weit über dem Durchschnitt von 75,8 Prozent (vgl. Abb. 2). Auch der Anteil der Privathaushalte mit Internetzugang stieg weiter an. Bereits 70,0 Prozent der privaten Haushalte verfügte 2010 über einen Internetzugang. Gegenüber 2007 konnte damit ein Anstieg um 10,9 Prozentpunkte registriert werden.

Am häufigsten wurden 2010 nach wie vor stationäre Computer für den Zugang zum Internet verwendet. 68,3 Prozent der privaten Haushalte mit Internetanschluss nutzten diese für den Zugang ins Internet. Dennoch nahm der Anteil der stationären Computer für den Internetzugang in den letzten Jahren kontinuierlich ab. Im Vergleich zu 2007 (81,9 Prozent) sank der Anteil um 13,6 Prozentpunkte.

Im Trend liegt der Internetzugang über tragbare bzw. mobile Computer (Laptop, Notebook) einschließlich Handheld Computer (Palmtop, PDA - personal digital assistant). 2010 betrug der Anteil der Haushalte, die

**Abb. 3 Durchschnittliche Internetnutzung<sup>1)</sup> von Personen in Sachsen, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 und 2010**



1) Prozentanteil bezieht sich auf Personen, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben

diese mobile Technik für den Internetzugang nutzten, bereits 54,7 Prozent, gegenüber 2007 (40,3 Prozent) entspricht das einem Plus von 35,7 Prozent. Auch das Handy wurde 2010 bereits von 23,2 Prozent der Haushalte für den Internetzugang verwendet.

#### 64 Prozent der privaten Haushalte im Freistaat verfügen über DSL

84,4 Prozent der sächsischen Privathaushalte mit Internetzugang verfügten 2010 über einen Breitbandanschluss (neben DSL z. B. auch über das Netz für Kabelfernsehen, über Funk oder Satellit) mit hohen Datenübertragungsraten zum schnellen Surfen im Internet. Gegenüber 2007 ist das ein Anstieg um 58,1 Prozent. Generell blieb bei den Breitbandanschlüssen DSL (digital subscriber line) die dominierende Technologie. 2010 verfügten 64,2 Prozent der Haushalte mit Internetzugang über einen DSL-Anschluss. Der Anteil der Haushalte mit DSL-Anschluss stieg seit 2007 (45,6 Prozent) um 18,6 Prozentpunkte auf 64,2 Prozent an. Sachsen lag damit aber noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 77,6 Prozent (2007: 66,2 Prozent).

#### Mehr als ein Drittel<sup>2)</sup> nutzen das Internet auch am Arbeitsplatz

69,8 Prozent der Sachsen<sup>2)</sup>, welche das Internet im ersten Quartal 2010 nutzten, gingen jeden oder fast jeden Tag online (Bundesdurchschnitt: 73,4 Prozent). 2007 lag deren Anteil mit 50,0 Prozent noch deutlich niedriger. In der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen surfte 83,0 Prozent 2010 täglich oder fast täglich im Internet, bei den 45- bis 64-Jährigen waren es noch 66,1 Prozent. Am häufigsten nutzten die Sachsen<sup>2)</sup> das Internet zu Hause (91,4 Prozent), gefolgt vom Arbeitsplatz mit 36,7 Prozent (2007: 36,4 Prozent).

#### Jeder Zweite<sup>2)</sup> betreibt Internet-Banking/ Online-Banking

Für 90,2 Prozent der Internetnutzer diente das Internet der Kommunikation, wie z. B. zum Senden und Empfangen von E-Mails (88,3 Prozent), zum Chatten/Einstellen von Mitteilungen in Online-Netzwerken etc. (35,1 Prozent) oder auch zum Telefonieren, inkl. Videotelefonaten mit Webcam (23,8 Prozent).

Fast alle Privatanwender (95,8 Prozent) nutzten 2010 das Internet zur Informations-

suche und für Onlinedienste. Besonders beliebt waren mit 84,8 Prozent Informationen über Waren und Dienstleistungen, gefolgt von Informationen zu Gesundheitsthemen (53,9 Prozent). Über die Hälfte der Anwender (51,9 Prozent) nutzten Reisedienstleistungen im Internet, wie z. B. die Buchung von Fahrkarten für Urlaubsreisen. Ein Viertel (25,5 Prozent) der Sachsen<sup>2)</sup> hörte über das Internet Radio bzw. sah fern. Drei Jahre zuvor waren es nur 17,5 Prozent. Im Trend lag auch das Lesen bzw. Herunterladen von Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften (49,3 Prozent). Im Vergleich zu 2007 hat sich der Anteil der Onlineleser mehr als verdoppelt.

Mehr als die Hälfte (53,2 Prozent) der sächsischen Internetnutzer betrieben 2010 bereits Internet- bzw. Online-Banking, gegenüber 2007 ein Plus von 16,9 Prozent. Für 52,5 Prozent der Anwender diente das Internet 2010 für Aus- und Weiterbildungszwecke.

59,2 Prozent der Sachsen<sup>2)</sup> suchten über das Internet Kontakt mit Behörden bzw. öffentlichen Einrichtungen, auch als E-Government bezeichnet. Dabei stand die Informationssuche

2) bezogen auf sächsische Internetnutzer, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben

**Abb. 4 Einkäufe und Bestellungen über das Internet (E-Commerce) von Personen<sup>1)</sup> in Sachsen und Deutschland, Berichtszeitraum 1. Quartal 2010**



1) Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben

**Tab. 2 Internetnutzung und Internetaktivitäten von Personen in Sachsen und Deutschland, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 und 2010**

Merkmal	Sachsen		Deutschland	
	2007	2010	2007	2010
<b>Personen, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben (1 000)</b>	<b>2 356</b>	<b>2 534</b>	<b>50 635</b>	<b>55 735</b>
	<b>Prozent</b>			
<b>Durchschnittliche Nutzung</b>				
jeden Tag oder fast jeden Tag	50,0	69,8	61,4	73,4
mindestens einmal in der Woche	33,1	21,5	26,1	19,4
mindestens einmal im Monat oder seltener	16,9	(8,7)	12,5	7,2
<b>Ort der Nutzung</b>				
zu Hause	85,8	91,4	89,3	94,2
am Arbeitsplatz	36,4	36,7	38,0	37,1
in der Wohnung einer anderen Person	18,4	16,9	18,5	21,3
<b>Internetaktivitäten zu privaten Zwecken</b>				
<b>Kommunikation</b>	<b>84,5</b>	<b>90,2</b>	<b>89,6</b>	<b>91,7</b>
senden und empfangen von E-Mails	80,8	88,3	86,0	89,2
telefonieren/ Videotelefonate (mit Webcam)	15,0	23,8	17,3	21,4
chatten/ einstellen von Mitteilungen in Online-Netzwerken/ besuchen von Foren/ Nutzung von Blogs oder Instant Messaging	37,3	35,1	41,1	42,8
<b>Informationssuche, Nutzung von Onlinediensten und zwar</b>	<b>96,5</b>	<b>95,8</b>	<b>95,9</b>	<b>96,8</b>
Informationen über Waren und Dienstleistungen	84,8	84,8	83,6	86,8
Nutzung von Reisedienstleistungen (z. B. Buchung von Fahrkarten für Urlaubsreisen)	55,2	51,9	58,1	53,6
Nutzung von Internet-Radio/ Internet-Fernsehen	17,5	25,5	20,3	30,4
lesen/ herunterladen von Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften	23,8	49,3	26,8	50,0
Arbeitsuche oder Versenden von Bewerbungen	30,7	24,2	21,4	19,7
Informationen zu Gesundheitsthemen	50,4	53,9	52,6	56,2
<b>Bankgeschäfte, Verkauf von Waren und Dienstleistungen</b>	<b>51,1</b>	<b>56,8</b>	<b>52,2</b>	<b>54,1</b>
Internet-Banking/ Online-Banking	45,5	53,2	44,8	49,1
Verkauf von Waren und Dienstleistungen	20,1	18,1	26,8	22,2
<b>Aus- und Weiterbildung</b>	<b>53,6</b>	<b>52,5</b>	<b>49,9</b>	<b>49,0</b>
<b>und zwar</b>				
Suche nach Informationen zu Ausbildung, Schulung und Kursangeboten	33,5	31,7	31,2	31,6
Nutzung für Lern- oder Bildungszwecke	44,4	44,1	39,0	38,2
Kontakt mit Behörden/ öffentlichen Einrichtungen über das Internet (E-Government) in den letzten 12 Monaten	57,6	59,2	54,2	58,1
Informationssuche auf den Webseiten von Behörden	52,6	57,8	49,9	56,8
herunterladen von amtlichen Formularen	34,3	40,1	32,9	39,6
versenden ausgefüllter Formulare	21,7	25,4	21,6	26,8

auf den Webseiten der Behörden (57,8 Prozent) im Vordergrund. Das Herunterladen amtlicher Formulare (40,1 Prozent) und das Versenden ausgefüllter Formulare (25,4 Prozent) hat sich in den letzten Jahren weiter verbreitet. Bereits im Jahr 2007 nutzten 34,3 Prozent bzw. 21,7 Prozent diesen Behördenservice. Die Entwicklung zeigt, dass das Internet immer häufiger für elektronische Einkäufe und Bestellungen (E-Commerce) Anwendung

findet. Drei von vier Internetnutzern haben schon einmal Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt bzw. gekauft. Besonders beliebt waren dabei 2010 Kleidung und Sportartikel (59,8 Prozent), wobei hier die weiblichen Internetnutzer weit über dem Durchschnitt lagen. Dafür waren die männlichen Nutzer bei der Bestellung bzw. dem Kauf von Elektronikartikeln, einschließlich Kameras, den Frauen überlegen.

### Zusammenfassung

Die IKT-Erhebung hat sich von einer Pilotstudie mit anfangs sehr geringem Stichprobenumfang zum festen Bestandteil in der amtlichen Statistik entwickelt. Sie liefert als repräsentative Quotenstichprobe jährlich für Bund und Länder Ergebnisse zur Ausstattung mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie zur Nutzung des Internets in den Privathaushalten. Insbesondere für Politik und Wirtschaft werden Handlungsbedarfe aufgezeigt, wie etwa den notwendigen weiteren Ausbau der Breitbandinfrastruktur.

Durch die Datenerhebung in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten entsteht ein geschlossenes statistisches Bild zur aktuellen Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Europa.

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte  
Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Mitarbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien 2010, Fachserie 15 Reihe 4, Wiesbaden 2011.
- [2] Statistisches Bundesamt: Qualitätsbericht – Erhebung über private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2010, Wiesbaden 2011.
- [3] Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Europäische Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien 2011, Faltblatt, Wiesbaden 2011.
- [4] Körner, T., Nimmergut, A., Nökel, J., Rohloff, S.: Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte – Die neue Auswahlgrundlage für freiwillige Haushaltsbefragungen. In: Wirtschaft und Statistik 5/2006, S. 451 – 467.

# Gesundheitsausgaben in Sachsen 2009 – aktuelle Rechnungsergebnisse

## Gesundheitsausgabenrechnung in Sachsen

Die Gesundheitsausgabenrechnung in Sachsen stellt Kennziffern für die sächsische Gesundheitsberichterstattung zur Verfügung und dient der Information von Politik und Forschung, der Akteure des Gesundheitswesens sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Berechnungsergebnisse für die Jahre 2006 bis 2008 wurden in dieser Zeitschrift bereits veröffentlicht. [1] Nach Weiterentwicklung der Methodik (s. u.) wurde eine Neuberechnung vorgenommen. Dabei fanden auch die neuen Bundeseckwerte Verwendung. Die hier veröffentlichten Zahlen für die Jahre 2006 bis 2008 weichen daher auch von früher veröffentlichten ab.

Der Schwerpunkt der Gesundheitsausgabenrechnung liegt auf der Messung der ökonomischen „Belastung“ der Volkswirtschaft bzw. der Bevölkerung in Sachsen. Diese ökonomische „Belastung“ entsteht beispielsweise durch Maßnahmen, die mit der Prävention, Rehabilitation oder Behandlung von Krankheiten oder mit der Gewährung von Pflegeleistungen im Zusammenhang stehen, aber auch durch Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Ziel der Gesundheitsausgabenrechnung ist es also nicht, die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche im Gesundheitswesen zu ermitteln<sup>1)</sup>, sondern die Ausgaben für die letzte Verwendung von Waren und Dienstleistungen im Gesundheitswesen für die Bevölkerung in Sachsen<sup>2)</sup> zu erfassen. Dazu gehören beispielsweise Ausgaben für ärztliche Untersuchungen oder für pflegerische Leistungen, die Pflegebedürftigen in Pflegeheimen zugute kommen. [3]

Die Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes und die damit gemachten Erfahrungen bilden die Grundlage für die Entwicklung der Gesundheitsausgabenrechnung in Sachsen.

## Methodik

Im Allgemeinen ist die Gesundheitsausgabenrechnung als dreidimensionales Rechensystem konzipiert, welches die Gesundheitsausgaben nach den Ausgabenträgern, den Leistungen und den Einrichtungen gliedert. In Sachsen werden vorerst die Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern<sup>3)</sup> ermittelt. [4] Bei der Gesundheitsausgabenrechnung handelt es sich zudem um ein sekundärstatistisches Rechenwerk, das die im Bereich des Gesundheitswesens verfügbaren Datenquellen – wie Daten der amtlichen Statistik (z. B. Sozialhilfestatistik), Verwaltungsdaten, Stichprobenerhebungen, Geschäfts- und Jahresberichte sowie Sonderauswertungen – zur Ermittlung der gesamten Ausgaben für Güter und Dienstleistungen im Gesundheitswesen zusammenfasst. Die Erfassung der Gesundheitsausgaben beruht vor allem auf den unterschiedlichen Informationen der einzelnen Ausgabenträger. Für die Sozialversicherungsträger<sup>4)</sup>, wie die Gesetzliche Krankenversicherung<sup>5)</sup> oder Soziale Pflegeversicherung sind dies die jährlich veröffentlichten Rechnungsergebnisse. Für die Ausgaben der Öffentlichen Haushalte werden die Daten – wie z. B. im Bereich der Sozialhilfe – aus amtlichen Statistiken übernommen. In anderen Bereichen werden die benötigten Informationen durch Schätzungen gewonnen.

Daten werden u. a. vom Bundesministerium für Gesundheit und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Rechnungsergebnisse der Gesetzlichen Krankenversicherung bzw. der Gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung), dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V. und dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen (Ausgaben der Sozialhilfe und der Asylbewerberleistungsstatistik) zur Verfügung gestellt.

## Exkurs:

### Gesundheitsausgabenrechnung im „System of Health Accounts (SHA)“<sup>6)</sup>

Die Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes orientiert sich an dem von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgelegten „System of Health Accounts (SHA)“, das einen einheitlichen Rahmen für

- 1) Diese Wirtschaftszweige werden auch unter dem Terminus „Gesundheitswirtschaft“ zusammengefasst. Diese wertschöpfungs- und arbeitsmarktbezogene Methodik zur Ermittlung der Wertschöpfung bildet den Gesundheitsmarkt als integrierten und produktiven Teil der Gesamtwirtschaft statistisch ab (vgl. [2]).
- 2) Die Erfassung der Ausgaben beschränkt sich räumlich auf die sächsische Wohnbevölkerung (Inländerkonzept). Dies bedeutet, dass Käufe von Personen mit Wohnsitz außerhalb von Sachsen bei Leistungserbringern in Sachsen in der Gesundheitsausgabenrechnung nicht berücksichtigt werden. Dagegen werden Käufe von sächsischen Bürgern außerhalb des Bundeslandes als Gesundheitsausgaben mit erfasst.
- 3) Methodischer Ausgangspunkt der Berechnungen für die Gesundheitsausgaben in Sachsen sind die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes. Die Ausgabenträger werden demnach unterteilt in: Öffentliche Haushalte; Gesetzliche Krankenversicherung; Soziale Pflegeversicherung; Gesetzliche Rentenversicherung; Gesetzliche Unfallversicherung; Private Krankenversicherung; Arbeitgeber; Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 4) Sozialversicherungsträger sind Institutionen und Stellen, die auf Grund eines Versicherungsverhältnisses Leistungen der sozialen Sicherheit erbringen. Zu ihnen gehören unter anderem die gesetzlichen Krankenkassen, die Unfallkassen der öffentlichen Hand, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Berufsgenossenschaften. In Deutschland existierten folgende Sozialversicherungsträger: die gesetzlichen Krankenkassen, die bei den Krankenkassen angesiedelten Pflegekassen, die Rentenversicherungsträger unter dem Namen Deutsche Rentenversicherung, davon die Deutsche Rentenversicherung Bund, die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und 14 Regionalträger; außerdem neun landwirtschaftliche Alterskassen und die Unfallversicherungsträger (gewerbliche Berufsgenossenschaften, landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, die See-Berufsgenossenschaft, die Gemeindeunfallversicherungsverbände, die Unfallkasse des Bundes, der Telekom, Post und Bahn). [5]
- 5) Die Bezeichnung der Träger als Eigenname werden groß geschrieben.
- 6) Das „System of Health Accounts“ (SHA) wurde im Jahr 2000 von der OECD als Rahmen für nationale Gesundheitsrechnungssysteme entwickelt, um die internationale Vergleichbarkeit der nationalen Daten zu den Gesundheitsausgaben zu erhöhen. Derzeit wird das SHA als Gemeinschaftsaufgabe von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und der Weltgesundheitsbehörde (WHO) revidiert. Das SHA2.0 soll demnächst den zuständigen Gremien zur abschließenden Zustimmung vorgelegt werden.

Tab. 1 Gesundheitsausgaben in Sachsen 2007, 2008 und 2009 nach Ausgabenträgern

Ausgabenträger	Gesundheitsausgaben in Sachsen									
	2007			2008			2009			Veränderung 2009 zu 2008
	Mill. €	%	€ je Einw.	Mill. €	%	€ je Einw.	Mill. €	%	€ je Einw.	%
<b>Insgesamt</b>	<b>12 757</b>	<b>100</b>	<b>3 013</b>	<b>13 406</b>	<b>100</b>	<b>3 188</b>	<b>13 904</b>	<b>100</b>	<b>3 328</b>	<b>3,7</b>
davon										
Öffentliche Haushalte	503	3,9	119	518	3,9	123	536	3,9	128	3,4
Gesetzliche Krankenversicherung	8 385	65,7	1 980	8 787	65,5	2 090	9 110	65,5	2 180	3,7
Soziale Pflegeversicherung	1 239	9,7	293	1 343	10,0	319	1 375	9,9	329	2,4
Gesetzliche Rentenversicherung	189	1,5	45	198	1,5	47	205	1,5	49	3,6
Gesetzliche Unfallversicherung	209	1,6	49	219	1,6	52	228	1,6	54	4,0
Private Krankenversicherung	567	4,4	134	623	4,7	148	665	4,8	159	6,7
Arbeitgeber	540	4,2	127	562	4,2	134	575	4,1	138	2,2
Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1 126	8,8	266	1 156	8,6	275	1 211	8,7	290	4,8

Schätzung April 2011

die Begriffsabgrenzungen, Gliederungsmerkmale und Zuordnungskriterien in nationalen Gesundheitsausgabenrechnungen bereitstellt und länderübergreifende Vergleiche erleichtert. Grundlage des „System of Health Accounts“ ist die Gliederung der Gesundheitsausgaben in einer dreidimensionalen Klassifikation nach Leistungsarten (functions), Einrichtungen (providers) und Ausgabenträgern (sources of funding).

Die Klassifikationen des „System of Health Accounts“ geben einen gewissen Spielraum bei der Umsetzung und Ausgestaltung einer nationalen Gesundheitsausgabenrechnung und ermöglichen die Berücksichtigung nationaler Besonderheiten, wie etwa unterschiedlicher Gesundheits- und Finanzierungssysteme. Dieser Gestaltungsspielraum führt zu gewissen Unterschieden in den Klassifikationen zwischen dem „System of Health

Accounts“ und der deutschen Gesundheitsausgabenrechnung, die sich insbesondere in der Feinaufteilung zeigen. [6] Die grundsätzlichen Aussagen sind davon aber unberührt, so dass die Vergleichbarkeit mit anderen Ländern grundsätzlich gegeben ist.

Ein Vergleich der sächsischen Gesundheitsausgaben mit anderen Ländern im internationalen Kontext ist aufgrund der Anlehnung an die Vorgaben der Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes und somit auch an die Gesundheitsausgabenrechnung im „System of Health Accounts“ weitgehend gegeben.

#### Ergebnisse für 2009

Die Ausgaben für die Gesundheit in Sachsen lagen im Jahr 2009 bei insgesamt 13,9 Milliarden €. Gegenüber 2008 erhöhten sie sich

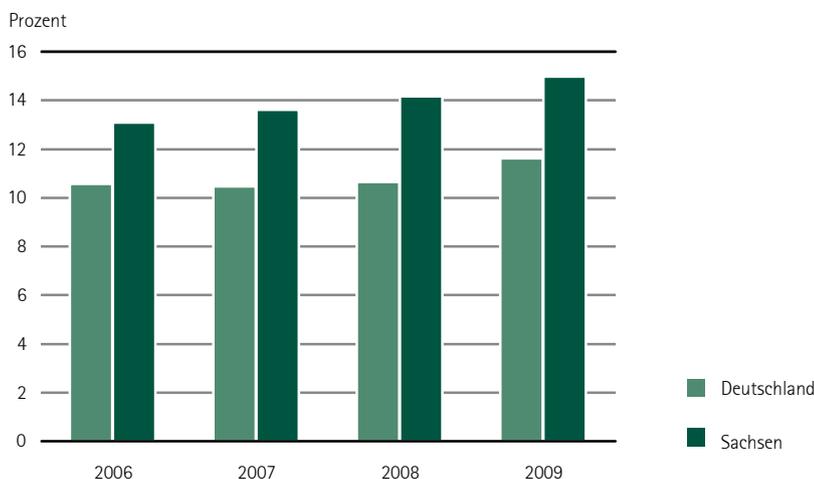
um 498 Millionen € oder 3,7 Prozent (vgl. Tab. 1). Dieser Anstieg liegt unter den Wachstumsraten der Vorjahre. Wuchsen die Ausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr 2007 noch um 8,8 Prozent, so waren es 2008 nur noch 5,1 Prozent. In Deutschland erhöhten sich dagegen die Ausgaben 2009 gegenüber 2008 um 5,2 Prozent. Dieser Anstieg liegt dabei deutlich über den Wachstumsraten der Vorjahre (2007: 3,3 Prozent, 2008: 4,0 Prozent) und über der aktuellen Wachstumsrate von Sachsen.

#### Zentrale Kenngrößen der Gesundheitsausgabenrechnung

Als Kenngrößen für die Gesundheitsausgaben eignen sich vor allem die Gesundheitsausgabenquote, das heißt der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, sowie die Gesundheitsausgaben je Einwohner. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag in Sachsen im Jahr 2009 bei 15,0 Prozent. Dies ist im Vergleich zu Deutschland mit 11,6 Prozent ein relativ hoher Wert. Es ist aber zu berücksichtigen, dass der hohe Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Sachsen vor allem auf der im Bundesvergleich geringeren Wirtschaftsleistung der Erwerbstätigen resultiert. So lag die Pro-Kopf-Produktivität (Arbeitsproduktivität) im Bundesdurchschnitt 2009 bei 59 524 €, in Sachsen aber nur bei 47 916 €. Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen war auch die Arbeitslosenquote 2009 in Sachsen mit 12,9 Prozent deutlich höher als im Bundesdurchschnitt mit nur 8,1 Prozent.

Im Jahr 2008 lag der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Sachsen noch bei 14,2 Prozent. Der hohe Anstieg ist neben dem Wachstum der Gesundheits-

Abb. 1 Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt<sup>1)</sup> 2006 bis 2009



Schätzung April 2011

1) in jeweiligen Preisen

Datenquelle: Gesundheitsberichterstattung Bund - Gesundheitsausgabenrechnung

ausgaben auch auf den Einbruch der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 zurückzuführen. Auch der Vergleich mit Deutschland zeigt einen sprunghaften Anstieg dieses Indikators von 10,7 Prozent 2008 auf 11,6 Prozent 2009 an (vgl. Abb. 1).

2009 entfielen in Sachsen auf jeden Einwohner 3 328 € an Ausgaben für die Gesundheit. Das waren 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Aufgrund der sinkenden Einwohnerzahlen muss eine immer kleiner werdende Bevölkerung einen immer größeren Ausgabenbetrag finanzieren. Dennoch lagen die Ausgaben je Einwohner geringfügig unter den Pro-Kopf-Ausgaben für Deutschland, die sich 2009 auf 3 400 € beliefen (vgl. Tab. 2). Es ist zu vermuten, dass die geringeren Pro-Kopf-Ausgaben in Sachsen vor allem durch die geringeren Preise für Gesundheitsleistungen und eine geringere Nachfrage von Privatleistungen zu erklären sind.

### Ausgabenstruktur

Größter Ausgabenträger im Gesundheitswesen war im Jahr 2009 die Gesetzliche Krankenversicherung. Sie trug mit 9,1 Milliarden € 65,5 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben. Im Zeitvergleich ist der Anteil der Gesetzlichen Krankenversicherung an den Gesundheitsausgaben in Sachsen nahezu konstant geblieben.

Mit einem Anteil von 9,9 Prozent bzw. rund 1,4 Milliarden € war die Soziale Pflegeversicherung 2009 der zweitgrößte Ausgabenträger in Sachsen, dicht gefolgt von den Privaten Haushalten und Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit einem Anteil von 8,7 Prozent (1,2 Milliarden €).

Die Private Krankenversicherung nimmt 2009 mit 665 Millionen € bzw. 4,8 Prozent nur einen geringen Anteil an den Gesundheitsausgaben in Sachsen ein. Dies liegt vor allem an dem gegenüber dem Bundesvergleich geringeren Anteil an versicherten Personen in der Privaten Krankenversicherung. Ihre Ausgaben haben sich aber 2009 gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Prozent erhöht, 2008 erhöhten sie sich gegenüber 2007 sogar um 10,0 Prozent (vgl. Abb. 2 und 3). Neben den steigenden Ausgaben für die Gesundheit führen auch die zunehmenden Versichertenzahlen zu den hohen Wachstumsraten.

Auch in Deutschland hat sich der Netto-Neuzugang in der Vollversicherung der Privaten Krankenversicherung 2009 mit 171 600 Personen im Vergleich zum Vorjahr mit 90 300 Personen fast verdoppelt. Das lässt sich aber im Wesentlichen auf einen Einmaleffekt zurückführen: Am 1. Januar 2009 war eine allgemeine Pflicht zur Versicherung in Kraft getreten, wo-

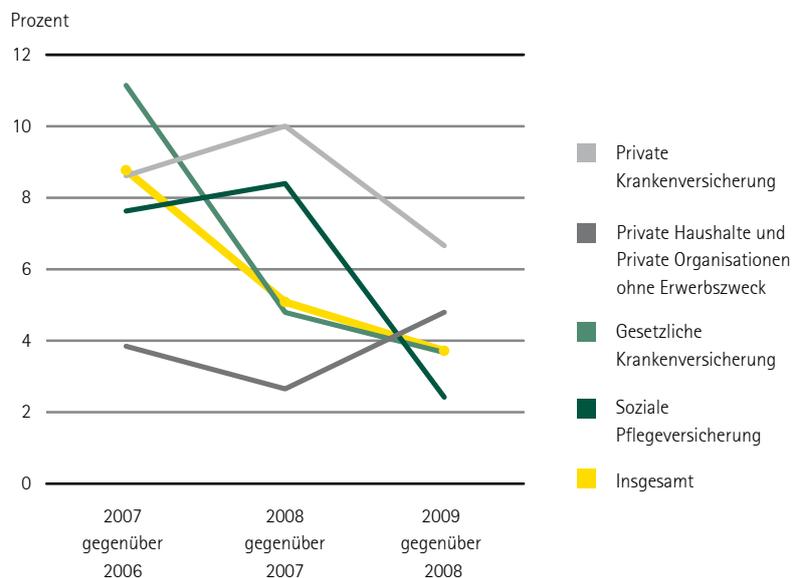
Tab. 2 Gesundheitsausgaben in Deutschland und Sachsen 2009 nach Ausgabenträgern

Ausgabenträger	Gesundheitsausgaben					
	Deutschland			Sachsen		
	Mill. €	%	€ je Einw.	Mill. €	%	€ je Einw.
<b>Insgesamt</b>	<b>278 345</b>	<b>100</b>	<b>3 400</b>	<b>13 904</b>	<b>100</b>	<b>3 328</b>
davon						
Öffentliche Haushalte	13 655	4,9	167	536	3,9	128
Gesetzliche Krankenversicherung	160 854	57,8	1 965	9 110	65,5	2 180
Soziale Pflegeversicherung	20 312	7,3	248	1 375	9,9	329
Gesetzliche Rentenversicherung	4 014	1,4	49	205	1,5	49
Gesetzliche Unfallversicherung	4 459	1,6	54	228	1,6	54
Private Krankenversicherung	25 957	9,3	317	665	4,8	159
Arbeitgeber	11 592	4,2	142	575	4,1	138
Private Haushalte u. private Organisationen o. Erwerbszweck	37 504	13,5	458	1 211	8,7	290

Schätzung April 2011

Datenquelle: Statistisches Bundesamt - Gesundheitsausgabenrechnung

Abb. 2 Veränderungsraten der Gesundheitsausgaben 2007 bis 2009 ausgewählter Ausgabenträger



Schätzung April 2011

raufhin Tausende vormals Unversicherte 2009 eine private Kranken- und Pflegeversicherung abgeschlossen haben. [7] Da die Berechnung der Gesundheitsausgaben der Privaten Krankenversicherung in Sachsen auf Schätzungen aufbauen, die die bundesdurchschnittlichen Entwicklungen berücksichtigen, wirken sich die steigenden Ausgaben in Deutschland auch auf die sächsischen Berechnungen aus.

Die Privaten Haushalte und Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck haben mit 1 211 Millionen € bzw. einem Anteil von 8,7 Prozent an den gesamten Gesundheitsausgaben einen geringeren Stellenwert in der Gesundheitsausgabenrechnung Sachsens als im Bundesvergleich mit 13,5 Prozent. 2009 lagen die Ausgaben je Einwohner 36,7 Pro-

zent unter denen von Deutschland insgesamt. Allerdings haben sie mit 4,8 Prozent 2009 ebenfalls eine hohe Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (Deutschland 6,1 Prozent) (vgl. Abb. 2 und 3). Es ist anzunehmen, dass das geringere verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte in Sachsen einen Einfluss auf die Nachfrage nach privat finanzierten Gesundheitsausgaben, wie beispielsweise Direktkäufe in Apotheken oder Zuzahlungen von Arzneimitteln, Brillen sowie Zahnersatz, hat. 2009 lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in Sachsen bei 15 881 €. Dies entspricht nur knapp 84 Prozent des Einkommens im Bundesdurchschnitt. [8, 9]

## Vergleich der Gesundheitsausgaben in Sachsen mit der bundesdurchschnittlichen Entwicklung

Die Gesundheitsausgaben je Einwohner nähern sich in Sachsen von Jahr zu Jahr den Bundeswerten an.<sup>7)</sup> So lagen die Gesundheitsausgaben mit 2 752 € je Einwohner 2006 noch 7,9 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, 2009 waren es mit 3 328 € nur noch 2,1 Prozent. Unterschiede zu den Bundesdurchschnitten sind aber vor allem bei einzelnen Ausgabenträgern zu finden. So tragen die Gesundheitsausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie Sozialen Pflegeversicherung in Sachsen einen höheren Anteil, und wie bereits erwähnt, die Private Krankenversicherung sowie die Privaten Haushalte und Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, aber auch die Öffentlichen Haushalte einen geringeren Anteil an den Gesundheitsausgaben insgesamt (vgl. Abb. 4).

### Soziale Pflegeversicherung – Ausgabenstrukturen in Sachsen und Deutschland

Zwischen den Ausgabenstrukturen in Sachsen und Deutschland bestehen beträchtliche Unterschiede. Um die Gründe für die Unterschiede in der Ausgabenstruktur der einzelnen Ausgabenträger aufzeigen zu können, wurde anhand des Beispiels der Sozialen Pflegeversicherung die Ausgabenstruktur hinsichtlich ihrer Versichertenzahlen und ihrer Altersstruktur genauer analysiert.

Die Soziale Pflegeversicherung zeigt dabei folgende Gegebenheiten auf: Sie ist in Sachsen mit einem Anteil von 9,9 Prozent 2009 der zweitgrößte Ausgabenträger. Im Vergleich zu Deutschland ist diese mit einem Anteil von 7,3 Prozent nach der Gesetzlichen Krankenversicherung, den Privaten Haushalten und Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der Privaten Krankenversicherung nur der viertgrößte Ausgabenträger. Somit liegen die Ausgaben der Sozialen Pflegeversicherung je Einwohner in Sachsen 32,7 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt (vgl. Abb. 4).

Diese großen Abweichungen lassen sich zum einen aus der zwischen Sachsen und Deutschland bestehenden unterschiedlichen Versichertenstruktur, zum anderen aus der unterschiedlichen Altersstruktur erklären. In Sachsen ist der Anteil der gesetzlich versicherten Personen mit rund 90 Prozent höher als in Deutschland insgesamt (rund 85 Prozent). [10, 11] Bei der Pflegeversicherung gilt dabei folgender Grundsatz: Pflegeversicherung folgt Krankenversicherung. Im Einzelnen ist die Zuordnung deshalb wie folgt geregelt:

Abb. 3 Veränderungsrate ausgewählter Ausgabenträger 2009 gegenüber 2008

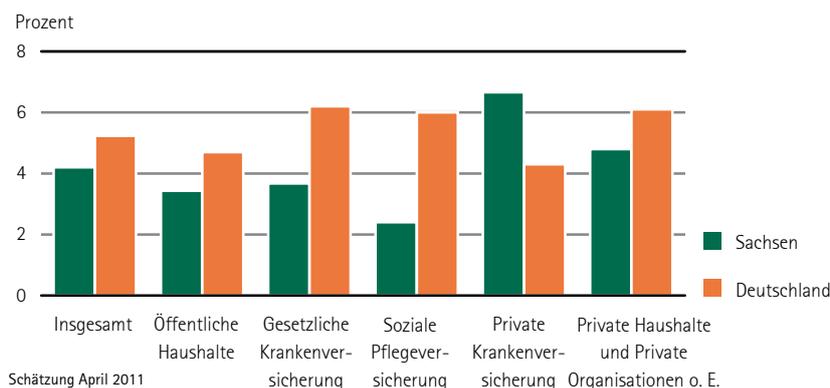
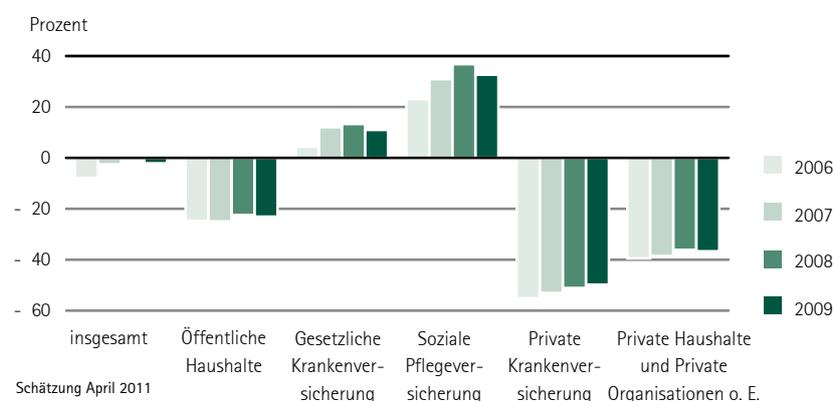


Abb. 4 Abweichungen der Gesundheitsausgaben je Einwohner in Sachsen gegenüber dem Bundesdurchschnitt 2006 bis 2009 für ausgewählte Ausgabenträger



- Wer in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert ist, ist auch in der sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert.
- Wer in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig versichert ist, ist ebenfalls in der sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert. Er kann aber innerhalb von drei Monaten auf Antrag befreit werden, wenn er einen privaten Pflegeversicherungsvertrag abschließt.
- Wer in der privaten Krankenversicherung freiwillig versichert ist, ist verpflichtet, einen privaten Pflegeversicherungsvertrag abzuschließen. Er kann nicht freiwillig der sozialen Pflegeversicherung beitreten. [12]

Da im Bundesdurchschnitt mehr Personen in der privaten Krankenversicherung als in Sachsen versichert sind, müssen diese auch eine private Pflegeversicherung abschließen. Die Ausgaben dieser Pflegeversicherung werden in den Ausgaben der Privaten Krankenversicherung und nicht in den Ausgaben der Sozialen Pflegeversicherung erfasst. Dagegen ist in Sachsen der Anteil der gesetzlich Versicherten höher als im Bundesdurchschnitt und demzufolge auch der

Anteil der Versicherten in der Sozialen Pflegeversicherung. Dieser höhere Anteil wirkt sich auf die Ausgabenanteile der Sozialen Pflegeversicherung in Sachsen aus. Ein weiterer Grund für die hohen Ausgaben der Sozialen Pflegeversicherung in Sachsen liegt, wie bereits erwähnt, in der unterschiedlichen Altersstruktur und demzufolge auch in der unterschiedlichen Anzahl pflegebedürftiger Personen. Sachsen hatte im Jahr 2009 mit einem Durchschnittsalter von 45,9 Jahren nach Sachsen-Anhalt die zweitälteste Bevölkerung innerhalb Deutschlands. Der Altenquotient<sup>8)</sup> in Sachsen lag bei 54,1 und war somit der höchste im Vergleich zu den anderen Bundesländern. [13] Auch der Anteil der pflegebedürftigen Personen lag in Sachsen mit 3,2 Prozent 2009 über dem Bundeswert von 2,9 Prozent. Im Dezember 2009 waren in Deutschland rund 35 Prozent der Pflegebedürftigen 85 Jahre und älter. In Sachsen war der Anteil dieser hochaltrigen Pflegebedürftigen mit rund 38 Prozent der höchste aller Bundesländer. [14]

7) Eine Disaggregation der Bundeswerte erfolgt, wenn nicht anders erwähnt, top down mittels des Anteils von Sachsen an der Bevölkerung von Deutschland. [4]

8) Quotient aus der Anzahl der 60-jährigen und älteren und der Personen im Alter von 20- bis unter 60 Jahren.

## Soziale Pflegeversicherung – Unterschiede der Ausgabenstruktur zwischen den einzelnen Pflegekassen innerhalb Sachsens

Aufgrund des starken Zusammenhangs zwischen den Ausgaben der Pflegeversicherung und der Altersstruktur der Versicherten sind auch die Gesundheitsausgaben der einzelnen Pflege- und Krankenkassen innerhalb Sachsens unterschiedlich. So beträgt der Anteil der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) an den Gesundheitsausgaben im Bereich der Krankenversicherung 2009 knapp 75 Prozent an den Primärkassen insgesamt (Allgemeine Ortskrankenkasse [AOK], Innungskrankenkasse [IKK], Betriebskrankenkasse [BKK]), der Anteil der Pflegeversicherung dagegen knapp 95 Prozent. Da das Durchschnittsalter in der AOK in Sachsen viel höher als in der BKK bzw. IKK ist, wird für die 68 Prozent der Pflegeversicherten der AOK rund 95 Prozent der Ausgaben für die Pflegeversicherung der Primärkassen

ausgegeben. Ein Vergleich der Altersstruktur in den Primärkassen Sachsens zeigt dabei folgenden Sachverhalt auf:

- Das Durchschnittsalter der in der AOK Versicherten in Sachsen liegt derzeit bei 48,7 Jahren, der in der BKK Versicherten bei rund 43,9 Jahren und der in der IKK Versicherten bei rund 38,2 Jahren.
- Der Altenquotient der AOK-Versicherten liegt bei rund 52 (Gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland insgesamt bei rund 33, in Sachsen bei rund 42), bei den BKK-Versicherten bei rund 29 und bei den IKK-Versicherten bei rund 10.<sup>9)</sup>

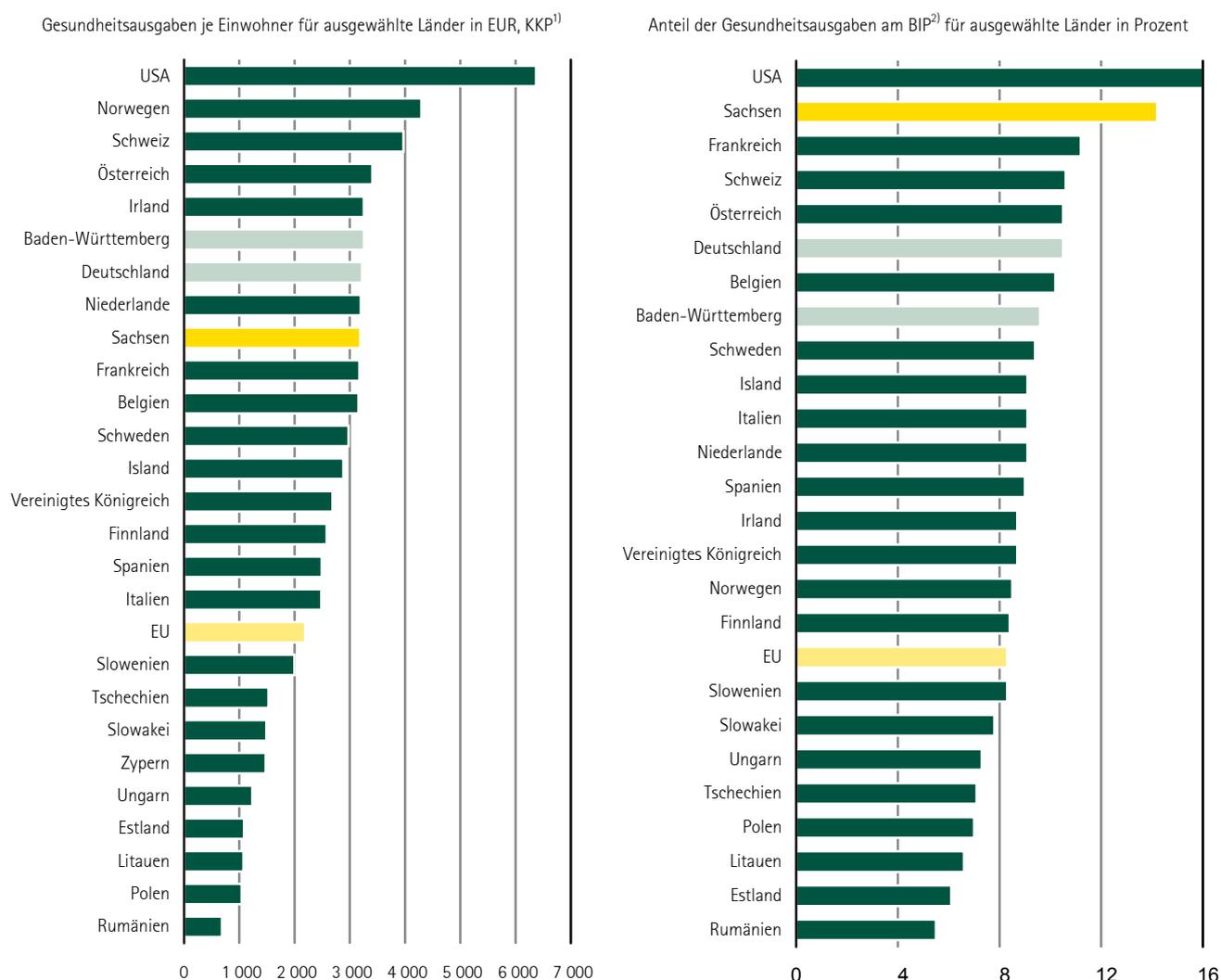
Aufgrund dieser Altersstruktur kann die Annahme getroffen werden, dass in der AOK Sachsen besonders viele pflegebedürftige Personen versichert sind, die den Anteil der Pflegekosten stark beeinflussen.

## Vergleich mit OECD-Ländern

Im internationalen Vergleich zeigen sich beträchtliche Unterschiede bei den Gesundheitsausgaben. Für eine Vielzahl von Mitgliedsländern hat die OECD entsprechende Kennzahlen zuletzt für das Jahr 2008 ausgewiesen.

Insgesamt sind die Gesundheitsausgaben in allen europäischen Ländern<sup>10)</sup> gestiegen, oft auch schneller als die Wirtschaftskraft. Das heißt, dass der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP immer höher wird. 2008 gaben die EU-Länder durchschnittlich 8,3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Gesundheitsausgaben aus (gegenüber 7,3 Prozent im Jahr 1998). Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist in den einzelnen Ländern jedoch sehr unterschiedlich; er schwankt zwischen weniger als sechs Prozent in Rumänien und mehr als zehn Prozent in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und den USA.

Abb. 5 Gesundheitsausgaben 2008 im internationalen Vergleich



1) EUR in Kaufkraftparitäten

2) in jeweiligen Preisen

Datenquelle: OECD 2010, Health at a Glance: Europe 2010: Health Expenditure and Financing

Der Anteil der Gesundheitsausgaben ist vor allem in den USA mit 16,0 Prozent (2008) und Frankreich mit 11,2 Prozent sehr hoch. Deutschland belegt in diesem Vergleich nach der Schweiz gemeinsam mit Österreich Platz fünf. Allerdings liegt der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP in Sachsen mit 14,2 Prozent 2008 noch vor Frankreich und erhält somit nach den USA den zweiten Platz (vgl. Abb. 5). [15]

Je Einwohner wird vor allem in den USA, aber auch in Norwegen und der Schweiz erheblich mehr für die Gesundheit ausgegeben als in Sachsen oder Deutschland. Im Ländervergleich mit insgesamt 23 ausgewählten OECD-Ländern und zwei deutschen Bundesländern ist Sachsen mit 3 188 € je Einwohner an neunter Stelle (vgl. Abb. 5). Norwegen verzeichnete mit 4 294 € (in KKP<sup>11</sup>) die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben im Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Dies entspricht fast zweimal dem Durchschnitt der Länder innerhalb der Europäischen Union (2 192 €). Darüber hinaus waren die USA mit rund 7 720 US\$ (entspricht rund 6 300 € in KKP)<sup>12</sup> je Einwohner das Land, das mit Abstand die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben innerhalb der OECD-Staaten hatte. [17] Diese Ausgaben waren im Vergleich mit Sachsen fast doppelt so hoch. Gründe für diese hohen Ausgaben in den USA können vor allem in den überbeurteilten medizinischen und sonstigen Leistungen gesehen werden.

Die Gesundheitsausgaben der europäischen Länder sind in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um 4,6 Prozent pro Jahr gestiegen, allerdings lagen viele Länder, aufgrund der geringen anfänglichen Gesundheitsausgaben deutlich über diesen Wachstumsraten. So stiegen die Ausgaben für die Gesundheit in der Slowakei innerhalb der letzten zehn Jahre durchschnittlich um über acht Prozent im Jahr. Auch die Alterung und steigende Ansprüche der Bevölkerung an die Gesundheitsversorgung und der medizinisch-technische Fortschritt führen zu einem rasanten Anstieg der Gesundheitsausgaben in den meisten europäischen Ländern.

### Schlussfolgerung und Ausblick

Zusammenfassend ergab die Analyse der Gesundheitsausgaben in Sachsen 2009 Folgendes:

- Die Ausgaben je Einwohner lagen in Sachsen auch 2009 noch leicht unter dem Bundesdurchschnitt.
- Es bestehen weiterhin Unterschiede zwischen Sachsen und Deutschland in der Ausgabenstruktur einzelner Ausgabenträger.

■ Die Abhängigkeit der Ausgabenstruktur in den Sozialversicherungen wird vor allem von der Anzahl der Versicherten sowie der Altersstruktur bestimmt.

■ Das geringere verfügbare Einkommen in Sachsen wirkt sich auf das Ausgabeverhalten bei den Gesundheitsausgaben der Privaten Haushalte und Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck aus.

Es ist davon auszugehen, dass sich zukünftig die Gesundheitsausgaben je Einwohner in Sachsen an die Bundesverhältnisse anpassen werden. Dennoch werden die Unterschiede in der Ausgabenstruktur einzelner Träger zwischen Sachsen und Deutschland bestehen bleiben. Auch die Ausgaben der Privaten Haushalte und Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden sich schrittweise den Bundesdurchschnitten annähern. Solange aber Einkommensunterschiede bestehen, wird es hier zu keiner vollständigen Angleichung kommen.

Dipl.-Geogr. Kristina Richter, Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Richter, K.: Disaggregation oder landesspezifische Berechnungen – ein Methodenvergleich zur Gesundheitsausgabenrechnung auf Landesebene. In: Statistik in Sachsen, 4/2010, S. 2 – 8
- [2] Frie, B.; Muno, K.; Speich, W.-D.: Gesundheitswirtschaft und Wertschöpfungsansatz nach WZ 2008. In: Statistik in Sachsen, 2/2011, S. 30 – 41
- [3] Statistisches Bundesamt: Gesundheitsausgabenrechnung: Methoden und Grundlagen 2008. Wiesbaden März 2011.
- [4] Richter, B.: Gesundheitsausgabenrechnungen auf Länderebene – methodische Grundlagen zur Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes. In: Statistik in Sachsen, 1/2011, S. 28 – 32
- [5] Vgl. dazu Artikel zu Sozialversicherungsträger unter: [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org); [aufgerufen am 02.05.2011]
- [6] Statistisches Bundesamt, Fachserie 12, Reihe 7.1.2, 1995 – 2009. Wiesbaden 2001.
- [7] Verband der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV): Zahlenbericht der privaten Krankenversicherung 2009/2010. Köln 2009
- [8] Vgl. dazu auch: Unger, S.; B. Richter; K. Richter: Die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. In: Statistik in Sachsen, 2/2011, S. 42 – 46

[9] Veröffentlichungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Stand August 2010 unter: [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de) → Einkommen → Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991 bis 2009 [aufgerufen am 19.05.2011]

[10] Gesetzliche Krankenversicherung, Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, unter: <http://www.soziales.sachsen.de/3981.html> [aufgerufen am 19.05.2011]

[11] Gesetzliche Krankenversicherung: Mitglieder, mitversicherte Angehörige und Krankenstand, Jahresdurchschnitt 2009, Bundesministerium für Gesundheit. Unter: <http://www.bmg.bund.de/krankenversicherung/zahlen-und-fakten-zur-krankenversicherung/zahlen-und-fakten.html> → Mitglieder und Versicherte → Mitglieder im Jahresdurchschnitt 2009/sowie Versicherte nach Altersgruppen und Wohnort

[12] Vgl. dazu u. a.: Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichtes Nr. 83/2000 vom 20. Juni 2000: Information zur mündlichen Verhandlung „Pflegeversicherung“

[13] Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung 2009, Tabelle 3.3. Wiesbaden 2010

[14] Statistisches Bundesamt: Pflegestatistik 2009. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. 2. Bericht: Ländervergleich – Pflegebedürftige. Wiesbaden April 2011

[15] Knödler, R.: Gesundheitsökonomische Indikatoren für Baden-Württemberg. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010 Unter: [http://www.ggrdl.de/Vorlage-UGR/Veroeffentlichung\\_BW/806210002.pdf](http://www.ggrdl.de/Vorlage-UGR/Veroeffentlichung_BW/806210002.pdf) [aufgerufen am 19.05.2011]

[16] Vgl. dazu Artikel zu Kaufkraftparität unter: <http://www.bpb.de>; → Wissen → Lexika → Begriff Kaufkraftparität [aufgerufen am 30.06.2011]

[17] OECD 2010: Health at Glance: Europe 2010. Chapter 4: Health Expenditure and Financing

[18] OECD Health Data 2011 - Frequently Requested Data. Release version - 30 June 2011

9) Eigene Berechnungen in Anlehnung an [11].

10) Betrachtet wurden die Gesundheitssysteme von 31 Ländern in Europa, darunter sind die 27 Mitgliedstaaten der EU sowie Island, Norwegen, die Schweiz und die Türkei.

11) Kaufkraftparität (KKP) (engl. purchasing power parity, PPP): „Internationale Wirtschaftsdaten sind nur aufschlussreich, wenn man nicht die tatsächlichen Wechselkurse, sondern die Kaufkraft in verschiedenen Währungen zugrunde legt. Dazu vergleicht man die Ausgaben für einen Warenkorb im Ausland mit denen für den gleichen Warenkorb im Inland und errechnet daraus das Austauschverhältnis beider Währungen („paritätisch“; gleichgestellt). Internationale Vergleiche (z. B. von Löhnen) sind nur bei Umrechnung in KKP aussagekräftig.“ [16]

12) eigene Umrechnung auf Basis des Wechselkurses von 1 € zu 1,23 US \$. Dieser Wechselkurs wurde auf Grundlage der Gesundheitsausgaben von Deutschland in Höhe von 3221 € und 3963 US \$ (in KKP) im Jahr 2008 berechnet [17, 18].

# Das Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG) im Freistaat Sachsen

## Vorbemerkungen

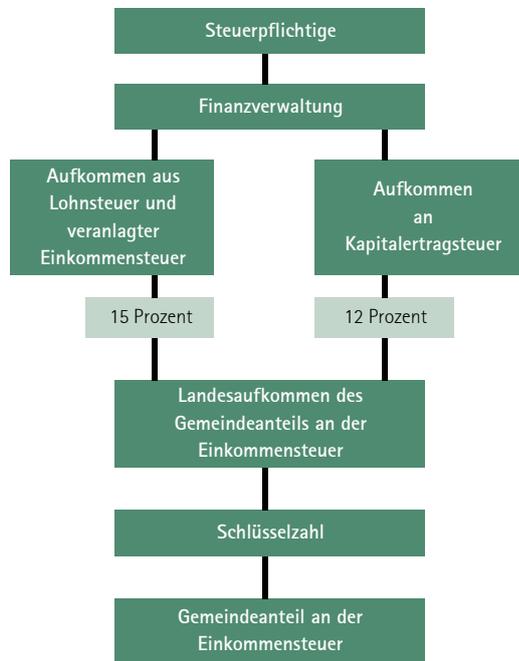
Das Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG) ist ein Bundesgesetz, das die Verteilung der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer zwischen Bund, Ländern und Gemeinden regelt. Grundlage für Bund und Länder ist hierbei Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes: „Das Aufkommen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer steht dem Bund und den Ländern gemeinsam zu...“. Für die Gemeinden gilt Absatz 5: „Die Gemeinden erhalten einen Anteil an dem Aufkommen der Einkommensteuer, der von den Ländern an ihre Gemeinden ... weiterzuleiten ist.“ Und Absatz 5a: „Die Gemeinden erhalten ab dem 1. Januar 1998 einen Anteil an dem Aufkommen der Umsatzsteuer.“ [1]

In diesem Beitrag wird dargelegt, wie dieses und die Folgegesetze und -verordnungen des Bundes und des Landes Sachsen umgesetzt werden.

## Geschichtliches und gesetzliche Grundlagen

Die Wiege des Gemeindefinanzreformgesetzes liegt bereits weit zurück, wenn auch nicht in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland. Mit den Reformen im Rahmen der Verfassungsreformgesetzgebung in den Jahren 1967 bis 1969 wurden auch die Grundlagen für die Gesetzgebung zum Gemeindefinanzreformgesetz gelegt. [2] Das Ausgangsgesetz, auf welches bis zum heutigen Tage Bezug genommen wird, stammt aus dem Jahr 1969 und kam zum 1. Januar 1970 zum ersten Mal zur Anwendung. Das Gesetz ist in der Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 93 vom 10. September 1969 veröffentlicht worden. [3] In der Zeit vor der Reform hatte die Gewerbesteuer im gesamten Steuersystem der Gemeinden zu den anderen Steuern ein Übergewicht bekommen, so dass der Anteil

Abb. 1 Ermittlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer

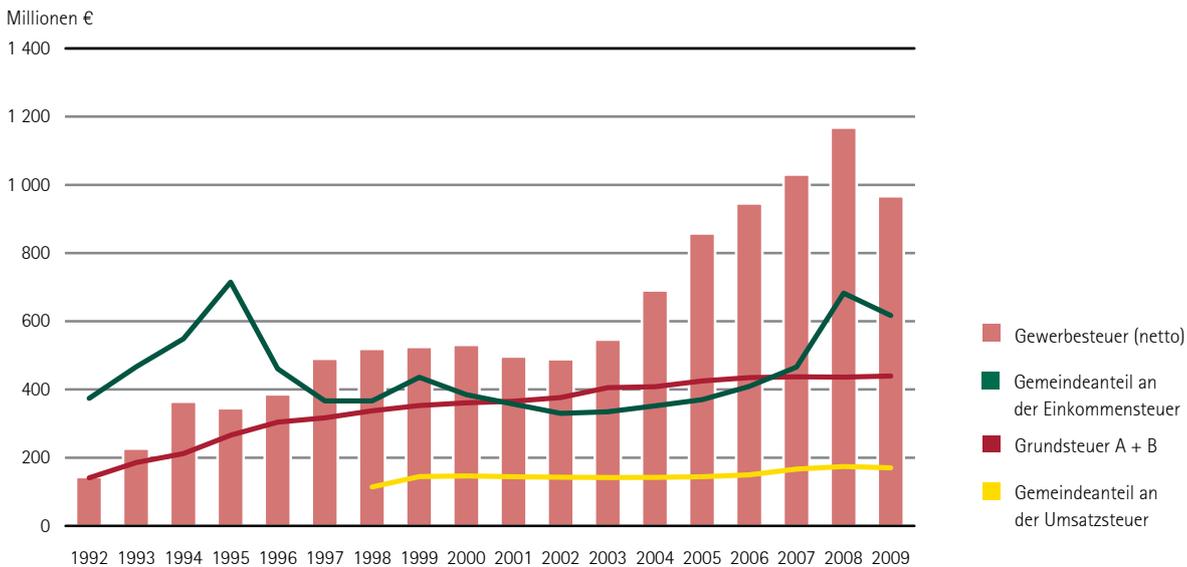


dieser einen Steuer bis zu 80 Prozent der Steuereinnahmen der Gemeinden betrug. [6] Da die Gewerbesteuer außerdem noch sehr konjunkturabhängig ist, entstand hier eine zu große Anfälligkeit für die Gemeinden. Ziel der Finanzreform war es, die extremen Ausschläge bei den Gemeindeeinnahmen abzuschwächen. Damit ergaben sich am Ende der Überlegungen und Verhandlungen zur Finanzverfassungsreform im Gesetz die Beteiligung der Gemeinden am Einkommenssteueraufkommen und die Einführung der Gewerbesteuerumlage. Mit dem Jahr 1970 begann die Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer). Seit dieser Zeit steht den Gemeinden der

Bundesrepublik Deutschland laut Grundgesetz ein Anteil am Landesaufkommen der Einkommensteuer und seit 1998 auch der Umsatzsteuer zu. Nach Artikel 106 Abs. 3<sup>1)</sup> GG [11] in Verbindung mit § 1 Gemeindefinanzreformgesetz erhielten die Gemeinden ab dem 1. Januar 1970 einen Anteil von 14 Prozent des Aufkommens an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer. Nach der aktuell gültigen Neufassung, bekannt gemacht am 10. März 2009, erhalten die Gemeinden 15 Prozent des Aufkommens an der Lohnsteuer und an veranlagter Einkommensteuer sowie 12 Prozent des Aufkommens an Kapitalertragsteuer. [4] Die Ver-

1) In der jetzt gültigen Fassung des GG Abs. 5

Abb. 2 Die Steuern der Gemeinden und Kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen 1992 bis 2009



teilung des Aufkommens an der Lohn- und Einkommensteuer wird in der Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer [9] geregelt und mittels Landesgesetzgebung in der Verordnung zur Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes [7] für Sachsen umgesetzt. In dieser Verordnung werden die Schlüsselzahlen für die Verteilung der Einkommensteueranteile und der Umsatzsteueranteile bekannt gemacht. Die „Verordnung über die Festsetzung der Länderschlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Umsatzsteuer nach § 5c des Gemeindefinanzreformgesetzes“ vom 25. September 2008 [10] bestimmt die Verteilung der Anteile am Umsatzsteueraufkommen auf die Bundesländer und spezifiziert die Randbedingungen für die Berechnung der Schlüsselzahlen für die Kommunen.

**Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Das Landesaufkommen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer setzt sich, wie oben erwähnt, aus dem Aufkommen an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer zu einem Anteil von 15 Prozent und dem Aufkommen an der Kapitalertragsteuer zu einem Anteil von 12 Prozent zusammen (vgl. Abb. 1). Das Aufkommen an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ergibt sich aus der Summe der Steuerbeträge, die von den Finanzbehörden jedes Bundeslandes innerhalb eines Jahres vereinnahmt werden. Aus diesem Topf fließen den Gemeinden Finanzmittel zu, um die ihnen per Gesetz zugewiesenen Aufgaben zu realisieren. Neben den Zuweisungen, die die Gemeinden im Rahmen des kommunalen

Finanzausgleichs erhalten, und den Einnahmen aus den Gemeindesteuern, insbesondere aus der Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer, sowie dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (siehe unten) stellt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer eine wichtige Einnahmequelle dar und bestimmt so maßgeblich die Steuerkraft der Gemeinden mit.

Das Landesaufkommen richtet sich nach der erbrachten Einkommensteuerleistung der Einwohner des jeweiligen Bundeslandes. Zur Ermittlung der Höhe der Einkommensteuerleistung wird durch die Länder eine Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer erstellt. Über einen Verteilerschlüssel erfolgt die Verteilung des Aufkommens auf die Länder. Im Abstand von drei Jahren wird die Einkommensteuerstatistik wieder durchgeführt, auf deren Grundlage die Verteilungsgrundlagen neu ermittelt werden. In Abbildung 2 sind die Landesaufkommen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 1994 bis 2010 dargestellt. Im Jahr 1994 betrug das Landesaufkommen rund 1,1 Milliarden DM, also etwas über 560 Millionen €. Infolge einer Korrektur aus den Vorjahren in Form von Nachzahlungen ergab sich im Jahre 1995 eine Spitze im Landesaufkommen. Das Niveau des Gemeindeanteils hat sich jedoch 1996 wieder reduziert und lag in den folgenden zehn Jahren zwischen ca. 330 Millionen € bis 430 Millionen €. Im Jahr 2007 stieg das Landesaufkommen an der Lohn- und Einkommensteuer auf über 500 Millionen € und pegelte sich seit dem Jahr 2008 auf etwa 630 Millionen € ein.

Für 2010 bildet sich der Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer aus 15 Prozent des Aufkommens an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer und am

Lohnsteuererlegungsanteil in Sachsen in Höhe von 655,3 Millionen € bzw. 186,4 Millionen €, einem Anteil von 12 Prozent aus dem Aufkommen an Kapitalertragsteuer und der Quellensteuer in Höhe von 20,6 Millionen € und 0,4 Millionen €, sowie dem Gemeindeanteil an der Pauschsteuer aus gewerblich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gemäß § 40a Abs. 2 EStG in Höhe von 1,3 Millionen €, abzüglich des vom Bund vorfinanzierten Gemeindeanteils des Kindergeldes in Höhe von 211,2 Millionen € und dem Gemeindeanteil an der steuerlichen Förderung der Rentenvorsorge in Höhe von 24,2 Millionen €. Damit belief sich der Gesamtbetrag an der Einkommensteuer für 2010 auf 628,5 Millionen €. Die Verteilung des Gesamtaufkommens auf die einzelnen Gemeinden erfolgt nach einem Schlüssel, der sich aus dem Anteil der Gemeinde am Gesamtaufkommen ergibt.

Der Gemeindeanteil wird nach folgender Formel ermittelt:

$$GAEST = LAUFGAEST * SCHLZ$$

GAEST	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
LAUFGAEST	Landesaufkommen an der Einkommensteuer
SCHLZ	Schlüsselzahl

**Schlüsselzahlen für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Der Einkommensteueranteil einer Gemeinde richtet sich nach der Einkommensteuerleistung ihrer Einwohner. Grundlage hierfür ist die Bundesstatistik zur Lohn- und veranlagten Einkommensteuer. Diese Statistik wird im Abstand von drei Jahren durchge-

**Tab. 1 Ausgangsdaten für die Ermittlung der Schlüsselzahlen zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Geltungsdauer von ... bis ...			Basis	Sockelbeträge	
				für Ledige	für Verheiratete
			€ <sup>2)</sup>		
	bis	1996	Einwohnerzahlen <sup>1)</sup>		
1997	-	1999	LESt-Statistik 1992	25 000	50 000
2000	-	2002	LESt-Statistik 1995	40 000	80 000
2003	-	2005	LESt-Statistik 1998	25 000	50 000
2006	-	2008	LESt-Statistik 2001	30 000	60 000
2009	-	2011	LESt-Statistik 2004	30 000	60 000

Datenquelle: Finanzausgleichsgesetz 1998

1) Einwohnerzahlen jeweils aus dem Vorvorjahr entsprechend kommunalem Finanzausgleich

2) Die Sockelbeträge der Lohnsteuerstatistiken 1992 und 1995 sind in DM.

führt. Damit ergibt sich für diesen Zeitraum für die Gemeinden jeweils ein gleicher Anteil am Gesamtaufkommen. Mit dieser Statistik ergaben sich auch neue Verteilungsgrundlagen (vgl. Tab. 1). Da in Sachsen für die ersten Jahre nach 1990 noch keine Statistik über die Lohn- und Einkommensteuer vorlag, wurde bis 1996 eine Verteilung auf Grundlage der Einwohnerzahlen durchgeführt. Die Schlüsselzahlen ermittelten sich aus dem Anteil der Einwohner einer Gemeinde an den Gesamteinwohnern Sachsens.

Erst nach Erstellung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik für das Jahr 1992 konnten im Jahre 1996 die Schlüsselzahlen der Gemeinden zum ersten Mal auf Basis des wirklichen Einkommensteueraufkommens der Gemeinden ermittelt werden. Damit wurde die Berechnung des Anteils an der Einkommensteuer auch in den neuen Ländern auf den gemeindespezifischen Verteilungsschlüssel umgestellt, der bisher schon in den Kommunen der alten Länder angewandt worden ist. Der Unterschied zu den alten Ländern war die Höhe des Sockelbetrages zur Ermittlung der Schlüsselzahlen. Da das Lohnniveau in den neuen Bundesländern nicht so hoch war, wurden die Sockelbeträge mit 25 000 DM für Ledige und 40 000 DM für Verheiratete niedriger angesetzt. Diese Höchstbeträge dienen dazu, die Einkommensstruktur der Gemeinden etwas ausgewogener zu gestalten. Die Höchstbeträge als Verteilungskriterium sind inzwischen im gesamten Bundesgebiet angeglichen. Um die Einkommensunterschiede nicht in der Weise zu stark zu glätten, dass die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer nicht mehr der Einkommensteuerleistung entspricht, ist es notwendig, die Sockelbeträge von Zeit zu Zeit zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

### Gewerbesteuerumlage

Die Gewerbesteuerumlage steht in einem engen Zusammenhang zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Die Gewerbesteuerumlage wurde eingeführt, um zu starke Unterschiede in der Finanzausstattung der Kommunen durch strukturell erheblich unterschiedliche Gewerbesteuereinnahmen abzumildern. Im Gegenzug dafür ist als Ausgleich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer eingeführt worden. Voraussetzung für die Beteiligung von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer ist der Artikel 106 Abs. 6 GG. Die

Gewerbesteuerumlage ergibt sich aus einem Bundes- und einem Länderanteil (vgl. Tab. 2). Die Höhe der Umlage hat sich in den neuen Ländern anders entwickelt als in den alten. Die Landesvervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage liegen hier niedriger. Ursache ist die Beteiligung der alten Länder am Fonds „Deutsche Einheit“, jährlich neu festgelegt, und die Erhebung zum Solidarpaket in Höhe von 29 Prozent. Die Gewerbesteuerumlage berechnet sich nicht nach den Ist-Aufkommen, sondern nach dem Gewerbesteuergrundbetrag entsprechend der Formel:

$$GU = GBGEW * VVGU / 100\%$$

GU Gewerbesteuerumlage  
 GBGEW Gewerbesteuergrundbetrag  
 VVGU Vervielfältiger Gewerbesteuerumlage

Der Gewerbesteuergrundbetrag wird nach folgender Formel ermittelt:

$$GBGEW = (ISTGEW / HSGEW) * 100\%$$

ISTGEW Istaufkommen der Gewerbesteuer  
 HSGEW Hebesatz der Gewerbesteuer

Der Vervielfältiger setzt sich aus dem Bundes- und dem Landesvervielfältiger entspre-

**Tab. 2 Vervielfältiger Gewerbesteuerumlage für die neuen Bundesländer<sup>1)</sup>**

Jahr	Vervielfältiger		
	gesamt	Land	Bund
	%		
ab 2010	35	20,5	14,5
2009	32	19	13
2008	30	18	12
2007	38	22	16
2006	38	22	16
2005	44	25	19
2004	46	26	20
2003	78	42	36
2002	66	36	30
2001	54	30	24
2000	45	26	19
1999	45	26	19
1998	7 <sup>2) 3)</sup>	7	0
1997	0 <sup>2)</sup>	0	0
1996	38	19	19
1995	38	19	19
1994	38	19	19
1993	28	14	14

Datenquelle: Zusammenstellung aus den Gemeindefinanzreformgesetzen

1) Die neuen Länder waren 1991 und 1992 von Gewerbesteuerumlage befreit.

2) 1997 und 1998 entfiel die Gewerbesteuerumlage als Ausgleich für Nichterhebung der Gewerbekapitalsteuer bis zur Abschaffung 1998.

3) bei Gewerbesteuerrückzahlungen der Kommune 26 Prozent

**Abb. 3 Gewerbesteuerumlage mit unterschiedlichen Hebesätzen**

Merkmal	Hebesatz 1	Hebesatz 2
Gewerbesteuer (brutto) in €	100 000,00	100 000,00
Hebesatz in %	300,00	400,00
Grundbetrag in €	33 333,33	25 000,00
Umlagesatz in %	35	35
Gewerbesteuerumlage (GU) in €	11 666,67	8 750,00
Gewerbesteuer (netto) in €	88 333,33	91 250,00
Prozentualer Anteil GU in %	12	9
<b>Verbleibender Ist-Betrag in %</b>	<b>88</b>	<b>91</b>

chend folgender Formel zusammen:

$$VVGU = VVGUB + VVGUL$$

Die Ermittlung der Beträge erfolgt auf zwei Stellen nach dem Komma genau.

Die Berechnung der Umlage auf Basis des Grundbetrages statt des Ist-Aufkommens bewirkt, dass von den Einnahmen der Gewerbesteuer bei höherem Hebesatz für die Gemeinde nach Abzug der Gewerbesteuerumlage mehr vom Ist übrig bleibt, als bei kleinerem Hebesatz (vgl. als Rechenbeispiel Abb. 3).

#### Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Die Gemeinden sind seit 1998 am Aufkommen an der Umsatzsteuer beteiligt. Grund der Einführung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer 1998 war der Wegfall der Gewerkekapitalsteuer in den alten Ländern bzw. der Einführungsverzicht in den neuen Ländern. Die Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen soll dafür ein Ausgleich sein. Vom Gesamtaufkommen an der Umsatzsteuer werden entsprechend § 1 Finanzausgleichsgesetz [8] vorab an den Bund für Belastungen aufgrund der Beitragsenkung zur Arbeitslosenversicherung und aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung Beträge abgezogen. In Bezug auf die Arbeitslosenversicherung liegt der Betrag seit 2009 bei 4,45 Prozent.

Hinsichtlich der Bezuschussung zur Rentenversicherung ist der Betrag vom verbleibenden Gesamtaufkommen seit 2008 bei 5,05 Prozent. Von dem noch verbleibenden Gesamtaufkommen an der Umsatzsteuer stehen den Gemeinden laut Gesetz 2,2 Prozent als Anteil zu. Die Umsatzsteuer gilt als eine stetige und stabile Steuer und demzufolge als eine für die Kommunen gut planbare Größe.

#### Schlüsselzahlen für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Die Aufteilung des Gesamtaufkommens an der Umsatzsteuer erfolgt nach einem Schlüsselssystem. Bis zur Einführung eines bundeseinheitlichen Schlüssels im Jahr 2009 gab es für die alten und die neuen Länder unterschiedliche Verfahren. Für Sachsen wurde in den Jahren 1998 und 1999 als Datenbasis das örtliche Gewerbesteueraufkommen 1992 bis 1996 zur Schlüsselbildung herangezogen (vgl. Tab. 3). Bis 2008 wurde das Aufkommen zu 85 Prozent an die Gemeinden der alten Länder und zu 15 Prozent an die Gemeinden der neuen Länder ausgezahlt. Für die Verteilung der 15 Prozent Anteile für die neuen Länder und deren Gemeinden wurden für die Jahre 2000 bis 2008 Verteilungsschlüssel auf Basis von zwei Kenngrößen angewendet:

- dem Gewerbesteueraufkommen (brutto) aus den Jahren 1992 bis 1997 zu 70 Prozent und
- den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den Jahren 1996 bis 1998 zu 30 Prozent.

Durch das Bundesministerium der Finanzen wurde auf Basis dieser Kenngrößen für die fünf neuen Flächenländer entsprechend des eigenen Anteils an der Umsatzsteuer Schlüsselzahlen mit der Summe gleich Eins zur Aufteilung der Umsatzsteuermasse berechnet und per Verordnung festgesetzt. Der sächsische Anteil an den neuen Bundesländern betrug 33,22951 Prozent vom Aufkommen und somit 4,9844 Prozent am Gesamtvolumen. Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen setzte nach dem gleichen Schema die Verteilungsschlüssel für die sächsischen Gemeinden per Durchführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz fest. Mit dem Jahr 2009 begann die Verteilung mit einem bundeseinheitlichen fortschreibungsfähigen Verteilungsschlüssel (vgl. [4, § 5b]).

Dem Schlüssel für die Jahre 2009 bis 2011 lagen zugrunde:

- das Gewerbesteueraufkommen (brutto) der Jahre 2001 bis 2006 zu 25 Prozent,
- die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Jahre 2004 bis 2006 zu 50 Prozent und
- die Summe der sozialversicherungspflichtigen Entgelte der Jahre 2003 bis 2005 zu 25 Prozent.

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die sozialversicherungspflichtigen Entgelte wurden mit den gewogenen durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesätzen der Gemeinden für die jeweiligen Jahre gewichtet. Der fortschreibungsfähige Verteilungsschlüssel wird bis 2018 im Dreijahres-Rhythmus anteilig mit dem nichtfortschreibungsfähigen Verteilerschlüssel (vgl. [4, § 5a]) eingeführt. Dabei ist der nichtfortschreibungsfähige Verteilungsschlüssel der auf den aktuellen Gebietsstand umgestellte bis 2008 gültige Schlüssel. Er geht für die Jahre 2009 bis 2011 zu 75 Prozent in den ersten Übergangsschlüssel ein. Im zweiten Übergangsschlüssel für die Jahre 2012 bis 2014 ist der Anteil jeweils 50 Prozent und für 2015 bis 2017 ist der nichtfortschreibungsfähige Verteilungsschlüssel letztmalig mit 25 Prozent im dritten Übergangsschlüssel vertreten. Ab 2018 übernimmt der fortschreibungsfähige Verteilungsschlüssel in vollem Umfang die Verteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer.

**Abb. 4 Ausgangsdaten für die Ermittlung der Schlüsselzahlen zum Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer**

Geltungsdauer	Basis
1998 - 1999	Örtliches Gewerbesteueraufkommen 1992-1996
2000 - 2008	1. Komponente zu 70 Prozent: Gewerbesteuer Summe 1992-1997
	2. Komponente zu 30 Prozent: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Öffentlicher Dienst im engeren Sinne) am Arbeitsort am 30. Juni 1996,
2009 - 2011	1. Übergangsschlüssel zu einem fortschreibungsfähigen Schlüssel
2012 - 2014	2. Übergangsschlüssel zu einem fortschreibungsfähigen Schlüssel

Datenquelle: Gemeindefinanzreformgesetz

## Die Zahlungen

Die Gemeinden erhalten den ihnen zustehenden Anteil an der Einkommensteuer jährlich zum 1. Februar des Folgejahres der Erhebung. Im laufenden Abrechnungsjahr werden den Gemeinden jeweils nach Ablauf des ersten, zweiten bzw. dritten Quartals Abschlüsse gezahlt. Diese Zahlungen erfolgen jeweils am 1. Mai, 1. August und 1. November. Am 15. Dezember erfolgt eine Vorauszahlung auf die abschließende Jahresrechnung im Januar des Folgejahres für die Schlusszahlung zum 1. Februar. Die Auszahlungsbeträge der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Abschlagszahlungen werden mit der von der Gemeinde zu leistenden Gewerbesteuerumlage verrechnet. Ist der Gemeindeanteil größer als die Gewerbesteuerumlage, so erhält man einen Auszahlungsbetrag an die Gemeinde:

$$AZB = GAEST \cdot GU$$

Ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer dagegen kleiner, muss die Gemeinde den Differenzbetrag, also die verbleibende Gewerbesteuerumlage an das Land und den Bund in den entsprechenden Anteilen abführen. Dieser Einzahlungsbetrag wird analog dem Auszahlungsbetrag ermittelt:

$$EZB = GU \cdot GAEST$$

AZB	Auszahlungsbetrag an die Gemeinde
EZB	Einzahlungsbetrag der Gemeinde an Bund und Land
GAEST	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
GU	Gewerbesteuerumlage

Die Gemeinde hat nach Quartalsende bis zur Mitte des Folgemonats Zeit, um die vierteljährliche Kassenstatistik mit den Steuerdaten an das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen in Kamenz zu melden. Liegen die Steuerdaten nicht rechtzeitig im Statistischen Landesamt vor, kann keine Verrechnung erfolgen und damit auch der die Gewerbesteuerumlage übersteigende Betrag nicht zur Auszahlung gebracht werden. Einzahler haben innerhalb eines Monats die ihren Gemeindeanteil übersteigende Gewerbesteuerumlage an das Landesamt für Finanzen, dem jetzigen Landesamt für Steuern und Finanzen, zu überweisen.

Die Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer werden ebenfalls vierteljährlich an die Gemeinden überwiesen. Die Zahlungen erfolgen versetzt zur Einkommensteuer jeweils „am letzten Werktag der Monate Februar, Mai, August und November“ (vgl. [7, § 5]).

## Zusammenfassung und Ausblick

In diesem Beitrag wurde ein Überblick zur Verteilung der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie der Verrechnung der Gewerbesteuerumlage gegeben. Das Verfahren zur Bearbeitung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer ist ein seit 1997 in Sachsen auf der Lohn- und Einkommensteuerstatistik zur Ermittlung des Verteilerschlüssels basierendes stabiles Verfahren. Die Höhe der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer ist dabei nicht so stetig und konstant, wie die der Umsatzsteuer, sie liegt dafür im Aufkommen darüber. Die Berechnung der Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer befindet sich bis 2018 in einer Übergangsphase hinsichtlich des Verteilerschlüssels. Dabei wird der bisherige Schlüssel, der sich aus der Gewerbesteuer und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zusammensetzte, schrittweise in den bundeseinheitlichen Verteilungsschlüssel überführt. Ab 2018 soll hier gleiches Recht für die alten und die neuen Bundesländer gelten.

Dieter Beier, Dipl.-Math., Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

## Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) in der im BGBl. Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 944).
- [2] Hesse, J. J. u. T. Ellwein: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Band 1, Berlin 2004.
- [3] Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzenreformgesetz) vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1587).
- [4] Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzenreformgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502)
- [5] Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in der Gemeindefinanzenreform, BMF Dokumentation erstellt am 18. September 2009, [http://www.bundesfinanzministerium.de/nnn\\_4320/DE/Wirtschaft\\_\\_und\\_\\_Verwaltung/Finanz\\_\\_und\\_\\_Wirtschaftspolitik/Foederale\\_\\_Finanzbeziehungen/Kommunal Finanzen/Der\\_20Gemeindeanteil\\_20an\\_20der\\_20Einkommensteuer\\_20in\\_20der\\_20GFR.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bundesfinanzministerium.de/nnn_4320/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Foederale__Finanzbeziehungen/Kommunal Finanzen/Der_20Gemeindeanteil_20an_20der_20Einkommensteuer_20in_20der_20GFR.html?__nnn=true) [Aufgerufen am 23. September 2010]

- [6] Die Entwicklung der Gewerbesteuerumlage seit der Gemeindefinanzenreform 1969 erstellt am 26. April 2006, [http://www.bundesfinanzministerium.de/nnn\\_4486/DE/Wirtschaft\\_\\_und\\_\\_Verwaltung/Finanz\\_\\_und\\_\\_Wirtschaftspolitik/Foederale\\_\\_Finanzbeziehungen/Kommunal Finanzen/007\\_\\_1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/nnn_4486/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Foederale__Finanzbeziehungen/Kommunal Finanzen/007__1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf) [Aufgerufen am 27. September 2010]
- [7] Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Durchführung des Gemeindefinanzenreformgesetzes, SächsGVBl. 2009, Nr. 2, S. 41 Fsn-Nr.: 521-2:09. Fassung gültig ab: 1. Januar 2009
- [8] Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz -FAG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Mai 2010 (BGBl. I S. 671) Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 2009, 2010 und 2011 vom 25. September 2008 (BGBl. I S. 1927)
- [9] Verordnung über die Festsetzung der Länder-schlüsselzahlen und die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Umsatzsteuer nach § 5c des Gemeindefinanzenreformgesetzes vom 25. September 2008 (BGBl. I S. 1928)"
- [10] Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz) vom 12. Mai 1969, (BGBl. I S. 363).

# Der Wohnungsbestand in Sachsen im Jahr 2010

## Vorbemerkung

Die Wohnungsbestandsfortschreibung basiert auf der Bautätigkeitsstatistik. Bei dieser Erhebung werden Baugenehmigungen, Baufertigstellungen und Bauabgänge in Sachsen (wie auch in allen anderen Bundesländern) erfragt. Die Statistik erfasst außer dem Wohnungsbaugeschehen auch den Bau von Nichtwohngebäuden (z. B. Bürogebäude, Betriebsgebäude). Neben dem Neubau von Gebäuden spielen auch Baumaßnahmen, bei denen Wohnraum in bestehenden Gebäuden geschaffen oder verändert wird, eine Rolle.

## Wohnungsbestand 2010 in Sachsen

Am 31. Dezember 2010 gab es im Freistaat Sachsen 2 325 578 Wohnungen, das sind 134 Wohnungen mehr als am Jahresende 2009. Damit wurde die rückläufige Tendenz der Anzahl von Wohnungen in Sachsen seit 2001 erstmalig wieder gestoppt. Die Zahl der je 1 000 Einwohner zur Verfügung stehenden Wohnungen betrug am Jahresende 2010 in Sachsen 560. Diese Kennziffer ist seit 1995 kontinuierlich angestiegen (1995: 477 Wohnungen je 1 000 Einwohner), bedingt auch durch den stetigen Rückgang an Einwohnern in Sachsen.

Auch die Größe der Wohnungen geht seit 1995 ununterbrochen nach oben. Im Durchschnitt war im Jahr 2010 eine Wohnung 70,2 m<sup>2</sup> groß, im Jahr 1995 waren es nur 67,0 m<sup>2</sup>. Damit standen im Jahr 2010 jedem Einwohner im Mittel 39,3 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung (1995: 32,0 m<sup>2</sup>).

Die durchschnittliche Anzahl der jedem Einwohner zur Verfügung stehenden Wohnräume erhöhte sich von 1,9 Wohnräumen im Jahr 1995 auf 2,3 Räume im Jahr 2010. In diese Berechnungen sind alle in Sachsen vorhandenen Wohnungen eingeflossen, unabhängig davon, ob diese Wohnungen belegt

Tab. 1 Wohnungsbestand am 31. Dezember – Strukturdaten –

Jahr	Wohnungen		Wohnfläche		Wohnräume je Einwohner
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	je Wohnung	je Einwohner	
	Anzahl		m <sup>2</sup>		Anzahl
2010	2 325 578	560	70,2	39,3	2,3
2009	2 325 444	557	70,0	39,0	2,2
2008	2 327 579	554	69,9	38,7	2,2
2007	2 329 380	552	69,7	38,5	2,2
2006	2 336 451	550	69,5	38,2	2,2
2005	2 339 067	547	69,3	37,9	2,2
2004	2 342 058	545	69,1	37,7	2,2
2003	2 346 408	543	68,9	37,4	2,2
2002	2 354 719	541	68,6	37,2	2,2
2001	2 356 561	537	68,4	36,8	2,1
2000	2 350 731	531	68,2	36,2	2,1
1999	2 330 943	523	68,0	35,5	2,1
1998	2 305 896	514	67,7	34,8	2,0
1997	2 273 267	503	67,5	33,9	2,0
1996	2 222 524	489	67,3	32,9	1,9
1995	2 178 953	477	67,0	32,0	1,9

sind oder leer stehen. Zum Leerstand gibt es in der Statistik der Bautätigkeit keine Aussagen (vgl. Tab. 1).

98 Prozent der Wohnungen befinden sich im Freistaat Sachsen in Wohngebäuden, die restlichen zwei Prozent in Nichtwohngebäuden. 420 171 Wohnungen sind Einfamilienhäuser (18,4 Prozent), 318 626 Wohnungen befinden sich in Zweifamilienhäusern (14,0 Prozent) und 1 540 180 Wohnungen sind in Mehrfamilienhäusern (67,6 Prozent). Während bei den Ein- und Zweifamilienhäusern seit 1995 ein Aufwärtstrend zu verzeichnen ist, sinkt seit 2001 die Anzahl der Gebäude mit drei und mehr Wohnungen kontinuierlich. Der Wohnungsbestand in Nichtwohngebäuden zeigt nur eine geringe stetige Erhöhung (vgl. Tab. 2)

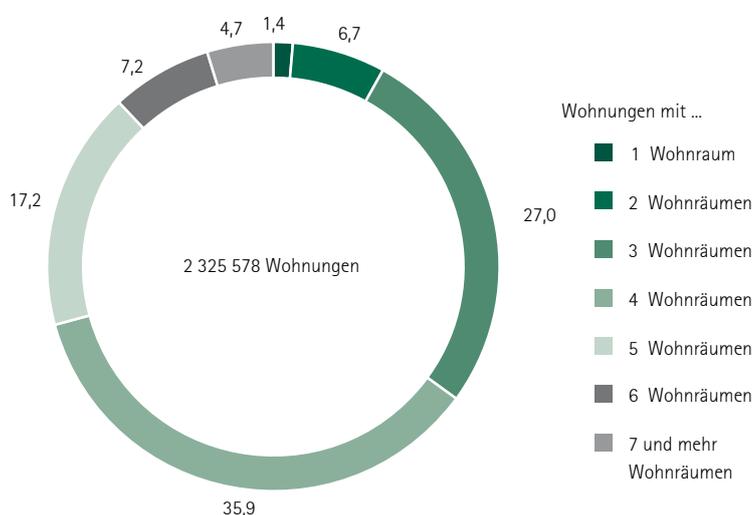
Betrachtet man die Anzahl der Wohnräume je Wohnung, so ist seit 2000 ein Rückgang der Wohnungen mit ein bis vier Räumen zu verzeichnen. Dafür gibt es immer mehr Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Das liegt unter anderem darin begründet, dass in den letzten Jahren mehr Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut wurden, die erfahrungsgemäß meist mehr Wohnfläche und Wohnräume haben als Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.

Mehr als ein Drittel aller Wohnungen haben vier Wohnräume, 27 Prozent sind Dreiraumwohnungen und 17 Prozent Fünfraumwohnungen. Mit 1,4 Prozent haben Einraumwohnungen den geringsten Anteil. Der Anteil der Zweiraum-Wohnungen lag 2010 bei 6,7 Prozent und hat seit dem Jahr 2000 mit ei-

**Tab. 2 Wohnungen am 31. Dezember 2010 nach Art des Gebäudes sowie Kreisfreien Städten und Landkreisen**

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Wohnungen				
	insgesamt	davon in Wohngebäuden mit...			in Nichtwohngebäuden
		1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen	
	Anzahl				
Chemnitz, Stadt	150 108	12 924	8 282	128 902	1 599
Erzgebirgskreis	201 279	34 225	47 258	119 796	5 368
Mittelsachsen	174 246	41 422	32 566	100 258	4 557
Vogtlandkreis	144 193	29 206	27 298	87 689	3 554
Zwickau	196 677	32 515	34 426	129 736	4 288
<b>Direktionsbezirk Chemnitz</b>	<b>866 503</b>	<b>150 292</b>	<b>149 830</b>	<b>566 381</b>	<b>19 366</b>
Dresden, Stadt	281 998	22 411	13 066	246 521	4 479
Bautzen	159 910	46 270	33 230	80 410	3 726
Görlitz	154 872	39 589	26 296	88 987	3 792
Meißen	131 174	32 412	22 726	76 036	2 823
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	129 936	29 751	24 038	76 147	3 678
<b>Direktionsbezirk Dresden</b>	<b>857 890</b>	<b>170 433</b>	<b>119 356</b>	<b>568 101</b>	<b>18 498</b>
Leipzig, Stadt	312 164	24 344	8 382	279 438	3 776
Leipzig	136 732	42 242	23 006	71 484	2 818
Nordsachsen	105 688	32 860	18 052	54 776	2 143
<b>Direktionsbezirk Leipzig</b>	<b>554 584</b>	<b>99 446</b>	<b>49 440</b>	<b>405 698</b>	<b>8 737</b>
<b>Sachsen</b>	<b>2 278 977</b>	<b>420 171</b>	<b>318 626</b>	<b>1 540 180</b>	<b>46 601</b>

**Abb. 1 Wohnungsbestand am 31. Dezember 2010 nach Anzahl der Räume in Prozent**



nem Rückgang von knapp sieben Prozent die höchste Rückgangsquote (vgl. Abb. 1).

### Regionale Verteilung des Wohnungsbestandes

Betrachtet man die regionale Verteilung zeigt sich, dass knapp ein Drittel aller Wohnungen in den drei größten Städten Sachsens liegen. Dabei hat Leipzig die meisten Wohnungen. Bei den Landkreisen hat der Erzgebirgskreis mit 206 647 Wohnungen den höchsten Bestand und der Kreis Nordsachsen mit 107 831 Wohnungen den niedrigsten Anteil an Wohnungen.

Der Wohnungsbestand je Einwohner liegt in der Stadt Chemnitz mit 624 Wohnungen je 1 000 Einwohner am höchsten und im Landkreis Bautzen mit 509 Wohnungen je 1 000 Einwohner am niedrigsten.

Auch die Raumstruktur zeigt regionale Unterschiede. Der Anteil von Wohnungen mit ein bis vier Räumen ist in den drei großen Städten zum Teil wesentlich höher als in den Landkreisen. In letzteren findet man dafür vermehrt Wohnungen mit fünf und mehr Wohnräumen. Ein Grund dafür liegt darin, dass in den ländlichen Regionen mehr Eigenheime als Mietwohnungen stehen, die tendenziell über eine höhere Anzahl von Räumen verfügen. Den höchsten Anteil an Einfamilienhäusern hatten die Landkreise Nordsachsen (30,5 Prozent) und Leipzig (30,3 Prozent), den niedrigsten Anteil die Stadt Leipzig mit 7,7 Prozent.

Die Stadt Leipzig hat den höchsten Anteil an Einraumwohnungen, Dresden an Zwei- und Dreiraumwohnungen, Chemnitz an Wohnungen mit vier Räumen und der Landkreis Bautzen an Wohnungen mit fünf und mehr Räumen.

### Ausblick

Mit der Gebäude- und Wohnungszählung im Jahr 2011 wird die Wohnungsbestandsfortschreibung, die gegenwärtig auf der Zählung von 1995 basiert, auf einen neuen aktuellen Stand gebracht werden. Die neuen Eckzahlen werden nicht vor Mitte 2012 erwartet.

Brigitta Töpfer, Dipl. Ing.,  
Referatsleiterin Datenerhebung Konjunktur- und Strukturstatistiken

# Gewerbebeziehung 1849 in Sachsen – Struktur der Wirtschaft (Teil 2)

## Vorbemerkungen

Zur Zählung der Bevölkerung nach ihrer Berufs- und Gewerbetätigkeit auf der Grundlage des Volkszählungsmaterials von 1849 sei auf den 1. Teil dieser Beitragsserie verwiesen. [1] Der Kürze wegen findet der Begriff Gewerbebeziehung Anwendung, obwohl es sich damals nicht um eine eigentliche Gewerbebeziehung handelte (Erfassung der Gewerbeeinheiten nach verschiedenen Merkmalen), sondern um eine Auszählung der Bevölkerung nach ihrer Berufs- und Gewerbetätigkeit sowie der Tätigkeit (Selbsttätige) bzw. Abhängigkeit (Angehörige). Als Selbsttätige wurden selbstständige Gewerbetreibende und (abhängig beschäftigte) Familienhäupter sowie Angehörige mit eigener Berufs- bzw. Gewerbetätigkeit erfasst (z. B. zum Haushalt gehörende Familienangehörige oder Familienfremde mit eigener Berufs- und Gewerbetätigkeit), die aber als in einem bestimmten Umfang wirtschaftlich vom Einkommen des Familienhauptes abhängig waren. Die Angehörigen mit eigener Berufs- oder Gewerbetätigkeit

wurden auch gesondert ausgezählt (vgl. [1, S. 50f., Abb. 3]). Neben den Selbsttätigen stehen die Angehörigen ohne eigene Berufs- oder Gewerbetätigkeit. Hierzu zählen auch Kinder, soweit sie nicht bereits einer Gewerbetätigkeit nachgingen (vgl. dazu auch Tab. 4). Von den in Tabelle 2 genannten 958 518 Angehörigen ohne eigenen Gewerbeverdienst oder Beruf waren ungefähr zwei Drittel Kinder im Alter von 14 Jahren und jünger. Die Ergebnisse dieser Auszählung wurden in den Statistischen Mitteilungen aus dem Königreich Sachsen 1854 veröffentlicht.<sup>1)</sup> [2]

## Sachsen – ein Industrie-Agrar-Land

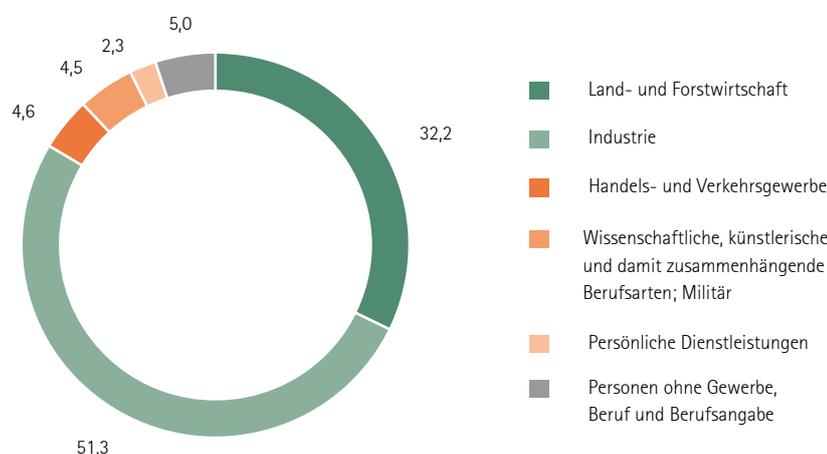
**Wirtschaftsstruktur Sachsens insgesamt**  
Anfang des 19. Jahrhunderts war die Wirtschaft in Sachsen noch stark agrarisch geprägt. Das heißt, der Großteil der Bevölkerung erwirtschaftete seinen Lebensunterhalt noch direkt oder indirekt in Abhängigkeit zur Land- und Forstwirtschaft.<sup>2)</sup> Die nichtagrari-

sche Gewerbetätigkeit war noch einer ganzen Reihe von juristischen Beschränkungen unterworfen, die aus dem mittelalterlichen Zunftwesen herrührten. Für die Gründung von modernen Fabriken waren oft noch königliche Ausnahmegenehmigungen erforderlich. Die Umwandlung des Königreiches Sachsen in eine konstitutionelle Monarchie 1831 und der Verfassungsgebungsprozess wirkten sich auch auf die Entwicklung der Gewerbetätigkeit aus. Die Industrialisierung machte in Sachsen innerhalb weniger Jahrzehnte größte Fortschritte. Mit der Gründung des Deutschen Zollvereins und dem Beitritt Sachsens 1833 sowie der Eröffnung der ersten deutschen Ferneseisenbahn Leipzig-Dresden 1839 wurden Voraussetzungen für den „modernen“ internationalen Waren- und Personenverkehr geschaffen.

Der Prozess der Industrialisierung veränderte das wirtschaftliche Gefüge Sachsens ganz beträchtlich. Man war sich in dieser Zeit auch durchaus dieser Veränderungen bewusst. Was allerdings weitgehend noch fehlte, waren genaue Kenntnisse über diesen Veränderungsprozess. Es hatte verschiedentlich Bemühungen gegeben, diese Wissenslücken zu schließen. Ernst Engel beschreibt das in der Einleitung zur Veröffentlichung der Gewerbebeziehung von 1849.<sup>3)</sup> [2, Einleitung, S. 1f.] Die Resultate waren jedoch bedingt zufriedenstellend.

1) Die Statistischen Mitteilungen sowie die ab 1855 abläsende Zeitschrift wurden von der damaligen Sächsischen Landesbibliothek (heute: Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek - SLUB) auf einer CD veröffentlicht, die über die SLUB bezogen werden kann.  
2) Waldwirtschaft bzw. die sich damals auch erst entwickelnde Forstwirtschaft waren noch eng mit der Landwirtschaft, insbesondere Viehhaltung, verbunden (Waldmast von Schweinen und z. T. Rindern, Gewinnung von Einstreumaterial für die Stallhaltung der Tiere u. Ä.).  
3) 1833 hatten die Akzise-Inspektoren Übersichten über die in jedem Gewerbe tätigen Personen zu machen. Die Unterlagen waren jedoch so fehlerhaft, dass sie nie für die Veröffentlichung bearbeitet werden konnten. 1835 machte das Finanzministerium einen Versuch, ein Gewerbe- und Personal-Steuer-Kataster für die Steuerbezirke aufzustellen. Die Ergebnisse sind in [3] veröffentlicht worden.

Abb. 1 Wirtschaftsstruktur des Königreiches Sachsen 1849 nach Sektionen<sup>1)</sup>  
(Anteil an der Bevölkerung in Prozent)



1) Die Klassifikation der Berufs- und Erwerbsklassen bestand aus Sektionen (I. bis VI.), Hauptabteilungen (A oder B) und Abteilungen (a, b, c usw.).

Zum Stichtag der Volkszählung am 3. Dezember 1849 hatte Sachsen 1 894 431 Bewohner. Davon lebten 65 Prozent auf dem Lande und 35 Prozent in den Städten. Gegenüber 1830 hatte sich diese Proportion nicht wesentlich verändert: Damals zählten die Städte rund 32 Prozent Einwohneranteil. 1849 waren nach ihrer Berufs- bzw. Gewerbetätigkeit 32,2 Prozent der Bevölkerung der I. Sektion Land- und Forstwirtschaft zugeordnet und 51,3 Prozent der II. Sektion Industrie (vgl. Abb.1 und Tab. 1). Die übrigen Sektionen vereinten somit 16,5 Prozent der Bevölkerung auf sich. Man kann das Königreich Sachsen in der Mitte des 19. Jahrhunderts also mit Recht als Industrie-Agrar-Land einstufen.<sup>4)</sup>

Die Wirtschaftsbereiche, die im modernen Sinne dem Dienstleistungssektor zuzuordnen wären, nahmen erst einen geringen Anteil ein. Die III. Sektion Handels- und Verkehrsgewerbe setzte sich aus zwei Hauptabteilungen Handel und Verkehr zusammen. Dem Handel waren rund zwei Drittel und dem Verkehr rund ein Drittel der Bevölkerung dieser Sektion zugeordnet. Landesweit lag der Anteil der Hauptabteilung Handel an der Bevölkerung bei 3,2 Prozent und der der Hauptabteilung Verkehr bei 1,4 Prozent.

Der Name der IV. Sektion „Wissenschaftliche, künstlerische und damit zusammenhängende Berufsarten; Militär“ ist etwas irreführend. Die Sektion besteht ebenfalls aus zwei Hauptabteilungen: Wissenschaftliche, künstlerische und damit zusammenhängende Berufsarten sowie Militär. In der ersteren Hauptabteilung sind insgesamt sechs Abteilungen zusammengefasst: Verwaltung und Justiz; Medizin- und Heilwesen; Kultus und öffentlicher Unterricht; Wissenschaften; Künste; Schreibereinflussene. Ein reichliches Drittel der Bevölkerung dieser Hauptabteilung entfällt allein auf die Abteilung Kultus und öffentlicher Unterricht und ein knappes Drittel auf

die Abteilung Verwaltung und Justiz. Auf die Hauptabteilung Militär entfällt knapp ein Prozent der Bevölkerung. Die IV. Sektion beinhaltet somit den gesamten Bereich der öffentlichen Verwaltung im modernen Sinne. Die V. Sektion Persönliche Dienstleistungen setzt sich aus drei recht heterogenen Abteilungen zusammen: „Hofbeamte“, „In Privatdiensten Stehende“ und „Anderweit persönliche Dienste Leistende“. Auf die zweite Abteilung entfällt der Großteil der Bevölkerung dieser Sektion. Die Persönlichen Dienstleistungen vereinten Mitte des 19. Jahrhunderts immerhin noch 2,3 Prozent der Bevölkerung auf sich.

Der VI. Sektion Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe sind 5,0 Prozent der Bevölkerung zugeordnet. Der Anteil der Personen ohne Berufsangabe lag lediglich bei rund 0,7 Prozent (12 894 Personen). Sie wurden damals aus pragmatischen Gründen der VI. Sektion mit hinzugezählt. Ansonsten setzt sich die VI. Sektion aus vier Hauptabteilungen zusammen: „Von Renten Lebende“, „Von Pensionen Lebende“, „Von Unterstützungen Lebende“ und „In Vorsorge- und Strafanstalten befindliche“. Auf die erste Hauptabteilung entfällt rund die Hälfte der Bevölkerung der VI. Sektion, worunter die Auszügler wiederum den größten Anteil ausmachen.

#### Stadt und Land

Die Industrialisierung war in Sachsen kein Phänomen, das sich auf die Städte konzentrierte, wie schon ein Vergleich des Anteils der Stadtbevölkerung von 35 Prozent mit dem Anteil der Industriebevölkerung von über 50 Prozent ergibt. Das heißt, ein beträchtlicher Teil der Industriebevölkerung lebte in Dörfern. 96,5 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung lebte in den Dörfern, nur 3,5 Prozent in den Städten. In den Städten lag der Anteil der Industriebevölkerung bei 68,5 Prozent,

in den Dörfern aber auch bei beachtlichen 42,1 Prozent. Die Bevölkerung der I. Sektion Land- und Forstwirtschaft hatte auf den Dörfern lediglich einen leicht höheren Anteil von 47,9 Prozent. Verallgemeinernd lässt sich somit festhalten, dass auch auf dem Lande in Sachsen die „nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung“ knapp die Hälfte ausmachte. Nach den absoluten Zahlen lebte sogar mehr als die Hälfte der Industriebevölkerung in Dörfern (vgl. Tab. 1).

Die Bevölkerung der III., IV. und V. Sektion konzentriert sich stärker auf die Städte (vgl. Tab. 1). Da in der VI. Sektion die Auszügler enthalten sind, ist hier der Unterschied der Anteile zwischen Stadt und Dorf nicht so ausgeprägt.

#### Selbsttätigkeit und Abhängigkeit

Knapp die Hälfte der Bevölkerung Sachsens wurde 1849 zu den Selbsttätigen und Familienhäuptern gerechnet und reichlich die Hälfte zu den Angehörigen ohne eigenen oder namhaft gemachten Gewerbeverdienst oder Beruf (vgl. Tab. 2). Unter den Selbsttätigen waren 13,5 Prozent Angehörige mit eigenen oder namhaft gemachten Gewerbeverdienst oder Beruf.

In den sechs Sektionen unterscheiden sich die Anteile aber beträchtlich vom Durchschnitt. Aufgrund der Gewichtung der II. Sektion Industrie bestimmen deren Abhängigkeitsverhältnisse wesentlich den Durchschnitt. Der Anteil der Selbsttätigen lag bei 44,7 Prozent, darunter 14,5 Prozent Angehörige mit

4) Bei der Auswertung späterer Berufszählungen stellte sich heraus, dass man bei der Gewerbeauszählung von 1849 die verschiedenen Dienstboten auf dem Lande pauschal der Land- und Forstwirtschaft zugeordnet hatte, nicht nur die Knechte und Mägde, sondern auch Hausbedienstete oder Kutscher auf den größeren Gütern oder in anderen dörflichen Haushalten, die man später unter die „Persönliche Dienste Leistenden“ zählte.

Tab. 1 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849 nach Berufs- und Erwerbsklassen sowie Stadt und Land<sup>1)</sup>

Nr.	Sektion	Bevölkerung								
		insgesamt	Städte	Dörfer	Städte	Dörfer	insgesamt	Städte	Dörfer	
		Anzahl			Anteil in %			%		
I.	Land- und Forstwirtschaft	610 814	21 104	589 710	3,5	96,5	32,2	3,2	47,9	
II.	Industrie	972 449	454 108	518 341	46,7	53,3	51,3	68,5	42,1	
III.	Handels- und Verkehrsgewerbe	87 620	50 838	36 782	58,0	42,0	4,6	7,7	3,0	
IV.	Wissenschaftliche, künstlerische und damit zusammenhängende Berufsarten; Militär	84 661	60 659	24 002	71,6	28,4	4,5	9,1	1,9	
V.	Persönliche Dienstleistungen	43 653	34 899	8 754	79,9	20,1	2,3	5,3	0,7	
VI.	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	95 234	41 432	53 802	43,5	56,5	5,0	6,2	4,4	
<b>Insgesamt</b>		<b>1 894 431</b>	<b>663 040</b>	<b>1 231 391</b>	<b>35,0</b>	<b>65,0</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	

1) Obwohl es seit 1832 die Sächsische Städteordnung und seit 1838 die Landgemeindeordnung gab, wodurch die "politischen Gemeinden" im heutigen Sinne begründet wurden, erfolgte die Auszählung von statistischen Erhebungen nach wie vor nach den Orten (im Sinne von Wohnplätzen) und nicht nach den politischen Gemeinden.

Tab. 2 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849 nach Berufs- und Erwerbsklassen sowie Tätigkeit und Abhängigkeit

Nr.	Sektion	Bevölkerung insgesamt		Selbsttätige und Familienhäupter		Angehörige		Anteil der Angehörigen mit eigenem Gewerbeverdienst oder Beruf an den Selbsttätigen
						mit <sup>1)</sup>	ohne	
						eigenen und namhaft gemachten Gewerbeverdienst oder Beruf		
						absolut	Anteil an der Bevölkerung	
Anzahl		%		Anzahl		%		
I.	Land- und Forstwirtschaft	610 814	320 739	52,5	51 217	290 075	47,5	16,0
II.	Industrie	972 449	434 286	44,7	62 928	538 163	55,3	14,5
III.	Handels- und Verkehrsgewerbe	87 620	33 189	37,9	5 742	54 431	62,1	17,3
IV.	Wissenschaftliche, künstlerische und damit zusammenhängende Berufsarten; Militär	84 661	43 091	50,9	2 284	41 570	49,1	5,3
V.	Persönliche Dienstleistungen	43 653	38 328	87,8	439	5 325	12,2	1,1
VI.	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	95 234	66 280	69,6	3 550	28 954	30,4	5,4
<b>Insgesamt</b>		<b>1 894 431</b>	<b>935 913</b>	<b>49,4</b>	<b>126 160</b>	<b>958 518</b>	<b>50,6</b>	<b>13,5</b>

1) Angehörige mit eigenem Gewerbeverdienst oder Beruf (z. B. Ehefrauen, die im Geschäft des Ehemannes mitarbeiten) werden zum einen unter die Selbsttätigen gerechnet, zum anderen als Angehörige betrachtet (hier: mit eigenem Gewerbeverdienst oder Beruf), da sie zumindest teilweise vom Einkommen des Ehemannes abhängig sind. Das heißt, nur die Selbsttätigen (und Familienhäupter) und die Angehörigen ohne Gewerbeverdienst oder Beruf ergeben addiert die Gesamtbevölkerung.

eigenen Gewerbeverdienst oder Beruf. In der nach der Gewichtung an zweiter Stelle stehenden I. Sektion Land- und Forstwirtschaft liegt der Anteil der Selbsttätigen etwas höher bei 52,5 Prozent und der Anteil der Angehörigen mit eigenem Gewerbeverdienst oder Beruf bei überdurchschnittlichen 16,0 Prozent. Das heißt, in der Landwirtschaft mussten mehr Angehörige mitarbeiten als in anderen Wirtschaftszweigen. In der III. Sektion Handels- und Verkehrsgewerbe war der Anteil der Selbsttätigen mit nur 37,9 Prozent am niedrigsten. Dies ist wesentlich eine Wirkung der asymmetrischen Geschlechtsstruktur der Selbsttätigen dieser Sektion. Der hohe Männeranteil von 84 Prozent im Handel und 97 Prozent im Verkehr bedingt, dass fast alle Frauen unter die Angehörigen ohne eigenen Gewerbeverdienst oder Beruf fallen.

In den Berufen der IV. Sektion fanden Frauen in der Mitte des 19. Jahrhunderts kaum eine oder definitiv keine (Militär) Beschäftigungsmöglichkeit, von Sonderfällen wie Hebamme, Heimbürgerin, Gouvernante und Bonne einmal abgesehen. Der Anteil der Angehörigen mit eigenem Gewerbeverdienst oder Beruf erreicht auch nur 5,3 Prozent. In der V. Sektion Persönliche Dienstleistungen ist der Anteil der Selbsttätigen mit 87,8 Prozent am höchsten. Auch hier wirkt sich die Geschlechtsstruktur aus. Der sehr hohe Frauenanteil unter den Selbsttätigen von rund 88 Prozent ist noch verbunden mit einem ebenfalls sehr hohen Anteil der Ledigen an der Bevölkerung dieser Sektion. Das heißt, die hier zusammengefassten Berufsgruppen haben kaum Angehörige (Ehemänner und Kinder). Bei den Personen der VI. Sektion ist der Anteil

der Selbsttätigen ebenfalls mit 69,6 Prozent überdurchschnittlich hoch. Dies ist die Wirkung der Altersstruktur. Ein hoher Prozentsatz der hier zusammengefassten Bevölkerung ist alt (über 60 Jahre) und verwitwet. Beide Merkmale führen dazu, dass die Zahl der Angehörigen im Haushalt hier vergleichsweise gering ist.

**Alter und Geschlecht**

Die Geschlechtsstruktur war 1849 in Sachsen geradezu idealtypisch ausgeprägt: 48,7 Prozent Männer – 51,3 Prozent Frauen. Der Männeranteil lag leicht unter, der Frauenanteil leicht über der Hälfte. Größere äußere Verzerrungen durch Kriegseinflüsse gab es zu der Zeit nicht. 1849 hatten Kinder mit 14 Jahren in der Regel ihre Schulpflicht (Volksschule) erfüllt. Das heißt, anschließend trat

Tab. 3 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849 nach Berufs- und Erwerbsklassen sowie Hauptaltersgruppen und Geschlecht (in Prozent)

Nr.	Sektion	Bevölkerung insgesamt		Selbsttätige und Familienhäupter				Angehörige ohne eigenen Gewerbeverdienst oder Beruf			
				im Alter von ... Jahren							
				14 und jünger		über 14		14 und jünger		über 14	
				m	w	m	w	m	w	m	w
I.	Land- und Forstwirtschaft	47,7	52,3	63,1	36,9	61,2	38,8	49,5	50,5	1,9	98,1
II.	Industrie	50,8	49,2	37,5	62,5	74,3	25,7	49,7	50,3	2,6	97,4
III.	Handels- und Verkehrsgewerbe	52,4	47,6	100,0	-	87,6	12,4	49,7	50,3	3,8	96,2
IV.	Wissenschaftliche, künstlerische und damit zusammenhängende Berufsarten; Militär	61,3	38,7	76,5	23,5	93,1	6,9	48,8	51,2	3,8	96,2
V.	Persönliche Dienstleistungen	14,2	85,8	4,2	95,8	11,7	88,3	48,9	51,1	4,7	95,3
VI.	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	36,0	64,0	65,3	34,7	42,1	57,9	47,3	52,7	3,8	96,2
<b>Insgesamt</b>		<b>48,7</b>	<b>51,3</b>	<b>62,3</b>	<b>37,7</b>	<b>66,3</b>	<b>33,7</b>	<b>49,6</b>	<b>50,4</b>	<b>2,6</b>	<b>97,4</b>

Tab. 4 Selbsttätige und Familienhäupter des Königreiches Sachsen 1849 nach Berufs- und Erwerbsklassen sowie Altersgruppen und Geschlecht

Nr.	Sektion	Im Alter von über ... bis ... Jahren									
		14 und jünger		14 – 21		21 – 30		30 – 60		über 60	
		m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Anzahl											
I.	Land- und Forstwirtschaft	1 163	680	45 357	57 593	39 749	39 701	94 652	22 750	15 454	3 640
II.	Industrie	239	399	60 300	33 756	77 187	30 094	161 519	36 847	23 208	10 737
III.	Handels- und Verkehrsgewerbe	3	-	3 112	177	5 728	394	17 701	2 610	2 540	924
IV.	Wissenschaftliche, künstlerische und damit zusammenhängende Berufsarten; Militär	958	294	4 973	397	17 385	431	14 218	1 618	2 365	452
V.	Persönliche Dienstleistungen	4	92	892	11 443	975	14 721	2 315	6 680	293	913
VI.	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	477	254	511	327	1 042	1 237	6 832	12 876	19 194	23 530
<b>Insgesamt</b>		<b>2 844</b>	<b>1 719</b>	<b>115 145</b>	<b>103 693</b>	<b>142 066</b>	<b>86 578</b>	<b>297 237</b>	<b>83 381</b>	<b>63 054</b>	<b>40 196</b>

ein großer Teil von ihnen eine Berufsausbildung an bzw. begann eine eigenständige Gewerbetätigkeit – im Sinne dieser Statistik. Unter den Selbsttätigen wurden deshalb nur wenige (4 563 Personen bzw. 0,24 Prozent der Bevölkerung) im Alter bis 14 Jahren gezählt. Die absolut größte Zahl wurde in der Sektion Land- und Forstwirtschaft mit 1 843 ausgewiesen. Die meisten von Ihnen arbeiteten als Schäfer und Hirten. Die hohe Zahl von 1 252 Personen in der IV. Sektion setzt sich im Wesentlichen aus 1 136 Zöglingen in Unterrichts- und Pensionsanstalten sowie 101 Studenten zusammen. In der V. Sektion sind unter den „In Vorsorge und Strafanstalten Befindlichen“ auch Kinder bis 14 Jahren.<sup>5)</sup> Bei den Angehörigen ohne eigenen Gewerbeverdienst oder Beruf bis 14 Jahre handelt es sich um Kinder, dementsprechend ist die Geschlechtsproportion in allen Sektionen nahezu übereinstimmend nahe dem Mittelwert. Bei den Angehörigen ohne eigenen Gewerbeverdienst oder Beruf über 14 Jahre lag der Frauenanteil im Mittel bei 97,4 Prozent.

Zwischen den Sektionen bestanden nur geringe Unterschiede. Der hohe Frauenanteil wird hier in erster Linie durch die Ehefrauen hervorgerufen. Bei den Männern in dieser Altersgruppe handelte es sich überwiegend um Schüler höherer Schulen oder sonstige Personen, die in den Haushalten mit versorgt wurden.

### Regionale Differenzierung

#### Kreisdirektionsbezirke

Die vier Kreisdirektionsbezirke Sachsens waren hinsichtlich ihrer Bevölkerung unterschiedlich groß.<sup>6)</sup> [4] Der größte war der Bezirk Zwickau mit reichlich einem Drittel der Bevölkerung des Königreiches Sachsen (vgl. Tab. 5 und Abb. 2). Er fällt jedoch nicht nur durch seine absolute Größe auf, sondern auch durch seinen überdurchschnittlichen Anteil an Industriebevölkerung. Hier konzentrierten sich damals 44,8 Prozent der Industriebevölkerung Sachsens. Die Bezirke Dresden und

Leipzig hatten leicht unter dem Mittel liegende Anteile. Der Industrialisierungsgrad (Anteil der Industriebevölkerung an der Bevölkerung insgesamt) erreichte im Kreisdirektionsbezirk Zwickau 62,7 Prozent, im Bezirk Bautzen mit 52,1 Prozent einen durchschnittlichen Wert, und in den Bezirken Dresden mit 41,0 Prozent und Leipzig mit 44,0 Prozent einen unterdurchschnittlichen Wert (vgl. Abb. 2). Der Anteil der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft lag, außer im Bezirk Zwickau mit 25,4 Prozent, in den anderen drei Bezirken bei rund 36 Prozent.

- 5) Das Bild, das diese Statistik ausweist, legt den vorsichtigen Schluss nahe, dass regelrechte Kinderarbeit in Sachsen Mitte des 19. Jahrhunderts kein ausgeprägtes Phänomen war. Es bleibt natürlich eine gewisse Dunkelziffer. Außerdem mussten sicherlich Kinder – Angehörige ohne eigenen Gewerbeverdienst oder Beruf bis 14 Jahre – zum Teil durchaus neben dem Schulbesuch „arbeiten“, man denke allein an die Landwirtschaft.
- 6) Die Verwaltungsgliederung Sachsens war bis 1873/74 das Ergebnis der historischen Entwicklung und nicht durch „planende Gestaltung“ herbeigeführt. Die Verwaltungseinheiten auf den verschiedenen Ebenen unterschieden sich in Fläche, Bevölkerung, Zahl der Gemeinden u. a. teilweise sehr stark.

Tab. 5 Bevölkerung der Kreisdirektionsbezirke<sup>1)</sup> des Königreiches Sachsen 1849 nach Berufs- und Erwerbsklassen

Nr.	Sektion	Kreisdirektionsbezirk Dresden		Kreisdirektionsbezirk Leipzig		Kreisdirektionsbezirk Zwickau		Kreisdirektionsbezirk Bautzen	
		Anzahl	Anteil an Sachsen						
			in %		in %		in %		in %
I.	Land- und Forstwirtschaft	175 309	28,7	153 018	25,1	176 012	28,8	106 475	17,4
II.	Industrie	196 987	20,3	188 748	19,4	435 394	44,8	151 320	15,6
III.	Handels- und Verkehrsgewerbe	25 843	29,5	25 145	28,7	28 210	32,2	8 422	9,6
IV.	Wissenschaftliche, künstlerische und damit zusammenhängende Berufsarten; Militär	31 679	37,4	23 117	27,3	20 916	24,7	8 949	10,6
V.	Persönliche Dienstleistungen	15 306	35,1	13 864	31,8	10 396	23,8	4 087	9,4
VI.	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	35 918	37,7	24 640	25,9	23 340	24,5	11 336	11,9
<b>Insgesamt</b>		<b>481 042</b>	<b>25,4</b>	<b>428 532</b>	<b>22,6</b>	<b>694 268</b>	<b>36,7</b>	<b>290 589</b>	<b>15,3</b>

1) Zur Abgrenzung der Kreisdirektionsbezirke vgl. [4]

Die Bevölkerung der IV. Sektion, also die öffentliche Verwaltung, hatte im Kreisdirektionsbezirk Dresden mit 37,4 Prozent einen überdurchschnittlichen Anteil. Auch absolut gesehen, konzentrierte sich dieser Berufs- und Gewerbebezweig hier (vgl. Tab. 5).

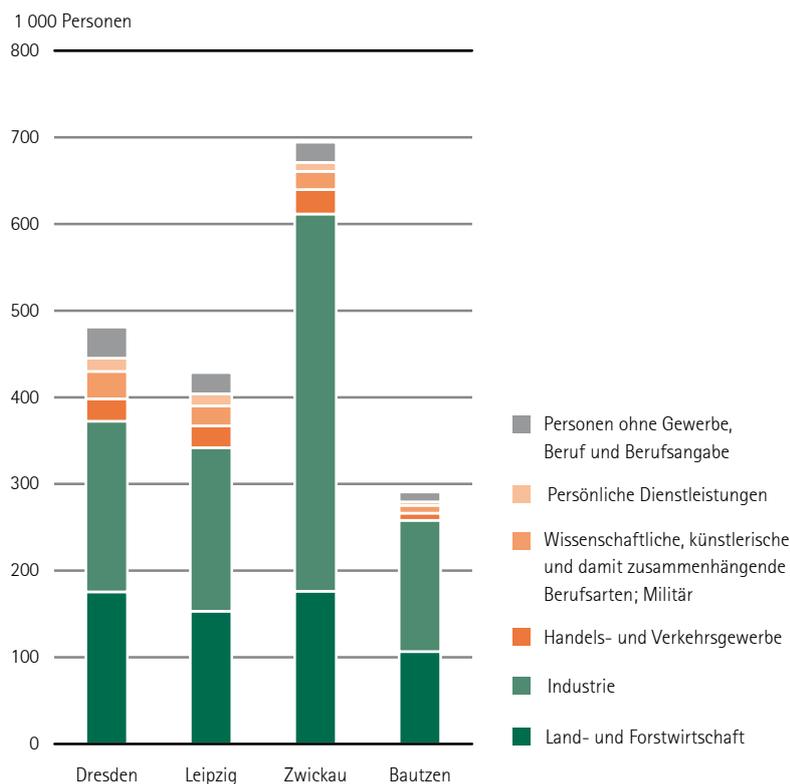
### Amtsbezirke

Die Kreisdirektionsbezirke bestanden aus Amts- bzw. Gerichtsbezirken.<sup>7)</sup> Ihre Größe war extrem unterschiedlich – das Amt Moritzburg umfasste z. B. nur drei Dörfer [5] –, was bei Vergleichen zu beachten ist. Einen durchschnittlichen und überdurchschnittlichen Industrialisierungsgrad (Anteil der Industriebevölkerung an der Gesamtbevölkerung) wiesen alle Amtsbezirke des Kreisdirektionsbezirk Zwickau auf, außerdem die Amtsbezirke Altenberg und Freiberg sowie Nossen und Löbau (vgl. Abb. 3). Das heißt, im Erzgebirgsraum konzentrierte sich fast durchgängig die meiste Industrie.

Im Gegenzug reihten sich die Amtsbezirke mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung im Flachland Sachsens von Pegau im Westen bis Bautzen im Osten. Hier sind auch die fruchtbarsten Böden verbreitet (Löbgyrtel).

Die Amtsbezirke Dresden und Leipzig nehmen eine Sonderstellung im Hinblick auf ihre Wirtschaftsstruktur ein. So ist der Kreisamtsbezirk Leipzig mit der Stadt Leipzig derjenige Amtsbezirk mit dem höchsten Anteil an Bevölkerung im Handel (9,8 Prozent) und dem zweithöchsten Anteil bei Wissenschaftlichen, künstlerischen und damit zusammenhängenden Berufsarten (7,8 Prozent), d. h. der öffentlichen Verwaltung. Der Amtsbezirk Dresden mit der Landeshaupt- und Residenzstadt Dresden hatte mit 8,3 Prozent den größten Anteil an Bevölkerung mit Wissenschaftlichen, künstlerischen und damit zusammenhängenden Berufsarten. Auf den Handel fielen hier 5,0 Prozent der Bevölkerung. Auffällig ist die Konzentration von Militärpersonen auf den Amtsbezirk Dresden (4,2 Prozent) – einschließlich pensionsberechtigter Offizierswitwen und Offizierskinder. In beiden Amtsbezirken ist der Anteil der Persönlichen Dienstleistungen mit je 7,1 Prozent ebenfalls stark überdurchschnittlich. In Dresden und Leipzig bestand ein hoher Bedarf an „persönliche Dienste Leistende“ aller Art, hinzu kam der königliche Hof mit seinen Hofbeamten in Dresden. – Von den 1 135 Hofbeamten (Selbsttätige und Angehörige zusammen) lebten bis auf zwei in Leipzig alle im Amtsbezirk Dresden bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft (Pirna, Meißen, Moritzburg).

**Abb. 2 Wirtschaftsstruktur der Kreisdirektionsbezirke Sachsens nach Sektionen – Bevölkerung nach Berufs- und Erwerbsklassen –**



### Industriestruktur

Die Sektion Industrie war in folgende Abteilungen gegliedert:

- a) Gewinnung von Rohprodukten,
- b) Herstellung und Beschaffung von Nahrungsmitteln,
- c) Anfertigung von Kleidung,
- d) Haus- und Fabrikgewerbe für Herstellung, Ausstattung und Einrichtung von Gebäuden und Wohnungen,
- e) Gewerbe zu häuslichen, industriellen und anderen Zwecken,
- f) Übrige Fabrik- und Manufakturgewerbe
- g) Typographische und damit zusammenhängende Gewerbe
- h) Handarbeiter aller Art.

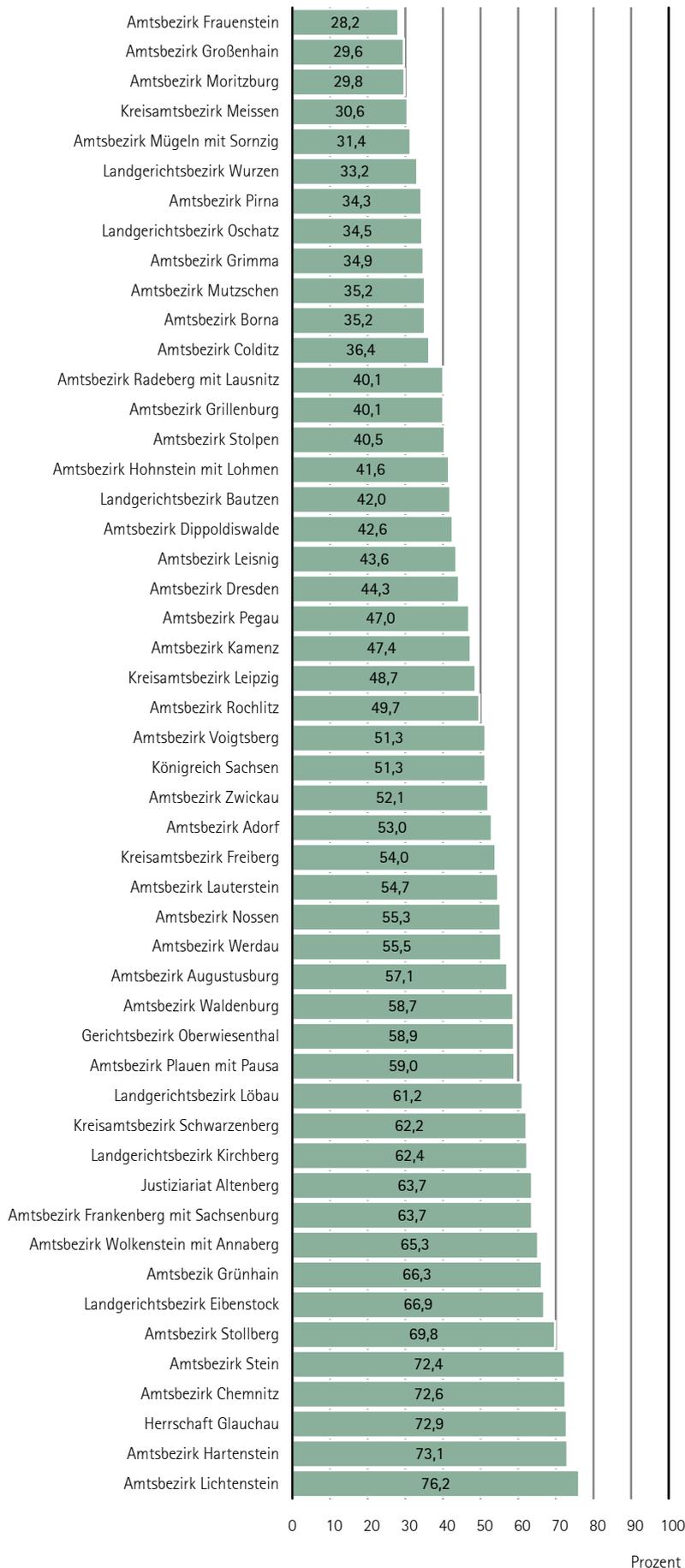
Innerhalb der einzelnen Berufs- und Erwerbsklassen unterschied die Gewerbeauszählung noch zwischen Meistern, Gehilfen und Lehrlingen oder Geschäftsinhabern/Unternehmern/Prinzipalen und Arbeitern oder Werksangehörigen. Die Industriestruktur

Sachsens zeigt Abbildung 4. Unter Gewinnung von Rohprodukten ist der Bergbau zu verstehen. Anfertigung von Kleidung (und Putz) ist ziemlich wörtlich zu verstehen, während Spinnerei, Färberei und Weberei zu den Übrigen Fabrik- und Manufakturgewerben gerechnet wurde. Diese Abteilung war noch einmal in zwei Unterabteilungen gegliedert: Mechanische und Chemische (Fabrik- und Manufakturgewerbe).

Im Folgenden soll anhand der Selbsttätigen (einschließlich Angehöriger mit eigenem Gewerbeverdienst oder Beruf) die Industriestruktur an einigen Beispielen kurz erläutert werden. Die lange Tradition Sachsens in Bergbau und Verhüttung von Metallen wirkte 1849 noch nach. Über fünf Prozent der Selbsttätigen hatte hier ihren Erwerb. Der wichtigste Industriebereich (im modernen Sinne) war jedoch die Textil- und Bekleidungsindustrie. Rechnet man zur Abteilung Anfertigung von Bekleidung (vgl. Abb. 4) noch alle Berufs- und Gewerbearten dazu,

7) Die allgemeine Verwaltung und die Rechtsprechung (Gerichte der ersten Instanz) waren 1849 noch nicht voneinander getrennt. Die Rechtsprechung war aber bereits im Umbruch begriffen hin zu staatlichen (königlichen) Gerichten. Ein „Amt“ im Allgemeinen umfasste das Rentamt und Justizamt. Das Rentamt konnte aber vom Justizamt getrennt sein, was sich im Namen des Amtsbezirk ausdrückt (z. B. Gerichtsamt, Justizariat). Landgerichte waren in der Regel kollegialisch geführte Gerichte (mehr als ein Richter), in denen in der Regel ein früheres Justizamt, ehemalige Stadtgerichte und Patrimonialgerichte zusammengeführt waren.

**Abb. 3 Anteil der Industriebeschäftigten an der Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849 nach Amtsbezirken (in Prozent)**



die zur Textilindustrie gehören (Spinnerei, Weberei, Färberei u. Ä.), so ergibt sich eine Gesamtzahl von über 300 000 Personen. Das entspricht knapp einem Drittel der Selbsttätigen (einschließlich der Angehörigen mit eigenem Beruf oder Gewerbeeinkommen). Die Zahl der Weber aller Art (einschließlich Tuchmacher) lag bei knapp 95 000 Personen, der Spinner aller Art bei rund 18 500 Personen. Demgegenüber waren nur 659 Maschinenbauer ausgewiesen. Die Metallverarbeitung bzw. Herstellung von Metallerzeugnissen (einschließlich Maschinenbau) befand sich 1849 in Sachsen noch in einem Anfangsstadium. Entsprechende Berufe bzw. Gewerbetätigkeiten tauchen erst in geringem Umfang auf oder sind in den oben genannten Abteilungen d) und e) enthalten.

### Wirtschaftliche und soziale Stellung

Die Gewerbebezahlung von 1849 unterschied nach sieben gesellschaftlichen Berufs- und Erwerbsklassen:

- I. Nicht etablierte Arbeiter<sup>8)</sup>,
- II. Etablierte Gewerbe-, Handels- und Verkehrstreibende,
- III. Persönliche Dienste Leistende,
- IV. Beamte, Angestellte mit festem Gehalt,
- V. Den Wissenschaften und Künsten Obliegende,
- VI. Militärpersonen,
- VII. Personen ohne Beruf und Berufsangabe.

Die Struktur dieser gesellschaftlichen Klassen<sup>9)</sup> zeigt Abbildung 5 sowohl für die Bevölkerung insgesamt als auch für die Selbsttätigen (einschließlich Angehöriger mit eigenem Beruf oder Gewerbeverdienst). Der Anteil der etablierten<sup>8)</sup> Gewerbe-, Handels- und Verkehrstreibenden ist mit rund 40 Prozent an der Bevölkerung und 33,5 Prozent an den männlichen Selbsttätigen relativ hoch. Wenn man auf der anderen Seite die nicht etablierten Arbeiter, also die Arbeiter und Hand-

8) Etabliert bezieht sich auf „Etablissement“ für Fabrik, Institution oder Gewerbebetrieb aller Art. Der Besitzer eines solchen Etablissements war etabliert, seine Arbeiter und Angestellten nicht etabliert.

9) Die zeitgenössischen Inhalte dieser Abgrenzungen muss man hinnehmen. Eine Übertragung auf moderne Verhältnisse oder Vorstellungen ist nicht oder nur bedingt möglich.

Tab. 6 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849 nach Berufs- und Erwerbsklassen sowie Amtsbezirken (Personen)

Amts- oder Gerichtsbezirk	Land- und Forstwirtschaft	Industrie	Handel	Verkehr	Wissenschaftliche, künstlerische und ... <sup>1)</sup>	Militär	Persönliche Dienstleistungen	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	Insgesamt
	I.	II.	III. A	III. B	IV. A	IV. B	V.	VI.	
<b>Kreisdirektionsbezirk Dresden</b>									
Justizariat Altenberg	853	2 525	101	102	159	22	53	152	3 967
Amtsbezirk Dippoldiswalde	6 971	6 741	398	114	492	5	263	839	15 823
Amtsbezirk Dresden	29 136	66 212	7 455	3 082	12 346	6 275	10 636	14 270	149 412
Amtsbezirk Frauenstein	7 035	3 415	411	68	326	33	60	761	12 109
Kreisamtsbezirk Freiberg	25 028	43 937	1 930	593	2 508	448	1 130	5 849	81 423
Amtsbezirk Großenhain	17 502	9 606	625	539	932	220	457	2 591	32 472
Amtsbezirk Grillenburg	6 006	5 227	285	173	446	-	141	741	13 019
Amtsbezirk Hohnstein mit Lohmen	11 736	12 177	678	1 785	859	19	386	1 630	29 270
Kreisamtsbezirk Meissen	34 652	19 790	1 473	1 004	2 424	512	1 035	3 836	64 726
Amtsbezirk Moritzburg	6 349	3 520	298	124	333	129	130	938	11 821
Amtsbezirk Pirna	23 192	17 785	1 203	2 967	2 088	472	902	3 284	51 893
Amtsbezirk Radeberg mit Lausnitz	6 849	6 052	257	178	356	275	113	1 027	15 107
<b>Summe</b>	<b>175 309</b>	<b>196 987</b>	<b>15 114</b>	<b>10 729</b>	<b>23 269</b>	<b>8 410</b>	<b>15 306</b>	<b>35 918</b>	<b>481 042</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Leipzig</b>									
Amtsbezirk Borna	17 650	12 389	763	416	1 079	307	658	1 900	35 162
Amtsbezirk Colditz	8 635	6 780	359	255	652	136	238	1 595	18 650
Amtsbezirk Grimma	13 263	9 379	534	238	1 071	351	428	1 580	26 844
Kreisamtsbezirk Leipzig	21 564	59 880	12 050	2 795	9 533	1 342	8 737	6 930	122 831
Amtsbezirk Leisnig	12 819	13 490	698	435	923	447	534	1 594	30 940
Amtsbezirk Mügeln mit Sorzig	5 898	3 327	226	91	341	-	130	572	10 585
Amtsbezirk Mutzschen	3 576	2 717	124	52	347	16	146	736	7 714
Amtsbezirk Nossen	11 884	20 123	836	337	883	7	554	1 752	36 376
Landgerichtsbezirk Oschatz	16 150	11 223	693	535	1 066	471	565	1 850	32 553
Amtsbezirk Pegau	6 690	8 606	532	273	589	259	386	976	18 311
Amtsbezirk Rochlitz einschl. ... <sup>2)</sup>	24 894	34 453	1 488	746	2 056	533	1 146	4 023	69 339
Landgerichtsbezirk Wurzen	9 995	6 381	290	379	601	107	342	1 132	19 227
<b>Summe</b>	<b>153 018</b>	<b>188 748</b>	<b>18 593</b>	<b>6 552</b>	<b>19 141</b>	<b>3 976</b>	<b>13 864</b>	<b>24 640</b>	<b>428 532</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Zwickau</b>									
Amtsbezirk Adorf	6 523	9 939	312	146	592	2	222	1 001	18 737
Amtsbezirk Augustusburg	15 105	26 914	1 074	397	1 068	60	596	1 955	47 169
Amtsbezirk Chemnitz	12 933	60 810	2 366	532	1 999	827	1 985	2 352	83 804
Landgerichtsbezirk Eibenstock	4 698	18 255	2 318	466	599	9	301	635	27 281
Amtsbezirk Frankenberg mit Sachsenburg	5 145	13 930	599	226	457	34	438	1 039	21 868
Amtsbezirk Grünhain	5 140	15 681	986	151	536	51	387	705	23 637
Landgerichtsbezirk Kirchberg	6 730	17 579	1 119	352	702	30	416	1 237	28 165
Amtsbezirk Lauterstein	7 953	12 282	428	251	611	4	261	668	22 458
Gerichtsbezirk Oberwiesenthal	2 058	4 401	304	258	185	1	47	224	7 478
Amtsbezirk Plauen mit Pausa	30 000	60 689	2 769	1 575	2 363	562	1 360	3 498	102 816
Kreisamtsbezirk Schwarzenberg	7 195	17 994	1 406	368	905	-	236	809	28 913
Amtsbezirk Stollberg	5 587	16 572	263	132	392	7	166	613	23 732
Amtsbezirk Voigtsberg	13 066	16 946	462	195	815	272	239	1 034	33 029
Amtsbezirk Werdau	8 694	15 683	778	681	633	404	424	939	28 236
Amtsbezirk Wolkenstein mit Annaberg	14 077	41 062	2 241	589	1 737	622	968	1 633	62 929
Amtsbezirk Zwickau einschl. ... <sup>3)</sup>	15 452	24 847	1 034	731	1 887	614	835	2 330	47 730
Schönburgsche Rezessherrschaften <sup>4)</sup>	15 656	61 810	1 903	798	1 848	88	1 515	2 668	86 286
<b>Summe</b>	<b>176 012</b>	<b>435 394</b>	<b>20 362</b>	<b>7 848</b>	<b>17 329</b>	<b>3 587</b>	<b>10 396</b>	<b>23 340</b>	<b>694 268</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Bautzen</b>									
Landgerichtsbezirk Bautzen	44 145	40 697	1 554	672	3 054	685	1 599	4 593	96 999
Amtsbezirk Kamenz	4 804	6 487	252	240	522	10	269	1 094	13 678
Landgerichtsbezirk Löbau	43 568	92 556	3 622	1 320	3 988	30	1 924	4 291	151 299
Amtsbezirk Stolpen	13 958	11 580	558	204	660	-	295	1 358	28 613
<b>Summe</b>	<b>106 475</b>	<b>151 320</b>	<b>5 986</b>	<b>2 436</b>	<b>8 224</b>	<b>725</b>	<b>4 087</b>	<b>11 336</b>	<b>290 589</b>
<b>Königreich Sachsen</b>									
<b>Insgesamt</b>	<b>610 814</b>	<b>972 449</b>	<b>60 055</b>	<b>27 565</b>	<b>67 963</b>	<b>16 698</b>	<b>43 653</b>	<b>95 234</b>	<b>1 894 431</b>

Tab. 7 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849 nach Berufs- und Erwerbsklassen sowie Amtsbezirken (in Prozent)

Amts- oder Gerichtsbezirk	Land- und Forstwirtschaft	Industrie	Handel	Verkehr	Wissenschaftliche, künstlerische und ... <sup>1)</sup>	Militär	Persönliche Dienstleistungen	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	Insgesamt
	I.	II.	III. A	III. B	IV. A	IV. B	V.	VI.	
<b>Kreisdirektionsbezirk Dresden</b>									
Justizariat Altenberg	21,5	63,7	2,5	2,6	4,0	0,6	1,3	3,8	100
Amtsbezirk Dippoldiswalde	44,1	42,6	2,5	0,7	3,1	0,0	1,7	5,3	100
Amtsbezirk Dresden	19,5	44,3	5,0	2,1	8,3	4,2	7,1	9,6	100
Amtsbezirk Frauenstein	58,1	28,2	3,4	0,6	2,7	0,3	0,5	6,3	100
Kreisamtsbezirk Freiberg	30,7	54,0	2,4	0,7	3,1	0,6	1,4	7,2	100
Amtsbezirk Großenhain	53,9	29,6	1,9	1,7	2,9	0,7	1,4	8,0	100
Amtsbezirk Grillenburg	46,1	40,1	2,2	1,3	3,4	-	1,1	5,7	100
Amtsbezirk Hohnstein mit Lohmen	40,1	41,6	2,3	6,1	2,9	0,1	1,3	5,6	100
Kreisamtsbezirk Meissen	53,5	30,6	2,3	1,6	3,7	0,8	1,6	5,9	100
Amtsbezirk Moritzburg	53,7	29,8	2,5	1,0	2,8	1,1	1,1	7,9	100
Amtsbezirk Pirna	44,7	34,3	2,3	5,7	4,0	0,9	1,7	6,3	100
Amtsbezirk Radeberg mit Lausnitz	45,3	40,1	1,7	1,2	2,4	1,8	0,7	6,8	100
<b>Summe</b>	<b>36,4</b>	<b>41,0</b>	<b>3,1</b>	<b>2,2</b>	<b>4,8</b>	<b>1,7</b>	<b>3,2</b>	<b>7,5</b>	<b>100</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Leipzig</b>									
Amtsbezirk Borna	50,2	35,2	2,2	1,2	3,1	0,9	1,9	5,4	100
Amtsbezirk Colditz	46,3	36,4	1,9	1,4	3,5	0,7	1,3	8,6	100
Amtsbezirk Grimma	49,4	34,9	2,0	0,9	4,0	1,3	1,6	5,9	100
Kreisamtsbezirk Leipzig	17,6	48,7	9,8	2,3	7,8	1,1	7,1	5,6	100
Amtsbezirk Leisnig	41,4	43,6	2,3	1,4	3,0	1,4	1,7	5,2	100
Amtsbezirk Mügeln mit Sornitz	55,7	31,4	2,1	0,9	3,2	-	1,2	5,4	100
Amtsbezirk Mutzschen	46,4	35,2	1,6	0,7	4,5	0,2	1,9	9,5	100
Amtsbezirk Nossen	32,7	55,3	2,3	0,9	2,4	0,0	1,5	4,8	100
Landgerichtsbezirk Oschatz	49,6	34,5	2,1	1,6	3,3	1,4	1,7	5,7	100
Amtsbezirk Pegau	36,5	47,0	2,9	1,5	3,2	1,4	2,1	5,3	100
Amtsbezirk Rochlitz einschl ... <sup>2)</sup>	35,9	49,7	2,1	1,1	3,0	0,8	1,7	5,8	100
Landgerichtsbezirk Wurzen	52,0	33,2	1,5	2,0	3,1	0,6	1,8	5,9	100
<b>Summe</b>	<b>35,7</b>	<b>44,0</b>	<b>4,3</b>	<b>1,5</b>	<b>4,5</b>	<b>0,9</b>	<b>3,2</b>	<b>5,7</b>	<b>100</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Zwickau</b>									
Amtsbezirk Adorf	34,8	53,0	1,7	0,8	3,2	0,0	1,2	5,3	100
Amtsbezirk Augustusburg	32,0	57,1	2,3	0,8	2,3	0,1	1,3	4,1	100
Amtsbezirk Chemnitz	15,4	72,6	2,8	0,6	2,4	1,0	2,4	2,8	100
Landgerichtsbezirk Eibenstock	17,2	66,9	8,5	1,7	2,2	0,0	1,1	2,3	100
Amtsbezirk Frankenberg mit Sachsenburg	23,5	63,7	2,7	1,0	2,1	0,2	2,0	4,8	100
Amtsbezirk Grünhain	21,7	66,3	4,2	0,6	2,3	0,2	1,6	3,0	100
Landgerichtsbezirk Kirchberg	23,9	62,4	4,0	1,2	2,5	0,1	1,5	4,4	100
Amtsbezirk Lauterstein	35,4	54,7	1,9	1,1	2,7	0,0	1,2	3,0	100
Gerichtsbezirk Oberwiesenthal	27,5	58,9	4,1	3,5	2,5	0,0	0,6	3,0	100
Amtsbezirk Plauen mit Pausa	29,2	59,0	2,7	1,5	2,3	0,5	1,3	3,4	100
Kreisamtsbezirk Schwarzenberg	24,9	62,2	4,9	1,3	3,1	-	0,8	2,8	100
Amtsbezirk Stollberg	23,5	69,8	1,1	0,6	1,7	0,0	0,7	2,6	100
Amtsbezirk Voigtsberg	39,6	51,3	1,4	0,6	2,5	0,8	0,7	3,1	100
Amtsbezirk Werdau	30,8	55,5	2,8	2,4	2,2	1,4	1,5	3,3	100
Amtsbezirk Wolkenstein mit Annaberg	22,4	65,3	3,6	0,9	2,8	1,0	1,5	2,6	100
Amtsbezirk Zwickau einschl ... <sup>3)</sup>	32,4	52,1	2,2	1,5	4,0	1,3	1,7	4,9	100
Schönburgsche Rezessherrschaften <sup>4)</sup>	18,1	71,6	2,2	0,9	2,1	0,1	1,8	3,1	100
<b>Summe</b>	<b>25,4</b>	<b>62,7</b>	<b>2,9</b>	<b>1,1</b>	<b>2,5</b>	<b>0,5</b>	<b>1,5</b>	<b>3,4</b>	<b>100</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Bautzen</b>									
Landgerichtsbezirk Bautzen	45,5	42,0	1,6	0,7	3,1	0,7	1,6	4,7	100
Amtsbezirk Kamenz	35,1	47,4	1,8	1,8	3,8	0,1	2,0	8,0	100
Landgerichtsbezirk Löbau	28,8	61,2	2,4	0,9	2,6	0,0	1,3	2,8	100
Amtsbezirk Stolpen	48,8	40,5	2,0	0,7	2,3	-	1,0	4,7	100
<b>Summe</b>	<b>36,6</b>	<b>52,1</b>	<b>2,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>0,2</b>	<b>1,4</b>	<b>3,9</b>	<b>100</b>
<b>Königreich Sachsen</b>									
<b>Insgesamt</b>	<b>32,2</b>	<b>51,3</b>	<b>3,2</b>	<b>1,5</b>	<b>3,6</b>	<b>0,9</b>	<b>2,3</b>	<b>5,0</b>	<b>100</b>

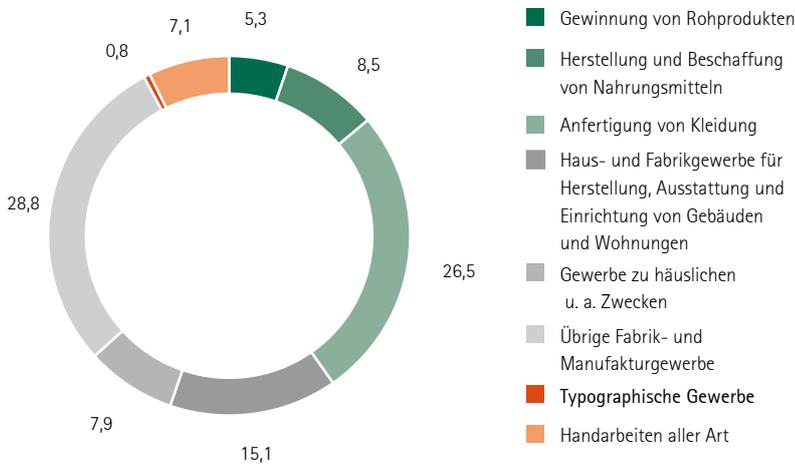
Tab. 8 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849 nach Berufs- und Erwerbsklassen sowie Amtsbezirken (Berufs- u. Erwerbskl. = 100)

Amts- oder Gerichtsbezirk	Land- und Forstwirtschaft	Industrie	Handel	Verkehr	Wissenschaftliche, künstlerische und ... <sup>1)</sup>	Militär	Persönliche Dienstleistungen	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	Insgesamt
	I.	II.	III. A	III. B	IV. A	IV. B	V.	VI.	
<b>Kreisdirektionsbezirk Dresden</b>									
Justizariat Altenberg	0,1	0,3	0,2	0,4	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
Amtsbezirk Dippoldiswalde	1,1	0,7	0,7	0,4	0,7	0,0	0,6	0,9	0,8
Amtsbezirk Dresden	4,8	6,8	12,4	11,2	18,2	37,6	24,4	15,0	7,9
Amtsbezirk Frauenstein	1,2	0,4	0,7	0,2	0,5	0,2	0,1	0,8	0,6
Kreisamtsbezirk Freiberg	4,1	4,5	3,2	2,2	3,7	2,7	2,6	6,1	4,3
Amtsbezirk Großenhain	2,9	1,0	1,0	2,0	1,4	1,3	1,0	2,7	1,7
Amtsbezirk Grillenburg	1,0	0,5	0,5	0,6	0,7	-	0,3	0,8	0,7
Amtsbezirk Hohnstein mit Lohmen	1,9	1,3	1,1	6,5	1,3	0,1	0,9	1,7	1,5
Kreisamtsbezirk Meissen	5,7	2,0	2,5	3,6	3,6	3,1	2,4	4,0	3,4
Amtsbezirk Moritzburg	1,0	0,4	0,5	0,4	0,5	0,8	0,3	1,0	0,6
Amtsbezirk Pirna	3,8	1,8	2,0	10,8	3,1	2,8	2,1	3,4	2,7
Amtsbezirk Radeberg mit Lausnitz	1,1	0,6	0,4	0,6	0,5	1,6	0,3	1,1	0,8
<b>Summe</b>	<b>28,7</b>	<b>20,3</b>	<b>25,2</b>	<b>38,9</b>	<b>34,2</b>	<b>50,4</b>	<b>35,1</b>	<b>37,7</b>	<b>25,4</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Leipzig</b>									
Amtsbezirk Borna	2,9	1,3	1,3	1,5	1,6	1,8	1,5	2,0	1,9
Amtsbezirk Colditz	1,4	0,7	0,6	0,9	1,0	0,8	0,5	1,7	1,0
Amtsbezirk Grimma	2,2	1,0	0,9	0,9	1,6	2,1	1,0	1,7	1,4
Kreisamtsbezirk Leipzig	3,5	6,2	20,1	10,1	14,0	8,0	20,0	7,3	6,5
Amtsbezirk Leisnig	2,1	1,4	1,2	1,6	1,4	2,7	1,2	1,7	1,6
Amtsbezirk Mügeln mit Sorntzig	1,0	0,3	0,4	0,3	0,5	-	0,3	0,6	0,6
Amtsbezirk Mutzschen	0,6	0,3	0,2	0,2	0,5	0,1	0,3	0,8	0,4
Amtsbezirk Nossen	1,9	2,1	1,4	1,2	1,3	0,0	1,3	1,8	1,9
Landgerichtsbezirk Oschatz	2,6	1,2	1,2	1,9	1,6	2,8	1,3	1,9	1,7
Amtsbezirk Pegau	1,1	0,9	0,9	1,0	0,9	1,6	0,9	1,0	1,0
Amtsbezirk Rochlitz mit ... <sup>2)</sup>	4,1	3,5	2,5	2,7	3,0	3,2	2,6	4,2	3,7
Landgerichtsbezirk Wurzen	1,6	0,7	0,5	1,4	0,9	0,6	0,8	1,2	1,0
<b>Summe</b>	<b>25,1</b>	<b>19,4</b>	<b>31,0</b>	<b>23,8</b>	<b>28,2</b>	<b>23,8</b>	<b>31,8</b>	<b>25,9</b>	<b>22,6</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Zwickau</b>									
Amtsbezirk Adorf	1,1	1,0	0,5	0,5	0,9	0,0	0,5	1,1	1,0
Amtsbezirk Augustusburg	2,5	2,8	1,8	1,4	1,6	0,4	1,4	2,1	2,5
Amtsbezirk Chemnitz	2,1	6,3	3,9	1,9	2,9	5,0	4,5	2,5	4,4
Landgerichtsbezirk Eibenstein	0,8	1,9	3,9	1,7	0,9	0,1	0,7	0,7	1,4
Amtsbezirk Frankenberg mit Sachsenburg	0,8	1,4	1,0	0,8	0,7	0,2	1,0	1,1	1,2
Amtsbezirk Grünhain	0,8	1,6	1,6	0,5	0,8	0,3	0,9	0,7	1,2
Landgerichtsbezirk Kirchberg	1,1	1,8	1,9	1,3	1,0	0,2	1,0	1,3	1,5
Amtsbezirk Lauterstein	1,3	1,3	0,7	0,9	0,9	0,0	0,6	0,7	1,2
Gerichtsbezirk Oberwiesenthal	0,3	0,5	0,5	0,9	0,3	0,0	0,1	0,2	0,4
Amtsbezirk Plauen mit Pausa	4,9	6,2	4,6	5,7	3,5	3,4	3,1	3,7	5,4
Kreisamtsbezirk Schwarzenberg	1,2	1,9	2,3	1,3	1,3	-	0,5	0,8	1,5
Amtsbezirk Stollberg	0,9	1,7	0,4	0,5	0,6	0,0	0,4	0,6	1,3
Amtsbezirk Voigtsberg	2,1	1,7	0,8	0,7	1,2	1,6	0,5	1,1	1,7
Amtsbezirk Werdau	1,4	1,6	1,3	2,5	0,9	2,4	1,0	1,0	1,5
Amtsbezirk Wolkenstein mit Annaberg	2,3	4,2	3,7	2,1	2,6	3,7	2,2	1,7	3,3
Amtsbezirk Zwickau mit ... <sup>3)</sup>	2,5	2,6	1,7	2,7	2,8	3,7	1,9	2,4	2,5
Schönburgsche Rezessherrschaften <sup>4)</sup>	2,6	6,4	3,2	2,9	2,7	0,5	3,5	2,8	4,6
<b>Summe</b>	<b>28,8</b>	<b>44,8</b>	<b>33,9</b>	<b>28,5</b>	<b>25,5</b>	<b>21,5</b>	<b>23,8</b>	<b>24,5</b>	<b>36,7</b>
<b>Kreisdirektionsbezirk Bautzen</b>									
Landgerichtsbezirk Bautzen	7,2	4,2	2,6	2,4	4,5	4,1	3,7	4,8	5,1
Amtsbezirk Kamenz	0,8	0,7	0,4	0,9	0,8	0,1	0,6	1,1	0,7
Landgerichtsbezirk Löbau	7,1	9,5	6,0	4,8	5,9	0,2	4,4	4,5	8,0
Amtsbezirk Stolpen	2,3	1,2	0,9	0,7	1,0	-	0,7	1,4	1,5
<b>Summe</b>	<b>17,4</b>	<b>15,6</b>	<b>10,0</b>	<b>8,8</b>	<b>12,1</b>	<b>4,3</b>	<b>9,4</b>	<b>11,9</b>	<b>15,3</b>
<b>Königreich Sachsen</b>									
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

**Fußnoten zu Tabellen 6 bis 8:**

- 1) damit zusammenhängende Berufsarten
- 2) der Schönburgschen Judicien Penig, Rochsburg und Wechselburg
- 3) dem Schönburgschen Judicium Remse und der Herrschaft Wildenfels
- 4) Amtsbezirke (Vorder- und Hinter-)Glauchau, Hartenstein, Lichtenstein, Stein und Waldenburg

**Abb. 4 Industriestruktur des Königreiches Sachsen 1849 nach Abteilungen<sup>1)</sup>**  
(Industriebeschäftigte in Prozent)

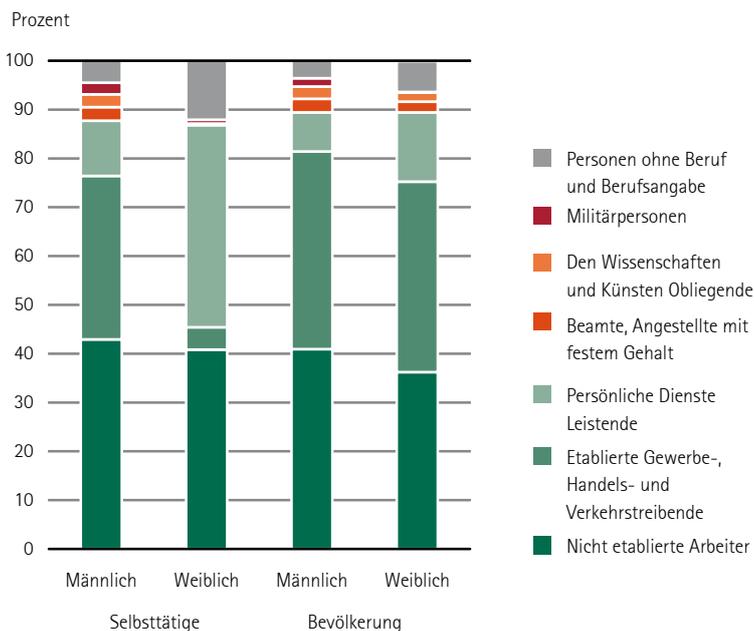


1) Die Klassifikation der Berufs- und Erwerbsklassen bestand aus Sektionen (I. bis VI.), Hauptabteilungen (A oder B) und Abteilungen (a, b, c usw.).

werker auch im modernen Sinne sowie die persönliche Dienste Leistenden zusammen nimmt, liegt dieser Anteil bei gut der Hälfte der Bevölkerung, bei den Frauen etwas höher als bei den Männern. Die drei Klassen der Beamten und Angestellten, der den Wissenschaften und Künsten Obliegenden sowie Militärpersonen nehmen zusammen sieben Prozent der männlichen bzw. gut vier Prozent der weiblichen Bevölkerung ein. Die Perso-

nen ohne Beruf bzw. Berufsangabe sollen hier unberücksichtigt bleiben. Der Anteil der nicht etablierten Arbeiter bei den männlichen und weiblichen Selbsttätigen (einschließlich Angehöriger mit eigenem Beruf oder Gewerbeverdienst) unterscheidet sich mit 42,9 Prozent (Männer) und 40,8 Prozent nicht sehr. Das heißt, Frauenarbeit war für die unteren sozialen Schichten nichts Außergewöhnliches. Darüber hinaus waren die persönlichen

**Abb. 5 Selbsttätige und Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849 nach gesellschaftlichen Berufs- und Erwerbsklassen**



Dienste eine Frauendomäne. Der Frauenanteil an einer etablierten Gewerbetätigkeit war mit 4,6 Prozent deutlich niedriger als der entsprechende Anteil bei den Männern mit 33,5 Prozent.

Diese Wirtschafts- und Sozialstruktur ist durchaus ein Ausdruck der damaligen staatlich-juristischen Rahmenbedingungen für die Gewerbetätigkeit in Sachsen. Die Gewerbetätigkeit war noch durch zumftmäßige Regelungen begrenzt. Die Gewerbebezahlung von 1849 in Sachsen war die letzte, die diesen historischen Zustand beschrieben hatte. [6]

**Anstelle eines Resümees**

Wie bereits eingangs ausgeführt, ist die Veröffentlichung der Gewerbebezahlung von 1849 auch ihrem Inhalt nach außerordentlich vielfältig und umfangreich (vgl. [2]). Aufgrund des hier nur begrenzt zur Verfügung stehenden Platzes konnten in diesem Beitrag auch nur einige Aspekte ausgewählt werden. Anstelle einer Zusammenfassung sollen deshalb am Ende noch einige Schlaglichter auf die Industrie geworfen werden. **Ernst Engel** wertete in seiner Tabelle XIII die Sitze der Industriebevölkerung aus. Er führte einen „Nachweis der Orte, in welchen die Zahl der je einem Gewerbe Selbstthätigen, verglichen mit der Zahl aller Selbstthätigen des Ortes, das Verhältnis von 1 : 20 übersteigt,“ das heißt also, über 5 Prozent liegt. [2, S. 284 - 331]

In 22 Orten, alle im Elbtal gelegen, hatten die Selbsttätigen im Weinbau einen überdurchschnittlichen Anteil an den Selbsttätigen des Ortes, an der Spitze Oberspaar mit 43 Prozent.

Bei den Fleischern wird lediglich die Stadt Dohna mit einem überdurchschnittlichen Besatz von 6 Prozent genannt. Bei den Schneidern sind es drei Städte, alle im Kreisdirektionsbezirk Leipzig gelegen: Mügeln (7 Prozent), Rötha und Naunhof (je knapp 6 Prozent). Einen überdurchschnittlichen Besatz an Schuhmachern gab es dagegen in 44 Orten Sachsens. Herausregende Bedeutung hatte das Gewerbe in Grotzsch (48 Prozent) und Siebenlehn (34 Prozent).

Die Strumpf- und Wirkwarenfabrikation war in 206 Orten führend, 172 allein im Kreisdirektionsbezirk Zwickau. Ähnlich flächenhaft führend war die Spitzenfabrikation in 176 Orten Sachsens.

Die Tischlerei war nur in Wilsdruff mit gut 5 Prozent überdurchschnittlich vertreten. Die

Stuhlfabrikation bestimmte das Profil in sieben Orten mit zwei Zentren (Ober- und Niederneuschönberg im Amtsbezirk Freiberg; sowie Rabenau, Kleinölsa, Lübau, Somsdorf und Grund, alle in der Nähe von Dippoldiswalde gelegen). Glashütte war damals schon die Stadt der Uhrmacher. Die Spielwarenfabrikation war in 35 Orten im mittleren und oberen Erzgebirge dominierend. In Seiffen waren gut 60 Prozent und Waldkirchen 53 Prozent der Selbsttätigen in diesem Gewerbe tätig.

Die Maschinenfabrikation war in Chemnitz sowie fünf weiteren Orten (heute alles Ortsteile von Chemnitz) überdurchschnittlich vertreten.

Die Textilgewerbe bestimmten in zahlreichen Orten die Industriestruktur: Baumwollspinnerei 100 Orte, darunter Plau (heute zu Flöha gehörig) mit 86 Prozent Anteil; Kamm- und Streichgarnspinnerei 96 Orte; Weberei 438 Orte.

Und schließlich: Die Schifffahrt war in 37 an oder nahe der Elbe gelegenen Orten überdurchschnittlich mit bis zu reichlich 30 Prozent vertreten. Spitzenreiter waren hier Niedervogelgesang, Elbe, Rathmannsdorf und Prossen.

Die Gewerbebeziehung 1849 zeigte, dass die „Wiege der Industrie in Sachsen“ im Erzgebirge, und da speziell in Chemnitz gelegen hat. Chemnitz hatte 122 Fabrik- und Fabrikverlagsgeschäfte, darunter 51 Baumwollspinnereien. An zweiter Position folgte mit großem Abstand Leipzig mit 55 Fabrik- und Fabrikverlagsgeschäften, Dresden auf dem sechsten Rang hatte zum Vergleich 35. Dazwischen lagen Glauchau mit 52 Fabriken (39 Baumwollspinnereien), Crimmitschau mit 42 Fabriken (25 Kammgarnwebereien) und Meerane mit 41 Fabriken (37 Baumwollspinnereien). Schließlich folgten Werdau, Plauen, Hainichen und Sebnitz. In letzterer Stadt waren unter 28 Fabrik- und Fabrikverlagsgeschäften 20 Leinenwebereien.

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Oettel, A.: Gewerbebeziehung 1849 in Sachsen – Oder: Wie wurde das eigentlich gemacht? (Teil 1). In: Statistik in Sachsen, 4/2010, S. 44 – 52.
- [2] Die Bevölkerung des Königreichs nach Berufs- und Erwerbsklassen und Resultate der Gewerbs-Geographie und Gewerbs-Statistik von Sachsen. In: Statistische Mitteilungen aus dem Königreich Sachsen. N.F., 3. Lieferung, Dresden 1854.
- [3] Mitteilungen des statistischen Vereins für das Königreich Sachsen. 18. Lieferung, Dresden 1849.
- [4] Oettel, A.: Zur Verwaltungsgliederung Sachsens im 19. und 20. Jahrhundert. In: Statistik in Sachsen, 4/2006, S. 69 – 98.
- [5] Blaschke, K., J. Jäschke: Kursächsischer Ämteratlas. Chemnitz 2009.
- [6] Vgl. Böhmert, V.: Die Ergebnisse der sächsischen Gewerbebeziehung vom 1. December 1875. In: Zeitschrift des königlich sächsischen statistischen Bureaus, 23. Jg., 1877, S. 141 – 181; hier: S. 141.

# Neues aus Sachsen

## **Wirtschaft in Sachsen wächst in den ersten sechs Monaten 2011 real um 3,8 Prozent**

Das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen stieg im ersten Halbjahr 2011 preisbereinigt um 3,8 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum 2010. Damit verzeichnete der Freistaat Sachsen eine dynamische Entwicklung, die nur geringfügig hinter dem Bundesergebnis von 3,9 Prozent zurückblieb. In jeweiligen Preisen betrug der Anstieg in den ersten sechs Monaten diesen Jahres 4,2 Prozent. Maßgeblich bestimmt wurde das preisbereinigte Ergebnis durch Zuwächse im Produzierenden Gewerbe, die insbesondere aus dem Verarbeitenden Gewerbe, aber auch aus dem Baugewerbe kamen. Die reale Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen zeigte ebenfalls ein Plus, jedoch in wesentlich geringerer Dimension.

Der reale Zuwachs fiel im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 4,0 Prozent etwas höher aus als in den neuen Ländern (ohne Berlin). Hier stieg das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 3,6 Prozent. Die realen Länderergebnisse bewegten sich im ersten Halbjahr 2011 zwischen einer Erhöhung um 5,6 Prozent in Baden-Württemberg und 4,8 Prozent im Saarland sowie einem Anstieg um rund zwei Prozent in Berlin, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, in dem alle Statistischen Landesämter vertreten sind, veröffentlicht diese Ergebnisse zur Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 2011 für alle Bundesländer. Ergebnisse für Wirtschaftszweige entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) stehen bei diesem Halbjahresergebnis nicht zur Verfügung. Erste Ergebnisse zur wirtschaftsfachlichen Gliederung der Bruttowertschöpfung nach der WZ 2008 werden voraussichtlich Ende Juni 2012 publiziert.

## **Zum Welttourismustag am 27. September**

Knapp drei Millionen Gäste im Freistaat Sachsen und 7,7 Millionen gebuchte Übernachtungen in den sächsischen Beherbergungsstätten sind die Bilanz der ersten sechs Monate des Jahres 2011. Die Tourismusbranche verzeichnet damit einen leichten Anstieg der Gästezahlen um 2,5 Prozent und der Übernachtungszahlen um 1,3 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2010. Der Impuls bei den Gästezahlen kam ausschließlich aus dem Inland, die 305 400 ausländischen Gäste bedeuteten einen Rückgang um 1,4 Prozent.

Sie blieben durchschnittlich 2,3 Tage und nahmen damit 704 300 Übernachtungen in Anspruch. Ein beliebtes Reiseziel war die Landeshauptstadt, die von 42 Prozent aller ausländischen Besucher erkundet wurde. Nach Dresden kamen 4,9 Prozent mehr Ausländer zu Besuch und die Übernachtungszahlen erhöhten sich um sogar um 8,9 Prozent.

Die positive Entwicklung im sächsischen Tourismus hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen in diesem Querschnittsbereich. So wurden für das Jahr 2010 – nach gegenwärtigem Stand der Schätzung – beinahe 70 300 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ermittelt. Das waren 0,2 Prozent mehr als zur Jahresmitte 2009. Damit stammt bereits jeder zwanzigste Beschäftigte in Sachsen aus dem Bereich Tourismus. Mehr als ein Viertel dieser Beschäftigten entfiel auf den Groß- und Einzelhandel (25,9 Prozent), jeweils rund ein Fünftel auf die Gastronomie (21,0 Prozent) und das Beherbergungsgewerbe (18,3 Prozent).

## **Internationale Spitzenwerte der sächsischen Studienanfänger im Bereich Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen**

Gut ein Fünftel aller Studienanfänger in Sachsen 2009 entschied sich für ein Studienfach im Bereich Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen. Damit lag Sachsen fünf Prozentpunkte über dem OECD-Durchschnitt und im innerdeutschen Vergleich auf Platz 1. Bei den männlichen Studienanfängern betrug der Anteil in dieser Fachrichtung sogar 38 Prozent. Das waren 13 Prozentpunkte mehr als der OECD-Durchschnitt.

Auch bei den Absolventen im Bereich Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen lag Sachsen mit einem Anteil von 16 Prozent deutlich über dem Anteil in der OECD. Somit erreicht Sachsen nicht nur im Vergleich der Bundesländer eine Spitzenposition, sondern erweist sich auch im internationalen Maßstab bei der Ausbildung als das Land der Ingenieure.

Diese und weitere interessante Einzelergebnisse enthält die neue Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“.

## **Weniger Insolvenzen in Sachsen auch im ersten Halbjahr 2011**

4 012 Insolvenzverfahren wurden im ersten Halbjahr 2011 in Sachsen von den Amtsgerichten Chemnitz, Dresden und Leipzig

gemeldet. Um 5,9 Prozent verringerte sich damit die Zahl der Insolvenzverfahren im Vergleich zum Vorjahr. Dabei betrafen 787 Verfahren Unternehmen und 3 225 Verfahren übrige Schuldner wie natürliche Personen als Gesellschafter, ehemals selbstständig Tätige, Verbraucher und Nachlässe. Die Unternehmensinsolvenzen sanken um 6,5 Prozent, die Verfahren der übrigen Schuldner um 5,7 Prozent.

Fast 87 Prozent der Insolvenzverfahren insgesamt wurden eröffnet. Bei den Unternehmensinsolvenzen waren es rund 76 Prozent. Die übrigen Schuldner hatten eine Eröffnungsquote von gut 89 Prozent.

56 Prozent der von Insolvenz betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere 36 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Bei den Insolvenzverfahren von Einzelunternehmen war ein Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um acht Prozent zu verzeichnen. Die Insolvenzverfahren der GmbH stiegen dagegen leicht an.

Das Baugewerbe und der Handel machten mehr als ein Drittel (36 Prozent) aller Unternehmensinsolvenzen im Berichtszeitraum aus. Jedes fünfte insolvente Unternehmen war dem Baugewerbe zuzuordnen. Davon wurden knapp 79 Prozent in der Wirtschaftsabteilung „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ registriert. Die Hälfte der Unternehmensinsolvenzen im Bereich „Handel“ betraf den Einzelhandel.

Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen betrugen in Sachsen im ersten Halbjahr 2011 rund 639 Millionen €, die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren reichlich 159 000 €. Die Forderungen nahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als 21 Prozent ab. An Unternehmen verminderten sie sich sogar um fast 30 Prozent, dagegen die der übrigen Schuldner lediglich um fast sieben Prozent.

## **Armutsgefährdung in Sachsen**

Fast jeder fünfte Sachse (19 Prozent) musste im Jahr 2010 mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland auskommen und galt daher als armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote in Sachsen entsprach damit dem Durchschnittswert aller neuen Bundesländer (einschließlich Berlin). Im früheren Bundesgebiet waren rund 13 Prozent armutsgefährdet, bundesweit lag die Quote bei knapp 15 Prozent. Die Armutsgefährdung ist damit gegenüber 2005 weit-

gehend unverändert, lediglich für die neuen Bundesländer sank sie um einen Prozentpunkt (2005: 20 Prozent).

Die Armutsgefährdung kann innerhalb unterschiedlicher regionaler Ebenen betrachtet werden. Berücksichtigt man nur die Einkommensverteilung innerhalb des Freistaates Sachsen, dann verfügten im vergangenen Jahr rund 13 Prozent über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Sachsen. Auch dieser Wert weist seit 2005 (14 Prozent) nur geringe Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren auf.

Bezogen auf die Einkommensverteilung innerhalb Sachsens galten im vergangenen Jahr Einpersonenhaushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 726 € als armutsgefährdet (im Bundesvergleich: 826 €). Fünf Jahre zuvor lag diese Armutsgefährdungsschwelle noch bei 653 € (Deutschland: 736 €). Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei minderjährigen Kindern galten im sächsischen Vergleich als armutsgefährdet, wenn ihr Nettoeinkommen unterhalb von 1 524 € lag (2005: 1 371 €), bundesweit betrug die Armutsgefährdungsschwelle dieses Haushaltstyps 1 735 € (2005: 1 545 €).

### **Sachsen sind im Durchschnitt 46 Jahre alt**

Die Bevölkerung im Freistaat Sachsen war Ende 2010 im Durchschnitt 46,2 Jahre alt. Damit ist das Durchschnittsalter seit 1990 um 6,8 Jahre gestiegen. Das Durchschnittsalter der Frauen lag mit 48,0 Jahren knapp vier Jahre über dem der Männer mit 44,2 Jahren. Ursache sind u. a. die kriegsbedingt erheblich höhere Zahl von Frauen im hohen Lebensalter sowie die höhere Lebenserwartung bei Frauen.

Es gibt deutliche regionale Unterschiede: Die Bevölkerung des Direktionsbezirkes Leipzig ist mit 45,1 Jahren jünger als die der Direktionsbezirke Dresden (45,7 Jahre) und Chemnitz (47,4 Jahre). Dies setzt sich bei Betrachtung der Kreisfreien Städte und Landkreise fort. Bei den Kreisfreien Städten schwankt das Durchschnittsalter von 43,1 Jahren in Dresden bis 47,3 Jahre in Chemnitz. Bei den Landkreisen weist Nordsachsen (mit dem gleichen Durchschnittsalter wie Sachsen) mit 46,2 Jahren die jüngste Bevölkerung auf, am ältesten ist die Bevölkerung im Vogtlandkreis mit 47,9 Jahren.

Bei den Gemeinden des Freistaates zeigen sich noch größere Unterschiede: Die Gemeinde Rabitz-Rosenthal im Landkreis Bautzen hat mit knapp 40 Jahren die demografisch jüngste Bevölkerung in ganz Sachsen. Dies betraf sowohl die Frauen (41,4 Jahre) als auch die Männer (38,7 Jahre) dieser Gemeinde. Von den acht Gemeinden mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren und mehr hatte

die vogtländische Gemeinde Bad Brambach mit 51,3 Jahren die demografisch älteste Bevölkerung Sachsens (auch die Männer mit 49,5 Jahren). Die ältesten Frauen lebten in der vogtländischen Stadt Klingenthal (53,4 Jahre).

### **Zum Tag der älteren Menschen am 1. Oktober**

Fast jeder vierte Sachse (24,7 Prozent) ist derzeit 65 Jahre und älter. Seit 2000 erhöhte sich die Zahl der über 65-Jährigen um 200 000 auf 1,02 Millionen. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung lag damals bei 19 Prozent. Die Lebenserwartung der sächsischen Frauen liegt heute bei 83,1 Jahren. Sie werden damit rund sechs Jahre älter als Männer, deren Lebenserwartung 77,1 Jahre beträgt (Lebenserwartung 2000: Frauen 80,6 Jahre, damit 6,5 Jahre älter als Männer mit 74,1 Jahren).

Im Jahresdurchschnitt 2010 bestritten 99 Prozent der Senioren ab 65 Jahre ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Rente (einschließlich Hinterbliebenenrenten) oder Pension.

Knapp ein Prozent der ab 65-Jährigen (9 289 Personen) nahmen Grundsicherung im Alter in Anspruch. Auf diese staatliche Leistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes waren mehr Frauen als Männer angewiesen: 10,1 von 1 000 Seniorinnen und 7,7 von 1 000 Senioren.

Einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit Arbeitsort Sachsen gingen nur noch 4 748 Beschäftigte über 65 Jahre oder 0,3 Prozent aller Beschäftigten nach.

Die sächsischen Senioren leben überwiegend noch im privaten Umfeld. Nur 2,2 Prozent der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren leben in einer Gemeinschaftseinrichtung (Alten-, Pflegeheime u. Ä.). 455 Gasthörer im Alter von über 65 Jahren nahmen an Lehrveranstaltungen an sächsischen Hochschulen teil. Favorisierte Fächergruppen waren Sprach- und Kulturwissenschaften (370 Gasthörer), die Kunst, Kunstwissenschaft (29 Gasthörer) sowie die Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (25 Gasthörer).

### **Sachsens Fahrradfahrer im ersten Halbjahr 2011 häufiger an Unfällen beteiligt**

1 718 Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern kamen im ersten Halbjahr 2011 bei Straßenverkehrsunfällen zu Schaden. Der Anstieg der Verunglücktenzahlen lag mit 346 bei den Fahrradnutzern fast doppelt so hoch wie beim Durchschnitt aller Verkehrsteilnehmer. Insgesamt verunglückten 7 706 Personen auf Sachsens Straßen. Das waren 174 Verkehrsteilnehmer mehr als in den ersten sechs Monaten 2010. Besonders tragisch ist der

Anstieg der Zahl der Getöteten um acht Personen auf 84.

Die Bilanz fällt in den Kreisen sehr unterschiedlich aus. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist die Zahl der Verunglückten um 29 Prozent gestiegen. Das waren 115 Personen mehr als im gleichen Zeitraum 2010. Neben Fahrradnutzern waren daran auch Nutzer von Personenkraftwagen beteiligt. Die Zahl der Getöteten hat sich sogar verdreifacht. Insgesamt sechs Unfallopfer überlebten den Unfall nicht. Auffallend war die wachsende Zahl verunglückter Fahrradnutzer auch im Erzgebirgskreis mit 69 Prozent sowie in den Landkreisen Leipzig (61 Prozent) und Bautzen (54 Prozent). Im letztgenannten Landkreis waren darunter 38 schwer verletzte Fahrradnutzer.

Im Kreis Nordsachsen konnten insgesamt 54 Verunglückte weniger registriert werden als im Vorjahreszeitraum, darunter 23 Schwerverletzte. Den größten Anteil hatte der Rückgang bei den verunglückten Fahrern und Mitfahrern von Personenkraftwagen. Verunglückte Fahrradnutzer sind auch in Nordsachsen mehr als im ersten Halbjahr 2010 gezählt worden.

# Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Bevölkerung</b>										
Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1 000	4 168,7	4 149,5	4 158,9	4 156,8	4 155,0	4 144,6	4 142,7	4 141,2	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen	Anzahl	1 466	1 533	682	1 076	2 400	463	566	1 040	1 998
Lebendgeborene	Anzahl	2 842	2 924	2 950	2 782	2 757	2 497	2 913	2 403	3 009
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 197	4 242	4 744	4 098	4 086	4 220	4 938	3 944	4 368
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	6	6	3	8	6	10	7	4
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 356	-1 318	-1 794	-1 316	-1 329	-1 723	-2 025	-1 541	-1 359
<b>Wanderungen</b>										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 520	5 620	5 098	4 922	4 069	4 323	5 824	4 857	5 163
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 609	1 681	1 614	1 581	1 319	1 371	2 007	1 589	1 683
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 176	5 916	6 716	5 659	4 526	4 833	5 699	4 844	5 203
darunter in das Ausland	Anzahl	1 716	1 647	2 636	1 857	1 178	1 363	1 473	1 175	1 243
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-656	-296	-1 618	-737	-457	-510	125	13	-40
Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	Anzahl	8 862	8 774	8 435	7 985	7 496	7 599	9 155	7 742	9 169
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Beschäftigte<sup>3)</sup></b>										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>4)</sup>	1 000	1 390,8	1 408,3	1 380,9	.	.	.	...	.	.
Frauen	1 000	691,8	701,0	694,4	.	.	.	...	.	.
Ausländer	1 000	14,8	16,0	15,2	.	.	.	...	.	.
Teilzeitbeschäftigte	1 000	273,1	282,2	279,0	.	.	.	...	.	.
darunter Frauen	1 000	227,4	234,3	232,4	.	.	.	...	.	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>5)</sup>										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,6	21,2	20,6	.	.	.	...	.	.
Produzierendes Gewerbe	1 000	417,4	415,4	405,0	.	.	.	...	.	.
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	291,8	293,1	287,0	.	.	.	...	.	.
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	232,8	246,6	238,1	.	.	.	...	.	.
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	427,3	431,8	430,2	.	.	.	...	.	.
<b>Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	277,7	253,1	288,1	271,7	257,2	263,8	254,1	240,4	227,8
Frauen	1 000	128,1	116,5	123,6	121,8	118,2	117,0	114,4	111,8	107,8
Männer	1 000	149,6	136,6	164,6	149,9	139,0	146,8	139,7	128,6	120,0
Ausländer	1 000	9,9	9,6	10,0	9,9	9,7	10,1	9,8	9,7	9,5
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	31,5	26,0	30,3	27,3	25,5	24,1	23,4	21,6	19,9
<b>Arbeitslosenquote<sup>6)</sup></b>										
insgesamt	%	12,9	11,8	13,4	12,6	12,1	12,4	11,9	11,3	10,7
Frauen	%	12,5	11,5	12,1	12,0	11,7	11,6	11,3	11,1	10,7
Männer	%	13,2	12,1	14,5	13,2	12,4	13,1	12,4	11,4	10,7
Ausländer	%	24,5	23,9	24,2	24,1	24,4	25,3	24,7	24,3	23,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	12,5	10,8	12,1	10,9	10,7	10,2	9,9	9,1	8,9
Kurzarbeiter	1 000	54,3	29,7	54,9	34,5	28,1	27,5	...	...	...
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	13,1	15,5	14,3	15,1	16,2	18,2	19,2	19,1	19,3

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Bautätigkeit</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	243	239	191	196	267	230	254	290	325
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	235	228	185	193	251	220	244	285	315
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	204	223	158	155	250	252	207	251	294
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	39	41	31	29	50	45	39	47	55
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	45 161	48 134	35 090	34 907	56 432	54 605	45 381	57 700	68 763
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	110	110	91	79	99	82	97	114	136
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	650	588	430	291	586	1 258	510	494	767
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	96	85	65	45	86	137	111	77	99
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	72 998	64 176	47 848	29 736	41 913	69 123	43 107	42 154	74 846
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	461	468	458	321	437	726	352	390	725
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 218	2 324	2 064	1 673	2 507	2 295	2 010	2 258	3 045
<b>Landwirtschaft</b>										
Schlachtmengen <sup>1)</sup>	t	5 471	4 959	6 017	5 372	4 512	4 313	5 133	4 364	4 551
darunter										
Rinder insgesamt	t	918	775	981	880	750	643	797	587	523
darunter Kälber <sup>2)</sup>	t	21	20	44	13	22	13	20	39	16
Jungrinder	t	9	6	7	9	8	7	7	6	7
Schweine	t	4 514	4 147	4 979	4 465	3 736	3 651	4 306	3 719	4 000
Eierzeugung <sup>3)</sup>	1 000 St.	74 864	59 740	50 687	56 546	57 752	65 976	75 929	72 375	77 673
Milcherzeugung	1 000 t	133	132	137	134	140	122	137	133	137
darunter Anlieferung an Molkereien	1 000 t	130	130	134	132	137	120	134	130	134
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>4)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	1 266	1 222	1 207	1 231	1 230	1 245	1 243	1 284	1 281
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	191,8	189,6	186,5	188,1	188,7	195,5	196,4	199,5	200,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 238	26 057	28 267	25 727	24 379	26 489	30 160	26 496	29 834
Bezahlte Entgelte	Mill. €	463,8	484,5	460,2	488,1	479,4	481,7	513,6	547,9	534,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	3 574,2	3 969,1	4 343,6	3 927,1	3 819,9	4 036,2	4 926,9	4 242,5	4 808,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>5)</sup>	Mill. €	1 251,1	1 375,6	1 416,9	1 365,4	1 331,0	1 445,0	1 682,6	1 484,5	1 701,6
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	1 598,5	1 844,5	2 104,2	1 845,8	1 754,1	1 886,2	2 408,2	1 990,0	2 287,5
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	51,4	55,9	57,5	55,7	49,3	53,7	63,7	56,0	59,2
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	673,3	693,1	764,9	660,3	685,5	651,3	772,4	712,1	760,4
Auslandsumsatz	Mill. €	1 294,4	1 513,7	1 666,1	1 499,1	1 433,2	1 554,1	1 973,7	1 654,4	1 882,9

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Energie- und Wasserversorgung<sup>1)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	138	137	137	137	137	136	136	136	136
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	13,9	14,0	13,9	13,9	13,9	14,0	13,9	13,9	13,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 851	1 867	2 098	1 845	1 733	1 798	2 093	1 732	2 017
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	47	49	44	50	49	45	45	51	48
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 782	2 833	2 822	2 614	2 288	2 693	2 597	2 276	2 241
<b>Bauhauptgewerbe<sup>2)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	54,3	56,1	53,9	55,8	56,5	53,4	55,2	56,6	57,2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 262	5 352	4 936	6 003	5 787	3 731	5 770	5 877	6 922
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 493	1 557	1 386	1 799	1 763	1 086	1 687	1 725	2 051
gewerblicher Bau	1 000	1 912	1 945	1 910	2 108	2 007	1 518	2 141	2 121	2 501
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 857	1 851	1 640	2 096	2 017	1 127	1 942	2 031	2 370
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	99,1	102,6	90,4	104,9	105,0	83,6	98,6	106,7	112,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	450,4	455,6	309,5	414,6	461,9	267,4	426,2	459,9	560,2
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	85,6	87,6	54,7	79,4	91,1	50,6	84,4	90,7	113,5
gewerblicher Bau	Mill. €	201,7	210,6	152,9	193,6	209,3	139,5	215,0	215,3	255,5
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	163,1	157,4	101,9	141,7	161,5	77,2	126,8	153,9	191,2
<b>Ausbaugewerbe<sup>1) 3)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	18,5	19,0	18,2	.	.	.	19,0	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 011	6 255	5 644	.	.	.	6 118	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	106,0	112,1	99,7	.	.	.	108,6	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	479,7	490,6	359,1	.	.	.	391,1	.	.
<b>Handel<sup>4)</sup></b>										
<b>Großhandel einschl. Handelsvermittlung</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	96,8	95,3	94,6	94,5	95,3	94,2	95,3	95,8	96,4
Umsatz (nominal)	2005 = 100	103,7	111,2	111,9	108,7	110,3	101,4	127,8	119,0	133,3
Umsatz (real)	2005 = 100	98,2	100,7	103,3	98,5	99,6	86,5	108,2	100,4	112,6
<b>Einzelhandel einschl. Tankstellen</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	108,8	109,0	109,3	109,3	109,4	108,0	108,6	108,0	108,8
Umsatz (nominal)	2005 = 100	110,6	114,0	120,8	113,4	111,9	101,3	118,2	120,9	117,9
Umsatz (real)	2005 = 100	107,7	110,2	116,4	108,7	107,5	96,8	112,2	114,1	111,6
<b>Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	95,8	92,0	91,7	92,4	91,8	91,3	91,6	92,6	93,1
Umsatz (nominal)	2005 = 100	102,3	95,3	105,2	95,9	99,6	102,2	126,9	110,3	120,6
Umsatz (real)	2005 = 100	98,2	91,1	100,7	91,7	95,4	97,5	120,7	104,8	114,5
<b>Gastgewerbe<sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte	2005 = 100	121,8	117,4	110,2	118,1	122,5	108,5	110,3	117,5	120,1
Umsatz (nominal)	2005 = 100	120,2	120,8	105,1	121,6	137,6	91,0	109,2	123,4	136,9
Umsatz (real)	2005 = 100	106,0	103,6	90,5	104,4	117,9	77,6	93,1	105,3	115,9

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008.

Ab Juni 2010 wurde eine jährliche Rotation der befragten Unternehmen eingeführt. Die Ergebnisse aus dem neuen Kreis der befragten Unternehmen liegen rückwirkend bis Januar 2009 vor.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Tourismus<sup>1)</sup></b>										
Gästeankünfte	1 000	510	535	430	506	678	362	440	530	653
darunter von Auslandsgästen	1 000	52	60	41	50	79	32	43	53	72
Gästeübernachtungen	1 000	1 355	1 398	1 102	1 305	1 745	1 024	1 124	1 386	1 609
darunter von Auslandsgästen	1 000	120	134	93	110	175	73	101	129	163
<b>Verkehr</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	1 696	1 596	1 507	1 508	1 539	1 093	1 349	1 313	1 618
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 188	1 080	975	1 089	1 080	633	968	1 012	1 274
Getötete Personen	Anzahl	16	14	11	8	17	7	13	13	18
Verletzte Personen	Anzahl	1 504	1 370	1 203	1 369	1 382	829	1 232	1 294	1 554
<b>Kraftfahrzeuge</b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 821	11 219	14 174	12 203	11 038	9 547	16 251	12 812	14 623
darunter Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	14 101	9 357	11 686	9 892	9 219	7 962	13 172	10 344	11 851
Lastkraftwagen	Anzahl	966	1 114	1 106	1 135	955	1 013	1 548	1 236	1 543
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1 000 t	5,1	6,5	9,5	9,7	6,0	8,7	6,0	10,1	4,4
Güterversand	1 000 t	9,1	13,8	18,8	35,3	14,1	22,2	19,5	12,4	4,8
<b>Außenhandel<sup>4)</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 625,1	2 072,8	2 047,8	1 988,3	2 103,9	2 246,9	2 691,8	2 358,4	2 638,3
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	69,9	73,8	84,7	64,5	74,4	81,9	85,7	87,3	80,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 538,1	1 934,5	1 892,9	1 862,3	1 965,2	2 130,4	2 562,9	2 220,3	2 487,0
davon										
Rohstoffe	Mill. €	8,4	8,8	5,2	8,1	11,7	12,1	8,3	9,1	11,2
Halbwaren	Mill. €	79,2	83,6	83,1	78,9	77,3	92,2	110,4	100,9	94,1
Fertigwaren	Mill. €	1 450,4	1 842,1	1 804,6	1 775,3	1 876,1	2 026,0	2 444,2	2 110,3	2 381,7
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	179,5	217,2	223,7	219,7	213,7	229,0	258,3	233,9	261,2
Enderzeugnisse	Mill. €	1 270,9	1 624,8	1 580,9	1 555,6	1 662,4	1 797,0	2 185,9	1 876,4	2 120,5
<b>Ausfuhr nach</b>										
Europa	Mill. €	1 063,3	1 270,6	1 327,1	1 258,4	1 246,6	1 296,0	1 597,9	1 420,9	1 554,0
darunter in die EU-Länder	Mill. €	895,7	1 036,5	1 098,6	1 000,7	997,1	1 049,9	1 278,3	1 132,8	1 253,9
Afrika	Mill. €	31,2	42,0	53,3	60,7	39,9	35,4	40,6	53,9	45,8
Amerika	Mill. €	140,8	224,4	217,4	187,0	291,4	254,2	304,4	290,2	305,4
Asien	Mill. €	376,9	508,0	425,0	458,1	492,0	632,6	718,7	562,9	691,2
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	12,9	27,7	24,9	24,1	33,9	28,7	30,3	30,5	42,0

1) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristkamping)

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Noch: Außenhandel</b>										
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 133,8	1 390,4	1 347,2	1 142,8	1 329,8	1 568,1	1 972,5	1 695,8	1 855,1
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	78,0	77,8	79,4	72,0	83,6	78,1	90,2	95,9	89,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 022,0	1 208,8	1 160,7	974,5	1 137,8	1 397,7	1 774,3	1 491,4	1 625,6
davon										
Rohstoffe	Mill. €	90,4	91,9	106,6	110,4	109,6	110,9	159,8	125,2	130,7
Halbwaren	Mill. €	75,5	112,0	120,7	77,2	99,6	129,0	187,8	138,6	166,5
Fertigwaren	Mill. €	856,1	1 004,9	933,4	786,9	928,6	1 157,7	1 426,7	1 227,6	1 328,4
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	134,2	148,3	148,1	147,6	158,3	173,9	205,0	174,2	180,1
Enderzeugnisse	Mill. €	721,9	856,6	785,3	639,3	770,3	983,9	1 221,7	1 053,4	1 148,2
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	865,2	1 027,5	1 130,1	929,7	1 047,9	1 185,4	1 512,9	1 265,9	1 390,6
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	714,8	861,9	939,6	764,5	888,7	993,0	1 235,4	1 076,6	1 129,1
Afrika	Mill. €	5,0	7,2	6,2	4,7	5,1	8,8	7,1	25,4	10,2
Amerika	Mill. €	118,6	156,9	57,5	66,4	80,8	155,4	157,3	117,2	151,4
Asien	Mill. €	142,3	196,6	151,0	139,9	192,7	216,0	293,5	285,5	299,4
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,7	2,3	2,3	2,2	3,4	2,4	1,7	1,8	3,5
<b>Gewerbeanzeigen<sup>1)</sup></b>										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 219	3 183	3 727	3 307	3 253	3 013	3 413	2 794	3 153
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 925	2 888	2 871	2 790	2 574	2 813	3 098	2 338	2 564
<b>Insolvenzen</b>										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	719	726	766	731	675	612	725	618	704
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	162	143	146	141	130	113	162	135	146
Verbraucher	Anzahl	374	417	422	423	382	314	400	316	381
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	126	114	136	117	109	122	122	130	126
sonstige natürliche Personen <sup>2)</sup> , Nachlässe	Anzahl	58	53	62	50	54	63	41	37	51
eröffnete Verfahren	Anzahl	623	643	676	655	594	512	635	548	608
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	94	82	89	76	79	99	90	68	96
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	128	130	150	86	79	76	151	120	71
<b>Handwerk</b>										
Beschäftigte <sup>3)</sup>	30.9.09 = 100	97,9	97,6	95,3	.	.	.	96,5	.	.
Umsatz <sup>4)</sup>	2009 = 100	100	97,9	74,1	.	.	.	85,8	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Preise</b>										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	108,1	109,4	109,2	109,1	109,2	110,9	111,4	111,8	111,7
Preisindex für Wohngebäude <sup>1)</sup>	2005 = 100	112,9	114,1	.	.	114,1	117,0	.	.	118,1
<b>Verdienste <sup>2)</sup></b>										
Bruttomonatsverdienste <sup>3)</sup> der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>4)</sup> im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 672	2 725	2 505	x	x	x	2 561	x	x
männlich	€	2 719	2 776	2 529	x	x	x	2 610	x	x
weiblich	€	2 589	2 631	2 463	x	x	x	2 474	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 432	2 510	2 222	x	x	x	2 322	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 048	3 157	2 700	x	x	x	2 825	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 380	2 477	2 212	x	x	x	2 301	x	x
Energieversorgung	€	(4 345)	4 503	3 858	x	x	x	3 946	x	x
Wasserversorgung <sup>5)</sup>	€	2 420	2 478	2 310	x	x	x	2 374	x	x
Baugewerbe	€	(2 357)	(2 376)	2 040	x	x	x	2 184	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 844	2 874	2 703	x	x	x	2 734	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 364	2 416	2 175	x	x	x	2 288	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 358	2 390	2 195	x	x	x	2 215	x	x
Gastgewerbe	€	1 581	1 597	1 543	x	x	x	1 578	x	x
Information und Kommunikation	€	3 592	3 631	3 206	x	x	x	3 288	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs-										
dienstleistungen	€	(3 914)	4 113	(3 547)	x	x	x	3 549	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 989	2 949	2 666	x	x	x	2 696	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen										
und technischen Dienstleistungen	€	3 378	3 482	3 130	x	x	x	3 251	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen										
Dienstleistungen	€	1 708	1 707	1 626	x	x	x	1 652	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung;										
Sozialversicherung	€	3 103	3 161	3 016	x	x	x	3 135	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 853	3 798	3 711	x	x	x	3 598	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 039	3 127	2 923	x	x	x	3 026	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(2 928)	(3 077)	(2 921)	x	x	x	2 936	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 129)	(2 144)	(2 041)	x	x	x	(2 081)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.

Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

# Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl



**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Redaktion:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Gestaltung und Satz:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Druck:**

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

**Redaktionsschluss:**

Oktober 2011

**Preis dieser Ausgabe:**

3,50 €

**Bezug:**

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: [vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

[www.statistik.sachsen.de/shop](http://www.statistik.sachsen.de/shop)

**Verteilerhinweis**

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

**Copyright**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2011

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Gedruckte Solarzellen, ©pmTUC Bystrik Trnovec

ISSN 0949-4480